KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE

Nr. 6 20.03.01 Zirkularblätter DM 10,–

Die KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE dokumentieren den schriftlichen Teil einer Debatte um den Übergang zum Kommunismus und sein revolutionäres Programm. Zur Einmischung in diese Debatte, zu ihrer Fortführung und Verbreitung ist ausdrücklich jede Person, Gruppe oder Organisation eingeladen, der es darum zu tun ist, den Kommunismus als "wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" auf der Höhe der Zeit zu rekonstruieren.

In dieser Ausgabe:

editorial:
Zu den KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTEN Nr. 6
von Katja Peters ____ 2

Imperialismus und Weltordnung
Vorläufige Fassung
von Klaus Braunwarth ____ 6

Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation -
einige Gedanken zur Frage der objektiven Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise
von Ansgar Knolle-Grothusen ____ 11

Zur Kritik und Theorie des Realsozialismus
1990 -1998
von Klaus Herrmann ____ 19

Mittels Informations- und Kommunikationstechnik
die Warenproduktion dialektisch aufheben?
von Wolf Göhring ____ 33

Das Ferne liegt so nah ...
über kommunistische Produktion als praktische Möglichkeit oder mögliche Praxis
von Werner Imhof ____ 40

Brief an Ansgar Knolle-Grothusen
mit Vorbemerkungen zu "By The Rivers Of Babylon"
von Daniel Dockerill ____ 57

By The Rivers Of Babylon
eine (inhaltliche) Kritik unserer Debattenkultur
von Daniel Dockerill ____ 66

Die Streitpunkte-Debatte -
im Hamsterrad babylonischer Sprachverwirrung gefangen?
von Ansgar Knolle-Grothusen ____ 73

Anmerkungen zur Plattform der 'übergänge zum Kommunismus'
(in Kommunistische Streitpunkte 5)
von Hans-Jürgen Ohr ____ 88

Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder:
Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?
von Ute Osterkamp ____ 94

KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE c/o V.Neumann, Heymannstraße 10c, 20253 Hamburg
eMail: Streitpkte@aol.com

Online-Version unter: *http://www.members.partisan.net/streitpunkte/* und unter: *http://members.aol.com/streitpkte/*

Katja Peters

editorial

Eine allergische Reaktion auf die Steitpunkte-Debatte

Im editorial der Ausgabe 06/00 der Online-Zeitung „trend" war unter der Überschrift „Nationale Sozialisten" zu lesen:

> Nun geht auch Heiner Karuscheit von den 'Aufsätzen zur Diskussion' (Neue Hauptseite Theorie), seit Jahren nationalen und sozialen Fragen auf der Spur (siehe dazu www.members.partisan.net/kamue/) online. Dazu nutzt er die im Internet dokumentierte Debatte um ein kommunistisches Programm (siehe: http://members.aol.com/streitpkte/). Seiner Linie treu bleibend, erinnert er dort daran, daß es die Pflicht eines jeden Revolutionärs sei, an die Nation zu denken. Und heute mehr denn je, wo sich die Bourgeoisie nicht mehr richtig um die Nation kümmert und diese kulturell verlottert. ... Wer die soziale Frage nur im Kontext mit der nationalen behandeln will, der soll sich seine politischen Partner für dieses Vorhaben dort suchen, wo dies bereits geschieht. Nämlich bei Horst Mahler und seinen völkischen Parteigängern.[1]

Dazu einige Klarstellungen:

1. Derzeit ist deutlicher als zu anderen Zeiten wahrnehmbar, daß bestimmte in der Linken gängige Argumentationslinien und Klischees offene Flanken und leichte Übergänge zu Positionen der nationalistischen und antisemitischen Rechten ermöglichen. Vor diesem Hintergrund ist die Sorge verständlich, die aus dem editorial von trend spricht. Allerdings scheint mir der Versuch, mittels Exkommunikation von allem Suspekten einen 'cordon sanitaire' zu ziehen, Ausdruck eines sehr hilflosen Antifaschismus zu sein, der angesichts der tatsächlichen Dimensionen des Problems auf Dauer nicht erfolgversprechend ist. Mit der Isolation von ein paar durchgeknallten Randfiguren ist es nicht getan, denn Argumentationsmuster, die sich auch nach rechts wenden lassen, sind in der ein oder anderen Form auch in der Linken weitverbreitet. Vielmehr steht die Aufgabe an, diese Argumentationsmuster selbst einer Kritik zu unterziehen.

Dazu gehören Positionen, die das „auf den internationalen Finanzmärkten herumvagabundierende" Kapital zum Stein ihres Anstoßes nehmen und im Gegensatz sehen zum produktiven „Arbeitsplätze schaffenden" Kapital. Wer so tendentiell zwischen „raffendem" und „schaffendem" Kapital unterscheiden möchte, hat von der Notwendigkeit dieser unterschiedlichen Erscheinungsformen des Kapitals, ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Bedingtheit nichts begriffen.

Dazu gehören weiter Positionen, die sich angesichts der Modernisierung der Verwertungsbedingungen für das europäische Kapital durch EU und Euro nach nationalstaatlicher Protektion zurücksehnen, ebenso wie Positionen, die gegen die imperialistische Hauptmacht USA bedenkenlos auf die Herausbildung eines annähernd gleichstarken rivalisierenden deutsch-europäischen Machtblocks setzen, um nur einige solcher Positionen zu benennen. Pauschal gesagt lassen sich alle Positionen, die nicht „die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen"[2], sondern sich den Kampf für Teilinteressen bestimmter Abteilungen des Weltproletariats auf die Fahnen schreiben, stets auch nach rechts wenden. Die in den Kommunistischen Streitpunkten laufende Debatte leistet unseres Erachtens durchaus auch Beiträge zur kritischen Durchleuchtung derartiger Positionen.

---

1 http://www.trend.partisan.net/trd0600/edit.html

2 Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 474

Herausgeber der KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE sind die Teilnehmer an der Debatte.

Redaktionelle Grundsätze der KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE

Die Grundsätze wurden in dieser Form auf dem Treffen des Streitpunkte-Kreises im Juni 2000 beschlossen:

A. Alle eingehenden Beiträge, deren Aufnahme in das Zirkular von mindestens einem Teilnehmer der mündlichen Debatte gewünscht wird, werden unzensiert in diese Zirkularblätter aufgenommen. Bei Notwendigkeit werden lediglich technische Änderungen vorgenommen.

B. Die Beiträge werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs in die Ausgaben der KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE aufgenommen. Sollte eine andere Reihenfolge gewünscht werden, so muß dies mit der Autorin oder dem Autor des betreffenden Beitrages, der geschoben werden soll, abgesprochen werden.

C. Die Zirkularblätter werden - neben der Papierform - auch in einer Online-Version herausgegeben.

D. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer an der Debatte kann die Zirkularblätter, oder Teile daraus, für seine persönliche Post weiterverwenden. Weitergehende Veröffentlichungen müssen mit der jeweiligen Autorin oder dem Autor abgesprochen sein.

E. Die Mitarbeit in der Redaktion dieser Materialsammlung, ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer offen.

2. Die Autorin des editorials von trend scheint allerdings nicht den Beitrag von Karuscheit für die Streitpunkte gelesen zu haben, sondern sie weiß von vornherein, was so einer geschrieben haben muß - nur in den Streitpunkten eben nicht geschrieben hat. Geschrieben hat Karuscheit:

> Heute - aber auch erst heute und nur in diesem Teil Europas - ist die Voraussage des Kommunistischen Manifest Realität geworden, daß die Rolle der Nation mit der Entwicklung der Bourgeoisie, des Weltmarkts und industriell geprägter Lebensverhältnisse schwindet - was nicht heißt, daß sie verschwindet.

Und zum gegenwärtigen Zustand der Arbeiterklasse:

> Dagegen findet sich im Proletariat kein Ansatz einer Bewegung, die auf eine Beseitigung des Lohnsystems und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft zielt. Im Gegenteil ist seine politische Bewegung rückwärts gerichtet, auf die vermeintlich sicheren Verhältnisse der 60er Jahre hin, als der Lebensstandard kontinuierlich stieg und das Kapital keine Anstalten machte, den Klassenfrieden aufzukündigen. Darum wird der Staat angerufen, der das Kapital zur Beibehaltung der Sozialpartnerschaft zwingen soll, und die Nation, weil sie die 'europäische' Untergrabung des Sozialstaats abwenden soll. Mit anderen Worten: gegenwärtig ist kein Teil der Gesellschaft so konservativ wie die Arbeiterklasse.[3]

In meinen Augen weist diese Zustandsbeschreibung der geistigen Verfaßtheit der Arbeiterklasse in Deutschland erstaunliche Gemeinsamkeiten mit den Zustandsbeschreibungen auf, die wir aus den Reihen der unter dem Label „antideutsch" firmierenden politischen Strömung kennen.

3. Indirekt versteckt sich in dem zitierten editorial von trend auch eine Kritik an unserer Veröffentlichungspraxis. Daher sei noch einmal klargestellt: Die Kommunistischen Streitpunkte verstehen sich nicht als ein Agitationsblatt, in dem eine bestimmte politische Linie unters Volk gebracht werden soll, oder in der eine wie auch immer geartete „political correctness" gefordert wird. Die Kommunistischen Streitpunkte sind nach ihrem formulierten, wenn auch umstrittenen Selbstverständnis ein Zirkular, das eine Debatte um den Übergang zum Kommunismus und sein revolutionäres Programm - über die historisch entstandenen Gräben hinweg, die zwischen den vielfach fraktionierten Relikten vergangener Bewegung klaffen, - befördern will. Daß dies ein schweres Unterfangen werden wird, war zumindest mir von vornherein klar. Schließlich pfleg(t)en die meisten dieser sich auf Marx berufenden Relikte eine Tradition, in der jedes Relikt sich selbst als exklusiven Verwalter der Wahrheit ansah und alle andren sich nur auf Ab- oder Irrwegen befinden können. Die Grundlage für die Möglichkeit eines solchen Versuches sahen wir darin, daß der Verlauf der wirklichen Geschichte die Unwahrheit in diesen Wahrheiten offenbart hat und eigentlich keiner der Nachlaßverwalter mit einem unbeschwerten „Weiter so!" auf den Lippen in den eingefahrnen Bahnen fortagieren kann. Wir dachten, wer das dennoch tut, wird sich nicht ernsthaft auf eine Debatte einlassen, die keine Tabus kennt. Als Plattform um politische Glaubensbekenntnisse zu verbreiten ist ein kleines Zirkular wie die Streitpunkte, in dem zusätzlich jeder Beitrag sich dem Feuer der Kritik stellen muß, denkbar ungeeignet. Daher haben wir die Kommunistischen Streitpunkte ohne jede Teilnahmebeschränkung konzipiert, offen für jeden, der sich in unsere Debatte einmischen möchte. Nur auf der Grundlage der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Positionen soll sich im Verlauf der Debatte erweisen, wo Annäherungen möglich sind und an welchen Punkten klare inhaltliche Abgrenzungen gezogen werden müssen. Wir wollen keinen Dogmenstreit erneut auflegen, sondern im Aufeinandertreffen der Argumente einen - möglichst gemeinsamen - inhaltlichen Klärungsprozeß vorantreiben. Dazu ist es unabdingbar, das sich die Debattenteilnehmer erstmal gegenseitig Lernfähigkeit und Lernwilligkeit unterstellen und Positionen durch bessere Argumente für veränderbar halten.

Von den Monologen zum Dialog

Nun zeigte sich jedoch, daß in unserer Debatte bisher Monologisches überwiegt. Das ist verständlich, denn die unterschiedlichen Standpunkte müssen erstmal auf den Tisch, damit sie im Feuer der Kritik ihre Tauglichkeit oder Untauglichkeit erweisen können. Doch nun muß der Übergang von den Monologen zum Dialog geschafft werden, dann erst wird sich die Debattentauglichkeit der Streitpunkte erweisen. Um dem Dialog mehr Raum zu verschaffen, damit wir unseren Streit endlich führen können und nicht von lauter neuen Statements von außen erschlagen werden, auch um die Streitpunkte finanzierbar und die Debatte überschaubar zu halten, wurde auf dem letzten Streitpunkte-Treffen mit knapper Mehrheit eine Änderung der redaktionellen Grundsätze beschlossen - dahingehend, daß nicht mehr jeder an die Redaktion eingesandte Beitrag automatisch veröffentlicht wird, sondern Beiträge „von außen" nur noch dann veröffentlicht werden, wenn mindestens ein Teilnehmer an der Debatte dies wünscht. Das erste Opfer dieser Neuregelung ist der Beitrag „Arbeit und Produktivität - der Fleiß der anderen", der nicht in die Papier-Version der Streitpunkte aufgenommen wurde und nur in der Online-Version zu finden ist.

3 Heiner Karuscheit, Gesellschaft und Programm, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 48

In dieser Ausgabe

Die Losung „Von den Monologen zum Dialog" hat in der vorliegenden Ausgabe der Streitpunkte erst teilweise ihren Niederschlag gefunden. Dies liegt daran, daß wir einige ältere Texte aufgenommen haben, die uns zum Verständnis der Entwicklung der Positionen wichtig erscheinen.

Daniel Dockerill hat mit **„By The Rivers Of Babylon"** einen Beitrag von 1997 aus der Vorgeschichte jener Debatte, die dann zur Heraugabe der Kommunistischen Streitpunkte führte, - in leicht überarbeiteter Form - eingereicht. In diesem Beitrag wird der Ausgangspunkt unserer Debatte noch einmal klar herausgearbeitet, nämlich daß im Zentrum der Kritik der politischen Ökonomie die Kritik der verkehrenden Form steht, in der ein emanzipatorischer Inhalt transportiert wird. Die gleiche menschliche Arbeit, die Marx als Wertsubstanz ausmacht, ist der emanzipatorische Inhalt, der über die Klassengesellschaften hinausweist, dies halten wir der „fundamentalen Wertkritik" entgegen, die mit dem Wert gleich auch die Wertsubstanz entsorgen möchte; die diesen emanzipatorischen Inhalt in sein Gegenteil verkehrende Form des Werts muß aufgehoben werden, dies halten wir den „Marktsozialisten" jeglicher Couleur entgegen.

Hans-Jürgen Ohr hat sich zu Wort gemeldet mit **„Anmerkungen zur Plattform der übergänge"**. Er stellt die von den „übergängen" ins Spiel gebrachte diffuse und problematische Kategorie des Kleinbürgertums in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Seine kategorialen Scheidungen zwischen Proletariat und Kleinbürgertum („Trennt man von der Masse der abhängig Beschäftigten die Kleinbürger, verbleibt der 'proletarische Rest'") entlang der Scheidung der „abstrakten Arbeit in planende und ausführende" - welch Widersinn, die gleiche menschliche Arbeit nennt Marx eben deshalb abstrakt, weil von derartigen Unterscheidungen abstrahiert wird - die daraus gewonnene Bestimmung der Intellektuellen als Bestandteil des Kleinbürgertums sind jedoch meines Erachtens nicht tragfähig. Intellektualität ist keine Eigenschaft, die an eine bestimmte Klassen- oder Schichtzugehörigkeit geknüpft ist, heute weniger denn je. Die Proletarier und niemand anderes bewältigen heute hochkomplexe Produktionsprozesse und entwickeln die Fähigkeit auch den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bewußt zu organisieren.

Das wird plastisch verdeutlicht in **Werner Imhofs** Beitrag **„Das Ferne liegt so nah ..."**. Hierbei handelt es sich um die ausgearbeitete Fassung eines Referates vom Treffen der 48.Woche 1999. Werner Imhof stellt dar, wie sich seine praktische Vorstellung von kommunistischer Produktion schrittweise entwickelt hat - unter anderem in kritischer Reflexion seiner eigenen betrieblichen Erfahrungen. Er macht sich an die in seinen „Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus" formulierte Aufgabe, „die gesellschaftliche Arbeit gegen den Strich ihrer widerborstigen Erscheinungsformen der konkreten Erfahrung zugänglich zu machen"[4].

Wolf Göhring zeigt in dem Aufsatz **„Mittels Informations- und Kommunikationstechnik die Warenproduktion dialektisch aufheben?"** ebenfalls anschaulich bei Betrachtungen über einer Tasse Kaffee, wie die Vielzahl der unabhängig voneinander betriebenen Privatarbeiten doch über den Weltmarkt allseitig voneinander abhängig sind, und wie im Preis des Päckchens Kaffee die verschiedenen Tätigkeiten der Menschen rund um den Globus sich praktisch als Teilarbeiten der einen menschlichen Arbeitskraft, der dem Warenwert als Substanz zugrundeliegenden gleichen menschlichen Arbeit, erweisen. Und er gibt Hinweise, wie mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien die Form, die der gesellschaftlichen Produktion durchs Privateigentum aufgeherrscht wird, die Verwandlung der Produkte in Waren, zusehends als anachronistische Form erfahrbar wird.

Klaus Herrmann legt mit **„Zur Kritik und Theorie des Realsozialismus"** seine im Laufe der 90er Jahre entstandenen Reflektionen zu diesem Thema vor. Für zu kurz gegriffen halte ich Klaus Herrmanns Argumentation zum Problemkreis der Stalinschen Politik, wenn er zusammenfassend sagt: „Der Stalinismus ist tot; mausetot. Das Geflecht seiner historischen Entstehungsbedingungen ist unwiederholbar." Auch wenn die besonderen historischen Bedingungen, die zu einer spezifischen Ausformung geführt haben, sich sicher nicht wiederholen, ist damit das grundsätzliche Problem nicht behoben. Dies liegt meines Erachtens darin, daß die bürgerlichen Mittel und Methoden, auf die beim Versuch, die Emanzipation von den alten gesellschaftlichen Verhältnissen durchzusetzen, zurückgegriffen wird, nahezu zwangsläufig auch bestimmte Verhaltens- und Denkweisen hervorbringen; d.h. in den bisher entwickelten Formen politischer Organisation (Kommunistische Partei) und in den bisher entwickelten Konzeptionen des Übergangs vom Kapitalismus zur klassenlosen Gesellschaft (Diktatur des Proletariats) liegen kontraproduktive Fallstricke verborgen, die es näher zu untersuchen gilt.

Klaus Braunwarth knüpft mit seinem Aufsatz **„Imperialismus und Weltordnung"** an die Diskussion über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien an[5] und versucht, von der Kategorie des Weltmarktes her, von seiner Bedeutung für die gesamte Entstehungsgeschichte des Kapitalismus, eine Grundlage zu legen für eine Überprüfung der Imperialismustheorien des 20.Jahrhunderts. Fragen die sich hieran anschließen: Lenin hat im Anschluß an Hobson und Hilferding als Grundlage der Verbindung der staatlichen Politik der entwickelten kapitalistischen Nationalstaaten

4 Werner Imhof, Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus, in Kommunistische Streitpunkte Nr. 5, S. 14ff

5 vgl. Kommunistische Streitpunkte Nr. 4

mit den ökonomischen Interessen, deren Absicherung ihr Hauptinhalt ist, - also dessen, was marxistisch seitdem Imperialismus genannt wird - die Verschmelzung des industriellen Kapitals mit dem Bankkapital zum Finanzkapital und die Entwicklung dieses Finanzkapitals durch Kombination mit dem Grundeigentum zum Monopolkapital angesehen. Dies wurde von ihm identifiziert mit dem Prozeß der Ablösung der freien Konkurrenz durch Monopole als ökonomisch dominierender Form und daraus leitete Lenin die Tendenz des Imperialismus zur Fäulnis ab, bezeichnet ihn als „sterbenden Kapitalismus“[6]. Auch wenn Lenin mit Hilferding und gegen Kautsky dem Kapitalismus der freien Konkurrenz keine Träne nachweint[7], scheint mir in dieser Theorie doch die Basis für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel marxistischer Politik gelegt: Während Marx und Engels bei strategischen Differenzen innerhalb der Bourgeoisie dem Proletariat rieten, jeweils dem Teil der Bourgeoisie den Sieg zu wünschen, dessen Politik die möglichst rasche Ausdehnung und freie Entfaltung des kapitalistischen Produktionssystems verspricht, weil dadurch auch die Bedingungen für die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse schneller heranreifen würden[8], führte die Einschätzung, daß der Kapitalismus bereits sterbender Kapitalismus sei, die Zeit also überreif für die proletarische Revolution, in der Folge zu Konzeptionen einer Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit Klassen und Schichten, die von ihren tagespolitischen Interessen her eher rückwärtsgewandt sind, mit der Bauernschaft, dem Kleinbürgertum, der nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Nicht mehr auf das Vorantreiben der innerkapitalistischen Widersprüche in Richtung ihres Kulminationspunktes, sondern auf das Abbremsen kapitalistischer Entwicklungsdynamik setzten Kommunisten fortan ihre Hoffnungen. Die diversen Konzepte des antimonopolistischen und antiimperialistischen Kampfes atmen diesen Geist. Klaus Braunwarths Ansatz, der Imperialismus als das exterritoriale Dasein des Kapitals versteht, bietet die Möglichkeit, den historischen Abschnitt, den Lenin Imperialismus nannte, neu einzuordnen in die gesamte Entwicklungsgeschichte des Kapitalverhältnisses, und so vielleicht ein neues Licht zu werfen auf die in der Streitpunktedebatte umstrittene Frage des Reifegrades und der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten kapitalistischer Vergesellschaftung.

Die Frage des notwendigen Reifegrades der Entwicklung der Produktivkräfte für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird auch von **Ansgar Knolle-Grothusen** in **„Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation“** diskutiert.

In den Debattenbeiträgen, die sich der Frage einer möglichen Kommunistischen Produktionsweise nähern, spielt der Begriff der Bedürfnisse eine wesentliche Rolle. Dabei gibt es Argumentationen, die (miß-?)verstanden werden können, als müsse in einer solchen Gesellschaft festgelegt werden, welche Bedürfnisse als solche anerkannt werden und welche nicht. Da ich eine solche Vorstellung für sehr gefährlich halte, habe ich einen Beitrag eingereicht, den ich für sehr hilfreich für die Entwicklung einer marxistischen Theorie der Bedürfnisse halte: **„Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt - oder: sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?“**, ein Vortrag, den **Ute Osterkamp** 1992 bei der Marx-Engels-Stiftung gehalten hat.

Im direkten Eingehen auf den Verlauf der bisherigen Streitpunkte-Debatte spitzen **Daniel Dockerill** im **„Brief an Ansgar Knolle-Grothusen“** und **Ansgar** in **„Die Streitpunkte-Debatte: Im Hamsterrad babylonischer Sprachverwirrung gefangen?“** eine Reihe von Fragen zu.

---

6 Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Dietz-Verlag Berlin 1970

7 ebenda, S. 120f

8 s. z.B.: Engels, Schutzzoll und Freihandel, MEW 21, S. 374f

Klaus Braunwarth

Imperialismus und Weltordnung

(vorläufige Fassung)

„Cicero hielt sich in seinen Schriften zum imperium populi Romani immer streng an die wirkliche Bedeutung von imperium, dem er in seinem Werk 'De legibus' begeistert Beifall zollte als der legalen Macht, das Recht durchzusetzen."

RICHARD KOEBNER, Empire, New York 1965, S. 4, zit. nach GEORGE LICHTHEIM, Imperialismus, München 1972, S. 16

„Das Recht ist der archimedische Punkt, mit dem das Reich des Geistes das der Materie aus den Angeln hebt."

FRITZ KERN, Humana Civilitas (Staat, Kirche und Kultur). Eine Dante Untersuchung, Leipzig 1913, S. 73

„... der Imperialismus (...) die furchtbarste Gestalt der Ratio ..."

HORKHEIMER/ADORNO, Dialektik der Aufklärung, Ffm. 1981, S. 108

I. WELTMARKT

Im Begriff des Kapitals ist seine Tendenz zur Schaffung eines Weltmarkts doppelt enthalten:

Erstens. Die Allgemeinheit, in der die Arbeit die Substanz des Werts bildet, schließt alle Formen ihrer besonderen Verausgabung ein, wie sie sich je nach der stofflichen Beschaffenheit des Arbeitsgegenstandes unterscheiden. Bei der Bestimmung des Werts und seiner Formen erscheint das vorerst als nur formelle Seite der Sache. Die menschliche Arbeit kann sich in jedem Gebrauchswertkörper - ob Rock, Weizen, Eisen oder Gold - vergegenständlichen und ihre Darstellung an ihm als Wert ist gleichgültig gegen die Besonderheit seiner Gebrauchsnatur. Der Wertausdruck einer Ware entfaltet sich als ihre Austauschbarkeit mit jeder anderen. Sinnfällig wird das im Geld, das der Wertnatur der Waren ihren dinglich selbständigen Ausdruck verleiht, das eben die „allgemeine Ware" ist, weil es jede beliebige kaufen kann.

Die Universalität der Naturalformen der Arbeit, die im Wert formell ihren Ausdruck finden wird durch das Kapital reell als Universalität der über die Arbeit vermittelten Naturaneignung gesetzt, ermöglicht durch die Entwicklung der Wissenschaft zur Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit. Das aber heißt, daß die gesellschaftliche Reichtumsproduktion sich von den Zufälligkeiten der auf ihrem Territorium vorfindlichen Naturbedingungen - mineralischen, pflanzlichen und tierischen Vorkommen usw. - emanzipiert und die ganze Erde zu ihrem Laboratorium macht.

Zweitens. Gebrauchswerte produziert das Kapital nur, sofern sie Träger von Wert, also Waren und weiter nicht nur Träger von Wert sondern Mehrwert, also Warenkapital sind. Macht das Kapital mit der Produktion keinen Schnitt, z.B. in der Krise, wird sie eingestellt. Das Kapital ist Wert, der Wert und das heißt genauer Mehrwert produziert. Das Kapital löst alle Formen naturwüchsiger Einheit der Produzenten mit ihren objektiven Produktionsbedingungen - Grund und Boden, Arbeitsmittel - auf und verwandelt die Faktoren des Produktionsprozesses selbst in Waren, wodurch die Warenproduktion erst gesellschaftlich verallgemeinert wird. Auf dem Markt kauft das Kapital was es der Qualität und der Quantität nach an Faktoren für seinen Produktionszweck braucht und kombiniert sie in seinem Produktionsprozeß gemäß seinen Verwertungsimperativen miteinander, wodurch die als Waren gekauften Produktionselemente zu Daseinsformen seiner selbst werden, Produktionsmittel und Arbeitsgegenstände zu konstantem, die Arbeitskraft zu variablem Kapital. Wie die Produktion von Wert, so ist auch die von Mehrwert die Leistung der in ihrer Verausgabung eine spezifische Gesellschaftlichkeit geltend machen müssenden menschlichen Arbeit und beruht den letzteren betreffend auf nichts anderem, als der Verlängerung der Arbeitszeit über das Maß hinaus, in der die Arbeitskraft das zu ihrer Reproduktion nötige, bzw. dessen Gegenwert, produziert. Kauf, Produktion und Verkauf von Waren dient dem Kapital nur zur Produktion und Realisation von Mehrwert auf stets wachsender Stufenleiter.

> „Der Gebrauchswert ist also nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln. Auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens.[1] Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos." (MARX, Kapital I, MEW 23, S. 168 und 167)

Dieser kapitalistische Produktions- und Verwertungsprozeß schließt eine Reihe von Widersprüchen ein, die sich in der Konkurrenz - der Beziehung der Kapitale aufeinander; ganz wie die Ware nie als Individuum, sondern nur als Exemplar ihrer Gattung existiert, so bezieht sich das Kapital

auf sich, in dem es sich in Einzelkapitale auseinanderlegt und über die Konkurrenz zum gesellschaftlichen Gesamtkapital vermittelt - entfalten und da, wo es das Kapital historisch noch nicht mit seinesgleichen zu tun hatte, in der Konkurrenz mit vorkapitalistischen Produktionsweisen. So tendiert, wie unter erstens schon entwickelt, das Kapital dazu, alle stofflichen Potenzen der Produktion als Mittel seiner Reichtumsproduktion zu entdecken und zu mobilisieren, findet aber auf seinem angestammten Territorium selber nur ein begrenztes Stück Natur vor. So schafft das Kapital mit der Verwandlung aller Produktion in kapitalistische überhaupt erst einen inneren Markt, andererseits gilt ihm dessen zahlungsfähige Nachfrage jederzeit als Schranke seines maßlosen Bereicherungstriebes, die es mit der Expansion auf auswärtige Märkte überwindet.

„Stellte sich die surplus labour (Mehrarbeit) oder value (Wert) bloß in nationalem surplus produce (Mehrprodukt) dar, so fände die Vermehrung des Werts um des Werts willen und daher die exaction of surplus labour (Auspressung von Mehrarbeit) eine Grenze an der Borniertheit, dem engen Kreis von Gebrauchswerten, worin sich der Wert der nationalen Arbeit darstellte. Aber erst der auswärtige trade (Handel) entwickelt seine wahre Natur als Wert, indem er die in ihm enthaltne Arbeit als gesellschaftliche entwickelt, die sich in einer unbegrenzten Reife verschiedner Gebrauchswerte darstellt und in der Tat dem abstrakten Reichtum Sinn gibt. (...) Der abstrakte Reichtum, Wert, Geld hence (also) die abstrakte Arbeit entwickelt sich in dem Maße, worin die konkrete Arbeit zu einer den Weltmarkt umfassenden Totalität verschiedner Arbeitsweisen entwickelt. Die kapitalistische Produktion beruht auf dem Wert oder der Entwicklung der in dem Produkt enthaltnen Arbeit als gesellschaftlicher. Dies aber nur auf Basis des Foreign trade (Außenhandels) und des Weltmarkts. Dies also sowohl Voraussetzung als Resultat der kapitalistischen Produktion." (MARX, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 249f.)

II. IMPERIALISMUS: BEGRIFF

Der Weltmarkt ist aber keine Weltgesellschaft. Die universalistische Tendenz des Kapitals ist widersprüchlich: Einerseits produziert sie in der Durchsetzung gegen die vorkapitalistische Zersplitterung von Territorial- und Herrschaftsverbänden einen inneren Markt und dessen staatliche Zusammenfassung zum Nationalstaat und verallgemeinert dessen Form global sogar auf Territorien, zu denen er gar nicht paßt, weil sie keine Nationalökonomie haben, andererseits produziert sie parallel und nicht etwa historisch nachgelagert den die Nationalstaaten und ihre Binnenmärkte überspannenden Weltmarkt, also die Abhängigkeit der Nationen voneinander.

Um sich als Produktionsverhältnis entwickeln und reproduzieren zu können, benötigt das Kapital ein System gesellschaftlicher Beziehungen, das - von stofflich bedingten Unterschieden abgesehen - gleiche Ausbeutungs- und Konkurrenzbedingungen herstellt und damit den Kapitalen ihre Assoziation zu einem gesellschaftlichen Gesamtkapital ermöglicht, innerhalb dessen ein Ausgleich der Profitraten stattfindet und es benötigt einen Staat, der als außer und über der Konkurrenz stehende Instanz über die Gewalt verfügt, die Subjekte der Konkurrenz auf die Einhaltung dieser der Form nach als Recht gesetzten Bedingungen zu verpflichten und der das Geld, das den Wert schließlich nicht nur zu messen, sondern ihn gültig darzustellen hat, emittiert und seinen Kurs festsetzt. Gesellschaft und Staat sind in ihrer Notwendigkeit aus den Wert- und Kapitalbestimmungen herleitbar, nicht aber deren nationalstaatliche Verfaßtheit. Die ist auf die spezifischen historischen Bedingungen zurückzuführen, unter denen sich das Kapital in Europa entwickelt hat, das heißt auf die bürgerliche Revolutionierung spätmittelalterlicher feudaler Territorialverbände. Die kapitalistischen Gesellschaften sind daher nationalstaatlich voneinander abgegrenzt und der Nationalstaat bildete den Rahmen der Entwicklung und Befestigung einer vereinheitlichenden kapitalistischen Vergesellschaftung. Umgekehrt bedeutete dies auch, daß die Nation damit einen gesellschaftlichen Inhalt bekam und kein reines ideologisches Konstrukt blieb, ungeachtet ihrer völkischen oder republikanischen Selbstmystifikation. Das Binnenmarktprojekt der EU hebt für die beteiligten Staaten das Zusammenfallen von Binnenmarkt und nationalstaatlichem Territorium auf und beginnt auch die Einheit von Staat und Nationalstaat aufzulösen, ebenso hört mit dem Euro die Währung auf, eine nationale zu sein. Aber die Scheidung von innerem und äußerem Markt und die Notwendigkeit und die Funktionen staatlicher Gewalt werden nicht obsolet.

Der nationale Markt, wiewohl Existenzbedingung des Kapitals, begrenzt eben nicht seine Aktionsbasis. Auswärts winken genügend Reichtümer, die es über die nationale Grenze locken und die Zahlungsfähigkeit des heimischen Marktes ist gemessen an seinem Bereicherungstrieb und seiner Expansionsfähigkeit eine Schranke die es jederzeit nimmt.

„Sobald aber das Fabrikwesen eine gewisse Breite des Daseins und bestimmten Reifegrad gewonnen hat, sobald namentlich seine eigne technische Grundlage, die Maschinerie, selbst wieder durch Maschinen produziert wird, sobald Kohlen- und Eisengewinnung wie die Verabeitung der Metalle und das Transportwesen revolutioniert, überhaupt die der großen Industrie entsprechenden allgemeinen Produktionsbedingungen hergestellt sind, erwirbt diese Betriebsweise eine Elastizität, eine plötzliche sprungweise Ausdehnungsfähigkeit,

> die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet." (MARX, Kapital I, MEW 23, S. 474)

Die auswärtigen Märkte aber stehen dem Kapital nicht einfach offen, über sie herrscht ein anderer Souverän, dort gilt anderes Geld usw. Der Staat muß seinem nationalen Kapital den Zutritt zu diesen auswärtigen Märkten und sonstigen Reichtumsquellen eröffnen und da fällt eine ganze Menge zu regeln an: von der Geltung die dem nationalen Zahlungsmittel über die Grenze hinaus verschafft wird, über Zölle, Besteuerung, Rechtssicherheiten, Sicherung von Transportwegen usw. Ähnlich wie auf dem Nationalmarkt müssen auch für den internationalen Handel Konkurrenzbedingungen geregelt werden, nur daß bei letzterem Staaten miteinander zu tun bekommen, die über sich keinen Souverän mehr haben, also immer Gewaltfragen gegeneinander aufmachen können. Die Durchsetzungsfähigkeit der jeweiligen Interessen ist dabei eine Sache des Kalibers der ökonomischen (Währungsstärke, Rangfolge in der Weltmarkthierarchie, Handelsabhängigkeiten, Verschuldung usw.), politischen und militärischen Erpressungsmittel, die ihnen zu Gebote stehen. Daß bei Geschäften beide Seiten gleichermaßen profitieren und man sich über deren Modalitäten einfach zwanglos einigen könnte, gehört zu den Märchen der Marktwirtschaft, an die höchstens die glauben, **mit** denen Geschäfte gemacht werden, aber nicht die, die **die** Geschäfte machen.

Das internationale Geschäft wirft also spezifische Macht- und das sind in letzter Instanz immer Gewaltfragen auf, die ihm einen imperialistischen Charakter verleihen. Der Imperialismus ist das exterritoriale Dasein das Kapitals, er ist transnationale „Kapitalmobilität", die Durchsetzungsform des Kapitalverhältnisses auf dem Weltmarkt, „die reale Bewegung des Weltmarkts", aber was er nicht ist, ist eine bloße „Etappe" oder „Stadium" des Kapitalismus.

III. IMPERIALISMUS: THEORIEN

Entgegen den klassischen Theorien von HOBSON, HILFERDING und LENIN ist der Imperialismus nicht aus einer Wendung des Kapitalismus von der Konkurrenz zum Monopol zu erklären, sondern aus dem Begriff des Kapitals selbst, seiner universalistischen Tendenz zum Weltmarkt, deren Verlaufsformen (z.B. auch das Verhältnis von Waren- und Kapitalexport) sich je nach den historischen Umständen ändern, deren Unterschiede jedoch nicht die eine zu einer imperialistischen und die andere nicht macht.

Um sich als gesellschaftliches Verhältnis überhaupt zu konstituieren, raubt das Kapital einen großen Teil der weltweit verfügbaren Reichtümer zusammen (der Kapitalismus ist nicht aus einer nationalgesellschaftlichen Binnenentwicklung sozusagen organisch herausgewachsen); hat es sich als Produktionsverhältnis konstituiert, zwingt es anderen Weltgegenden die Produktion von Rohstoffen für seine Industrien auf und überschwemmt sie mit seinen Waren und macht sich fremde Arbeitskraft dienstbar; wo es dann mit seinesgleichen, anderen nationalen Kapitalen, zu tun bekommt, setzt die jeweilige Überlegenheit in der Konkurrenz politisch vermittelte Über- und Unterordnungsverhältnisse auf dem Weltmarkt durch, das sieht an der Oberfläche jeweils ganz anders aus, funktioniert mal mit, mal ohne Kolonien, kommt mal protektionistisch, mal freihändlerisch daher, mal gewaltsam, mal friedlich und das wechselt auch nicht beliebig, sondern hat seine kapitalgeschichtliche Logik, aber immer geht es um globale Benutzungs- und Herrschaftsverhältnisse, über die nach ökonomischer Stärke entschieden wird, geht es darum, daß das Geschäft nicht ohne Gewalt auskommt, und das ist Imperialismus!

Die erwähnten Imperialismustheorien beinhalten eine Reihe theoretischer Irrtümer - Monopol als tendentielle Aufhebung der Konkurrenz, als hätte des Kapital als Produktionsverhältnis nicht ohnehin ein Monopol, das es über die Konkurrenz der Kapitalien realisiert, wobei monopolistische Ambitionen einzelner Kapitale dann das Terrain, auf dem die Konkurrenz ausgetragen wird, verändern und erweitern; Herrschaft des Bank- über das Industriekapital, als hätte die Trennung von Geld- und Industriekapital nicht eine notwendige ökonomische Funktion, die wechselseitige Abhängigkeiten begründet; Stagnation der Entwicklung der Produktivkräfte, als wäre dem Kapital die beständige Umwälzung des Produktionsprozesses nicht wesenseigen usw. - die alle auf das eine hinauslaufen: ein monopolistisches und imperialistisches Stadium des Kapitalismus habe den klassischen 'Konkurrenzkapitalismus' des 19. Jahrhunderts abgelöst und das wird gerne mit selber abstrakten Salbadereien über konkrete Analyse konkreter Situationen garniert. Die Geschichte des Kapitals ist nicht die der Aufhebung oder der Modifikation seiner Gesetze (z.B. des Wertgesetzes durch das Monopol), sondern das Werden derselben. Das Kapital will sich als Absolutes setzen, für das Absolute aber gilt nach HEGEL

> „Es ist von dem Absoluten zu sagen, daß es wesentlich Resultat, daß es erst am Ende das ist, was es in Wahrheit ist: und hierin eben besteht seine Natur, Wirklichkeit, Subjekt oder Sichselbstwerden zu sein." (HEGEL, Phänomenologie des Geistes, Theorie Werkausgabe, Bd. 3, S. 24)

IV. IMPERIALISMUS: GESCHICHTE

Gerade die nach der Leninschen Imperialismustheorie vorimperialistischen Etappen der Weltmarktentwicklung beruhen jeweils auf einem Monopol, aber in einem etwas anderen Sinne. Jeweils ein Land „repräsentiert für einige Zeit allein bestimmte Entwicklungsschritte des Kapitalverhältnisses".

„Bis ca. 1500 kontrollierten die norditalienischen Städterepubliken die ökonomischen Knotenpunkte der damaligen bekannten 'alten Welt'. Mit der Ausdehnung des den Europäern bekannten Territorium beherrschte für die nächsten 100 Jahre Portugal als Protagonist der großen geographischen Entdeckungen den internationalen Handel, verlor diese Stellung aber mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts an Holland, dessen herausragende Position im Welthandel mit der Errichtung manufakturmäßiger Produktion in großem Stil einherging. England riß ab dem 18. Jahrhundert auf Basis aufkeimender industrieller Produktion die Kontrolle der internationalen Markte an sich, sah sich jedoch gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den USA und dem damaligen Deutschen Reich mächtigen Konkurrenten gegenüber, die die industrielle Vorrangstellung des Empires unterminierten. Das Resultat des Ringens dieser Nationen um die Vormacht auf den internationalen Märkten war die ökonomische Führungsrolle der USA, die spätestens ab dem II. Weltkrieg anzusetzen ist und - wenn auch in eingeschränkter Weise noch bis zur Gegenwart andauert." (SOST, Kapitalistische Weltwirtschaft, Hamburg 1981, S. 186)

Gerade weil das Handelskapital, die bis zur Industrialisierung Englands herrschende Kapitalform keinen Mehrwert produziert sondern abschöpft, drängt es auf Expansion. Sein Profit wächst mit der Vergrößerung der Warenmassen, die es in die Zirkulation zieht. Das Handelskapital ist charakterisiert durch Raub, Expansion und dem Streben nach (Handels-) Monopol. Das Handelskapital wirkte in den Kolonien zunächst vornehmlich in Geldform und betrieb die Umwandlung der dortigen traditionellen Gebrauchswertproduktion in die von Waren, die es dann exportierte. Die zweihundertjährige Herrschaft des Handelskapitals (16. - 18. Jhdt.) beförderte die Entwicklung der Manufakturproduktion in Europa und schuf den Weltmarkt und den Welthandel.

Mit dem Aufkommen des englischen Industriemonopols überschwemmten englische Waren die kolonialen Märkte, die vorher hauptsächlich Waren zu exportieren hatten. Außerdem lieferte der Kapitalismus mit dem Sklavenhandel und der Sklavenschinderei auf den Baumwollplantagen für die englische Textilindustrie einen eindrücklichen Beweis, wie vor seinem Despotismus die Schrecken vergangener Herrschaftsepochen verblassen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brechen die USA und Deutschland das englische Industriemonopol. Neue Industrien (Elektrotechnik, Chemie, Automobilbau) kommen auf, die Schwerindustrie überflügelt die Konsumgüterindustrie an Bedeutung. Der Anteil des fixen Kapitals wird so hoch, daß er die Kapitalmobilität einschränkt und Kredit- und Aktienkapital nötig werden, um die Investitionen zu finanzieren. Das Kapital strebt jetzt nach monopolistischer Beherrschung der Rohstoffquellen, die durch Kapitalexport in die extraktiven Industrien und die Landwirtschaft samt dazugehörigem Transportsystem (Eisenbahnbau) erschlossen werden. Das ist die Zeit, die bei HOBSON, HILFERDING und LENIN als Imperialismus firmiert. Jetzt werden die Kolonien und Halbkolonien nicht mehr nur in die kapitalistische Warenzirkulation gezogen, sondern Teil des kapitalistischen Produktionssystems selbst. Das aber untergräbt zugleich die Basis des Kolonialsystems, weil sich damit in den Kolonien selbst wenn auch abhängige, fragmentierte und deformierte kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickeln. Das Kolonialsystem zerbricht gerade auf dem Höhepunkt seiner Verflechtung mit den kapitalistischen Zentren. (Die Darstellung nach PARVIZ KHALATABARI, Ökonomische Unterentwicklung. Eine historisch-politökonomische Analyse, Berlin 1984)

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gründet der Imperialismus keine Reiche mehr. Weltmarktintegration und -expansion sind anders fortgeschritten. Die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsprozesse vollzieht sich in den kapitalistischen Hauptländern im wesentlichen parallel, natürlich mit konkurrenzbedingten Ungleichheiten, aber nicht mehr mit Ländermonopolen auf ganzen Entwicklungsstufen Unter der Dollarhegemonie des US-Kapitals sind drei große Zentren kapitalistische Weltmarktverflechtung entstanden, Amerika, Europa und Ostasien, die jeweils von der US-, der deutschen und der japanischen Ökonomie dominiert werden und die sich die Konkurrenzschlachten um das Weltgeschäft liefern, die mit den durch die Mikroelektronisierung möglich gemachten Ökonomisierungen des fixen Kapitals und der internationalen Restrukturierung der Produktionsprozesse und neuen Formen der Dominanz des Geldkapitals in eine neue Etappe eintreten.

V. „WELTORDNUNG"

Die weltweit gültigen Benutzungs-, Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse lassen sich immer als eine „Weltordnung" interpretieren. Als der damalige US-Präsident BUSH seinerzeit davon sprach, eine neue Weltordnung schaffen zu wollen („we create a new world order"), war das spezifischer gemeint: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres 'realsozialistischen' Blocks kann die kapitalistischen Weltmächte nichts mehr daran hindern, die Weltverhältnisse nach ihren Interessen zu „ordnen". Der bei manchen beliebte Einwand, die „neue Weltordnung', habe sich als veritable „Welt-Unordnung" erwiesen, ist läppisch, denn wie tief westliche Politiker in ihren Reden auch immer in die rhetorischen Harfen greifen mögen, allen Ernstes liegt ihnen natürlich nicht am gedeihlichen Auskommen und entsprechend aufgeräumten Verhältnissen bis in den letzten Winkel des Globus. Wo sie volltönende Versprechungen abgeben, formulieren sie immer

Titel, deren Vollstreckung im Namen eben höherer Ideale geboten erscheinen soll.

Die Schaffung einer „neuen Weltordnung" anzukündigen, reflektierte zunächst die Situation, daß eine alte hinüber und eine neue noch nicht da war, stellte dann klar, daß es was zu ordnen gibt und kündigte an, das auch zu tun. Das „wir" in dem Satz von BUSH bezog sich dabei gar nicht nur auf die USA, es sollte die anderen kapitalistischen Führungsmächte durchaus einschließen, wenn auch, unausgesprochen, auf den gebührenden Plätzen.

Daß die westlich-kapitalistischen Staaten sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem um die Sowjetunion herum gruppierten 'realsozialistischen' Lager konfrontiert sahen, zwang sie, ihre traditionellen innerimperialistischen Rivalitäten zurückzustellen und sich gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu einigen und die 'Systemkonfrontation' auf globaler Ebene zu suchen. Der durch den Weltkrieg beförderte Zusammenbruch der Kolonialreiche und die Tatsache, daß England und Frankreich geschwächt aus dem Krieg hervorgingen und Deutschland ihn verloren hatte, sich also erstmal auch nicht viel angeboten hätte, eine nationalzentrierte Einflußsphärenpolitik fortzuführen tat ein übriges, um den Zusammenschluß des kapitalistischen Westens unter Führung der USA zustandezubringen.

Diese politisch antizipierte 'Globalität' hat durch die unter ihrem Dach stattgefundenen Prozesse der Weltmarktrekonstruktion, -expansion und vor allem Weltmarktintegration, d.h. sowohl der Herausbildung (aufschließen der ökonomischen Entwicklung der westeuropäischen Länder zu den USA, Aufstieg Japans) wie der wechselseitigen ökonomischen Verflechtung von drei Zentren der kapitalistischen Reichtumsproduktion, überhaupt erst einen adäquaten ökonomischen 'Unterbau' erhalten. So herum haben Politik und Ökonomie der Nachkriegsordnung doch wieder zusammengefunden, wiewohl sie darin, daß die politische Weltgeltung der Sowjetunion keinen ökonomischen Grund hatte und weite Teile des Globus dem Zugriff des westlichen Kapitals zunächst entzogen waren, auseinandergefallen waren.

Die vor allem mit der Formierung der westeuropäischen Länder zu EU-Europa und die sich als Folge sowohl der weltweiten ökonomischen Krisenprozesse wie der durch neue Technologien beförderten Umwälzung der kapitalistischen Produktionsprozesse verschärfende Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Triade hatte zuletzt kaum noch Platz unter diesem politischen Dach der 'Blockkonfrontation', mußten ihr aus übergeordneten 'Systemgründen' doch immer politische Zügel angelegt werden. Die Implosion des 'realsozialistischen' Blocks hat da gepaßt und allerhand freigesetzt.

Für die imperialistischen Staaten kann es aber keine Rückkehr mehr zu einer Politik exklusiver Einflußsphären geben, es sei denn als Projekt einer Katastrophenpolitik. Der Prozeß der Weltmarktintegration ist darüber hingweggeschritten, wenn er auch nicht, wie oft behauptet, ökonomisch interessierter staatlicher Machtpolitik den Boden entzogen hat. Weder transnationale Konzerne noch die Existenz weltweit „vagabundierenden" Geldkapitals heben die Schwerkraft ökonomischer und damit immer auch politischer Reproduktionsprozesse auf, so wenig wie ein Flugzeug Newtons Gravitationsgesetze widerlegt, das eine funktioniert nur auf der Basis des anderen.

Vorerst bleibt den imperialistischen Hauptmächten gar nichts anderes übrig, als sich an einer Art politischem Weltregime im Sinne von BUSHS Weltordnung zu versuchen. Gerade weil sie jedes ökonomische Teilziel heute auch ökonomisch erreichen können - nicht eine Erdölquelle oder Bergbaumine, auch nicht die von Trepca, muß heute mehr militärisch erobert werden, das Angebot sie gegen Weltgeld auszubeuten, überzeugte jeden Regionalpotentaten - müssen die imperialistischen Staaten ihr Weltgeschäft gegen mögliche politische und militärische Störungen absichern. Kein Regionalhegemon darf ihrer globalen Hegemonie in die Quere kommen. Das Gewicht der Beteiligung an diesem gemeinsamen imperialistischen Weltregime ist für die beteiligten Staaten zugleich ein politischer Hebel, ihre jeweiligen Sonderinteressen, die ja nicht verschwunden sind, untereinander geltend zu machen und Positionen auf- und auszubauen, die zu benötigen man eben seine nichts Gutes verheißenden Gründe hat.

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien, der nach dem Golfkrieg - bei dem es mit den Befürchtungen für die OPEC-Preispolitik durch einen um das annektierte Kuwait gestärkten Irak aber auch noch ein ökonomisches Motiv gab - zweite Weltordnungskrieg hat diese Konstellation sehr schön vor Augen geführt. MILOSEVIC hat dem Westen keinerlei verlangte ökonomische Benutzung verweigert, sondern sich dessen Feindschaft anders und prinzipieller als einer zugezogen, der eigene westlicherseits nicht abgesegnete politische Pläne und das am Rande des NATO-Bündnisgebiets und von EU-Europa verfolgte und eine gewisse Stärke zu erlangen drohte, die ihm das wie regional beschränkt auch immer ermöglichten. Das war eine Herausforderung des Gewaltmonopols der NATO und das heißt des imperialistischen Westens überhaupt, das diese für das Europa bis zur russischen Grenze faktisch beansprucht. Zugleich war der Krieg gegen Jugoslawien vor allem für Deutschland, aber auch für England und Frankreich eine willkommene Gelegenheit, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zu imperialistisch-militärischem „Krisenmanagement" im Rahmen der „neuen Weltordnung" zu demonstrieren und Führungsansprüche zur „politischen Gestaltung" Europas anzumelden, wie umgekehrt die USA den Europäern vorführten, daß ohne das Militärpotential der Weltmacht Nr. 1 gar nichts durchschlagendes läuft und die USA in wichtigen europäischen Angelegenheiten mitzureden haben.

Manchmal können imperialistische Interessen auch rein negativ sein, nicht ein ganz bestimmtes Ziel oder ganz bestimmte Verhältnisse durchsetzen wollen, aber verhindern, daß andere mit ihren Vorstellungen zum Zuge kommen. Das macht sie nicht weniger imperialistisch und nicht weniger gefährlich. Das ideale Mittel, anderen die Souveränität zu etwas abzusprechen, wozu man gar nicht unbedingt selbst jederzeit positiv Gebrauch machen, vielmehr Zeit und Umstände dafür sich selber vorbehalten will, ist das Recht. Nicht „der Führer", wie CARL SCHMITT meinte, das war deutschnational zu kurz gesprungen, aber der Imperialismus „ setzt das Recht".

Klaus Braunwarth
Juni 2000

Ansgar Knolle-Grothusen

Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation -

einige Gedanken zur Frage der objektiven Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise

Vorbemerkung: Der folgende Text ist 1994 in Aufarbeitung der Auseinandersetzung mit dem Gorbatschowismus und der sogenannten Neuererströmung in der DKP späten 80er Jahre entstanden. Er stellt einen Versuch der Annäherung an das Thema dar, das von einer anderen Seite her in der bisherigen Diskussion der „Übergänge" um Robert Schlossers „Voraussetzungen des Kommunismus" angegangen wird. Besonders die Resultate dieser Annäherung,

- *daß „Typ der Produktivkraftentwicklung" keine technologische, sondern eine ökonomische Kategorie ist, und*
- *daß der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung heute tendentiell zu einer Scheinentwicklung wird,*

möchte der Autor zur Diskussion stellen.

Hamburg, 1998

Im Verlaufe der Geschichte haben die Menschen sich immer mehr Fähigkeiten erworben und Hilfsmittel hergestellt, mit denen sie ihre Beziehungen untereinander und zur umgebenden Natur organisieren, -vom Faustkeil bis zum Mikrochip. Diese Fähigkeiten und Hilfsmittel, die die Produktivität der menschlichen Arbeit steigern, nennen wir Produktivkräfte.

Die Entwicklung der Produktivkräfte ist aber abhängig von der Organisation der Gesellschaft, und hier in erster Linie von der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, die wir die Produktionsverhältnisse nennen.

> Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.[1]

Die Produktionsverhältnisse sind also etwas relativ starres, was von der Grundstruktur her über längere Zeiträume unverändert bleibt, während sich die Produktivkräfte ständig weiterentwickeln.

> Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um.[2]

Das ist der Zeitpunkt, mit dem die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, die Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsordnung möglich und objektiv notwendig wird.

Die soziale Revolution wird erst zu diesem Zeitpunkt möglich, weil wie Marx sagt, eine Gesellschaftsformation nie untergeht,

> bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.[3]

Notwendig wird die soziale Revolution um die weitere Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit zu gewährleisten.

Wie nun haben sich die Produktivkräfte der menschlichen Arbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft entwikkelt, wo und wie werden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zur Fessel der Produktivkraftentwicklung?

Marx und Engels sahen die historische Rolle der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Trägerin, der Bourgeoisie, in der unbedingten Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

---

1 K.Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S.8

2 ebenda

3 ebenda

Den ökonomischen Mechanismus, der im Kapitalismus wie in keiner Gesellschaftsformation vorher die ständige revolutionäre Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit, der Arbeitsproduktivität, erzwingt, hat Marx im Kapital ausführlich dargestellt: Unmittelbarer Zweck der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit für den einzelnen Kapitalisten, der die Neuerung zuerst bei sich einführt, ist die Senkung des individuellen Werts seiner Produkte unter ihren gesellschaftlichen Wert, um dadurch auf dem Markt mit ihrem Verkauf zu einem von ihrem gesellschaftlichen Wert bestimmten Preis einen über ihren individuellen Wert hinausgehenden Extramehrwert zu erziehlen. Um mit diesem Neuerer konkurrenzfähig zu bleiben, sind die übrigen Kapitalisten der Branche gezwungen, ebenfalls ihre Produktivität zu erhöhen. Dadurch sinkt der gesellschaftliche Wert der hergestellten Produkte auf den individuellen Wert der Produkte unseres ersten Kapitalisten und mit seinem Extramehrwert ist es vorbei, sofern er nicht erneut die Produktivität erhöht, was er dann auch prompt tut. Gesamtgesellschaftlich führt diese ständige Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit zu einer Senkung des Wertes der Produkte und damit zu einer Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft, der sich aus dem Wert der zur ständigen Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Produkte ergibt.

Diese Dynamik des Kapitals hat eine ständige Entwicklung und Revolutionierung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zur Folge.
Marx und Engels schreiben im Kommunistischen Manifest:

> Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.[4]

Um diese ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte zu ermöglichen, haben sich auch die Produktionsverhältnisse innerhalb der Schranken der kapitalistischen Produktionsweise weiterentwickelt. Die Änderungen von der einfachen Kooperation über die Manufaktur zur großen Industrie hat Marx beschrieben. Weitere Stichworte der Entwicklung der Produktionsverhältnisse sind:

- Neue Qualitäten im Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals: Formen der partiellen Vergesellschaftung des Kapitals (Aktiengesellschaften etc.), die Entwicklung über Kartelle, Trusts, inländisches Monopol, zu den heutigen Formen der transnationalen Konzerne,
- die neue Rolle, die dem Bankkapital und dem Staat beim Übergang zum Imperialismus zuwächst
- Herausbildung des Weltmarktes und der internationalen ökonomischen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse
- Änderungen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit in der Zusammensetzung der Klassen und in ihrer Reproduktion.

Wo nun werden die Produktionsverhältnisse zur Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte?

Zeitweilig kommt der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und der Entwicklung der Produktivkräfte in den zyklischen Krisen des Kapitalismus zum Ausdruck, in denen gewaltige Produktivkräfte brachliegen und vernichtet werden. Engels beschrieb das so:

> In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch. Der Warenumlauf ist momentan vernichtet: das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshindernis, alle Gesetze der Warenproduktion und Warenzirkulation werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: *Die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise.*
>
> Die Tatsache, daß die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihr bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft - diese Tatsache wird den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame Konzentration der Kapitale, die sich während der Krisen vollzieht vermittelst des Ruins vieler großer und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und eben deshalb muß auch die industrielle Reservearmee brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber 'der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels' (Fourier), weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt. Wie ein Gespenst steht die Notwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln, zu fungieren, den Arbeitern, zu arbeiten und zu leben. Einesteils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eignen Unfähigkeit zur ferneren Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt.

4 K.Marx, F.Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S.465

> Andrerseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, nach *tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte.*[5]

Aber diese Vernichtung von Produktivkräften ist nur eine zeitweise: Mit der „gewaltsamen Konzentration der Kapitale" wird in der Krise die Grundlage geschaffen für ein neues gewaltiges Anwachsen der gesellschaftlichen Produktivkräfte unter nach wie vor kapitalistischen Produktionsbedingungen:

> Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größter Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiednen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, daß sie, wie die Eisenbahnen, jede andere Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr; die inländischen Großproduzenten eines und desselben Industriezweigs vereinigen sich zu einem „Trust", einer Vereinigung zum Zweck der Regulierung der Produktion; sie bestimmen das zu produzierende Gesamtquantum, verteilen es unter sich und erzwingen so den im voraus festgesetzten Verkaufspreis. Da solche Trusts aber bei der ersten schlechten Geschäftszeit meist aus dem Leim gehn, treiben sie eben dadurch zu einer noch konzentrierteren Vergesellschaftung: Der ganze Industriezweig verwandelt sich in eine einzige große Aktiengesellschaft, die inländische Konkurrenz macht dem inländischen Monopol dieser einen Gesellschaft Platz; ... In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol, kapituliert die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten.[6]

In Anlehnung an diese Gedanken haben wir gemeint, die mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals einhergehende Einschränkung der Konkurrenz würde auf einer bestimmten Stufe zur Stagnation der Produktivkraftentwicklung führen. Als Beleg dafür wurden gern Patente angeführt, die - statt verwertet zu werden - in den Panzerschränken der Konzerne verschwanden, etwa Patente für Glühbirnen, die nicht durchbrennen, oder für Damenstrümpfe, die keine Laufmaschen kriegen. Doch damit die objektive Notwendigkeit des Sozialismus begründen zu wollen, erscheint heute zu kurz gegriffen; heute sehen wir, daß der Imperialismus in der Lage ist die Produktivkraftentwicklung - rein quantitativ gesehen - weiter zu beschleunigen; wir sehen, daß der oben zitierte Satz aus dem Kommunistischen Manifest auch heute noch gilt.

Kann man also davon sprechen, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bereits zur Fessel der Produktivkraftentwicklung geworden sind?

Einerseits registrieren wir in den regelmäßigen Absatzkrisen, oder auch jetzt nach der Annektion der DDR in den fünf neuen Bundesländern zeitweise die massenhafte Vernichtung von Produktivkräften, andererseits sehen wir eine bemerkenswerte Flexibilität in der Gestaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die immer wieder die weitere Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht.

Dies macht die Bestimmung des Zeitpunktes der objektiven Möglichkeit und Notwendigkeit des Überganges zum Sozialismus kompliziert.

Eindeutig läßt sich feststellen: Zur Zeit der Oktoberrevolution war noch nicht der Punkt erreicht, an dem „**alle** Produktivkräfte entwickelt sind, für die die kapitalistische Gesellschaftsform weit genug ist", auch heute ist dieser Punkt noch nicht absehbar.

Als Engels 1878 diesen Punkt für erreicht hielt, hat er ihn daher etwas anders bestimmt:

> Dieser Punkt ist jetzt erreicht. Ist der politische und intellektuelle Bankrott der Bourgeoisie ihr selbst kaum noch ein Geheimnis, so wiederholt sich ihr ökonomischer Bankrott regelmäßig alle zehn Jahre. In jeder Krise erstickt die Gesellschaft unter der Wucht ihrer eignen, für sie unverwendbaren Produktivkräfte und Produkte und steht hülflos vor dem absurden Widerspruch, daß die Produzenten nichts zu konsumieren haben, weil es an Konsumenten fehlt. Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise angelegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst.[7]

Also nicht die absolute Unfähigkeit der alten Gesellschaft die Produktivkräfte weiterzuentwickeln, sondern die bereits besseren Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung unter den neuen Bedingungen sind hier für Engels das Kriterium.

---

5 F.Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S.219f

6 ebenda

7 F.Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S.263

Lenin sah dies ähnlich[8] und wies darauf hin, daß der endgültige Sieg der neuen Gesellschaftsordnung nur dadurch zu gewährleisten ist, daß sie eine höhere Arbeitsproduktivität erreicht, die Produktivkraft der Arbeit besser entwikkelt, als die vorangegangene.

Angesichts der periodisch stattfindenden gewaltigen Vergeudung gesellschaftlicher Produktivkräfte im Kapitalismus sollte dies einer Gesellschaftsordnung, die die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion ersetzt durch planmäßige, bewußte Organisation, nicht schwerfallen.

Einen weiteren Hinweis auf die besseren Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung im Sozialismus lieferte Marx, als er im „Kapital" die ökonomischen Grenzen des Einsatzes neuer Produktivkräfte durch das Kapital analysierte:

> Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigne Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft. ... In einer kommunistischen Gesellschaft hätte daher die Maschinerie einen ganz andren Spielraum als in der bürgerlichen Gesellschaft.[9]

und:

> Der Wert der Ware ist bestimmt durch die Gesamtarbeitszeit, vergangne und lebendige, die in sie eingeht. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit besteht eben darin, daß der Anteil der lebendigen Arbeit vermindert, der der vergangnen Arbeit vermehrt wird, aber so, daß die Gesamtsumme der in der Ware steckenden Arbeit abnimmt, daß also die lebendige Arbeit um mehr abnimmt, als die vergangne zunimmt. ... Damit nun eine neue Produktionsmethode sich als wirkliche Steigerung der Produktivität bewähre, muß sie auf die einzelne Ware einen geringern zusätzlichen Wertteil für Verschleiß von fixem Kapital übertragen, als der abzügliche Wertteil ist, der infolge verminderter lebendiger Arbeit erspart wird, muß sie in einem Wort den Wert der Ware vermindern. ... Alle Wertzuschläge müssen mehr als aufgewogen werden durch die Wertverminderung, die aus Verringerung der lebendigen Arbeit entsteht.
>
> Diese Verminderung des in die Ware eingehenden Gesamtarbeitsquantums scheint hiernach das wesentliche Kennzeichen gesteigerter Produktivkraft der Arbeit zu sein, gleichgültig unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen produziert wird. In einer Gesellschaft, worin die Produzenten ihre Produktion nach einem voraus entworfnen Plan regeln, ja selbst in der einfachen Warenproduktion würde die Produktivität der Arbeit auch unbedingt nach diesem Maßstab gemessen. Wie steht es aber in der kapitalistischen Produktion?
>
> Gesetzt, ein bestimmter kapitalistischer Produktionszweig produziere das Normalstück seiner Ware unter folgenden Bedingungen: Der Verschleiß des fixen Kapitals beträgt per Stück ½ Schilling oder Mark; an Roh- und Hilfsstoff geht ein 17½ sh.; an Arbeitslohn 2 sh., und bei einer Mehrwertsrate von 100% beträgt der Mehrwert 2 sh. Gesamtwert = 22 Schilling oder Mark. Wir nehmen der Einfachheit halber an, daß in diesem Produktionszweig das Kapital die Durchschnittszusammensetzung des gesellschaftlichen Kapitals hat, daß also der Produktionspreis der Ware mit ihrem Wert zusammenfällt und der Profit des Kapitalisten mit dem gemachten Mehrwert. Dann ist der Kostpreis der Ware = ½ + 17½ + 2 = 20 sh., die Durchschnittsprofitrate $^2/_{20}$ = 10% und der Produktionspreis des Stücks Ware gleich seinem Wert = 22 sh. oder Mark.
>
> Nehmen wir an, eine Maschine werde erfunden, die die für jedes Stück erforderliche lebendige Arbeit auf die Hälfte reduziere, dafür aber den aus Verschleiß des fixen Kapitals bestehenden Wertteil verdreifache. Dann stellt sich die Sache so: Verschleiß = 1½ sh., Roh- und Hilfsstoff wie früher 17½ sh., Arbeitslohn 1 sh., Mehrwert 1 sh., zusammen 21 sh. oder Mark. Die Ware ist nun 1 sh. im Wert gesunken; die neue Maschine hat die Produktivkraft der Arbeit entschieden gesteigert. Für den Kapitalisten aber stellt sich die Sache so: sein Kostpreis ist jetzt 1½ sh. Verschleiß, 17½ sh. Roh- und Hilfsstoff; 1 sh. Arbeitslohn, zusammen 20 sh., wie vorher. Da die Profitrate sich durch die neue Maschine nicht ohne weiteres ändert, muß er 10% über dem Kostpreis erhalten, macht 2 sh.; der Produktionspreis ist also unverändert = 22 sh., aber 1 sh. über dem Wert. Für eine unter kapitalistischen Bedingungen produzierende Gesellschaft hat sich die Ware nicht verwohlfeilert, ist die neue Maschine keine Verbesserung. Der Kapitalist hat also kein Interesse daran, die neue Maschine einzuführen. ... Für das Kapital also gilt das Gesetz der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit nicht unbedingt. Für das Kapital wird diese Produktivkraft gesteigert, nicht wenn überhaupt an der lebendigen Arbeit, sondern nur wenn an dem bezahlten Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vergangner Arbeit zugesetzt wird. ... Hier fällt die kapitalistische Produktionsweise in einen neuen Widerspruch. Ihr historischer Beruf ist die rücksichtslose, in geometrischer Progressive

8 siehe: Lenin, Staat und Revolution, Berlin 1948, S.101

9 K.Marx, Das Kapital - 1.Band, MEW 23, S.414

> vorangetriebne Entfaltung der Produktivität der menschlichen Arbeit. Diesem Beruf wird sie untreu, sobald sie, wie hier, der Entfaltung der Produktivität hemmend entgegentritt. Sie beweist damit nur aufs neue, daß sie altersschwach wird und sich mehr und mehr überlebt.[10]

Nun hat die Geschichte jedoch gezeigt: Der sozialistischen Anlauf 1917-1989 konnte der Produktivkraft der Arbeit nicht dauerhaft bessere Entwicklungsbedingungen bieten, als das mit ihm koexistierende imperialistische Weltsystem. Im Gegenteil - im Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität hinter den kapitalistischen Hauptländern wird eine Hauptursache für das Scheitern gesehen.

Warum konnte der Sozialismus keine neuen besseren Bedingungen für die Entwicklung der Produktivkräfte schaffen? Waren dies nur Unzulänglichkeiten, Fehler, die man mit Begriffen wie „Überzentralisierung" und „Kommandowirtschaft" benennen kann und auch hätte beheben können, oder ist (war) der (reale) Sozialismus objektiv nicht in der Lage den Kapitalismus in seinem „eigentlichen Beruf" zu schlagen, ist der Kapitalismus noch immer nicht altersschwach genug?[11]

Wir haben gesehen: Die periodische Vernichtung von Produktivkräften durch den Kapitalismus reicht offensichtlich nicht aus, um bereits von Fesseln der Produktivkraftentwicklung zu reden.

Die oben beschriebene Dynamik des Kapitals wirkt nach wie vor. Sie hat uns eine ganze Reihe von Revolutionen im Produktivkraftsystem beschehrt, wissenschaftlich-technische Revolutionen, und weitere Revolutionen im Produktivkraftsystem sind auf dem Weg (just in time, lean production ...).

Diese Entwicklung des Produktivkraftsystems hat heute einen Punkt erreicht, an dem Quantität in neue Qualität umschlägt: ***Der Stoffwechselprozeß der Menschen mit ihrer Umgebung hat die Größenordnung globaler Naturprozesse erreicht.*** Äußerlich wird dies daran deutlich, daß erstmalig durch die menschliche Tätigkeit die Existenzgrundlagen der Menschheit selbst untergraben werden können und auch tatsächlich real gefährdet sind.

Diese Gefahr wird von vielen Menschen gesehen und zum Thema gemacht. Erstmals wurde diese neue Qualität deutlich im militärischen Bereich, wo Mitte dieses Jahrhunderts mit der Entwicklung und Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben und ihren Trägersystemen die Möglichkeit der Selbstvernichtung der Menschheit gegeben war. Mit der weiteren Ausweitung des Stoffwechselprozesses der Menschen mit der Natur wird jetzt zunehmend deutlich, daß auch die zivile Produktion entscheidende Auswirkungen hat auf die ökologischen Systeme, die die Reproduktion unserer Lebensgrundlagen regeln.

Die Friedens-, die Anti-Atom-, die Ökologiebewegung waren erste Reaktionen auf diese neuen Gefahren.

Auch wir Kommunisten haben versucht, dieser neuen Qualität Rechnung zu tragen. So hieß es im Entwurf „BRD 2000" der DKP vom März 1989:

> Die Zuspitzung globaler Probleme hat erstmals in der Geschichte die Gefahr der Selbstvernichtung der menschlichen Zivilisation mit sich gebracht. ... Auch die Gefahr der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit durch die ökologische Krise nimmt zu. Die Zeit zur Lösung dieser Probleme ist auf wenige Jahrzehnte begrenzt.[12]

Doch diese Prozesse wurden m.E. nie richtig in ihrer gesamten Tiefe analysiert. Die Erscheinungsformen, die unter dem Schlagwort „globale und Menschheitsfragen" zusammengefasst wurden, wurden als neue Widersprüche angesehen, die additiv zu den alten Widersprüchen dieser Welt hinzukommen oder gar diese ersetzen. Sie zu lösen sei vorrangig, da die ganze Menschheit betroffen ist, war sie schnell auch als Subjekt ausgemacht, das mit Hilfe „Neuen Denkens" diese Probleme lösen sollte. Ein „umfassender Umbau zur Ökologisierung der Produktivkräfte" wurde in „BRD 2000" gefordert, „auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus" seien „Alternativen zur deformierten Produktivkraftentwicklung möglich"[13], ein neuer Typ der Produktivkraftentwicklung müsse durchgesetzt werden. - So richtig es war und nach wie vor ist, daß diese Widersprüche zu Existenzfragen der Menschheit werden und ihre Lösung keinen Aufschub duldet, so unzureichend und teilweise falsch waren die Lösungsvorschläge, die angeboten wurden.

Das Haupthindernis auf dem Weg zu adäquaten Antworten auf die neuen Herausforderungen lag in der unzureichenden Analyse der Ursachen der „globalen Probleme", die als Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution dargestellt wurden. Das greift jedoch zu kurz. Die Folge war eine von den Produktionsverhältnissen losgelöste Betrachtungsweise der Produktivkraftentwicklung, die sich auf die Forderung nach „stofflichem Umbau der materiellen Produktivkraftstrukturen" konzentrierte, aber die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen dies durchsetzbar ist und die gesellschaftlichen Kräfte, die dies durchsetzen können, nicht richtig benennen konnte. In einer umfassenden Kritik des Leitantrages des MSB Spartakus habe ich im Frühjahr 1988 geschrieben:

> Das neue der gegenwärtigen Situation besteht zusammengefaßt doch darin, daß durch die Entwicklung der

10 K.Marx, Das Kapital - 3.Band, MEW 25, S.271ff

11 Die Bedingungen, die der reale Sozialismus für die Entwicklung der Produktivkräfte bot, umfassend zu untersuchen, scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben für marxistische Ökonomen und Historiker, um die Lehren des sozialistischen Anlaufes 1917-89 in der notwendigen Schärfe ziehen zu können.

12 "Bundesrepublik Deutschland 2000" - überarbeiteter Entwurf, verabschiedet von der 3.PV-Tagung der DKP am 17./18.3.1989, S.1

13 ebenda, S.23

Produktivkräfte im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Lage eingetreten ist, in der die menschliche Tätigkeit die Größenordnung globaler Naturprozesse erreicht hat und dadurch unter weltweit noch maßgeblich vom Kapitalismus mitgeprägten Produktionsverhältnissen und Verwertungsbedingungen die Existenzgrundlagen menschlichen Lebens überhaupt gefährdet sind. Das hat zur Folge, daß die Lösung der drängensten Menschheitsfragen nicht mehr auf Zeiten besserer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, auf den Sozialismus, warten kann, sondern bereits heute, unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus angepackt werden muß. So weit so gut. Aber die neuen Herausforderungen haben die alten doch nicht ersetzt - im Gegenteil, sie resultieren **direkt** aus der Entfaltung der alten Widersprüch und fordern mit neuer Schärfe auch deren Lösung. Oder anders ausgedrückt: Die neuen Herausforderungen haben sich auf der Grundlage der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse gebildet und sind mit ihnen eng verwoben. Sie lassen sich nicht unabhängig vom Klassencharakter der Verhältnisse und seinen ökonomischen Wurzeln analysieren, und ohne die Berücksichtigung dieser Grundlagen lassen sich auch keine realistischen Lösungsstrategien entwickeln.

Aber genau dies wird im Leitantrag versucht. Man gewinnt den Eindruck, daß im Leitantrag die Begriffe „Humanismus", „Demokratie", „neue Politik" etc völlig losgelöst von der ökonomischen Struktur der Gesellschaft verwandt werden. Der Leitantrag muß sich noch „von der Utopie zur Wissenschaft" entwickeln.

Was meines Erachtens deutlicher herauskommen muß: Die globalen Probleme, die heute zu drängenden Menschheitsfragen geworden sind, sind auf der Basis der gesellschaftlichen Widersprüche und speziell auf der Basis des Grundwiderspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung entstanden. Nicht allein „altes Denken", sondern in den bestehenden Produktionsverhältnissen angelegte objektive Gesetzmäßigkeiten behindern ihre Lösung. Der bei uns vorherrschende Typ der Produktivkraftentwicklung hat ebenso wie das ausbeuterische Verhältniss zur Natur seine Ursachen nicht so sehr in „Dummheit" oder „Steinzeitlogik", sondern darin, daß der Motor der ökonomischen Entwicklung hierzulande das kurzfristige und konkrete einzelkapitalistische Profitinteresse ist.

Ebenso ist der „alte Typ von Politik" - im Leitantrag treffend mit den Begriffen „Demagogie" und „Arroganz der Macht" gekennzeichnet - auch nicht Ausdruck der Unfähigkeit Bonner Politiker, sondern Wesensmerkmal kapitalistischer Herrschaftssicherung in der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft. Eine Politik, die objektiv gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist, dieser als „in ihrem Sinne" zu verkaufen und durchzusetzen, geht nun mal nicht anders als mit Demagogie und Arroganz der Macht. Diese beiden Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, zeigen, daß der Kampf um die Lösung der drängensten Menschheitsfragen nur aufgefaßt werden kann als antimonopolistischer Kampf, daß sein Erfolg davon abhängt, ob es gelingt den Bereich kapitalistischer Verfügungsgewalt und Handlungsfreiheit in wesentlichen Punkten einzuschränken und daß errungene Erfolge immer gefährdet bleiben werden, solange dem „alten Denken" nicht seine ökonomische Grundlage entzogen ist, sprich solange wir nicht den Sozialismus erkämpft haben.

Die wichtigen globalen Fragen, die jetzt Lösungen zugeführt werden müssen, müssen daher im Rahmen der Dialektik von Reform und Revolution gesehen und analysiert werden.

Daß im ganzen Leitantrag die Kräfte und Mechanismen, die der Lösung der drängenden Fragen im Wege stehen, nie klar benannt werden, daß auch unser weitergehendes Ziel, die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, nicht offen ausgesprochen wird und folglich auch der Zusammenhang zwischen den neuen globalen Aufgaben und dem Kampf um Sozialismus nicht deutlich wird, stimmt mich sehr bedenklich. Denn damit bleibt auch der Adressat der Forderung nach „Neuem Denken", der Träger des Kampfes um das Überleben der Menschheit, die Koalition der Vernunft unklar und verschwommen, ebenso wie die Frage, gegen wen sich dieser Kampf richten muß, und die Frage, was in dieser Gesellschaft durchsetzbar ist, was an die Grenzen des Systems führt und was eine sozialistische Umgestaltung zur Voraussetzung hat.[14]

Der Ansatz, den Klassenkampf und selbst den real existierenden Sozialismus aufzugeben, um innerhalb des imperialistischen Systems, gemeinsam mit der herrschenden Bourgeoisie die globalen Probleme zu lösen, konnte nur scheitern. Denn das Auftreten der globalen Probleme ist ein direktes Ergebnis des überreifen kapitalistischen Weltsystems. Nicht Dummheit und Unvernunft, „altes Denken" der herrschenden Klasse ist die Ursache der globalen Probleme, sondern die dem Kapitalismus innewohnende Gesetzmäßigkeit, nach der jeder Kapitalist bei Strafe seines Untergangs als Kapitalist gezwungen ist, jedes Mittel zur Kapitalverwertung auszuschöpfen. Er wird über die Umweltsünden der Konkurrenz zetern, aber selbst bedenkenlos sein eigenes Trinkwasser vergiften, er wird scharfe Waffenexportkontrollen fordern, solange er seine Ausnahmegenehmigung in der Tasche hat. Er mag ein honoriger Mensch sein und auf die Prinzipien des Club of Rome schwören, aber vor seiner „globalen Verantwortung" steht ihm immer seine Verantwortung als Kapitalist, die Verant-

14 aus: A.Knolle-Grothusen, Brief an den Bundesvorstand des MSB Spartakus, Februar 1988

wortung für die optimale Verwertung seines Kapitals und damit für die Konkurrenzfähigkeit seines Betriebes.

Der Apell an den Imperialismus, „Neues Denken" einzuführen, geht schon deshalb ins Leere, weil „der Imperialismus" gar nicht denken kann. Der Imperialismus funktioniert eben nicht durch rationale Gesamtentscheidungen, sondern durch die Summe konkreter Einzelentscheidungen konkreter einzelner Kapitalisten, die sich in der Regel nicht einmal am langfristigen Gesamtinteresse ihrer Klasse, sondern an ihrem eigenen kurzfristigen und konkreten einzelkapitalistischen Profitinteresse orientieren.

Natürlich ist der Kapitalismus in der Lage einen ökologischen Reparaturbetrieb aufzubauen, indem entsprechende staatliche Aufträge entsprechenden Profit versprechen. Aber während er einen Schaden repariert, schafft er zehn neue. Der Appell an die Kapitalistenklasse, in ihrem eigenen Interesse zur Lösung der globalen Probleme beizutragen, nützt wenig, weil der Kapitalismus nicht in der Lage ist, seine eigenen langfristigen Klasseninteressen durchzusetzen, wenn sie gegen die kurzfristigen einzelkapitalistischen Profitinteressen stehen. Auch die Abschaffung der Kinderarbeit und die Einführung des Zehnstundentages im 19.Jahrhundert waren nur im Klassenkampf gegen das Kapital durchsetzbar, obwohl sie langfristig auch in seinem Interesse lagen.

Die Forderung nach einem neuen Typ der Produktivkraftentwicklung ist richtig und logisch, denn würde die bisherige Entwicklung fortgeschrieben, würde sie unweigerlich zum Untergang der Menschheit führen. Doch wie läßt sich dieser neue Typ der Produktivkraftentwicklung bestimmen, wie typisiert man überhaupt Produktivkraftentwicklung?

„BRD 2000" charakterisierte den gegenwärtigen Typ der Produktivkraftentwicklung als „deformierte Produktivkraftentwicklung" im Rahmen der konservativen, privatmonopolistischen Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus und orientierte auf den Kampf für eine Umorientierung der Produktivkraftentwicklung die mit den Worten „stofflicher Umbau des Produktivkräftesystems" und „Ökologisierung der Produktivkräfte" beschrieben wurde.

Auch heute noch wird in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kreisen die Forderung nach einem neuen, „sanften" Typ der Produktivkraftentwicklung laut - teilweise in bewußter Entgegensetzung zu dem vorläufig gescheiterten Versuch der Durchsetzung neuer Produktionsverhältnisse.

Betrachten wir die Sache näher: Um die Forderung nach einem neuen Typ der Produktivkraftentwicklung zu präzisieren und die Voraussetzungen zu seiner Realisierung zu bestimmen, müssen wir erst einmal den gegenwärtigen Typ der Produktivkraftentwicklung näher bestimmen.

Der gegenwärtige Typ der Produktivkraftentwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß neue Produktivkräfte darauf-

hin entwickelt und dann eingesetzt werden, wenn durch sie an dem bezahlten Teil lebendiger Arbeit mehr eingespart wird, als an vergangener Arbeit zugesetzt wird, (Näheres siehe MEW 23, S.414 und MEW 25, S.271ff). Dies ist das einzige Kriterium und die einzige Schranke für den Einsatz neuer Produktivkräfte.

Diesen Typ der Produktivkraftentwicklung, den ich den kapitalistischen Typ der Produktivkraftentwicklung nenne, charakterisiert Marx als „die unbedingte Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte als Mittel zum beschränkten Zweck der Kapitalverwertung". Dagegen setzt Marx für die künftige sozialistische Gesellschaftsordnung einen Typ der Produktivkraftentwicklung, in der die Entwicklung der Produktivkräfte „bloße Mittel für eine sich stets erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind". (MEW 25, S.260)

Hier ergibt sich ein neuer Ansatzpunkt für die Beantwortung der Frage nach dem Punkt, an dem die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zur Fessel der Produktivkraftentwicklung werden:

Anscheinend kann der Punkt, an dem der Übergang zum Sozialismus objektiv notwendig ist, nicht dadurch bestimmt werden, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse jede Art quantitativer Weiterentwicklung der Arbeitsproduktivität behindern, sondern dadurch, daß sie einen bestimmten, für das Überleben der Menschheit notwendigen Typ der Produktivkraftentwicklung verhindern. Die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise zeigt sich durch nichts deutlicher als dadurch, daß beim heutigen Stand der Produktivkräfte der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung die Existenzgrundlagen menschlichen Lebens überhaupt in Frage stellt.

Oder anders herum:

So wie die für den Kapitalismus typische Form der materiellen Produktion die gesellschaftliche Produktion ist, so sind auch die wichtigsten unter seiner Ägide entwickelten Produktivkräfte gesellschaftliche, nur von einer Gesamtheit von Menschen anwendbare Produktivkräfte.

Neben den Produktionsmitteln in Form gewaltiger Fabrikanlagen, denen man ihren Charakter als gesellschaftliche Produktivkräfte unmittelbar ansehen kann, entwickeln sich im Kapitalismus spezifische gesellschaftliche Produktivkräfte der Arbeit direkt aus dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion, z.B. schon durch einfache Kooperation, bei der sich zeigt, daß beispielsweise die kombinierte Arbeitskraft von 100 Arbeitern sehr viel größer ist, als die Summe der Arbeitskraft von 100 vereinzelt Arbeitenden.

Dieser gesellschaftliche Charakter der materiellen Produktion, der Produktivkräfte und ihrer Entwicklung steht im Widerspruch zu ihrer kapitalistischen, d.h. privaten Aneignung und Nutzung.

Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit bedeutet wie wir gesehen haben immer Ersatz lebendiger durch vergangene Arbeit. Diese Beschreibung ist hinreichend genau, solange der Stoffwechselprozeß der Menschheit klein ist im Verhältnis zu den globalen Naturprozessen und daher im Wesentlichen mit einer natürlichen Reproduktion der natürlichen Produktionsbedingungen gerechnet werden kann. Solange dies der Fall ist, läßt sich mit Fug und Recht davon sprechen, daß Naturkräfte und Naturstoffe kostenlose Produktivkräfte sind, kann man sagen, Luft, Wasser, Stoffe aller Art in ihrem naturursprünglichen Zustand haben keinen Wert, da zu ihrer Produktion keine menschliche Arbeitskraft benötigt wird. In dem Maße nun, in dem durch die Größenordnung ihrer Vernutzung die natürliche Reproduktion dieser Stoffe nicht mehr gewährleistet ist, gewinnen sie einen Wert, der bestimmt ist durch die zu ihrer Reproduktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Solange sie jedoch noch in hinreichender Qualität und Menge von Natur aus vorhanden, werden sie nicht zur Ware, lassen sich nach wie vor gratis aneignen, denn ihre Nutzung findet privat statt, durch das Kapital, während ihre Reproduktion eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Es findet hier praktisch neben der Ersetzung lebendiger Arbeit durch vergangene auch eine Substituion lebendiger Arbeit durch zukünftige statt, die im Gegensatz zur völlig bezahlten toten Arbeit und zur teilweise bezahlten lebendigen Arbeit nicht bezahlte und nicht geleistete Arbeit ist, ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft, Beraubung künftiger Generationen.

Beispiel: Giftige Produktionsrückstände werden in der Nordsee verklappt. Dies spart in großem Stil lebendige Arbeit, die notwendig wäre um diese Stoffe unschädlich zu machen, aufzuarbeiten und in den Stoffwechselkreislauf zu reintegrieren, bzw. um die Produktion so zu verändern, daß diese Stoffe gar nicht erst anfallen. Gleichzeitig erwächst hieraus für die Zukunft die in ihrem Umfang überhaupt nicht überschaubare Aufgabe der Entgiftung der Meere.

Dies zeigt: Der Kapitalismus ist nicht mehr in der Lage, die Produktivkraft der Arbeit richtig zu bewerten. Die von ihm hervorgebrachten gesellschaftlichen Produktivkräfte verlangen nach gesellschaftlicher Bewertung. Das Maß jedoch, das der Kapitalismus als einziges zur Beurteilung der Produktivität kennt, liegt in der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse, ist der erzielte Profit. Das profitable Verklappen ist aber Bestandteil einer höchst unproduktiven Produktion wenn man die unterschlagene zukünftige Arbeit mit in Rechnung stellt. So wird der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produktionsergebnisse zur Fessel der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung und kann gesamtgesellschaftlich gesehen sogar zu entscheidenden Senkungen der Produktivkraft der Arbeit führen. Der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung erweist sich damit auf der heute erreichten Stufe des Soffwechselprozesses als *Scheinentwicklung*, die durch den sozialistischen Typ der Produktivkraftentwicklung abgelöst werden muß.

Zusammenfassung und Ausblick

Warum ist diese marxistische Bestimmung des Typs der Produktivkraftentwicklung heute so wichtig?

1. Marx und Engels haben uns die Augen dafür geöffnet, daß die objektive Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen in der Geschichte immer dann entstand, wenn die bestehenden Eigentumsverhältnisse zur Fessel für die Produktivkraftentwicklung wurden. In der Übertragung dieses Gedankens auf die heutige Zeit sind wir oft schematisch vorgegangen, haben gemeint, die mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals einhergehende Einschränkung der Konkurrenz würde auf einer bestimmten Stufe zur Stagnation der Produktivkraftentwicklung führen. Heute sehen wir, daß der Imperialismus in der Lage ist die Produktivkraftentwicklung - rein quantitativ gesehen - weiter zu beschleunigen; wir sehen, daß auch heute noch gilt, was Marx schon im Kommunistischen Manifest feststellte: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren." Also kann sich die Frage nach der objektiven Notwendigkeit des Sozialismus nicht daraus ergeben, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse jede Art quantitativer Produktivkraftentwicklung behindern, sondern daraus, daß sie einen bestimmten, für das Überleben der Menschheit notwendigen Typ der Produktivkraftentwicklung hemmen. Die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise zeigt sich durch nichts deutlicher als dadurch, daß beim heutigen Stand der Produktivkräfte der kapitalistische Typ der Produktivkraftentwicklung die Existenzgrundlagen menschlichen Lebens überhaupt in Frage stellt.
2. Sie zeigt, daß die Forderung nach Durchsetzung eines neuen Typs der Produktivkraftentwicklung innerhalb des kapitalistischen Systems, wie sie in einigen sozialdemokratischen und grünen Kreisen aufgestellt wird, illusionär und unmarxistisch ist.
3. Sie weist auf die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines neuen, sozialistischen Typs der Produktivkraftentwicklung im Sozialismus hin.
   Wenn wir betonen, daß die Gefahren, die sich heute für den Fortbestand der Menschheit ergeben, direkt aus der Entfaltung der Widersprüche des Kapitalismus resultieren, wird häufig angemerkt, daß der reale Sozialismus ja wohl auch seinen Beitrag zu den globalen Problemen geleistet habe. Wie sieht es damit aus?
   Zum Einen hat der Sozialismus z.B. zum Thema ökologisch verträglicher Produktion durchaus einiges ge-

leistet, auch wenn es heute Mode ist, das Gegenteil zu behaupten.

Zum Anderen muß aber hier auch unsere Kritik ansetzen und Konsequenzen für unsere Sozialismuskonzeption bringen. Der reale Sozialismus in Europa ist nicht nur an mangelhafter Entfaltung sozialistischer Demokratie, an mangelnder Überzeugungsarbeit und mangelnder Einbeziehung der Menschen gescheitert, sondern auch daran, daß wir Kommunisten nicht klar genug erkannt haben, daß der Sozialismus auch einen neuen, sozialistischen Typ der Produktivkraftentwicklung braucht. Wie die Ausbildung eines solchen neuen Typs unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz vor sich gehen kann, ist eine Frage, die noch näher zu untersuchen wäre.

4. In dem Maße, in dem offensichtlich wird, daß die globalen Probleme innerhalb des kapitalistischen Systems nicht lösbar sind, können die globalen und Menschheitsfragen zu einem neuen Zugang für viele Menschen zum revolutionären Kampf um den Übergang zum Sozialismus werden.

Hamburg, den 11.07.1994

Klaus Hermann

Zur Kritik und Theorie des Realsozialismus

(1)

Der Staatskapitalismus sowjetischen Typs hat Bankrott gemacht. Das Faktum als solches bedeutet, daß sich dadurch Bedingungen und Perspektiven einer Befreiung von der Herrschaft des Kapitals grundlegend ändern. Die Gesellschaften sowjetischen Typs haben sich als unfähig erwiesen, die verstaatlichten Produktionsmittel in vergesellschaftete zu transformieren. Haben sie dazu historisch die Chance gehabt? Wie dem auch sei, die Erwartung sei's in die Transformations- oder bloße Überlebensfähigkeit des „real existierenden Sozialismus" wurde allgemein geteilt. Ratifiziert wird die Transformationsunfähigkeit erst durch die Tatsachen; durch die Kapitulation vor dem Privatkapitalismus, auf die die Kapitalistenklasse seit der Oktoberrevolution hingearbeitet hat, um davon selbst schließlich überrascht zu werden. Eine Alternative zum Privatkapitalismus war diese Art von Staatskapitalismus nie, auch wenn ihm Transformationspotentiale nicht schlechterdings abzusprechen waren. Wer dieses vom Privatkapitalismus abweichende Akkumulationsmodell für Sozialismus gehalten hat, sollte in einen Revisionsprozeß seiner Irrtümer eintreten.

Der Staatskapitalismus Lenin'schen Typs war ein Zwitterwesen. Einer rhapsodischen Bemerkung bei Mattick entnehme ich, daß es offenbar schon frühzeitig Kritik von links an Lenins Imperialismus-Theorie gegeben hat. Zu den Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem „autoritären Staat" stellen - und hallt der „autoritäre Staat" nicht noch in dem Topos von der „verwalteten Welt" (Adorno) nach? - gehört die nach der transformatorischen Rolle, die Lenins Imperialismus-Theorie für begriffliche Distinktionen solcher Art womöglich gespielt hat. In denselben Zusammenhang - und von kaum minderem Aktualitätsbezug - gehörte eine neuerliche Rezeption der Faschismus-Theorie.- Mattick argumentiert mit der Werttheorie wie nur ein Virtuose sein Instrument beherrscht. Unbeirrt von politischen Ideologien erkennt er in dem Antagonismus von Privat und Staatskapitalismus den Hauptinhalt der Epoche, die die seine und bis eben die unsere gewesen ist. Das macht ihn zum authentischen Zeitzeugen. Und nicht nur das. (Vgl. Paul Mattick, Marx und Keynes, 1971 und ders., Kritik der Neomarxisten, 1974)

Die Theorie des Staatskapitalismus ist älter als der Imperialismus der Kriegs- und Vorkriegsära; der Begriff steht - fast nach Art eines Weber'schen Idealtypus - für den Versuch, der Finalität des Prozesses der Kapitalkonzentration und -zentralisation einen Vorstellungsinhalt zu geben. Nur mit solcher Idee im Kopf konnte die Kriegs- und Rüstungswirtschaft, insbesondere in ihrer deutschen Variante, zum Faszinosum werden, nicht nur für Lenin, ebenso für die Sozialdemokratie. Erwiesen hatte sich freilich nur die administrative Kompetenz und Funktionsfähigkeit des bürgerlichen Staates. Staatskapitalismus oder organisierter Kapitalismus ist ein Paradox, weil der Kapitalismus auf Tauschwertverhältnissen basiert, die nicht zugleich als gegeben und außer Wirkung gesetzt gedacht werden können, wie es der Begriff lanciert. Das steht zwar so nicht wortwörtlich bei Mattick, ergibt sich aber zwingend aus der Hauptlinie seiner Argumentation. Und ebenso, was hinter dem Paradoxon als ungelöstes Rätsel steckt.

Der Staat ist in der bürgerlichen Ära Nationalstaat, auch wo er multinational ist; Beispiel die Schweiz. Akkumulation ist gleichbedeutend mit Expansion und Zuschlag einer größeren Profitmasse zu einem gegebenen Kapital. Im Verhältnis zum Staat erscheint das als Widerspruch von zu überwindender und gesetzter Schranke. Zentralisation rüttelt mächtig an der Schranke; alternativ zu risikoreicher Ausweitung der Profitproduktion hat sich das Kapi-

tal noch allemal für Besitzstandssicherung entschieden. Periodische Unterbrechungen des Akkumulationsprozesses, brachliegende Kapazitäten, Vernichtung fungierenden Kapitals, Massenarbeitslosigkeit, Krise und Krieg liegen in der Logik dieses Prozesses. Die Akkumulationstheorie legt den Schluß auf die innere Unmöglichkeit eines Staatskapitalismus nahe. Ein Konsequenzschluß, der bei Mattick ausgespart bleibt, war doch immerhin eine Art von Staatskapitalismus durch Lenin und die Bolschewiki Realität geworden. Sein Urteil changiert deshalb zwischen Prophezeiungen, daß es damit kein gutes Ende nehmen könne, und Mutmaßungen über das Beharrungsvermögen eines Systems, das in seinem Herrschaftsbereich Verfügungsmacht über die gesellschaftlichen Ressourcen gewonnen hatte und insoweit Unabhängigkeit vom Profitmotiv.

Unter Entwicklungstheoretikern der unterschiedlichen politischen couleur hat der Staatskapitalismus bzw. -sozialismus bisher als Paradigma abweichender sozialökonomischer Entwicklung gegolten. Der dabei in Anspruch genommene Entwicklungsbegriff gab sich freilich so affirmativ wie es Akkumulationsbegriff und ursprüngliche Akkumulation bei Marx nicht sind. Der Staat habe durch seine Verfügungsmacht über das Eigentum, sagt man, das Geschäft der ursprünglichen Akkumulation besorgt. Rückläufige Akkumulationsraten hatten für das Modell keine theoretische Relevanz. Daß von einem bestimmten Punkt der Konzentration und Zentralisation des Kapitals an das höher akkumulierte Kapital in den imperialistischen Metropolen den niedriger akkumulierten und ganz allgemein dem Rest der Welt die Entwicklungsbedingungen aufherrscht, wurde zum Industrialisierungsproblem verkürzt. Darunter verschwinden die hausgemachten Probleme der Kapitalakkumulation ebenso wie den rückständigen Ländern ein Standard vorgegaukelt wird, zu dessen Realisierung die Voraussetzungen fehlen und der obendrein in sich brüchig ist.

Gemessen an den einzigen Maßstäben, die es dafür gibt, den westeuropäischen, ist die ursprüngliche Akkumulation in der Sowjetunion nur rudimentär geglückt, im ganzen mißlungen. Die Disparitäten zwischen Industrie und Landwirtschaft haben sich zu keinem Zeitpunkt ausgeglichen, sondern bis zum Ende perpetuiert und kumuliert. Entscheidend dafür dürfte nicht die als Trauma fortwirkende Zwangskollektivierung sein (in der DDR z.B. gibt es kein solches Trauma), sondern unschlichtbare Zielkonflikte. Kaum weniger schwer wiegen Disparitäten zwischen Industrialisierung und Infrastruktur. In den westeuropäisch geprägten Gesellschaften werden Aufwendungen für die Infrastruktur in aller Regel durch Steueraufkommen finanziert. Das Akkumulationsinteresse privater Kapitale und die Höhe der Kapitalbildung sind die ausschlaggebenden Faktoren für das Niveau der Infrastruktur.- Schließlich können auch auf dem industriellen Sektor im engeren Sinne die Aufgaben einer ursprünglichen Akkumulation für endgültig gelöst nur dann gelten, wenn sich der Kapitalbildungsprozeß so verstetigt hat, daß sich der Ersatz von Anlageinvestitionen im großen und ganzen im selben Rhythmus vollzieht, wie der Verschleiß ihres physischen Substrats.

Die Transformation des Staatskapitalismus in eine Art von Protosozialismus - Bahro verwendet diesen Begriff in seiner „Alternative" - ist mißglückt, weil rationale Planung der Ressourcen und Mitwettbewerb auf den vom Wertgesetz regulierten Märkten einander ausschließende Zielbestimmungen sind. Obwohl es im Staatskapitalismus keine wirkliche Akkumulation von Kapital gibt, sollte das Mehrprodukt in investiver Verwendung so funktionieren, als ob es Kapital wäre. Ohne Wertproduktion sollten sich die Produktivkräfte nach Art, Umfang und Richtung gerade so entwickeln, wie sie es zur Steigerung von relativem Mehrwert unter den Bedingungen privater Kapitalkonkurrenz tun. Was der Staatskapitalismus akkumuliert, erscheint nur in seiner Außenbeziehung als Kapital, da am Sozialprodukt keine Eigentumstitel von Privateigentümern haften. Die eigentliche Tragödie am Zusammenbruch des östlichen Staatskapitalismus besteht darin, daß der Privatkapitalismus keine andere Alternative zuzulassen scheint als eben diese: den Staatskapitalismus.

Rationale Planung oder planvolle Durchstrukturierung kennzeichnet jede öffentliche Verwaltung und jeden privatkapitalistischen Konzern. Nur dort, wo sie am nötigsten wäre - auf gesamtgesellschaftlicher Ebene - soll sie nicht möglich sein. Das ist vollkommen absurd. Zu den unabdingbaren Voraussetzungen ihres Funktionierens gehört allerdings, daß ihre Zielvorgaben und Effizienskriterien an den Bedürfnissen festgemacht sind, für die sie da ist, und nirgendwo sonst. Daß die Staatswirtschaften sowjetischen Typs am Zentralismus ihrer Planung gescheitert seien, ist ein Ammenmärchen; sie sind gescheitert an Außensteuerung und Ideologisierung, an aufgezwungener Defensive und Machtallüren, an ihren prioritären Produktionsvorgaben für Potemkinsche Dörfer, Rüstungsgüter, Weltraumschrott und Propaganda. Für die Linke eine Chance zur Selbstbesinnung ist der Bankrott des östlichen Staatskapitalismus für die herrschende Klasse nicht weniger Chance - und das wird begriffen -, nämlich mit dem Wort Sozialismus zusammen jeden Gedanken an eine mögliche Alternative, am besten Denken selbst auszutilgen, weil anders die Fortdauer des Mangels und erbarmungswürdiger Not nicht für bloß ephemer und eigentlich nichtexistent hinwegzudeklarieren ist.

(2)

„Linke" Marktapologie, auf den Kern reduziert, nimmt für sich ein Rationalitätsargument in Anspruch, das sich etwa so nachkonstruieren läßt: verausgabte Arbeitszeit bedarf, um als gesellschaftlich bestimmt zu gelten (gesellschaftlich notwendige Arbeit) einer Definitionsmacht, die sie zu

tatsächlich existierenden (gesellschaftlichen) Bedürfnissen in Beziehung setzt. Zu leisten sei die Vermittlung zwischen diversifizierten Produktions- und Bedürfnisstrukturen durch einen Mechanismus von angemessener Elastizität. In einem sowjetischen Beitrag von 1987 (deutsch in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 41 (1988) 4, S. 350 - 363; J.W. Schischkow: Das historische Schicksal der Warenproduktion) finde ich folgende Argumentation in direkter Anknüpfung an eine Bemerkung von Marx (3. Band des „Kapital", MEW 25, 859).

Marx: Es „bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiednen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird." Was aber heißt - fragt Schischkow - Wertbestimmung vom Standpunkt der Gesamtarbeitszeit und der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionsgruppen? Und fährt fort: „In demselben Band seines Hauptwerks wies Marx nach, daß der Wert einer Ware nicht durch die Arbeitszeit bestimmt wird, die unmittelbar zu ihrer Produktion aufgewandt wurde, sondern durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Und dieses gesellschaftliche Maß des Aufwands wird allein auf dem Markt bestimmt, in der 'Konkurrenz' von Produkten einer Arbeit, die von verschiedenen Individuen (oder Arbeitskollektiven) unter verschiedenen - besten, mittleren oder schlechtesten - technisch-ökonomischen Bedingungen aufgewandt wurde." Kleine Ungenauigkeiten im Ausdruck und schon verschwindet ein Ausbeutungsverhältnis im „Aufwand".

„Der Markt ist in der gegenwärtigen historischen Entwicklungsetappe" - so liest sich das Resumee - „...unersetzbar, weil er über die Preise der Waren und der Produktionsfaktoren den Wirtschaftssubjekten rechtzeitige und relativ genaue Information liefert über die sich quantitativ und qualitativ unablässig ändernden Bedürfnisse der Gesellschaft an konkreten Waren und Leistungen sowie über den ebenso veränderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand für deren Produktion. Der Marktmechanismus gleicht einem hochleistungsfähigen Computer..." Und: „Die Fortschritte der Informatik, der computergestützten Leitungssysteme und der Informationsverarbeitung mit modernsten Computern lassen hoffen, daß es der Menschheit mit der Zeit gelingen wird, den naturhistorisch entstandenen Marktmechanismus durch die elektronische Rechentechnik zu ersetzen."

Dieser sowjetische Autor kommt zum Kern der Sache; er knüpft an eine Problemformulierung an, die er bei Marx gefunden hat, und formuliert dazu eine Antwort in affirmativ gewendeten Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie. Das geschieht unter Vertauschung dessen, was man technische und politische Problemlösungskompetenz nennen kann. Eine Gesellschaft, ihrer selbst mächtig, wird mit natürlichen und menschlichen Ressourcen und Potenzen so pfleglich als möglich umgehen, weshalb Wertbestimmung „in dem Sinn" wesentlicher denn je wird. Was sich unser Autor so blauäugig vom Siegeszug des Computers erhofft - technische Problemlösungskompetenz -, hatte für Marx mit Sicherheit seinen Ort im vernünftigen Diskurs der Assoziierten.

Wie kann eine soziale Revolution mit nicht mehr nur kapitalistisch geprägten Sozialbeziehungen in einer kapitalistischen Umwelt und bei fortdauernder Weltmarkthegemonie des Kapitals bestehen? Diese Frage hat sich für Marx und Engels nicht gestellt. Sie haben verschiedentlich die frühsozialistische Utopie kritisiert, wonach sich Arbeitsprodukte nach Maßgabe der inkorporierten Arbeitsquanten unmittelbar würden austauschen können. Schischkow nimmt im Anschluß an das Marx-Zitat auf einen diesbezüglichen Passus Bezug, Engels' Kritik an Rodbertus im Vorwort zur deutschen Erstausgabe von „Das Elend der Philosophie" von 1885 (MEW 21,184).

„Indem die Konkurrenz innerhalb einer Gesellschaft austauschender Warenproduzenten das Wertgesetz der Warenproduktion *zur Geltung bringt*, setzt sie eben dadurch die *unter den Umständen* einzig mögliche Organisation und Ordnung der gesellschaftlichen Produktion durch. (Hervorhebungen von mir) Nur vermittelst der Entwertung oder Überwertung der Produkte werden die einzelnen Warenproduzenten mit der Nase darauf gestoßen, was und wieviel davon die Gesellschaft braucht oder nicht braucht. Gerade diesen einzigen Regulator aber will die von Rodbertus mitvertretene Utopie abschaffen." In den folgenden Sätzen könnte sich das bei ungebrochener kapitalistischer Weltmarktdominanz gescheiterte System administrativer Planung abporträtiert finden: „Und wenn wir fragen, welche Garantie wir haben, daß von jedem Produkt die nötige Quantität und nicht mehr produziert wird, daß wir nicht an Korn und Fleisch Hunger leiden, während wir im Rübenzucker ersticken und im Kartoffelschnaps ersaufen, daß wir nicht Hosen genug haben, um unsere Blöße zu bedecken, während die Hosenknöpfe millionenweise umherwimmeln - so zeigt uns Rodbertus triumphierend seine famose Rechnung, wonach für jedes Pfund Zucker, für jedes unverkaufte Faß Schnaps, für jeden unannähbaren Hosenknopf der richtige Schein ausgestellt worden ist, eine Rechnung, die genau 'aufgeht', nach der 'alle Ansprüche befriedigt werden und die Liquidation richtig vermittelt' ist. Und wer's nicht glaubt, der wende sich an den Regierungs-Hauptkassen-Rentamtskalkulator in Pommern (- Rodbertus war pommerscher Rittergutsbesitzer -), der die Rechnung revidiert und richtig befunden und der als noch nie im Kassendefekt ertappt durchaus glaubwürdig ist."

Schließlich zum selben Zusammenhang Marx in „Zur Kritik der Politischen Ökonomie": „Jede Ware ist unmittelbar Geld. Dies war Grays Theorie, abgeleitet aus seiner unvollständigen und daher falschen Analyse der Ware. Die 'organische' Konstruktion von 'Arbeitsgeld' und 'Nationalbank' und 'Warendocks' ist nur ein Traumgebild, worin das Dogma als weltbeherrschendes Gesetz vorgegaukelt wird. Das Dogma, daß die Ware unmittelbar Geld oder die in ihr enthaltene Sonderarbeit des Privatindividuums unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, wird natürlich nicht dadurch wahr, daß eine Bank an es glaubt und ihm gemäß operiert. Der Bankrott würde in solchem Falle vielmehr die Rolle der praktischen Kritik übernehmen." (MEW 13, 68)

Marx und Engels ist es nicht in den Sinn gekommen, einen von politischer Willensbildung abstrahierenden idealen oder Regulationsmechanismus an sich alternativ zum bestehenden, ökonomisch vermittelten Herrschaftsverhältnis zu entwerfen. Von der famosen Computerwelt technokratischer Omnipotenz gilt, was für eine Vielzahl technischer Inventionen Gültigkeit hat: ob sie zu Mitteln der Befreiung oder fortdauernder und subtilerer Beherrschung ausschlagen, ist ihnen nicht an die Stirn geschrieben, sondern hängt einzig vom politischen Willen resp. den politischen Machtverhältnissen ab.

„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte...(Es sei) überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen und *den Hauptakzent* (Hervorh. von mir; die Marxschen im Text lasse ich beiseite) auf sie zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur eine Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst." (Aus „Kritik des Gothaer Programms", MEW 19,19ff.)

Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die Koexistenz von krassem Mangel und Not neben Überfluß und Verschwendung erzeugt das Phantom einer sich ins schlecht Unendliche verlängernden Bedürftigkeit. Was im Konkurrenzkampf der Weltgesellschaft - und nur in diesem Sinne ist sie es - erobert oder verfehlt wird, sind die materiellen, physischen Substrate, von denen die Lebenschance ihrer Mitglieder abhängt, weshalb Bedürftigkeit vor allem oder ausschließlich als unersättliche Notdurft nach warenförmigen Produkten oder materiellen Gütern erscheint. Daß ausgerechnet Marx für die Kapital induzierte Explosion von Produktion und Bedürfnis als Kronzeuge vereinnahmt - oder gelegentlich auch auf die Anklagebank gesetzt wird -, als hätte er Produktion oder Konsum - die Ameisengesellschaft oder das Schlaraffenland - zum Credo erhoben, macht keinen Sinn. „Linke" Marktapologie hält sich an die kapitalistisch verunstalteten Bedürfnisse als Indikator für das, wovon bei Marx gelegentlich als von reichen oder entwickelten Bedürfnissen die Rede ist.

(3)

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der relativen Stabilität des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten - eine Phase, die jetzt endgültig zu Ende gegangen ist - und der Existenz von staatskapitalistischen bzw. staatssozialistischen Gesellschaften? Grenzmarkierte Märkte - grenzmarkiert wie auch immer - wirken als Schranken für die Kapitalexpansion. Dagegen, daß die Expansionsschranke nicht zur Akkumulationsschranke wird, hilft nur die Ausdehnung des „Binnen"marktes. Ein Lohnniveau in ungefährer Äquivalenz zum Wert der Ware Arbeitskraft schafft kaufkräftige Nachfrage, was zwar einerseits auf die Profitrate drückt, andererseits durch Ausdehnung der Produktion und des Kleinkapitalismus eine größere Mehrwertmasse verfügbar macht, die in die Profitratenbewegung eingeht. Die Meinung, daß die bloße Existenz des Staatssozialismus dem Kapital sozialstaatliche Konzessionen abgenötigt habe, ist so kaum die halbe Wahrheit.

Um das Scheitern der Perestroika als eines sozialistisch intendierten Umbau- und Erneuerungsversuchs zu verstehen, wird man bei der Stagnation der sowjetischen Landwirtschaft als eines Schlüsselproblems ansetzen müssen. In der DDR hat die Landwirtschaft auf genossenschaftlicher Basis geleistet, was unter gegebenen Bedingungen volkswirtschaftlich von ihr erwartet wurde. Verglichen mit ihrer landwirtschaftlichen Anbau- und Nutzungsfläche verfügt(e) die SU über ein gewaltiges Areal; großflächige Bebauung hätte das Land zu einem der ersten Nahrungsmittelexporteure der Welt machen müssen. Mentalitätsgründe scheiden bei Verursachungserwägungen zur Erklärung imputierter Stagnation als völlig unzulänglich aus. Wie stand es um die Infrastruktur für Lagerung, Transport und Distribution landwirtschaftlicher Produkte? An welchen Investitionsvorentscheidungen hatte die Landwirtschaft als besonders schwere Hypothek zu tragen? Warum kommen Produktionsfragen des Primärsektors während der Perestroika nicht unter akkumulationstheoretischen Prämissen zur Diskussion, um stattdessen unter Versorgungsfragen - Engpässe in der Lebensmittelversorgung - abgehandelt zu werden? Die Vermutung liegt nahe, daß sich der Ausgleich bornierter Ressortinteressen für theoretische Verallgemeinerung gehalten hat.

Der Zusammenbruch der RGW-Staaten sei, so will es die öffentliche Meinung, nicht Ergebnis sozialökonomischer Konstellationen und politischer Kräfteverhältnisse, sondern der Funktionsuntüchtigkeit der Planwirtschaft geschuldet. Von solchem Verdikt über die Planwirtschaft unterscheiden sich auch Stellungnahmen der PDS und aus Gruppierungen westdeutscher Sozialisten nur graduell, nicht prin-

zipiell. Der langjährige Planungschef der DDR, Gerhard Schürer, beschließt ein Interview mit den Worten: „Das persönliche, das private Eigentum...ist den Menschen verständlich, es schafft Innovationskraft, Risikobereitschaft und Verantwortlichkeit. Das klingt, von einem Sozialisten ausgesprochen, schlimm. Aber die Erfahrungen drängen zu solchen Schlußfolgerungen." („ohnmacht. DDR-Funktionäre sagen aus", Bln. '92, 188)

Ich bin entsetzt über die Leichtfertigkeit, mit der über Planungserfahrungen der DDR, der Sowjetunion und der anderen RGW- Staaten hinweggegangen wird, ohne daß es eine Diskussion über Funktionsstärken und -schwächen, exogen bzw. endogen wirkenden Faktoren usw. auch nur ansatzweise gegeben hätte. Man könnte die Materie künftigen Historikern zu differenzierterer Betrachtung überlassen, wenn die Alternative vom Markt und dessen sogenannten Selbstregulierungskräften nicht so fatal wäre. Der Markt ist keine unabhängige Variable; in der letzten, längsten Prosperitätsphase in der Geschichte des Kapitalismus, die jetzt zu Ende gegangen ist, hat er Produktion und Konsumtion unter verheerenden Neben- und Folgewirkungen für die Umwelt und das ökologische Gleichgewicht des Planeten zusammengebracht; in einer Depressionsphase stehen unausgelastete Kapazitäten, Vernichtung produktiver Ressourcen und eine Nachfrage ohne Kaufkraft einander gegenüber. Es ist kaum ein Menschenalter her, daß Nichtmarxisten, bürgerliche Gelehrte ihrer Überzeugung beredt Ausdruck verliehen haben - wirtschaftliche Gesamtplanung, Planwirtschaft, werde dem Markt und der Marktanarchie überlegen sein, wie immer sich die Beziehungen im einzelnen gestalten mögen. Ich kann auch unter diesem Aspekt nicht unwidersprochen hinnehmen, daß alles, was in 70 bzw. 40 Jahren an Planideen vorgetragen, an Planungsmechanismen entwickelt und erprobt worden ist, Makulatur sein soll.

Die für unsere Epoche charakteristische Unternehmensform, der nationale und multinationale Konzern, ist ein planwirtschaftliches Reich im Kleinen; nur daß ihre Manager eben nicht im Allgemeininteresse, sondern in dem der Kapitaleigner walten. Was ist von Planideen und Planungsmechanismen für die Zukunft zu lernen, die unter Verhältnissen entwickelt worden sind, die nicht mehr unmittelbar privatkapitalistischen Verwertungszwängen unterworfen waren (mittelbar schon noch durch den kapitalistischen Weltmarkt)? Nicht an der Dummheit von Planbürokraten ist ja die Planwirtschaft der DDR letztlich gescheitert, sondern an politischen Vorgaben, an Machtbeziehungen (Ost - West) und Herrschaftsverhältnissen (Stalinismus). Der Sozialismus - so könnte man zugespitzt sagen - ist nicht an der Planwirtschaft gescheitert, sondern die Planwirtschaft am „Sozialismus", nämlich an Bedingungen, die mit rationaler Planung zuletzt unvereinbar sind.

Politische Ökonomie, der zentrale Gegenstand der Marxschen Kritik, wurde im Sowjetmarxismus positiv besetzt oder affirmativ umgebogen, weil Sozialismus als „Verwaltung der Sachen" mißlang bzw. nur durch Vertagung auf der Tagesordnung zu halten war. Entgegen meinen Erwartungen hat die „Wende" keine Rückbesinnung auf die „Kritik der politischen Ökonomie" eingeleitet. Die Westlinke ist vielmehr zuhauf davondesertiert, wobei sie sich einen Begriff von Gramsci - den der „Zivilgesellschaft" - als goldene Brücke zurechtgelegt hat.

Für Marx und Engels waren Sozialismus und Planwirtschaft dasselbe, und sie haben nie einen Zweifel daran gelassen, was sie darunter verstehen: Sachwaltung über den Produktionsprozeß gemäß Bedarf und Bedürfnissen, „Verwaltung von Sachen". Die Hauptschriften von Marx tragen im Titel bzw. Untertitel „Kritik der politischen Ökonomie", womit ja ausgedrückt werden soll, daß der Kapitalismus, dem die Kritik gilt, ein ökonomisch vermitteltes Herrschaftsverhältnis ist, rein-ökonomisch dem Schein oder Augenschein nach, politisch in Wahrheit. Eine von Herrschaftsverhältnissen befreite Ökonomie steht für Marx nicht mehr unter politischen Vorgaben oder Zwängen, sondern dient als Sachwaltung den ihre vernünftigen Zwecke verfolgenden Gesellschaftsmitgliedern. Die Erfindung einer „politischen Ökonomie des Sozialismus", wie das in der Sowjetunion, der DDR usw. der Fall gewesen ist, schlägt dem Sinn und Buchstaben der Schriften von Marx und Engels krass ins Gesicht. Sozialismus ist die Selbstbestimmung der Gesellschaftsmitglieder über ihren eigenen Lebensprozeß und beendet die Herrschaft der politischen Ökonomie, gerade so wie der Kapitalismus das unmittelbare Herrschaftsverhältnis des Feudalismus gebrochen hat.

Die Überlegenheit des Kapitalismus über die Ökonomien der RGW- Staaten hat nicht auf irgendwelchen Wunderwirkungen des Marktes oder der sogenannten Marktkräfte beruht, sondern auf dem Akkumulationsvorsprung des europäischen und nordamerikanischen Kapitals, wofür die Grundlagen schon im 19. Jahrhundert und im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gelegt worden sind. Das wird auch belegt durch die Armutsentwicklung in den Ländern der Dritten Welt, die aus dem kapitalistischen Weltmarkt in ihrer Mehrzahl niemals ausgebrochen sind. Gescheitert sind alle Versuche nachholender Industrialisierung mit staatskapitalistischen Methoden. Beweis für die Überlegenheit des „Marktes" über die sozialistische Planwirtschaft im wohlverstandenen Marxschen Sinne ist es nicht.

Daß sich die russischen Kommunisten, die Sowjetunion und schließlich die RGW-Staaten auf ein Konkurrenzverhältnis zum Weltkapital eingelassen haben - wobei man darüber streiten kann, ob es dazu überhaupt eine Alternative gab -, war ihr Verderben. Staats- und Systemschutzbedürfnisse mußten von dem Augenblick an, wo sie Eigenleben gewannen, Selbstzweck wurden, nicht nur das demokratische Leben, sondern auch die Ökonomie strangulieren.

Marktverhältnisse bringen nicht - wie es die kapitalistische Propaganda den Menschen einreden will - gesellschaftlichen Bedarf/individuelle Bedürfnisse (wozu noch immer vorrangig anständige Ernährung, menschenwürdiges Wohnen usw. gehören) und produktive Potenzen zusammen, sondern zahlungsfähige Nachfrage und dafür produzierte Waren, auch wenn es sich dabei um kalkulierten Schwachsinn handelt, der nur die Müllberge vermehrt, die Umwelt schädigt und das globale ökologische Gleichgewicht zerstört. Daß der Sozialismus durch Marktelemente angereichert werden müsse - wie das heute so heißt -, weil anders der Produktion nicht die richtigen Signale zukommen würden, ist ein Scheinproblem, worin sich nur spiegelt, daß es bis heute nicht gelungen ist, die Dominanz des Weltkapitals nachhaltig zu brechen.

Eine alternative Wirtschaft kann nur eine sozialistische Planwirtschaft sein, in der alle Abläufe von der Produktionszielbestimmung bis zur Güterverteilung demokratischen Vorgaben und demokratischer Kontrolle unterliegen durch dafür geeignete Repräsentativorgane der Gesellschaftsmitglieder im ganzen, wie z.B. Wirtschaftsparlamente oder Räte. Daß man beim Stichwort Güterverteilung Mangelverwaltung assoziiert, ist dem staatskapitalistischen Fiasko der RGW-Ökonomie geschuldet; man denke nur an die Nahrungsmittelüberschüsse in den westlichen Industriestaaten bei großenteils subventionierter Landwirtschaft und daß es gerade die Marktmechanismen sind, die die Schere zwischen Satten und Übersatten auf der einen Seite, Hunger und Elend auf der anderen immer weiter öffnen.

Die konstitutive Unfähigkeit des Kapitalismus, in der Sprache der Apologie also der Marktwirtschaft oder des Marktes, die Allokation der Ressourcen auf eine nicht-destruktive Weise zu bewerkstelligen, hält den Sozialismus auf der Tagesordnung, solange überhaupt noch an Alternativen gedacht werden kann. Der Begriff Allokation ist bezogen auf die Kombination der Produktionsfaktoren (natürliche und menschliche Ressourcen, lebendige und vergegenständlichte Arbeit) unter dem Gesichtspunkt optimaler Produktionsergebnisse. In diesem Sinne ist er ein Terminus technicus. Als solcher verfügt er weder über Definitionsmacht für besagtes Optimum noch für die Verhältnisse oder Umstände (Produktionsverhältnisse), unter denen sich gedachte Faktoren optimal kombinieren. Im affirmativen Gebrauch des Terminus in der aktuellen Literatur ist ein faktisch gegebener Standard kapitalistischer Warenproduktion als Kriterium für das Optimum unterstellt und damit zugleich kapitalistische Kombination der Produktionsfaktoren. Ich sehe keine prinzipiellen Schwierigkeiten, mit diesem Begriff ein optimales Beziehungsverhältnis zwischen definierten gesellschaftlichen Zielen und produktiven Ressourcen auszudrücken. Allokation hieße dann: Kombination der Produktionsfaktoren zum Zwecke optimaler Realisierung gesellschaftlicher Vorgaben (Demokratische Planwirtschaft). Als Terminus technicus ist Allokation nicht festgelegt, vielmehr neutral gegenüber der Entscheidung für einfache oder erweiterte Reproduktion bzw. wohin sich die Reproduktion erweitern soll.

Aus dem Systemvergleich läßt sich keine oberste Bezugsgröße „Effizienz" ableiten. Effizienz ist keine platonische Idee, sondern unterliegt gesellschaftlicher Definitionsmacht, der von Interessen und Bedürfnissen. Die auf genossenschaftlicher Basis produzierende Landwirtschaft der DDR ist in einem bestimmten Sinne effizient gewesen, die der Sowjetunion war es nicht. Beheimatet ist der Effizienzbegriff in der bürgerlich-kapitalistischen Betriebswirtschaft. Die lineare Gerichtetheit von Effizienz, eines Bewirkens, macht den Begriff überhaupt problematisch, da der Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur Rückkopplung einschließt. Dem Zusammenhang von „Effizienz" und apologetisierter wissenschaftlich-technischer Revolution wäre genauer nachzugehen.

Inzwischen ist der Begriff einer höheren formalen Rationalität in die Diskussion eingebracht worden mit Bezug auf Max Weber. Zu Unrecht. § 9 von „Wirtschaft und Gesellschaft" (1.Halbband, 1. Teil, Kap. II) beginnt mit einer Definition: Als *formale* Rationalität eines Wirtschaftens soll hier das Maß der ihm möglichen und von ihm wirklich angewendeten *Rechnung* bezeichnet werden." Dazu führt § 13 aus: „Die *formale* 'Rationalität' der Geldrechnung ist also an sehr spezifische *materiale* Bedingungen geknüpft... 1. den Markt*kampf*... Geldpreise sind Kampf- und Kompromißprodukte, also Erzeugnisse von Machtkonstellationen. 'Geld' ist keine harmlose 'Anweisung auf unbestimmte Nutzleistungen', welche man ohne grundsätzliche Ausschaltung des durch Kampf von Menschen mit Menschen geprägten Charakters der Preise beliebig umgestalten könnte, sondern primär: Kampfmittel und Kampfpreis, Rechnungsmittel aber nur in der Form des quantitativen Schätzungsausdrucks von Interessen*kampf*chancen... Aber unter allen Umständen gilt: daß die formale Rationalität erst in Verbindung mit der Art der *Einkommens*verteilung etwas über die Art der materiellen Versorgung besagt." (Hervorh. vom Verf.) Formale Rationalität - und anders kann ich Weber nicht verstehen - ist Rechenhaftigkeit; ein Bescheid, von dem ich meine, daß er vernünftig ist.

(4)

An der Konzeptionslosigkeit von Perestroika ist die Demokratisierung des Staatssozialismus gescheitert. Wo im entscheidenden historischen Augenblick sozialistische Demokraten gefordert gewesen wären, ist das Gesetz des Handelns Kopflosen zugefallen. Wie sie der Zufall einer nach bürokratischen Kriterien bestimmten Auslese nach oben geschwemmt hatte. Daß sie der Konterrevolution die Tür öffnen würden, hat die Konterrevolution nicht weni-

ger überrascht als die Zeitgenossenschaft überhaupt. Zugleich unterscheidet sich das Wendegeschehen vom klassischen Erscheinungsbild der Konterrevolution dadurch, daß es sich unabhängig vom Bewußtsein von Beteiligten und Betroffenen vollzog, gerade so, als ob die Geschichte wirklich, wie von Marx einmal glossiert, eine „aparte Person" wäre. Die ökonomistische Interpretation greift zu kurz; Gorbatschow hat sich bis zum Schluß als Vollzugsbeamter der Geschichte gedünkt; so ist es Generationen von Parteibuch- Kommunisten, insbesondere seit und durch Stalin, eingeimpft worden.

Beim Studium von Dokumenten zur KPD- und Kominterm-Geschichte stößt man auf ein Tableau historischer Möglichkeiten und verpaßter Chancen. Was von den regierenden kommunistischen Parteien bis zum Schluß nicht als ein Jungbrunnen erkannt worden ist, um sich an Haupt und Gliedern zu regenerieren. Warum hat Gorbatschows Lieblingsausrede vom „Leben", das es richten werde, solchen Anklang gefunden? Die Akkumulationsdynamik des Kapitals ist dieses blinde Fenster und Sozialismus in jedem denkbaren Sinne der Gegensatz dazu; der Versuch, der Verfallenheit an zweite (soziale) Natur gesellschaftliche Subjektivität, Selbstbestimmung entgegenzusetzen. Warum hat Gorbatschow wechselweise die Rolle des Prahlhans und des Bankrotteurs spielen können? Schließlich gab es ja jene (kurze) Periode, in der er die militärische und diplomatische Deeskalation, die weltweit und zurecht begrüßt wurde, mit der Stärke des Sozialismus begründet hat.

Nach meiner Überzeugung ist die „Wende" ein Beispiel für Kontingenz in der Geschichte. Gar nicht so unähnlich der Katastrophe Stalin. Dessen Untaten waren keiner Zwangsläufigkeit aus dem Handlungsnotstand der Bolschewiki zu Ende der zwanziger Jahre geschuldet; und ebensowenig gibt es einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Kapitulation und sogenannten Defiziten, an denen es zu keinem Zeitpunkt gemangelt hat, streng genommen seit der Oktoberrevolution. Noch die Redewendung von den kapitalistischen Siegern ist ideologisch, weil es keine Besiegten gegeben hat, dafür aber Überläufer en masse. Solange Gesellschaft staatlich organisiert ist, gibt es keine Veranlassung, von der Auffassung zurückzutreten, daß die Verstaatlichung der grundlegenden Produktionsmittel, -voraussetzungen und Infrastruktur ein unvermeidlicher Zwischenschritt zu ihrer Vergesellschaftung ist.

(5)

Für Preobrashenski („Die Neue Ökonomik", 1926, deutsch Berlin 1971) ist das Ringen um den Sozialismus ein Kampf mit dem Wertgesetz. Sozialistisch war nicht nur nach dem Verständnis der Bolschewiki der verstaatlichte Sektor, umbrandet vom inneren Markt der NEP-Periode und dem kapitalistischen Weltmarkt. Die antagonistische Koexistenz der beiden Sektoren ist gesetzmäßig mit einem Ungleichgewicht verbunden, das nach der einen oder anderen Seite zur Auflösung tendiert: von seiten des Marktes spontan, während es für die Gegenseite der Bewußtheit über Art und Umfang der notwendigen Regulationen, der Theorie, bedarf. Hier hat der Begriff der Gesetzmäßigkeit, wie ihn Preobrashenski gebraucht, seinen Ort, nicht zu verwechseln mit dem ontologisierten Gesetzesbegriff von Diamat. Allenfalls könnte man sagen, daß der etwas laxe Umgang mit dem Gesetzesbegriff und der zu großzügige Gebrauch, den Preobrashenski davon macht, der Dogmatisierung Vorschub geleistet habe. In welchem Sinne er davon Gebrauch macht, sagt er selbst auf S.75 in einer Anmerkung: „Selbst wenn es wahr wäre, daß der Begriff 'Gesetz' verschwindet, wo eine bewußte Leitung der Produktion besteht, könnten wir ruhig weiter von Gesetz sprechen, wenn auch nur, weil das Bewußtsein und die Voraussicht bei uns noch recht bescheiden entwickelt sind."

Das von Preobrashenski ins Zentrum gerückte Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation formuliert er als Tendenzgesetz. „Wir nennen das Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation die Gesamtsumme der bewußten und halbbewußten Tendenzen in der Staatswirtschaft, die auf die Erweiterung und Stärkung der kollektiven Organisation der Arbeit in der Sowjetwirtschaft gerichtet sind und die dem Sowjetstaat auf der Grundlage der Notwendigkeit diktiert werden: 1) bestimmte Proportionen in der Distribution der Produktivkräfte, die sich auf der Basis des Kampfes gegen das Wertgesetz im In- und Ausland bilden,...zu erreichen; 2) bestimmte Proportionen der Akkumulation an materiellen Hilfsmitteln für die erweiterte Reproduktion (zu erreichen)...bei drohender wirtschaftlicher Disproportionierung..., bei Nichterfüllung der in den folgenden Jahren notwendigen Proportionen für die erweiterte sozialistische Reproduktion und eine Schwächung des ganzen Systems in seinem Kampf mit der Waren-kapitalistischen Produktion im In- und Ausland." (187; im Text gesperrt; der schlechte Stil ist der Übersetzung geschuldet, von der die Herausgeber sagen, daß sie sich so eng wie möglich an das russische Original halte.)

Preobrashenskis Schrift hat die Probleme, vor denen die junge Sowjetunion in den zwanziger Jahren stand, sowohl unter den seinerzeit aktuellen wie den strategischen und perspektivischen Gesichtspunkten benannt. Darin liegt ihre herausragende Bedeutung. Eine ganz andere Frage ist, daß schon zum Zeitpunkt der Publikation keine Chance mehr bestand, mit den von ihm aufgeworfenen theoretischen Fragen politisch zu intervenieren.

(6)

Die Tragödie der bolschewistischen Partei und dadurch der SU bestand darin, daß sie, wo nicht auf den Kopf, so doch auf die Autorität eines Einzelnen, Lenins, gestellt war. So daß seine engsten Mitarbeiter, die Mitglieder des Polit-

büros, sein Ausscheiden aus der politischen Arbeit als Vakanz empfanden, auf die sie mit gegenseitigem Mißtrauen reagierten. Es war sicher eine der größten Ungeschicklichkeiten Trotzkis, auf persönliche Kränkungen und politisch in die Defensive gedrängt mit einem Angriff auf Sinowjew und Kamenew zu antworten („Die Lehren des Oktober", Herbst '24).

Trotzkis Essay von ca. 60 Druckseiten ist ein revolutionstheoretischer Rekapitulationsversuch am Beispiel der Widerstände, mit denen es Lenin 1917 innerhalb der bolschewistischen Partei und ihres engsten Führungskreises zu tun hatte. Aktueller Bezugspunkt ist der gescheiterte deutsche Oktober 1923. Seiner Einschätzung nach war eine ausgesprochen günstige revolutionäre Situation verpaßt worden. Auf eine bestimmtere Lageeinschätzung läßt er sich nicht ein. Es gibt auch keine direkten Schuldzuweisungen an die Komintern, also die Adresse Sinowjews. Es sei denn, man rechnet der Kominternführung unmittelbar die Verantwortlichkeit für die deutsche Parteiführung zu. Über diese urteilt Trozki ohne Namensnennung - gemeint sind Brandler und Thalheimer - vernichtend.

Für den unbefangenen Leser laufen die Darlegungen Trotzkis auf die Pointe hinaus, daß sich Revolutionen nicht von selbst machen, sondern der Führung bedürfen, die sich durch theoretische und strategische Klarheit, realistische Lageeinschätzung, ein Höchstmaß an Umsicht und blitzschnelles Reaktionsvermögen auszeichnet. Die Auseinandersetzung um die Rolle insbesondere Kamenews und Sinowjews in Opposition zu Lenin während der verschiedenen Phasen der Revolution vom Februar bis zum Oktober führt er durchaus in Leninschem Geist, will sagen: in einer Art und Weise, wie bolschewistische Fraktionsauseinandersetzungen auch von Lenin geführt worden sind. Dabei war das Ziel ja immer, durch Argumente zu überzeugen. Was man Lenins Nachsicht genannt hat, war, daß es für ihn in der Politik nicht die Kategorie des persönlichen Gekränktseins gab. Trotzki mußte um die kleinen Eitelkeiten und Verletzbarkeiten seiner Politbürokollegen wissen und ebenso darum, daß es ihm zwar vielleicht nicht an Leninschem Geist, aber an dessen Autorität gebrach. So machte er es seinen Gegnern leicht, ihn der persönlichen Machtambitionen zu bezichtigen. Dem letzten Willen Lenins, Stalin als Generalsekretär abzulösen, nicht mit Respekt verschafft zu haben, gehört auch auf das historische und persönliche Schuldkonto Trotzkis.

(7)

Der Sowjetmarxismus war ein schlechter Sachwalter des wissenschaftlichen Sozialismus, weil er Theorie auf die Rolle einer Legitimationsinstanz für auf wie immer zustande gekommene pragmatische politische Entscheidungen eines Politbüros oder Generalsekretärs zurechtgestutzt hat. Daß materialistische Dialektik und historischer Materialismus trotz solchen Mißbrauchs nichts an analytischer Kraft verloren haben, wäre heute außer in der Kapitalismus-Analyse vor allem auch durch die der Übergangsgesellschaft zu bewähren, eines Problems, zu dessen Lösung sich der sogenannte Realsozialismus so schlecht verstanden hat. Die Meinung Stalins, die Mitte der 20er Jahre eine willige Gefolgschaft fand, daß der „Glaube" - der Glaube an den Sozialismus - das wichtigste sei, hat sich vor der Geschichte gründlich blamiert.

Zum Bild sowjetischer Politik und der der Komintern nach dem Ausscheiden Lenins aus der politischen Arbeit gehören verschleppte Entscheidungen, überstürzte Beschlüsse und bestürzende Fehlleistungen und zwar sowohl für die Periode, die der persönlichen terroristischen Diktatur Stalins voranging, wie für die, die ihr folgte. Die zentristische Fraktion der bolschewistischen Partei, die Mitte der 20er Jahre in Stalin ihren prominenten Sprecher gefunden hatte, hat zuerst die Industrialisierung verschleppt und hintertrieben, um dann in Panik zu geraten und mit der Zwangskollektivierung die strategische Grundlinie der Partei - das Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauern - auf das gröblichste zu verletzen. Spekulativ und müßig ist nur die Frage, was resultiert hätte, wenn gegebene Handlungsspielräume anders genutzt worden wären, als sie dann tatsächlich ausgefüllt worden sind. Nicht spekulativ und müßig ist die Erinnerung daran, daß die Ausfüllung von Handlungsspielräumen fehlbar ist und sich eine revolutionäre Partei zuallerletzt darauf hinausreden kann, daß sie nur vorgegebene Handlungszwänge exekutiere. Warum die Kollektivierung der Landwirtschaft zu keinem Zeitpunkt gebracht hat, was man sich letzlich davon erwarten durfte, gehört auf den Prüfstand. Daß die Produktionsgenossenschaft auf dem Lande als Organisationsform ökonomisch erfolgreich sein kann, hat die DDR bewiesen.

Ohne Bruch mit dem Wertgesetz und solange es über den kapitalistisch dominierten Weltmarkt in die nachrevolutionäre Gesellschaft hineinregiert, kann von Sozialismus im Vollsinne keine Rede sein. Das war Lenin, Trotzki und anderen prominenten Bolschewiki bei der Wende von 1921, dem Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik" bewußt. Um aus diesem kalkulierten strategischen Rückzug herauszukommen, war an die Entwicklung des Genossenschaftswesens durch freiwilligen Zusammenschluß und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, vor allem natürlich auch der industriellen, gedacht, die den unter kapitalistischen Verhältnissen erreichten Standard in überschaubaren Zeiträumen überflügeln sollte. Beide Zielvorgaben stehen in einem Komplementärverhältnis zueinander, weil Sozialismus ebenso solidarische Genossenschaftlichkeit zur Voraussetzung hat wie ein den durchschnittlichen Bedürfnissen angemessenes Niveau der Bedürfnisbefriedigung. Daß das Problembewußtsein für die komplexen Erfordernisse beim Aufbau des Sozialismus verloren ging, ist Stalin und seinen Gefolgsleuten an-

zulasten. Wo schließlich schon das Denken in Alternativen unter Kuratel gestellt war, konnte es keine Verständigung über Handlungsoptionen im Ergebnis innerparteilicher Diskussions- und Kommunikationsprozesse mehr geben.

Für Marx hatte der Wert als ökonomische Kategorie - nicht zu verwechseln mit dem buchhalterischen Gebrauch des Begriffs im Sozialismus ausgedient. In der Sowjetunion der Fünfjahrespläne war der Preis immer beides zugleich: Rechengröße und vom Preisbildungsprozeß auf dem kapitalistischen Weltmarkt abhängige Variable. Stalin hat in seiner letzten Schrift über „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR" von 1952 dieses Geheimnis ausgeplaudert und damit selbst noch dem offenherzigen Revisionismus in ökonomischen Grundfragen die Bahn gebrochen: „Manchmal wird gefragt, ob bei uns, bei unserem sozialistischen System, das Wertgesetz besteht und wirkt. Ja, es besteht und wirkt... Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber immerhin wirkt es auf die Produktion ein, und das darf man bei der Leitung der Produktion nicht außer acht lassen." Der Sowjetmarxismus steht für eine weltgeschichtliche Tragödie, die nicht zum Identifikationsobjekt taugt.

(8)

Im politischen Kampfvokabular der Gegenwart gibt es kaum einen dunkelmännerischen Begriff als den des Stalinismus. Einschließlich des Geredes von den Poststalinisten, die der ausposaunte Cheftheoretiker der PDS, André Brie, inzwischen ausgemacht haben will. Wahr daran ist nur, daß es eine törichte Idealisierung der mit dem Namen Stalin verbundenen Periode gibt als Reaktion auf die Exzesse des Gegenwartskapitalismus und der verbreiteten Unbereitschaft, sich der Marxschen Erkenntnismittel zu bedienen. Unbestreitbar ist auch, daß die beschämende Instrumentalisierung des Stalinismus zu tages- und fraktionspolitischen Zwecken zu Trotzreaktionen geführt und falsche Solidarisierungen ausgelöst hat. Sachlich wäre es eher geboten, gegen diejenigen zu polemisieren, die, statt über den Stalinismus aufzuklären, Aufklärung durch solche Instrumentalisierung hintertreiben.

Der Stalinismus ist tot; mausetot. Das Geflecht seiner historischen Entstehungsbedingungen ist unwiederholbar. Dazu gehörten eine erfolgreiche Revolution und mißglückte Revolutionen mit nachfolgenden Konterrevolutionen in West- und Mitteleuropa; und ebenso daß der Generalsekretär der russischen Partei in der kritischen nachrevolutionären Phase nicht weniger geschickt als Organisator wie als Demagoge war, um sich eine eigene Hausmacht im Partei- und Staatapparat zu organisieren. Stalins demagogisches Glanzstück ist gewesen, den „Sozialismus in einem Land" zum großen Knüppel im Fraktionskampf zu schmieden, aus dem Sozialismus eine Glaubensfrage zu machen.

Von Stalinscher Rabulistik abgesehen, formuliert der Sozialismus in einem Land ein Problem, das durch die Oktoberrevolution auf die Tagesordnung gesetzt worden ist und von dem Marx und Engels nur deshalb nichts gewußt haben, weil sie die Zuspitzung des Klassenantagonismus in den kapitalistischen Metropolen erwartet haben. Es ist das Problem der sozialen Revolution in einem oder einigen Ländern der Peripherie bei ungebrochener kapitalistischer Weltmarktdominanz. Den Knoten, der sich daraus unausweichlich schürzt, zu zerhauen, war die Stalinsche „Lösungs"methode; ihn behutsam aufzulösen, hätte den Empfehlungen Lenins entsprochen.

Beim Nachleben stalinistischer Geschichtslegenden und Mythologien hat man es mit Zerfallsprodukten des Sowjetmarxismus zu tun; was andererseits auch für die schlechte reformsozialistische Utopie eines Marktsozialismus gilt. In beiden Fällen geht es nicht um die Bewältigung politischer Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben, sondern um Projektionen. Der Marktsozialist projiziert das in der Sowjetunion und ihrem Einflußbereich ungelöst gebliebene Problem Übergangsgesellschaft auf den Gegenwartskapitalismus. Der Sowjetnostalgiker projiziert revolutionäre Qualitäten auf das System, als ob es daran nicht gerade gravierend gemangelt habe. Beide spinnen an der Legende vom Sozialismus, der schon einmal verwirklicht war. Wo es immer nur - solange das Wertgesetz nicht weltweit außer Kraft gesetzt ist - um den Aufbau grundlegender Fundamente für die neue Gesellschaft gehen konnte. Die späte offizielle Formel vom real existierenden Sozialismus hat die Rolle eines verschleiernden halben Dementis gespielt.

Das bisher ungelöste Problem der Übergangsgesellschaft ist wie man das Wertgesetz unter gleichzeitiger Anlegung enger Bandagen nutzt, um es perspektivisch außer Geltung zu setzen. Im Fall des hochkonzentrierten metropolitanen Kapitalismus hat man es mit einer Gesellschaft des potentiellen und realen Überflusses zu tun, der vernichtet, verschwendet und wegsubventioniert wird. Anpreisungen des Marktmechanismus und also des Wertgesetzes hier haben systemstabilisierende apologetische Funktion, die nicht auch noch von links bedient werden sollte.

Stalinismus ist eine lokalisierbare Erscheinung, die nur mittelbar mit Mentalitäten und Ideologien zu tun hat, dafür umso mehr mit realen Prozessen, Prozesse, die auf das engste mit der Person des Namenspatrons verknüpft sind, der die Ernennung einer Sekretärshierarchie von oben zur herrschenden Praxis in der Partei gemacht und diese der Kontrolle des polizeilichen Geheimdienstapparates unterworfen hat. Letzteres wurde nach dem Tod des Diktators abgemildert; mit der Praxis der Ernennungen wurde in den regierenden staatskommunistischen Parteien bis zum

Schluß nicht gebrochen. Auch wenn sich darin nur noch organisiertes Mißtrauen ausgedrückt hat und nicht mehr totalitäre Mobilisierung.

Ohne Stalins Sieg über die Partei hätte es keinen Stalinismus gegeben. Verweltanschaulichter Sozialismus, Dogmatismus, Volontarismus, Subjektivismus, die sich in besonderer Weise in Stalins Politik fokussiert haben, sind allgemeineren Wesens, nicht deren exklusive Attribute. Stalinismus ist nicht auf Verbrechen reduzierbar, aber Terror war die funktionale Grundvariable des Stalin-Systems. Zum Parteiabsolutismus gemildert hat die terroristische Formierung der Gesellschaft die Zeit der persönlichen Herrschaft Stalins überdauert.

Als Herr über Parteiapparat und Geheimpolizei ist Stalin zum Schöpfer der monolithen Partei geworden, um sich schließlich zu deren Alleinherrscher aufzuwerfen. Beide Prozesse sind miteinander verknüpft, fallen aber auch zeitlich und sachlich auseinander, was sich später in der Ambivalenz der von Chruschtschow eingeleiteten Entstalinisierung reflektiert hat. Als Hegemon ist die Stalin-Fraktion aus den Fraktionskämpfen der zwanziger Jahre durch Polizei- und Versammlungsterror hervorgegangen. Der Kirow-Mord Ende 1934 markiert den Übergang zur Alleinherrschaft Stalins, dem die sogenannten Säuberungswellen folgten, denen auch die Mehrzahl der eigenen Gefolgsleute zum Opfer gefallen ist. Ideen, Theorien und Interpretationen sind in das Gebräu stalinistischer Legitimationsideologie eingeflossen, das Phänomen Stalinismus erklären sie nicht.

Nach Lenins Tod hat das Sekretariat mit dem Generalsekretär Stalin über die Parteitage und deren Zusammensetzung - und dadurch vermittelt auch über die der gewählten Führungsgremien - Regie geführt. Trotz verminderter Chancen für die oppositionellen Fraktionen, hat es Stalin einen erheblichen intellektuellen Mühe- und Kraftaufwand gekostet, diese in den Sitzungen von ZK (und ZKK) niederzuringen. Daß Links- und Rechtsopposition keine Alternativen gehabt hätten, wird auch durch die Plagiate widerlegt, die Stalin an ihnen begangen hat. Darauf, daß seine eigenen Fraktionsgenossen ihn loswerden wollten, die ihn zunächst als „eisernen Besen" geschätzt haben, deuten die ZK-Wahlen auf dem sogenannten Parteitag der Sieger von Anfang 1934 mit einem besseren Stimmenergebnis für Kirow als für Stalin. Intrige, Demagogie, Manipulation und Verrat bezeichnen den Ort, an dem die Wiege des Stalinismus steht. Davon zu unterscheiden sind die Probleme, vor denen die Oktoberrevolution nach den Revolutionsdesastern in Mitteleuropa gestellt war.

(9)

Es war das klassenbewußte russische Proletariat, das gleich nach der Oktoberrevolution über die von Lenin propagierte Produktionskontrolle hinausgegangen ist und die Expropriateure expropriiert hat. Tatsächlich hat man es bei allen Vorgängen zwischen Februar und Oktober 1917 mit Klassenbewegungen zu tun, mit denen die kleine bolschewistische Partei kaum Schritt gehalten hat, was für Lenin ständig Anlaß für dringliche Interventionen gewesen ist. Daß es hier um ein dialektisches Wechselverhältnis von Massenbewegung und revolutionärer Avantgarde ging, ist schon von der gleichzeitigen bürgerlichen Weltöffentlichkeit nicht verstanden und absichtsvoll zu einem Komplott der Bolschewiki verdreht worden. Komplementär dazu verhält sich die Überbewertung der Rolle der Partei zu ungunsten von Spontaneität in der späteren Parteilegende. Die Partei Lenins in revolutionärer Aktion bestätigt nicht den Topos einer Partei speziell Leninschen Typs. Es gibt keinen Grund, der bürgerlichen Putschtheorie näherzutreten und den sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution zu leugnen.

Wer nach Zeugnissen sucht, um die wieder virulent gewordene Putsch-Legende in bezug auf die Oktoberrevolution zu entkräften, bei Max Weber findet er eines der authentischsten. Im April 1917 analysiert er die russische Februarrevolution „Rußlands Übergang zur Scheindemokratie" („Gesammelte Politische Schriften", 197 - 215), eine Analyse, die auf den Punkt genau der Lenins entspricht und die man, nimmt man ihre Implikationen beim Wort, ebenso als strategische Anleitung für die Oktoberrevolution lesen kann. Zu diesem Zeitpunkt ist Weber vermutlich nicht einmal der Name Lenins bekannt gewesen; jedenfalls finden die Bolschewiki keinerlei Erwähnung.

Die Unveränderbarkeit der Menschennatur, negative Anthropologie, gehört zum ältesten Versatzstück bürgerlicher Ideologie; der Aufstand der Erniedrigten gegen die Erniedrigung gilt danach als Flause, weil die Menschennatur von Natur aus niedrig, der Selbstbestimmung unfähig sein soll. In diesen Zusammenhang gehört das konservative Argument, wonach jede radikale Veränderung nur auf einen Austausch des Herrschaftspersonals, einen Wechsel der Herrschaftsordnung hinausliefe. Vom ausgehenden 18. Jahrhundert an bis an die Schwelle des zwanzigsten wurde dieses „Argument" gegen demokratische Republikaner bemüht wie heute gegen sozialistische Demokraten. Die Konstitutionsschwäche des bolschewistischen Ausbruchsversuchs hat ihr frühe und in der Substanz abschließende Kritik in Rosa Luxemburgs Schrift über „Die russische Revolution" gefunden.

Nach dem Aderlaß des Bürgerkriegs haben Lenin und Trotzki sich der Sünde des Substitutionalismus schuldig gemacht, die Partei für die Klasse substituiert. Hätten sie besser daran getan, der bürgerlichen Restauration - und einer blutigen konterrevolutionären Abrechnung - Tür und Tor zu öffnen? Stattdessen haben sie die Neue Ökonomische Politik initiiert, um den Interessen der bäuerlichen

Bevölkerungsmehrheit Rechnung zu tragen, das aus der Revolution bekannte Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern erneuernd. Nicht die Formel vom Sozialismus in einem Land bezeichnet den Bruch mit Lenins Politik, sondern die Aufkündigung dieses Bündnisses durch die Zwangskollektivierung. Der Sozialismus in einem Land als Formel war vieldeutig genug, um auch eine auf Fortsetzung von NEP dringende Politik wie die Bucharins zu decken.

Der Kommunismus ist nur „als die Tat der herrschenden Völker" möglich, also dadurch, daß die Hochburgen des Kapitals geschleift werden. Ein Argument gegen die soziale Revolution von antikapitalistischem Zuschnitt und mit sozialistischer Zielsetzung an der Peripherie ist das aber nicht, weil es nicht den idealen Ort für die revolutionäre Explosion des global aufgehäuften Widerspruchspotential gibt. Lenin hat mit dem ökonomistischen Fatalismus der II. Internationale gebrochen und das bleibt ein Verdienst. Ich sehe keinen vernünftigen Grund, der Erwägung von H.H.Holz zu widersprechen: „Weil aber der Kapitalismus auch heute noch wie 1917/18 stark genug ist, um sich gegen revolutionäre Kräfte - durch ideologische Manipulation und durch repressive Gewalt - zu behaupten, besteht wieder wie 1917 die Möglichkeit, daß die Kette an einem schwachen Glied bricht, das heißt in einem Land mit unreifen Bedingungen, aber offenen, zugespitzten Widersprüchen." Unsinn wird daraus erst, wenn aus dem revolutionären Bruch in einem Land des peripheren Kapitalismus auf die Möglichkeit unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus/Kommunismus geschlossen wird.

Man kann das Sozialistische an der Oktoberrevolution und dem „Realsozialismus" nicht auf das subjektive Moment von Intention und guten Willen reduzieren. Mit dem Industrialisierungsparadigma, das die bürgerliche Politik- und Sozialwissenschaft erfunden hat, ist den Phänomenen nicht beizukommen. Mißlungen ist schließlich nicht nur die sozialistische Demokratie, sondern auch die nachholende Industrialisierung. Was es davon gegeben hat, wird vom Weltkapital abgeräumt oder der Verrottung preisgegeben. Lenins berühmte und oft belächelte Formel, daß Sozialismus Sowjetmacht plus Elektrifizierung sei, hat den unauflöslichen Zusammenhang der Momente betont.

Sozialismus hat es nicht nur in den Köpfen gegeben, sondern auch als Bruchstücke oder Elemente in der Realität. Die gesellschaftlichen Fonds in staatlicher Verfügung sind nicht nur mißbräuchlichen, sondern auch sehr sinnvollen Verwendungen zugeführt worden. Es hat ein relativ hohes Maß an sozialer Gleichheit gegeben, trotz der Privilegien-Restauration, die auf die Stalin-Ära zurückgeht. Und daß das Schwerste vollbracht war - die Expropriation des Industrie- und Finanzkapitals -, gilt nur deshalb heute für gering, weil es wieder verspielt wurde. Aus der Summe von Bruchstücken und Elementen hat sich nicht Sozialismus addiert; immerhin war diese Summe aber groß genug, um die Kapitulation vor dem Weltkapital als Wahnsinnstat erscheinen zu lassen.

(10)

Von welcher Art von Sozialismus ist im Entwurf „Sozialismusvorstellungen der DKP" die Rede, wenn von diesem bzw. der sozialistischen Wirtschaft gesagt wird, daß Warenproduktion und Marktbeziehungen „noch unerläßlich" seien? Oder in anderer Wendung der Sozialismus als warenproduzierende Gesellschaft definiert wird: „Da der Sozialismus noch eine warenproduzierende Gesellschaft ist, darf das Wertgesetz nicht negiert werden."

Statt daß der Widerspruch dieser Vorstellungen zu denen von Marx und Engels thematisiert und produktiv gemacht würde, wird er einfach unterschlagen. Zur Erinnerung die bekannten Sätze von Marx aus der „Kritik des Gothaer Programms": „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren... Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." Im selben Sinne Engels im „Anti-Dühring" (MEW 20, 288f.), wo er sich drastisch über die Absurdität der Vorstellung mokiert, „die kapitalistische Produktionsform abschaffen", „eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen (zu wollen) durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie" - gemeint ist der Wert -, „die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist".

Offenkundig ist unter Sozialismus im Entwurf der DKP der „Realsozialismus" zu verstehen, auf den posthume Rettungs- oder Verbesserungsvorschläge projiziert werden, um sie zur Nutzanwendung für andere Konstellationen unter den Bedingungen des hochkonzentrierten Kapitalismus der Gegenwart zu empfehlen. Die sich zur Thematisierung aufdrängende Frage, ob Erfahrungen mit dem Realsozialismus zur Revision der Sozialismusvorstellungen von Marx und Engels nötigen, wird nicht gestellt.

Sozialrevolutionäre Befreiungstat und Aufhebung des Wertgesetzes fallen für Marx und Engels begrifflich und

zeitlich zusammen. Unterstellt ist darin, daß die Revolution an den zu einem gegebenen Zeitpunkt höchsten Stand kapitalistisch entwickelter Produktivkräfte anknüpft. Stattdessen hat die Oktoberrevolution das Problem der sozialen Revolution an der kapitalistischen Peripherie auf die Tagesordnung gesetzt und damit verknüpft die schwierige Aufgabe, dem Geltungsbereich des Wertgesetzes Terrain abzugewinnen und die Weltmarktdominanz des Kapitals sukzessive zu brechen. Daraus, daß der osteuropäische Realsozialismus diese Aufgabe nicht gelöst hat, folgt nicht, daß sie sich in gleicher Weise unter anderen Bedingungen, insbesondere solchen der kapitalistischen Metropolen, stellt.

Von einer vom Wertgesetz überformt gebliebenen Planwirtschaft her sind Rückschlüsse auf sozialistische Planung nur bedingt, auf deren regulative Prinzipien überhaupt nicht möglich. Die Planung in der Sowjetunion und den späteren RGW-Staaten war zu allen Zeiten vom Wertgesetz überformt, unabhängig davon, wie man über den Wert als ökonomische Kategorie gedacht hat und ob man es mit administrierten Preisen zu tun hatte oder nicht. Währungskonvertibilität, wie sie sich auch ohne offiziellen Segen durch Tauschrelationen auf den informellen Währungsmärkten herstellt, verweist auf den unauflöslichen Zusammenhang von Wert und Preis.

Die Vorstellung vom Reifen der Produktivkräfte für die sozialistische Transformation, die schon immer die Marxsche Revolutionstheorie versimpelt hat, ist völlig abwegig in Anbetracht des destruktiv entfesselten Kapitalismus der Gegenwart. Die ruinöse Konkurrenz um Produktivitätsgewinne treibt das vorzeitige Veralten von Produktionsanlagen und das der Produkte rapide voran mit der Folge vermehrter Müllberge, aus deren Abhub die am Rande der zivilisierten Barbarei Vegetierenden das Verwertbare klauben, grausige Parodie auf das kommunistische: Jedem nach seinen Bedürfnissen.

Zur schlimmsten Hypothek, die der Realsozialismus hinterlassen hat, gehört die Ideologie von der vermittelnden Funktion kleiner Warenproduktion für die ökonomische Effizienz. Ökonomisch effizient ist die kleine Warenproduktion vor allem für die Akkumulation, was im Kapitalismus durch Mehrwerttransfers bei der Ausgleichung der Profitraten von den kleinen zu den großen Kapitalen besorgt wird. Unter Bedingungen eines eingeschränkt fortgeltenden Wertgesetzes eignet sich der Staat als Mandatar der schon vergesellschafteten Produktionsmittel Anteile aus solchen Mehrwerttransfers unmittelbar an, um sie im Interesse letzterer und zur Erweiterung der gesellschaftlichen Fonds zu verwenden. Der Weg, auf dem das geschieht, sind Steuern und Abgaben, die den kleinen Warenproduzenten auferlegt werden. Da der Sektor der vergesellschafteten Produktion nicht mehr unter dem Zwang der Profitmaximierung steht, ist er nach deren Maß ineffizient - und muß es sein. In bezug auf diese Art von Transfers spricht man seit den ökonomischen Debatten der 20er Jahre in der Sowjetunion als von sozialistischer Akkumulation oder daß man das Wertgesetz für den sozialistischen Aufbau nutze. Was dem kleinen Warenproduzenten im einen Fall durch die Marktverhältnisse genommen wird - wie immer seine Kompensationen durch gesteigerte Ausbeutung und Selbstausbeutung aussehen mögen -, wird ihm im anderen durch Besteuerung genommen. Um das Kapitalverhältnis im Interesse der Kapitalmagnaten am Leben zu erhalten, betätigt sich der Staat heute als Subventionsagentur auch für die kleine Warenproduktion.

Der Begriff der Akkumulation, auch der „sozialistischen", verliert im Sozialismus seinen Sinn, weil kein Kapital oder irgendwelche Wertäquivalente dafür mehr aufgehäuft werden. Unter dem Primat von Bedarf und Bedürfnis streifen Produkt und Mehrprodukt die Wertform ab; oberstes Kriterium wird Nutzenoptimierung für die Gesellschaftsmitglieder. Diametral im Gegensatz dazu befindet sich die Vorstellung, Sozialismus damit zu beginnen, daß unterschiedliche Eigentumsformen um Anteile am Wertkuchen konkurrieren.

(11)

Eine Publikations-, Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Schriften von Marx gehörte ins Zentrum der noch gar nicht geschriebenen Geschichte des Sozialismus. Man muß sich das vorstellen: der wohl brisanteste Text von Marx, den Sozialwissenschaftlern in aller Welt heute bekannt unter dem Titel „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", ist aus dem handschriftlichen Manuskript zeitgleich mit den großen Säuberungen der dreißiger Jahre in der Sowjetunion entziffert worden; Erstveröffentlichung Moskau 1939/40, im Dietz-Verlag, Berlin, zuerst 1953 und seither von den Marxisten/West immer wieder zitiert und kommentiert, von den Marxisten/Ost lange Zeit fast durchgängig ignoriert. Verdienstvolle Editionen wie die großen Marx/Engels und Lenin- Ausgaben gehören zur bleibenden Hinterlassenschaft des Realsozialismus.

Fast allen Erörterungen und Durchblicken zum Thema der „Reife", d.h. zur Frage nach den im Kapitalismus gelegenen Potenzen und Potentialen für den Übergang zum Kommunismus, eignet, daß sie die Schwelle von der Seite der objektiven Bedingungen heute sehr hoch ansetzen. Ob nun davon gesprochen wird, daß erst mit dem sogenannten Fordismus das Kapitalverhältnis zu sich selbst gekommen sei oder bestimmte technologische Standards, wie sie sich gerade durchgesetzt haben oder ihre Durchsetzungsgeschichte beginnen, den „Voraussetzungen des Kommunismus" als unerläßliche Bedingungen zugerechnet werden - immer gerät ein bestimmter, faktisch gegebener Stand, sei's kapitalistischer Durchdringung oder der Produktivkraftentwicklung, in den Rang eines Kriteriums für „Reife". Und fast immer steckt darin ein Urteil über das Vergangene, über vergangene Ausbrüche und Aus-

bruchsversuche aus dem kapitalistischen Kontinuum als zur Unzeit oder zu früh gekommenen. Demgegenüber ist auf den analytischen Gegenwartsbezug von Passagen in Marx' ökonomischen Manuskripten, und zwar gerade solcher, die heute gern als Zukunftsprognosen gelesen werden, hinzuweisen. „Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne." („Grundrisse", Berlin 1953, 593) Man sollte sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Marx Zeitzeuge eines sich rapide entwickelnden Eisenbahnwesens und der Dampfschiffahrt war, zu deren Voraussetzungen Produktion auf großer Stufenleiter gehört. Die in jeder neuen Generation virulente Meinung, daß der Kapitalismus erst zu ihrer Lebenszeit so richtig loslege, ist trügerisch. Heute heißt die affirmative Phrase dazu „Modernisierung" und „Modernisierungsprozeß". Tatsächlich hat der Kapitalismus, seit er in der Welt ist, nicht aufgehört, sich zu modernisieren, wobei die Weltkriege spezielle Höhepunkte solcher Modernisierung markieren (Tanks und Flugapparate im ersten, Atomkraft und Computer im zweiten Weltkrieg). Und von der Seite der akkumulativen Potenzen gefaßt, sei daran erinnert, daß schon Lenin in seiner Imperialismus-Schrift davon gesprochen hat, daß England auf dem Weg sei, sich zur Rentnernation zu entwickeln.

Ohne Theorie des Realsozialismus wird der Verzauberung des Kapitalismus nicht Einhalt zu gebieten sein. Der Meinung, daß der Realsozialismus in mancher Hinsicht gegenüber den Eigentumsverhältnissen im Westen eine höhere, dem Kommunismus näher stehende Form des Eigentums verkörpert habe, kann man nur zustimmen. Und ebenso kann man gar nicht nachdrücklich genug betonen, daß das Urteil der Geschichte kein Gottesurteil ist, wie es ein deterministisches Geschichtsverständnis möchte, das Handlungsfreiheit und letztlich auch Verantwortlichkeit der geschichtlich agierenden Subjekte negiert. Es hat nicht kommen müssen, wie es gekommen ist. Und das gilt bis zum schmählichen Ende des Realsozialismus. Die Sowjetunion war keine durch Aushungerung zur Übergabe reife Festung. Unausweichlich war nur die Preisgabe einer Militärdoktrin, die sich darauf versteift hatte, rüstungspolitisch und militärstrategisch mit den USA gleichzuziehen. Großmannssucht kommt vor den Fall, indem sie sich in kopflose Panik verkehrt. Nach diesem Schema hat sich der Zerfall des europäischen Realsozialismus vollzogen.

Apologie und abstrakte Negation sind gleichermaßen einer realistischen Einschätzung des Realsozialismus abträglich. In verallgemeinertem Gebrauch gibt sich der Begriff selbst als ein Notbehelf zu erkennen, weil offen bleibt, worauf er sich bezieht: auf die Periode insgesamt, die mit der Oktoberrevolution begann, oder nur auf deren letzte Phase, der durch die Liquidation der Sowjetunion und der KPdSU der Schlußpunkt gesetzt wurde. Es gibt keinen alternativen oder konkurrierenden Allgemeinbegriff dafür. Staatssozialismus und Staatskapitalismus sind als Begriffe mit einem weiteren Bedeutungshorizont zu unspezifisch. Wenn man der Geschichte eine Nase drehen will mit einem „Ätsch, es war ja gar nicht so gemeint", dann spricht man wie in der PDS von einem Sozialismus-Versuch. Stalinismus ist als deskriptiver Begriff zu weit und als theoretischer zu unscharf. Am ehesten dürfte man es treffen, wenn man sich einmal auf das fragwürdige Geschäft von Definitionen einlassen will, Stalinismus als das Gesamtensemble von Herrschaftstechniken bei der Errichtung und Ausübung der persönlichen Diktatur Stalins zu definieren, von denen einige seine Herrschaft überdauert haben und bis zum bitteren Ende nicht oder nur halbherzig liquidiert wurden. So war die Machtkonzentration beim letzten Generalsekretär, um einsame Entscheidungen und Willkürentscheidungen zu treffen, nicht geringer als bei Stalin.

Im globalen Gesamtzusammenhang war der Zusammenbruch des Realsozialismus gleichbedeutend mit der Beseitigung der mächtigsten Schranke für die Kapitalexpansion, die ihr in diesem Jahrhundert und überhaupt erstanden war. Das hat trotz Überakkumulationskrise den Schein von Lebenskraft und Unüberwindlichkeit des Kapitalismus verstärkt mit fatalen Folgen für alle sozialrevolutionären Bewegungen. Zu diesen Folgen gehört auch die Rückverwandlung des Kommunismus in Utopie in den dominierenden linken „Diskursen". Statt eine neue Dynamik der Klasssenbewegung freizusetzen, schossen reformistische Illusionen ins Kraut wie niemals zuvor.

Skepsis ist angebracht, ob sich der Kommunismus aus dem unter dem Kapitalismus erreichten Vergesellschaftungsgrad umstandslos deduzieren läßt. Mit der Zentralisation des Kapitals wachsen die Unternehmensgrößen, was aber nur in einem vermittelten oder gar keinem Zusammenhang zu den Betriebsgrößen steht. Mit der sich noch immer beschleunigenden Mobilität des Kapitals hat sich der Zusammenhang zwischen produktiver Investition und Anlagebindung gelockert. Weltgesellschaftliche Vergesellschaftung der Arbeit setzte voraus, daß einige wenige Großkonzerne sich zu einem Weltkartell zusammenschließen, das die Weltproduktion konzentriert und beherrscht. Damit hörte das Kapital allerdings auf, als Kapital zu fungieren und würde sich in ein reines Herrschaftsverhältnis zur Abpressung von Mehrwert und Mehrproduktaneignung umbilden. Wenn Marx davon spricht, daß schon das Kapital das Geschäft der Vergesellschaftung besorgt, so ist hier an Potenzen zu denken, die, um entbunden zu werden, die Aufhebung des Kapitalverhältnisses nötig haben. Und nicht an einen Automatismus, als würde sich das Kapitalverhältnis von selbst auflösen.

Aktuell haben wir es damit zu tun, daß ein in seinen akkumulativen Potenzen geschwächtes Kapital den Profitratenfall durch gesteigerte Ausbeutung zu kompensieren und überzukompensieren sucht. Und das nicht ohne

Erfolg. Der Steigerung von Masse und Rate des Mehrwerts dienen Auslagerungen von Produktion in Billiglohnländer und -regionen. Und ebenso Verkleinerung von Betriebsgrößen durch Auslagerung von Produktion in die Vorproduktion bei gleichzeitiger Unternehmensexpansion.

Daß im Kapitalverhältnis Produktion als Selbst- und Endzweck gesetzt ist, hat ebenfalls nicht den ihm häufig unterstellten einseitig affirmativen Sinn. Unmißverständlich und dem dialektischen Charakter des Sachverhalts Rechnung tragend äußert sich Marx in „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses" (Frankfurt 1969, 63) zur „Produktion um der Produktion willen" so: „Es ist Produktion, die sich nicht an vorausbestimmende und vorausbestimmte Schranke der Bedürfnisse bindet... Dies ist die eine Seite, im Unterschied von früherer Produktionsweise; if you like, die positive Seite. Andrerseits die negative, oder der gegensätzliche Charakter: Produktion im Gegensatz zu, und unbekümmert um, den Produzenten. Der wirkliche Produzent als blosses Produktionsmittel, der sachliche Reichtum als Selbstzweck. Und die Entwicklung dieses sachlichen Reichtums daher im Gegensatz zu dem, und auf Kosten des, menschlichen Individuums." Inzwischen dürfen wir getrost hinzufügen: auf Kosten der, und im Gegensatz zu den, unhintergehbaren natürlichen Reproduktionsgrundlagen der Gattung. Wenn etwas die Vermutung gerechtfertigt erscheinen läßt, daß die Produktivkräfte seit langem den Produktionsverhältnissen entwachsen sind, dann ist es dies; oder daß Umwelt- und Naturzerstörung inzwischen zu Voraussetzungen einer der wenigen nicht fiktiven Wachstumsbranchen geworden ist und also für die Kontinuität von Kapitalverwertung.

Welche Rolle kommt der Arbeitszeitrechnung zu bei genossenschaftlicher Produktion assoziierter Produzenten? Da der Kommunismus keine oder noch keine Realität hat, geht es hier vor allem um einen etwas unheimlichen dogmengeschichtlichen Streit um die richtige Marx-Ausdeutung. Daß der Realsozialismus die Marxsche Unterscheidung einer niederen von einer höheren Phase des Kommunismus seinen Bedürfnissen entsprechend uminterpretiert hat, hat weder das Problem der Übergangsperiode erledigt - also einer Gesellschaft, die nicht mehr kapitalistisch, aber auch noch nicht kommunistisch und zwar auch nicht im Sinne jener niederen Phase -, noch die Schwierigkeiten der Textinterpretation oder was nun tatsächlich unter dem Tausch von Arbeitszeitäquivalenten zu denken sei. Eine Frage, die sich von selbst erledigen, also gegenstandslos würde im Fall unmittelbaren Übergangs zu jener höheren Phase des Kommunismus.

Die Schwierigkeiten mit dem Problem eines Austauschs von Arbeitszeitquanten werden ja nicht dadurch geringer, daß das Arbeitsergebnis nach der Voraussetzung von Marx auf den gesellschaftlichen Gesamtfonds bezogen ist, als dessen aliquoter Teil, der individuell abgegoltene Anteil daran aber nur auf den Konsumtionsfonds. Gesamtfonds und Konsumtionsfonds sind unterschiedliche Bezugsgrößen, so daß alles von ihrer richtigen Proportionierung abhängt, wenn gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse gleichermaßen bei gegebenem Produktionsstandard befriedigt werden sollen. Daß Marx sich um die Praktikabilität einer Rechnung mit Arbeitszeitquanten wenig Gedanken gemacht hat, davon kann man sich durch einen Vergleich der beiden berühmten Textstellen im Kapitel über den „Fetischcharakter" in „Kapital I" und in der Gothaer Programm-Kritik überzeugen. Ist die Formulierung in der Programm-Kritik nicht gänzlich gegen das Mißverständnis gefeit, als ginge es Marx hauptsächlich um die Zurechnung individueller Arbeitsanteile zum Konsumtionsfonds, so hebt die angezogene Passage des „Kapital" den hypothetischen Charakter eines Vergleichs mit der Warenproduktion hervor und drückt sich unter diesem Vorbehalt unmißverständlicher oder genauer aus: „Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiednen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andrerseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts."

Ob gesellschaftlich verausgabte Arbeitszeitquanten, d.h. für den gesellschaftlichen Gesamtfonds, wovon der Konsumtionsfonds ein Teil, überhaupt individuell zurechenbar abgegolten werden können, sei dahingestellt. Wichtig ist, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die richtige Proportionierung in der Verteilung der Ressourcen für Marx der übergeordnete Aspekt ist. Die Schwäche des Realsozialismus war nicht irgendwelchen Zurechenbarkeitsproblemen geschuldet, den Experimenten mit einer fiktiven Wertrechnung und dergleichen, sondern daß es zu keiner Zeit gelang, die Ressourcen proportional zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu verteilen. Das hatte in der Systemkonkurrenz und davon ausgehenden wirklichen oder vermeintlichen Erfordernissen in Verbindung mit Ressortborniertheiten seinen Grund. Daß der Arbeitszeitrechnung eine Schlüsselrolle im Kommunismus zukäme, läßt sich aus Marx nicht ohne Gewaltsamkeit herauslesen. Das „Was" der Produktion, der Gebrauchswert, sobald er nicht mehr dem Verwertungszweck nachgeordnet ist; der planvoll verantwortliche Umgang mit den stofflichen Ressourcen, um die Erde kommenden Generationen verbessert zu hinterlassen; und die Vermehrung disponibler Zeit sind für den Marxschen Kommunismus gleichwertige und einander zugeordnete Produktionsziele.

Klaus Hermann, 1990 - 98

Wolf Göhring

Mittels Informations- und Kommunikationstechnik die Warenproduktion dialektisch aufheben?

Wir brauchen keine neue Herren,
wir brauchen keine Herren.
Bert Brecht

Gliederung:

VORBEMERKUNG
VOM RÄDERWERK ZUM NETZWERK
BETRACHTUNGEN ÜBER EINER TASSE KAFFEE
EIGENHEITEN DER WARENPRODUKTION
ERSTE SCHRITTE ZUR AUFHEBUNG DER WARENPRODUKTION
ZUR ÖKONOMIE DER WEITEREN ENTWICKLUNG
ZUR DIALEKTIK DER WEITEREN ENTWICKLUNG
EIN SZENARIO
LITERATUR

Vorbemerkung

An der Frage im Titel wäre dreierlei zu klären:

Was heißt „dialektisch aufheben"?
Was wäre eine dialektisch aufgehobene Warenproduktion?
Und wieso könnte die Informations- und Kommunikationstechnik dies leisten?

Eine erschöpfende Antwort wird mir nicht möglich sein, auch wenn ich die Titelfrage mit Ja beantworte und die angerissene Entwicklung begrüße.[1] Zum politischen Übergang von einer Gesellschaft *mit* zu einer *ohne* Warenproduktion äußere ich mich ebensowenig wie zu den damit verbundenen sozialen Fragen und Widerständen. Ich werde aber kurz sagen, in welcher Gesellschaft wir uns wiederfinden werden, und mich dabei an Marx anlehnen. Ich werde mich nicht nur im ideologischen Überbau bewegen, sondern auch an die Produktion heranwagen.

Vom Räderwerk zum Netzwerk

Irgend jemand im Internet „beschreibt den Strukturwandel der kommenden Jahrzehnte, der alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft umgestalten wird, als gemeinsame Wirkung von drei Faktoren: Diese umfassen den Wandel des grundlegenden Weltbildes 'vom Räderwerk zum Netzwerk', den Globalisierungsprozeß und das durch das Informations- und Kommuni-kationszeitalter beförderte Wachstum ins Kleine."[2] Ähnliches hört man in der Branche immer häufiger.

Nimmt man diese Ansicht ernst, dann kommt einiges auf uns zu. Um es einschätzen zu können, zitiere ich ein Wort aus längst vergangenen Tagen:

„Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse." Der Autor dürfte bekannt sein. Neben seine abstrakten Worte hat er noch ein Bild gehängt: „Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten." [3]

Ich greife das Bild mit der Mühle auf und frage: Welcher Art Mühle könnte eine Gesellschaft ohne Feudalherren und ohne industrielle Kapitalisten ergeben? Die Dampfmaschine wurde durch Otto-, Diesel- und Elektromotoren sowie durch Turbinen ersetzt. Doch trotz Austauschmotor hat die Gesellschaft ihre industriellen Kapitalisten behalten. Statt Roggen, dessen Saatgut der Bauer noch selbst pflegte, wird heute Genmais zermahlen, aber die industriellen Kapitalisten sind nicht entschwunden. Die hölzernen Aufbauten in der Mühle wurden durch Stahl, NE-Metall und Kunststoff

1 Ich bin weder ausgebildeter Philosoph noch Ökonom, sondern Mathematiker, der 1960 sein erstes miserables Programm geschrieben hat und seitdem noch öfter als „Bitsteller" aufgetreten ist. 1964 Diplomarbeit über ein Thema der künstlichen Intelligenz KI. Danach habe ich bis in die frühen 70er Jahre an PC-artigen, menü- und dialoggesteuerten Maschinen, an vernetzbaren sowie an Client-Server-artigen Systemen bis hin zu einem landesweiten Rechnerverbundsystem herumentwickelt oder herumkonzipiert. („Die EDV, bislang für unsere Mitbürger von Elektronengehirnen betrieben, kann ihre technokratische Mystifikation verlieren und demokratisch beherrschbar werden, indem möglichst viele Arbeitnehmer den qualifizierten und transparenten Umgang mit ihr erleben und gestalten, wie es die MDT bei geeignetem Einsatz gestattet." W. Göhring, Anwendbarkeit der MDT, im Vortragsband zu: Mittlere Datentechnik, Stand und Entwicklungstendenzen, GMD, St. Augustin, Dez. 1974) Anschließend pflegte ich ein 15 Jahre währendes „Karriereloch" als meist freigestelltes Betriebsratsmitglied mit besonderem Hang zum Arbeitnehmerdatenschutz. Nun bin ich wieder in dieser unheiligen Allianz von Mathematiker und Systematiker tätig. Der Beitrag resümiert diese 35-jährige Wanderung zwischen Menschen, Dingen, Plänen, Illusionen und Irrtümern.

2 Itzehoer Standortkonferenz Die Zukunft ist anders – Neue Maßstäbe der Standortqualität, Kurzfassungen der Referate: <http://www.izet.de/IZET/pr281098a.htm> am 20.11.1999

3 Karl Marx, Das Elend der Philosophie. MEW (Marx-Engels Werke, Berlin) Bd. 4, S. 130

ersetzt, ohne daß sich die Kapitalisten aufgelöst hätten.

Was könnte es sein, womit wir die Art, unsern Lebensunterhalt zu gewinnen, womit wir alle unsere gesellschaftlichen Verhältnisse verändern würden? Ich antworte mit einer neuen Sache, die praktisch noch garnicht falsifiziert werden konnte, weil sie erst im Kommen ist. Sie ist aber ohne diese jüngeren Änderungen der Produktivkräfte, nämlich die neuen Antriebe und Werkstoffe, undenkbar: Die vernetzte Mühle, sie ergibt eine Gesellschaft mit Sozialisten.

Betrachtungen über einer Tasse Kaffee Ehe ich den Blick in eine Welt vernetzter Mühlen freigebe, stelle ich einige Betrachtungen über eine(r) Tasse Kaffee an. Wie kommen wir zu unserm Frühstückskaffee? Ganz einfach: Wasser in die Kanne zapfen, in die Maschine schütten, etwas gemahlenen Kaffee aus der Tüte in den Filter, Filter auf die Kanne, Maschine einschalten, kurz warten, fertig. Wie kommen wir zur Tasse Kaffee, wenn die Kaffeetüte leer ist? Ganz einfach, im Supermarkt eine neue kaufen. Oder wenn die Kanne zu Boden gegangen und zerschellt ist? Ganz einfach, in der Elektroabteilung eine neue kaufen. Oder wenn kein Wasser läuft, weil ein Rohr geborsten ist? Ganz einfach, zwei Stunden abwarten, bis das Rohr repariert ist, oder im Büro den Kaffee trinken, oder zwei Straßen weiter in einer Kneipe einen Kaffee bestellen.

Im Supermarkt fehlt Kaffee nie. Wie kommt der dorthin? Dort sieht man manchmal LKWs, von denen Paletten abgeladen werden, da wird auch der Kaffee dabeisein. Wo die Paletten herkommen? Da gibt es ein zentrales Großlager mit allem möglichen, da lagert auch Kaffe. Der Grossist bezieht ihn von der Rösterei. An der Küste gibt es viele, wegen der Häfen. Der Kaffee kommt mit dem Schiff, aus Übersee, aus Brasilien, aus Mittelamerika. Irgendwie arbeiten dort Campesinos auf den Haziendas. Sechsmal sortieren die Familien der Campesinos die frischen Kaffeebohnen, bevor sie getrocknet und „die guten ins Säckchen" für die Westeuropäer gefüllt werden. Wo kommen die Säcke her? Jute aus Indien? Wie werden die vollen Säcke eingeladen? Auf den Schultern der Einheimischen? Wie werden die vollen Säcke ausgeladen? Mit den Kränen der andern Einheimischen? Wo kommen die Kräne her? Der Stahl der Kräne, der Schiffe und dieses Bandes, das sich um die Kanne schlingt und den Griff hält? Das Erz für den Stahl? Siegerland? Lothringen? Kiruna? Minas Gerais? Kenia?

Im Supermarkt gibt es Kaffee für 6,40 DM im Sonderangebot. An der Kasse wird mit dem Markierungsleser eine Nummer an der Tüte gelesen. Ein kleiner Computer in der Kasse fragt einen großen Computer im Supermarkt, was das kosten soll und druckt es auf den Quittungszettel. 10 Mark hin. „Dreimarksechzig zurück", sagt der Computer. Der große Computer verbucht den Abgang einer Tüte und merkt, daß nur noch höchstens zehn im Regal stehen, also nachfüllen aus dem Lager, und weil im Lager auch so wenig, nachbestellen beim Großhändler — elektronisch. „Natürlich," möchte man sagen. Von des Großhändlers Computer geht irgendwann eine Email an die Kaffeerösterei. Dort werden Marktanteile untersucht und Aufkäufer in Gang gesetzt. Die erschauen in ihren Bildschirmen, daß sie bei den Warentermingeschäften nicht draufzahlen. Und irgendwo ist ein Kaffeeproduzent froh, daß er sein Zeugs losgeworden ist. Es werden Kontrakte geschlossen: soundsoviel Kaffee geht von A nach B, ohne den Kaffee einen Meter bewegen zu müssen. Soundsoviel Geld von B nach A, ohne einen Pfennig bewegen zu müssen. Es genügt die Computerbuchung. Aber irgendwo wird auch transportiert, nicht nur virtuell und mit Mausklick. Die Kaffeetüte kommt zum Kaffee, worin er frisch gemahlen aromasicher vakuumverpackt wird. Die 640 Pfennige für die volle Kaffeetüte werden virtuell über den Globus verstreut, um sich als Cents, Centavos oder allerlei anderes Geld wieder zu materialisieren. Genau besehen: Aus einer dampfenden Tasse Kaffee zieht eine ganze Welt herauf.

Muß man das so genau sehen und wissen? Es läuft doch gut, auch wenn man es nicht genau weiß: Man geht zum Supermarkt und kauft sich dort seinen Kaffee. Basta. Und wenn mal kein Kaffee da sein sollte, kauft man woanders oder beschwert sich. Vernetzte Mühle? Brauchen wir diese? Was wir brauchen, ist mehr Geld und billigeren Kaffee. Wieso ist der Kaffee trotz Sonderangebot noch so teuer?!

Eigenheiten der Warenproduktion Statt über Kaffee hätte man auch über Schuhe, Kerzenständer oder Zahnpasta sprechen können. Oder über Bohrmaschinen, Gabelstapler, Kinderwagen. Was macht diese Gebrauchsgegenstände käuflich, zu Waren?

Gebrauchsgegenstände wie Kaffee oder Kinderwagen werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.[4] Ich habe mit dem Campesino nichts zu schaffen, auch wenn ich mir seine Arbeit mit einer Tasse Kaffee einverleibe. Alle Waren sind Nicht-Gebrauchswerte für ihre Erst-Besitzer, Gebrauchswerte für ihre Nicht-Besitzer. Der Campesino kann garnicht soviel Kaffee trinken, wie er erntet. Die Waren müssen allseitig die Hände wechseln. Dieser Händewechsel bildet ihren Austausch, wo sie als Werte aufeinander bezogen und als Werte realisiert werden.[5] Was ist es mir wert, was gebe ich dafür, was tue ich dafür, Kaffee trinken zu können? Mit Bezug auf den Wert gilt die hineingesteckte Arbeit nur quantitativ, nachdem sie bereits auf menschliche Arbeit ohne weitere Qualität reduziert ist. Mit 17 Arbeitsstunden ist ein Auto montiert; das ist zusammen mit dem Verbrauch anderer Werte ein Eckpunkt seines Werts, den es schnell verliert, wenn es andere in 16

4 Karl Marx, Das Kapital, Band I. MEW 23, S. 87

5 aaO., MEW 23, S. 100

Stunden montieren oder wenn es nicht gebraucht wird. Mit Bezug auf den Gebrauchswert gilt die in der Ware, im Kaffee, enthaltene Arbeit nur qualitativ. Beim Gebrauchswert handelt es sich um das Wie und Was der Arbeit, beim Wert um ihr Wieviel, ihre Zeitdauer.[6] Die Waren müssen sich als Werte realisieren, bevor sie sich als Gebrauchswerte realisieren können. Andrerseits müssen sie sich als Gebrauchswerte bewähren, bevor sie sich als Werte realisieren können. Was nichts taugt, wird, wenn es sich herumgesprochen hat, nicht mehr gekauft. Die auf einen Gebrauchswert verausgabte menschliche Arbeit zählt nur, soweit sie in einer für andre nützlichen Form verausgabt ist. Ob sie andren nützlich, ihr Produkt daher fremde Bedürfnisse befriedigt, kann aber nur ihr Austausch beweisen.[7]

Die Teilung der Arbeit in unabhängige Privatarbeiten oder besser: die bloße Anhäufung unabhängiger Privatarbeiten verwandelt die Arbeitsprodukte in Waren und macht dadurch ihre Verwandlung in Geld notwendig.[8] In dem Maße, in dem die Arbeitsprodukte zu Waren werden, werden die Waren zu Geld.[9] — Der Campesino hat nichts zu verschenken. — Die Warenwelt findet mit dem Geld ihre fertige Form. Die Geldform verschleiert aber in einer sachlichen Weise den gesellschaftlichen Charakter der Privatarbeiten und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter, statt sie zu offenbaren.[10] Wer im Supermarkt Kaffee einkauft, muß nichts vom Job des Campesinos wissen. Geld genügt.

Die Warenform der Arbeitsprodukte stellt sich in ihrem Wertverhältnis dar. Dieses hat mit der physischen Natur der Produkte und den daraus entspringenden dinglichen Beziehungen der Produktion absolut nichts zu schaffen. Die Produkte der menschlichen Hand scheinen mit eignem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gebilde, die in Barbie und Tamasgotchis ihren skurrilen und absurden Ausdruck finden. Das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen nimmt die Form eines Verhältnisses von Dingen an: Ich und mein neuer Fernseher, für den ich mein gutes Geld gegeben habe. Marx nennt dies den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.[11]

Der Preis einer Ware kann von ihrem Wert abweichen. Dies liegt in der Preisform und macht sie zur angemessenen Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.[12] Erst in vollständig entwickelter Warenproduktion wird einsichtig, daß die *unabhängig voneinander betriebenen, aber* als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit *allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten* fortwährend auf ihr gesellschaftlich notwendiges Maß reduziert werden, weil in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen der Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit von den Austauschenden gewaltsam wie ein Naturgesetz durchgesetzt wird.[13]

Nach diesem Kurzausflug zu Marx eine seiner Fußnoten: „Danach beurteile man die Pfiffigkeit des kleinbürgerlichen Sozialismus, der die Warenproduktion verewigen und zugleich den 'Gegensatz von Geld und Ware', also das Geld selbst, denn es ist nur in diesem Gegensatze, abschaffen will. Ebensogut könnte man den Papst abschaffen und den Katholizismus bestehen lassen." [14]

Erste Schritte zur Aufhebung der Warenproduktion

Die Warenproduktion wird nicht durch Dekret aufgehoben,[15] sondern es muß Mittel und Wege geben, mit denen man Mängel in der Produktion der Waren und Kraftakte bei ihrem Austausch vermeiden kann, ohne sich neue und gröbere Mängel und Kraftakte einzuhandeln. Waren sind Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten. Die zur Produktion der Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und die Nützlichkeit der Waren spricht sich zwar herum, doch erst im Austausch zeigt sich, ob und wieweit die einzelne Ware einen Nutzen hat, ob sie die eingesetzte Arbeitszeit wert ist. „Nur vermittels der Entwertung oder Überwertung der Produkte werden die Produzenten mit der Nase darauf gestoßen, was und wieviel davon die Gesellschaft braucht oder nicht braucht." [16] Diese Einsicht könnte früher kommen, würde man vorher untereinander klären und verabreden, was wie und wozu zu produzieren sei. Doch, dies ist ziemlich zeitaufwendig und wird nur in dem Maß geleistet, wie sich ein Nutzen erwarten läßt, wie sich ein Vorteil gegenüber unverbundener privater, das heißt nicht abgesprochener Arbeit einstellt. Die Verabredungszeit muß der Arbeitszeit in der Produktion hinzugeschlagen werden. In dem Maß, in dem diese Gesamtarbeitszeit geringer wird als diejenige bei isolierter Arbeit, und in dem Maß, in dem die Verabredungen zumindest zu gleichnützlichen Produkten führen, werden solche Verabredungen in der Produktion getroffen.

6 aaO., MEW 23, S. 60
7 aaO., MEW 23, S. 100, 101
8 aaO., MEW 23, S. 122
9 aaO., MEW 23, S. 102
10 aaO., MEW 23 S. 90
11 aaO., MEW 23, S. 86, 87
12 aaO., MEW 23, S. 117
13 aaO., MEW 23, S. 89
14 aaO., MEW 23 Fußnote S. 102
15 Karl Marx, Das Elend der Philosophie. MEW 4, S. 159
16 Friedrich Engels, Vorwort zu Karl Marx: Das Elend der Philosophie. MEW 4, S. 566

Im Prinzip wird diese Entwicklung sogar mit staatlichen Mitteln gefördert. Eine „Leitaktion" der Europäischen Union, die sich auf neue, computergestützte Arbeitsverfahren und elektronischen Geschäftsverkehr bezieht, „zielt darauf ab, ein effizienteres Funktionieren der Unternehmen zu ermöglichen und zu einer höheren Effizienz des Handels mit Gütern und Dienstleistungen beizutragen." [17]

Ebenso in diesem Sinne: „Telekooperation eröffnet Möglichkeiten einer stärkeren internationalen und zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit (...). Damit ist die auf den Kunden gerichtete, maßgeschneiderte, industrielle Produktion möglich, wie sie früher nur das Handwerk zu leisten vermochte." [18] Der Kunde soll — scheinbar — endlich König werden. Beim „Customer relationship management" geht es „um einen konsistenten Satz an Anwendungssoftware, um Vorgänge zwischen Kunden und Unternehmen, aber auch mit andern Geschäftspartnern wie Maklern, Händlern, Dienstleistern und Zulieferern zu unterstützen." [19]

Noch deutlicher äußert sich ein Wirtschaftsfachmann vom MIT: „Innerhalb von drei Jahren machte diese lose informelle Gruppe, ganz ohne Manager arbeitend und hauptsächlich übers Internet verbunden aus Linux eine der besten UNIX-Fassungen. Man stelle sich vor, wie ein solches Softwareentwicklungsprojekt in einem Unternehmen wie IBM oder Microsoft organisiert worden wäre. (...) Die Linux-Gemeinde (...) ist ein Modell einer neuen Arbeits- und Geschäftsorganisation, die zu einer neuen Art des Wirtschaftens führen könnte. (...) Diese elektronisch verbundenen 'freelancers' — e-lancers — treffen sich in veränderlichen und vorübergehenden Netzen, um Güter und Dienstleistungen herzustellen, anzubieten und zu verkaufen. (...) Es ist nicht undenkbar, daß dies für die Arbeit im 21. Jahrhundert so bestimmend sein wird, wie es die Industrieorganisation im 20. Jahrhundert war. Geschieht dies, so haben sich Arbeit und Gesellschaft für immer verändert. (...) Die Koordinationstechniken der Industrieära — Bahn und Telegraf, Auto und Telefon, der Mainframe-Computer — machten interne Transaktionen nicht nur möglich, sondern auch fortschrittlich. (...) Es war wirtschaftlich, direkt viele verschiedene Funktionen und Tätigkeiten zu steuern und Legionen von Verwaltern und Aufpassern einzustellen, um das alles zu managen. Big was good. Aber mit der Einführung von leistungsfähigen PCs und von Breitbandnetzen — den Koordinationstechniken des 21. Jahrhunderts — *ändert sich die ökonomische Gleichung* (kursiv von W. G.). Weil viele Leute an vielen Orten die gleiche Information billig nutzen können, sinkt der Wert zentralisierter Entscheidungen und aufwendiger Bürokratien. Die Individuen können sich selbst managen, sie koordinieren ihre Tätigkeiten auf elektronischem Wege mit denen anderer und im übrigen unabhängiger Teilnehmer. Small becomes good." [20]

Man muß sich nicht in technische Einzelheiten verlieren. Die Informations- und Kommunikationstechnik macht es einfacher, Verabredungen in großem Stil zu organisieren, und zwar zwischen Kunden und Unternehmen, zwischen verschiedenen Unternehmen und im einzelnen Unternehmen selbst. „Es entstehen neue Formen kooperativen Handelns in sozioökonomischen und politischen Netzen." [21]

Diese Entwicklungen bedeuten noch nicht die Aufhebung der Warenproduktion. Die Produktion auf Bestellung ist noch keine Produktion nach Verabredung. Die Aufhebung der Warenproduktion wird aber nach und nach als „natürlich" und naheliegend erscheinen können. Es wird experimentiert werden. Es werden mehr oder minder ausgedehnte Produktionsbeziehungen „am Rande der Warenproduktion" erprobt werden. Einerseits werden die Beteiligten untereinander und füreinander verabredet produzieren, andererseits sind sie auf Vor- und Endprodukte und -leistungen aus der noch fest etablierten Warenproduktion angewiesen. In diesen Experimenten wird man planvoll Dinge für einen *durch* und *für* die Beteiligten bestimmten Gebrauch hervorbringen wollen. Am Ende wird man sich aber auch noch auf die Werte der fertigen Produkte beziehen müssen. Es werden Regeln für einen gerechten Nießbrauch an einem gemeinsam geschaffenen Ergebnis zu finden sein.

Zur Ökonomie der weiteren Entwicklung

Die heutige Entwicklung dürfte mit dem weltweiten Bankennetz SWIFT um 1972 begonnen haben. SWIFT ermöglichte es damals den Banken, den Rhythmus im internationalen Zahlungsverkehr, der heute bei einer halben Stunde liegt, auf unter einen Tag zu verkürzen. Kurz darnach wurde das Abkommen von Bretton Woods zur Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs aufgegeben. Die

17 5. Rahmenprogramm der europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002), S. 40

18 Frank Fuchs-Kittowski et al.: Einsatz von Telekooperationssystemen in großen Unternehmen, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Peter Mambrey et al. (Hg.): Rechnergestützte Kooperation in Verwaltungen und großen Unternehmen, Tagungsband zum Workshop der GI-Fachgruppe CSCW in Organisationen. Universität-GHS, Essen 1997, 50—63, S. 62

19 Hasso Plattner: Customer Relationship Management. In: A.-W. Scheer, Markus Nüttgens (Hg.): Electronic business engineering / 4. Internationale Tagung Wirtschaftsinformatik (WI '99, Saarbrücken), Physica-Verlag Heidelberg 1999, S. 4 (Hier übersetzt von W. G.)

20 Thomas W. Malone, Robert J. Laubacher: The Dawn of the E-Lance Economy. In: A.-W. Scheer, aaO., S. 14, 15, 17 (Hier übersetzt von W. G.)

21 Peter Buxmann et al.: Vernetzung als Wettbewerbsfaktor am Beispiel der Region Rhein-Main. In: Matthias Jarke (Hg.): Informatik '97: Informatik als Innovationsmotor, S. 195

Kontrolle hätte das Kapital an der technisch ermöglichten schnelleren Zirkulation gehindert. Dieser Trend, die Zirkulation zu beschleunigen oder das in der Zirkulation gebundene Kapital zu vermindern (und dadurch die Profitrate zu steigern), wurde in den folgenden Jahren mit Hilfe der Datenverarbeitung erheblich verstärkt. Beispielsweise bindet ein großes Lager Kapital und birgt die Gefahr, daß Lagerbestände unbrauchbar und das in ihnen vergegenständlichte Kapital entwertet werden. Bei hohen Lagerbeständen sind Produktion und Verbrauch nicht aufeinander abgestimmt. Mit einer Produktion just-in-time und just-in-line, wo die Zulieferer technisch und organisatorisch aufs engste mit der zentralen Endfertigung verbunden sind, vermeidet man solche Probleme. Stichworte dieser Entwicklung sind u. a.: Vermeidung von Informations- und Medienbrüchen, einheitliche Datenaustauschformate, integrierte Datenverarbeitung, Standardanwenderprogramme, Geschäftsprozeßmodelle, Workflow-Management, Computer Supported Cooperative Work. Es werden mittlerweile auch winzige Losgrößen, teilweise sogar schon die Einzelfertigung wirtschaftlich; für den individuellen Konsum wird quasi just-in-time und just-in-line produziert.

Ein weiterer Entwicklungsschritt ist der Handel im Internet. „Wer die neuen Informations- und Telekommunikationstechnologien nicht nutzt und zielgerichtet einsetzt, wird zukünftig nicht mehr wettbewerbsfähig sein." [22] „Jedes große Unternehmen muß eine Internet-Economy planen, sonst geht es unter." [23] „... das Wirtschaftspotential wird für so wichtig gehalten, daß die US-Regierung die Förderung des 'Electronic Commerce' zu einem ihrer strategischen Ziele gemacht hat." [24] 1999 werden im elektronischen Handel in den USA voraussichtlich mehr als 45 Milliarden Dollar umgesetzt, die Zuwachsraten sind enorm. Der Computerlieferant Dell fertigt auf die individuelle, im Internet aufgegebene Bestellung hin die einzelnen Systeme, installiert die Software, testet das Produkt und liefert es aus — weltweit. Entsprechend straff angebunden ist die Produktion von Prozessorplatinen, Bildschirmen, Plattenlaufwerken, Druckern, Chassis usw. Übers Internet macht Dell täglich Millionenumsätze. Dell gehört einer wachsenden Schar von Unternehmen an, die vor allem oder sogar nur über das Internet verkaufen. Gleichgültig, wo sie residieren, sie können weltweit operieren: Bestellungen aus einem elektronischen Katalog entgegennehmen, die Sendung zusammenstellen und an den Kunden zustellen. Je nach Kunde, je nach Land erfolgt die Zahlung per Nachnahme, Überweisung, Lastschrifteinzug, Scheck oder Kreditkartennummer. Für Zu-sammenstellung und Zustellung der Sendung steht eine ausgefeilte, computergestützte Logistik samt „free"lancers bereit. Der Buchhandel beispielsweise liefert Internetbestellungen über Nacht ins Haus, die Rechnung läuft über einen Buchhändler. Eine Internet-Verkaufsfirma ist eigentlich nur ein Makler, eine Agentur, die einen Katalog der lieferbaren Produkte zusammenstellen, eine kurze Verbindung zu den Herstellern der angebotenen Waren und eine Logistik vorweisen muß. Damit kann die Zeit, die ein Produkt von der Werkbank bis zum privaten oder kommerziellen Verbraucher unterwegs ist, enorm verkürzt werden.

Der Internethandel macht die Preise der verschiedenen Händler und Hersteller auf der ganzen Welt in Sekundenschnelle vergleichbar. Außenseiter, die billiger als andere produzieren oder anbieten, werden in kurzer Zeit von den Suchmaschinen für Billigangebote im Internet erfaßt und den Schnäppchensuchern präsentiert. Die Kataloge können computergestützt aus der betrieblichen Produktdokumentation abgeleitet werden — mit mehr oder weniger ausführlicher technischer Beschreibung des Produkts. Das Wie und Was der Produktion rückt weiter ins Blickfeld.

Dieser Trend wird solange anhalten, solange die Zirkulationszyklen verkürzt, durch ein Mehr an Produktinformation Marktanteile gewonnen und durch Serviceinformation Kunden gehalten werden können — und bis jeder am Internet hängt. „Weil gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern die Versorgung mit Telefonen weit unter dem Standard der Industrieländer liegt, ist mit solch milliardenschweren Investitionen (Satellitentelefonie, W. G.) dennoch ein Geschäft zu machen." [25]

Zur Dialektik der weiteren Entwicklung

„Zum anderen führt die durch Vernetzung bewirkte Verkürzung der Innovationszyklen zu einer Verschärfung des Wettbewerbes. Es entsteht ein sich selbst verstärkender Prozeß, da der so verschärfte Wettbewerb wiederum eine Tendenz zu stärkerer Vernetzung auslöst: Die Wettbewerber suchen einen zeitlichen Vorsprung gegenüber den sich auch vernetzenden Konkurrenten (...) zu erzielen." [26]

Der hierin ausgedrückte Widerspruch geht noch viel tiefer: Die Unabhängigkeit der unabhängig betriebnen Privatarbeiten soll durch Information und Kommunikation zurückgedrängt werden, ohne die Privatheit aufzuheben. Die Privatheit und die mit ihr verbundene Konkurrenz verlangen umgekehrt darnach, Information zurückzuhalten, nicht alles Wissen preiszugeben, um die Unabhängigkeit

22 Hans-Jürgen Warnecke: Informatik — Motor im Wandel der Strukturen. In: Matthias Jarke, Klaus Pasedach, Klaus Pohl (Hg.): Informatik '97 — Informatik als Innovationsmotor, 27. Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik, Aachen, 24.—26. 9. 1997, Springer Verlag, S. 1

23 Äußerung von Wilfried Beeck (INTERSHOP Communications) auf der WI '99 in Saarbrücken

24 Roland Hüber: Elektronischer Handel — Neuer Fokus der Informatik. In: Matthias Jarke, aaO., S. 2

25 Satelliten im Erdorbit: Telefon, Fernsehen und Aufklärung im Weltall, Prospekt einer Veranstaltung von Haus der Technik e. V. am 22. 6. 1999 in München

26 Peter Buxmann et al., aaO., S. 199

zu wahren. Als Arbeitnehmer werden die Menschen in den Betrieben zunehmend darauf geschult, das Wie und Was der Produktion kooperativ zu klären und auf technisch gespeicherte Information zurückzugreifen. Als individuelle Konsumenten sollen sie sich mit halber Sache zufriedengeben, obwohl sie nur ein Paßwort weit von der Gebrauchsinformation entfernt sind. In fusionierenden Unternehmen wird die Informationsbasis mit großem Aufwand ver-einheitlicht; fremde Datenbestände sollen mit einem Mal zugänglich und genutzt werden. Beim outsourcing läuft es umgekehrt: Was gestern gemeinsame Information war, darf heute dem früheren Kollegen nicht mehr zugänglich sein. Die Konkurrenz der Kapitale wird seltsame Blüten treiben.

Die Informations- und Kommunikationstechnik wird nolens volens in Richtung Aufhebung der Warenproduktion entwickelt. Nolens — weil die Macher dieser Technik die Aufhebung der unabhängig voneinander betriebenen Privatarbeiten und der Warenproduktion nicht im Sinn haben, sondern nur für sich selbst perfektionieren wollen. Volens — weil die Macher ideologisch, praktisch und technisch alles zu dieser Aufhebung vorbereiten und aufgrund der ökonomischen Zwänge garnicht anders können: die private Perfektionierung der Warenproduktion durch Vernetzung wird Ware und allen Konkurrenten gleichermaßen zugänglich.

„Chancen und Potentiale der Wissens- und Informationsgesellschaft müssen für eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft, für neue Erwerbsarbeit („Nolens", W. G.), für ökologische Nachhaltigkeit, für einen uneingeschränkten Informationszugang, für Wissenserweiterung und für weltweite Erweiterung der Freiheitsräume („Volens", W. G.) der Menschen ausgeschöpft und erschlossen werden."[27] Dieses Nolens-Volens zeigt sich in vielen Äußerungen zur Wissens- und Informationsgesellschaft.

„Small becomes good", sagen Wirtschaftsfachleute — aber Größtunternehmen fusionieren zu den allergrößten. Wird mit dem e-lancer eine Entwicklung idealisiert? Sind die e-lancer nur Hausierer, Heimarbeiter, Frachtschiffer und Fuhrleute, Krauter, Krämer und Hinterhofhandwerker, angestöpselt an international operierende Konzerne, gewärtig jederzeit ausgestöpselt zu werden? Die Riesenunternehmen werden möglich, weil und insoweit sich die betriebliche Information schnell und billig an jeden Arbeitsplatz bringen läßt.[28] Dort nützt sie nur, wenn der dort tätige Mensch etwas damit anfangen kann, das heißt, wenn er sie versteht, und wenn sie für den Job erforderlich ist, das heißt, wenn es etwas zu entscheiden gibt, wenn der Job erst mit dieser Information ausführbar wird. Diese Information kann nicht mehr „von oben" in das Riesenunternehmen hineingeschüttet werden, sondern sie kann nur von andern Beschäftigten kommen. Diese müssen ihrerseits davon überzeugt sein, daß die abgegebene Information nutzbringend wirkt — auch für sie selbst. Diese Überzeugung entsteht nicht durch Anweisung, sondern durch das praktische kommunikative Zusammenarbeiten mit andern. Ein Unternehmen, welches das Was und Wie der Produktion zentral von oben steuert, steuert an dieser Zusammenarbeit vorbei und liefert auf Dauer schlechtere oder teurere Produkte als die e-lancer-Ökonomie. Die freie und produktive Kommunikation erleben die e-lancer gemeinsam. In diesem gemeinsamen und produktiven Erlebnis liegt Sprengkraft. „Die immer höhere Vervollkommnung der Leitungstätigkeit", um diesen Begriff aus dem sozialistischen Lager aufzugreifen, ist am Ende.

Die Privatarbeit vernetzen, ohne die Privatarbeit zu vernetzen: Das würde man tun müssen, um die Warenproduktion zu retten. Wer würde diesen Widerspruch auf Dauer managen wollen? Die Schranken,[29] die die einen der Nutzung von Information setzen, werden von den andern unterlaufen werden.[30] Unternehmen werden ihr eigenes Datenschutzdebakel erleben. Wer die grenzenlose Freiheit des Internet zum Werbeschlager erhebt, kann diese Freiheit nicht an einem Paßwort enden lassen. Wer wie Microsoft Kundendaten aus dem heimischen PC lutscht, wer Datenschutzgesetze als einen Hemmschuh verschreit, wenn er automatisch Kundenprofile erstellen will, der bereitet ideologisch alles vor, damit auch das letzte Bit an technischer Information, an Forschungs-, Entwicklungs-, Produktions- und Produktinformation weltöffentlich wird. Wir Menschen erwerben in diesen Auseinandersetzungen die neue Produktivkraft der Vernetzung: Wir entwickeln die Geräte dieser Produktivkraft weiter, wir bauen diese Geräte und wir wenden sie an — stand-alone oder eingebaut in anderes.

„Wer zukünftig beruflich erfolgreich sein und seine persönlichen Entwicklungschancen nutzen will, muß mit Computerprogrammen, CD-Rom und Internet genauso wie mit Büchern und Zeitungen umgehen können, also über eine weitere Kulturtechnik verfügen." [31]

---

27 Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Abschnitt V.3), FR, 22.10.1998

28 „Je früher die Informationssysteme zusammengeführt werden, um so besser ist es für den Erfolg der Fusion." Susan Urban, verantwortlich für die IT-Fusion bei Daimler-Chrysler nach INFORMATIONWEEK 6/1999, S. 26

29 „Die Möglichkeit des Profits (von Monsanto, W. G.) liegt in der absoluten Unzugänglichleit bestimmter wichtiger Informationen und der Kontrolle über Diskussion und Überprüfung der Daten." Gregory Palast: Träume von indiskreten Kühen: Wie die Gentechnik Zensur privatisiert. In: Unterdrückte Wahrheiten. Frankfurter Rundschau vom 30 Juni 1999, S. 8, Sp. 3.

30 „Hacken (...) ist auch ein gut bezahlter Beruf. Da sind etwa die Industriespione und Informationsbroker. (...) Und da sind die Sicherheitstechniker, denen Unternehmen gutes Geld zahlen, damit sie die Schnüffler stoppen." Karin Dalka: Trojanische Pferde im Netz, in: Frankfurter Rundschau, 3. 7. 1999, S. 30

31 H. Kubicek, A. Breiter: Wer macht die Schulen fit für die Informationsgesellschaft? Frankfurter Rundschau, 17.10 1998, S. 10

Ein Szenario

Jede bessere Autowerkstatt, jeder Händler für Autoteile hat bereits die Ersatzteile eines Autos grafisch auf dem Bildschirm. Das wird weiterentwickelt. Stellen wir uns vor, es finden sich weltweit im Internet einige Dutzend Lehrstühle des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Werkstoffkunde mit ihren Studenten, außerdem Automobilwerker und Entwicklungsingenieure, Facharbeiter der Industrie, Auszubildende und Schüler, Gesellen und Meister aus Reparaturbetrieben, Autofahrer zusammen und entwickeln und fertigen ein neues Auto, in mehreren Exemplaren: In Wolfsburg eines, in Sao Paolo, in Johannesburg, in Havanna, in Chicago, in Togliatti, in Managua, in — ich weiß nicht wo noch. Die Industrie ist angehalten, hierfür den Zugang zu wichtigen Maschinen freizugeben. Planung und Dokumentation, Entwürfe und deren Diskussion, Herstellungsverfahren und Montageanleitungen, Meßreihen, Erprobungen, Praxisberichte sind von Anfang an im Internet öffentlich — wie die Linux-Entwicklung.[32] Man könnte auch an eine freie Internet-Assoziation denken, die Kaffee produziert und konsumiert — mit allem drum und dran.

Solche Dinge, zunächst ganz einfache, werden gemacht werden, immer öfter und von immer mehr Menschen, auch wenn heute jeder zweite noch nie telefoniert[33] hat. Wie diese Entwicklungen im einzelnen verlaufen werden, läßt sich nicht vorhersagen. Auch nicht, wie der Punkt erreicht wird, von dem an der Händewechsel unabhängig voneinander gefertigter Produkte, ihr herkömmlicher Austausch entfallen kann, weil nicht mehr unabhängig voneinander, sondern verabredet miteinander produziert wird. Wir Menschen werden *die Form der Warenproduktion mittels der als Ware entwickelten Vernetzung* aufheben und unsere Beziehungen untereinander und zur Natur neuartig ausbalancieren können. „Demnach von zwei Dingen eins: Entweder man will die richtigen Proportionen früherer Jahrhunderte mit den Produktionsmitteln unserer Zeit, und dann ist man Reaktionär und Utopist in einem. Oder man will den Fortschritt ohne Anarchie: und dann verzichte man, um die Produktivkräfte beizubehalten, auf den individuellen Austausch." [34]

Die vielen Versuche, in der Vernetzung die Anarchie der Konkurrenz beiseitezuschieben, dürften in „New World" enden, um an den Namen „New Lanark" anzuknüpfen, den Owen seinem etwas abgelegenen, utopisch-sozialistischen Experiment gab. Kann es spannenderes geben, als an den modernen, weniger utopischen Versuchen im Verein mit Vielen mitzuwirken?

Wolf Göhring
Institut für autonome intelligente Systeme
GMD — Forschungszentrum Informationstechnik GmbH
53754 Sankt Augustin
Tel. +49 2241 14-2062, wolf.goehring@gmd.de

Literatur

Buxmann, Peter et al.: Vernetzung als Wettbewerbsfaktor am Beispiel der Region Rhein-Main. In: Jarke, Matthias; Pasedach, Klaus und Pohl, Klaus (Hg.): Informatik '97 — Informatik als Innovationsmotor, 27. Jahrestagung der Gesellschaft für Infomatik, Aachen, 24.—26. 9. 1997, Springer Verlag

Fuchs-Kittowski, Frank et al.: Einsatz von Telekooperationssystemen in großen Unternehmen, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Mambrey, Peter et al. (Hg.): Rechnergestützte Kooperation in Verwaltungen und großen Unternehmen, Tagungsband zum Workshop der GI-Fachgruppe CSCW in Organisationen, Universität-GHS, Essen 1997

Roland Hüber: Elektronischer Handel — Neuer Fokus der Informatik. In: Jarke, Matthias, aaO.

Kubicek, H. und Breiter, A.: Wer macht die Schulen fit für die Informationsgesellschaft? Frankfurter Rundschau, 17.10 1998, S. 10

Malone, Thomas W. und Laubacher, Robert J.: The Dawn of the E-Lance Economy. In: Scheer, A.-W. und Nüttgens, Markus (Hg.): Electronic business engineering / 4. Internationale Tagung Wirtschaftsinformatik (WI '99, Saarbrücken), Physica-Verlag Heidelberg 1999

Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, MEW (Marx-Engels Werke, Berlin) Bd. 4

ders.: Das Kapital, Band I, MEW 23

Palast, Gregory: Träume von indiskreten Kühen: Wie die Gentechnik Zensur privatisiert. In: Unterdrückte Wahrheiten. In: Frankfurter Rundschau vom 30 Juni 1999, S. 8

Hasso Plattner: Customer Relationship Management. In: Scheer, A.-W., aaO.

5. Rahmenprogramm der europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998—2002)

Warnecke, Hans-Jürgen: Informatik — Motor im Wandel der Strukturen. In: Jarke, Matthias, aaO.

32 Das Internet — Nutzungsmöglichkeiten für Automobilzulieferer. Prospekt einer Veranstaltung von Haus der Technik e. V. am 16. 6. 1999, München. Es heißt dort: „... Weltweit recherchieren: Mechanical Engineering — Kostenlose Maschinenbausoftware für den Konstrukteur und Entwicklungsingenieur im Bereich Maschinenbau — Angebote von Hochschul- und Forschungseinrichtungen im Bereich Maschinenbau — ... — COMPO-NET — ein Online-Marktplatz für Zuliefererkomponenten"

33 Eine kürzliche Anmerkung von Nelson Mandela, voriger Präsident der Republik Südafrika

34 Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 97

Werner Imhof

Das Ferne liegt so nah ...

Über kommunistische Produktion als praktische Möglichkeit oder mögliche Praxis

I. Methodische Vorbemerkungen. Oder: Die Theorie muß praktisch werden.

Nach allgemeiner Auffassung läßt sich die kapitalistische Produktionsweise verstehen, ohne daß dazu ein Verständnis nichtkapitalistischer, gar kommunistischer Produktion nötig wäre. Bei der bürgerlichen Ökonomie, die der „Illusion von der Ewigkeit und Letztinstanzlichkeit kapitalistischer Produktion" (Engels) anhängt, ist das nicht verwunderlich. Aber auch nach gängiger linker Logik ist die Analyse und Kritik des Kapitalismus, selbst marxistische, nicht gebunden an eine Vorstellung seiner praktischen Aufhebung. An „kapitalismuskritischer" Literatur herrscht denn auch kein Mangel. Eine kommunistische Produktionsweise dagegen ist – wenn sie nicht sowieso mit der historisch bankrotten Form der zentralen Planung gleichgesetzt wird – den allermeisten Linken nur als nebelhafte Utopie vorstellbar, die weit jenseits dessen liegt, was als „sozialistische Marktwirtschaft" oder als „demokratischer Sozialismus" für realisierbar gilt.

Ich möchte die gängige Logik umkehren und behaupten: Ohne eine Vorstellung von kommunistischer Produktion, und zwar eine *praktische* Vorstellung und nicht nur eine abstrakt-theoretische „Definition", kann es auch kein wirkliches Verständnis der herrschenden Praxis kapitalistischer Produktion geben. Oder in Marx' Worten: Das „positive Verständnis des Bestehenden" ist nur erreicht, wenn es „das Verständnis seiner Negation einschließt". Im zweiten Teil meines Vortrags werde ich beschreiben, wie sich meine Vorstellung von kommunistischer Produktion als möglicher Praxis entwickelt hat, und zwar als Praxis, die mit der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln auch die *Aufhebung des Geldes* voraussetzt.

Die ganze Schwierigkeit, sich eine kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit vorzustellen, liegt in der Schwierigkeit, sich die gesellschaftliche Reproduktion ohne Geld vorzu-stellen. Fällt aber erst mal der Geldschleier, der alle Zusammenhänge verkehrt und mystifiziert, dann fällt auch sehr schnell der Schleier der Kapitalform. Das ist uns vor einem Jahr offensichtlich nicht recht gelungen. Denn wie Jochen später formulierte, ist die Vorstellung von kommunistischer Produktion als möglicher Praxis oder praktische Möglichkeit damals „kaum mehr als ein Postulat" gewesen, und das scheint allgemeiner Eindruck gewesen zu sein, nach der anschließenden „Funkstille" zu urteilen.

Zur Anregung der Vorstellungskraft daher zunächst eine kritische Rückblende zur letzten KW 48. Ein Ereignis, das schlagartig die Hohlheit der gängigen *linken Phraseologie* deutlich machte, der wir alle mehr oder weniger verhaftet sind, war die Frage des Kollegen Harry: „Was ist eigentlich das Kapital? Das Geld, die Maschinen oder der Vorstand? An wen soll ich mich wenden?"

Was Harry bloßstellte, ist eine Phraseologie, die sich auf Marx' Kritik der politischen Ökonomie zu stützen scheint, tatsächlich aber ein kritisches Verständnis der gesellschaftlichen Beziehungen nur simuliert. Eine Phraseologie, die mehr der Autosuggestion und Selbstbestätigung dient, links zu sein, dazuzugehören und ein „höheres", „richtigeres" Bewußtsein zu besitzen, als daß sie wirkliches Verständnis ausdrückt und geeignet ist, anderen zum kritischen Verständnis der Verhältnisse zu verhelfen. Eine Phraseologie, die die verdinglichten Verhältnisse nur in ebenso *verdinglichten Gedankenformen* reproduziert, weil ihnen das Wichtigste fehlt – das Verständnis gesellschaftlicher *Praxis*, genauer: des *gesellschaftlichen Arbeits- und Reproduktionsprozesses in seiner kapitalistischen Form*. Eine Phraseologie, die mit Begriffen, Schlagworten, Abstraktionen hantiert, mit denen keine *lebendige praktische Vorstellung* verbunden ist.

Diese Phraseologie ist kein Privileg einer bestimmten Richtung. Sie ist den *revolutionaristischen* (d.h. sich „revolutionär" gebenden und verstehenden) Richtungen ebenso eigen wie den *reformistischen*. Die einen (insbesondere die Spielarten des Stalinismus) glauben, mit der Begrifflichkeit, die sie zu beherrschen meinen, auch die Herrschaft über die Wirklichkeit beanspruchen und die Zukunft bestimmen zu können (für Martin Ausdruck einer „kategorialen Denkweise"). Die anderen geben sich mit der scheinradikalen *Bezeichnung* gesellschaftlicher Phänomene (etwa als „Kapital", „Profitmaximierung", „Imperialismus" oder auch „Schweinesystem") zufrieden und halten sich dafür ihre „Widerständigkeit" zugute (eine „phänomenologische Denkweise" nach Martin). Man könnte noch eine dritte, scheinbar unpolitische Denkweise hinzufügen, die akademische, die den formalisierten Umgang mit den verdinglichten Kategorien der politischen Ökonomie, als Expertendisziplin kultiviert.

Hier noch mal ein typisches Beispiel für die Oberflächlichkeit linken Denkens, das nicht einmal mehr die elementarsten Dinge reflektiert und die unmittelbare Erscheinung für „bare Münze" nimmt:

„Geld ist genug da!" Dies ist das zentrale Argument, das dem Protest gegen die Sparpolitik der Regierung Begründung und Perspektive verleihen soll (siehe auch das gleichnamige Buch von Herbert Schui und Eckart Spoo, Distel Verlag 1996). Es drückt ein doppeltes Unverständnis aus: 1. Unverständnis für die Tatsache, daß *überhaupt Geld da* ist, daß gesellschaftliche Arbeit sich im Geld *verselbständigt*, weil sie privater Herrschaft über die Produktionsmittel unterworfen ist; und 2. Unverständnis für die Tatsache, daß gespart wird, *nicht obwohl genug* Geld da ist, sondern *gerade weil zuviel* Geld da ist, nämlich Geld, das als *Kapital* fungieren, also sich vermehren soll, und diese Vermehrung nur gelingen kann, wenn die notwendige Arbeit im gesellschaftlichen Maßstab, also der Konsum der Lohnabhängigen und ihres „unproduktiven" Anhangs, reduziert wird, damit die Mehrarbeit ausgedehnt werden kann. Dagegen zu „argumentieren", daß ja „Geld genug da" sei, heißt nur, die „ungerechten" Verteilungsverhältnisse zu beklagen, ohne die Produktionsweise in Frage zu stellen, die sie hervorgebracht hat, und dafür zu sorgen, daß der Protest stumpf bleibt.

Eine ähnliche Rolle spielt übrigens auch die Forderung nach einer „Grundsicherung" oder einem „Existenzgeld", zumal wenn sie ausdrücklich auf ein *„arbeitsunabhängiges Einkommen"* abstellt. Wenn das „Existenzgeld" mehr sein soll als ein staatliches Almosen wie die heutige Sozialhilfe, die kaum das Existenzminimum sichert, also etwa ein Einkommen in Höhe eines durchschnittlichen Arbeiterlohns, dann ist die Forderung, an eine bürgerliche Regierung gerichtet, ebenso illusionär wie die Forderung nach „Arbeit für alle" oder einem „Recht auf Arbeit", deren geldförmiges Spie-gelbild sie ist. Ein „arbeitsunabhängiges" Einkommen gibt es außerdem nicht. Jedes (nicht fiktive) Einkommen ist Produkt gesellschaftlicher Arbeit. Die Frage ist nur, ob es eigene Arbeit ersetzt oder auf Lohnarbeit beruht oder auf der Aneignung fremder Arbeit, also arbeitsloses Einkommen ist. „Arbeitsunabhängiges Einkommen" kann nur zweierlei bedeuten. Entweder soll es ebenfalls arbeitsloses Einkommen sein. Dann läuft die Frage darauf hinaus, aus welcher Quelle, aus welchem Teil der gesellschaftlichen Arbeit es sich speisen soll – aus der notwendigen Arbeit bzw. dem Konsumtionsfonds der Lohnabhängigen oder aus der Mehrarbeit bzw. dem Konsumtions- und Akkumulationsfonds der Kapitalisten. Im ersten Fall hieße die Forderung: Wir wollen den Lohn mit den Lohnabhängigen teilen, aber nicht die Arbeit. Im zweiten Fall hieße sie: Wir wollen am Privileg der Kapitalisten auf ein arbeitsloses Einkommen teilhaben, nicht aber es in Frage stellen... Oder aber das „arbeitsunabhängige Einkommen" bedeutet schlicht: Wir haben nichts gegen staatlichen Arbeitszwang, nur soll die Einkommenshöhe davon unabhängig bleiben. Alles wahrhaft „systemsprengende" Perspektiven! So etwas kommt eben heraus, wenn man als „gnadenloser Reformist" (Martin über sich selbst) unbedingt Widersprüche lösen will, die sich auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise nicht lösen lassen...

Daß sich der Gesamtprozeß der materiellen Reproduktion der unmittelbaren Anschauung entzieht, ist natürlich nicht den Linken anzulasten, sondern der besonderen, kapitalistischen *Form* dieses Prozesses bzw. den verselbständigten Formen der gesellschaftlichen Arbeit. Kein Mensch hat je Wert und Kapital als solche gesehen oder gar als chemische Substanz oder physikalische Eigenschaft von Arbeitsprodukten nachgewiesen. Und doch gelten sie als quasi natürliche Phänomene. Jeder Mensch denkt in Preisen, aber kaum einer weiß, was er tut, wenn er die Glei-chung 1 Glas Bier = 2 DM aufstellt; ja, er weiß in der Regel nicht einmal, daß er eine Gleichung aufstellt, einen Vergleich anstellt. Die völlige Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit gegen die *Form* ökonomischer Erscheinungen, über die sich schon Marx aufgeregt hat, teilen die Linken fast aller Couleur (mit Ausnahme der Wertkritiker, die sich aber mit ihrer Formkritik in eine Sackgasse verrannt haben) längst mit der Masse der Bevölkerung, der sie sich gern überlegen wähnen. Man kann aber nicht ernsthaft über die Kritik und Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise reden, wenn man nicht bereit ist, die eigene „Formblindheit", das eigene Bewußtsein, also den eigenen Sprachgebrauch, selbstkritisch zu reflektieren.

Die Nagelprobe, der sich jede/r selbst unterziehen kann, ist die Frage: Was besagen die Begriffe, mit denen wir gesellschaftliche Phänomene bezeichnen und umgehen, als würden sie sich von selbst verstehen – was besagen diese Begriffe eigentlich über die gesellschaftliche *Praxis* der Menschen? Oft genug wird die Antwort Stottern, Schweigen, wenn nicht Verständnislosigkeit sein. Das ist dann ein Zeichen dafür, daß man das Begreifen menschlicher Praxis ersetzt (hat) durch die sprachliche Reproduktion des dinglichen Scheins, den sie hervorbringt. Wo Worte fehlen, da stellt gewöhnlich ein Begriff sich ein (oder so ähnlich)... Ich zitiere nochmals Marx' 8. These über Feuerbach: „Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus veranlassen, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis." Das gilt nicht nur für die heute herrschende Praxis kapitalistischer Produktion, sondern auch für eine mögliche künftige Praxis kommunistischer Produktion.

Mehr noch: Die eine Praxis ist ohne die andere nicht zu begreifen. Das heißt, wenn eine praktische Vorstellung vom gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß in seiner *kapitalistischen* Form fehlt, ist auch keine praktische Vorstellung davon möglich, wie diese Form aufzuheben, durch eine *kommunistische* zu ersetzen wäre – *und umgekehrt*! Marx hätte nie die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Reproduktion entschlüsseln können, wenn er keine

Vorstellung von ihrer kommunistischen Form gehabt hätte, die er ja auch immer wieder (wenn auch oft nur beiläufig) zur Sprache gebracht hat.

Was aber ist der Begriff der (oder besser: einer) „kommunistischen Produktionsweise", wenn er keine anschauliche Vorstellung gesellschaftlicher Praxis beinhaltet? Eine bloße Phrase, eine verselbständigte Formel, ein leeres Bekenntnis, das um so lächerlicher wirkt, je mehr es als historische Gewißheit vorgetragen wird. Dann wird „der Kommunismus" zum *Mythos*, schlimmer noch: zum *Fetisch*, der seine AnhängerInnen beherrscht und ihr Denken durch Glauben und Beschwörung ersetzt. Auch hierzu noch einige Beispiele, die zeigen sollen, wie sich Begriffe im Sprachgebrauch, also im Bewußtsein, verselbständigen können und sich gegen die emanzipatorische Praxis wenden, die sie doch „eigentlich" bezeichnen soll(t)en.

- In einer Reaktion auf meine „Nachlese zur 48. Woche 1998" schrieb Jochen: Es ist „eine nach Hegel riechende Illusion, daß der Kommunismus eine Totalität menschlicher Beziehungen organisiert". Allerdings, denn „der Kommunismus" wird überhaupt nichts organisieren. Er wird die Praxis lebendiger Menschen sein, die ihre gesellschaftlichen Beziehungen selbstbewußt oder bewußt selbst organisieren, oder er wird gar nicht sein. D.h. selbst noch in der richtigen Ablehnung einer totalitären Kommunismus-Vorstellung wird „der Kommunismus" als mythisches Subjekt reproduziert – und das in Bezug auf einen Text, in dem ich mich ausdrücklich von dem historisch diskreditierten und zum Ersatzsubjekt verselbständigten Begriff „des Kommunismus" abgesetzt habe.
- Ein anderes Beispiel liefert Willi G., der meint, an eben diesem *Begriff* „Kommunismus" festhalten zu müssen, obwohl er ihn inhaltlich nicht mit Leben füllen kann. „Der Kommunismus" wird so zum leeren Kampfbegriff, zur trotzigen Beschwörungsformel.
- Auf die Spitze getrieben wird die Anbetung „des Kommunismus" als Mythos und Fetisch z.B. bei den *„Übergängern"*, nachzulesen zuletzt in Nr. 3 der *„Kommunistischen Streitpunkte"* vom Juni 99, wo Karl-Heinz Landwehr (KHL) z.B. das „daniederliegen *des* kommunismus" konstatiert und die „grausam gründliche selbstkritik *des* kommunismus" beschwört (S. 21 bzw. 20; Herv. von mir). Seit einigen Jahren versuchen die „Übergänger", eine „programmatische Debatte" über den „Übergang zum Kommunismus" zu führen Auch wenn sie dabei nicht recht vom Fleck kommen, steht für sie fest, daß sie „das Programm *der Kommunisten*" (Matthias Grewe) auf die Beine stellen müssen. „Kommunisten" sind also zeitlose Gestalten, die sich 1. dadurch definieren, daß sie sich selbst als solche verstehen, auch wenn sie kein Programm haben und laut KHL nicht mal „in der lage" sind, „die debatte (darüber) auch wirklich inhaltlich führen zu können" (ebd.), und 2. durch ihre Gewißheit, daß sie es sind, die den Gang der Geschichte zu bestimmen haben, noch ohne zu wissen wie und bevor sie überhaupt begonnen haben, sich dem „empiristischen" (KHL) Urteil der Geschichte zu stellen.
- Schließlich mein eigener Sprachgebrauch, etwa der *„emanzipatorische Kommunismus"*. Zum einen handelt es sich um eine Tautologie. Wenn aber der Begriff „Kommunismus" nicht einfach als befreiende und befreite Praxis gesellschaftlicher Individuen verstanden werden kann, dann hilft auch die nochmalige Betonung seines „emanzipatorischen" Sinns nicht weiter, die ja die fürchterliche historische Belastung des Begriffs nur bestätigt. Zum anderen (oder eben deswegen) ist auch ein „emanzipatorischer Kommunismus" immer noch ein Abstraktum, das vom heutigen Alltagsverstand gar nicht anders verstanden werden kann denn als fremdbestimmtes „System", nicht aber als gemeinnützige Selbstorganisation der gesellschaftlichen Arbeit durch die assoziierten Produzenten. Ich ziehe es deshalb vor, den Begriff in seiner substantivischen Form und erst recht als grammatisches Subjekt bis auf weiteres nicht mehr zu benutzen.
- Wie das Kleben an abstrakten Kategorien das Denken behindern kann, zeigte auch das Bild von der *„Kluft zwischen den* [weit entwickelten] *objektiven und den* [anscheinend oder scheinbar 'ausgelöschten'] *subjektiven Voraussetzungen* einer kommunistischen Produktionsweise", das ich in den „Antithesen zu den Thesen der 'Übergänge zum Kommunismus' vom August 1998" benutzt hatte (in der KW 48/98 hieß der leicht gekürzte Text „Nachdenken über einen emanzipatorischen Kommunismus"). Ich hatte es zwar kurz darauf in einer „Nachträglichen Vorbemerkung" korrigiert, doch auch die Korrektur verrät noch die Schwierigkeiten, die ich hatte, meinen eigenen Denkfehler zu begreifen. Da er ziemlich verbreitet ist, möchte ich näher auf ihn eingehen.

Die „Kluft" zwischen der (behaupteten) Möglichkeit kommunistischer Produktion und dem fehlenden Bewußtsein davon in der Arbeiterbewegung ist ein Scheinwiderspruch ohne reale Existenz. Sie war allein Ausdruck oder Projektion eines Problems im eigenen Kopf. Die real existierende „Kluft" nämlich ist die zwischen meiner Vorstellung von kommunistischer Produktion und den gesellschaftlich herrschenden Vorstellungen von der Alternativlosigkeit kapitalistischer Marktwirtschaft und von der Unverzichtbarkeit des Geldes. Sie reproduziert sich ständig als Widerspruch zwischen den eigenen Bemühungen, mit dem Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise ein Ver-

ständnis ihrer praktischen Aufhebung zu entwikkeln und zu vermitteln, und der ideologischen Macht der kapitalistischen Produktionsweise, die diese Bemühungen so erschwert, auch im eigenen Kopf.

Als „objektive Kluft" kann diese subjektive Schwierigkeit nur dem abstrakten und bloß anschauenden Denken erscheinen, das sich selbst nicht als Teil der *vorhandenen* „subjektiven Bedingungen", als Teil des möglichen Subjekts kommunistischer Produktion begreift und selbst keine praktische Vorstellung von ihr hat, um dann über die „Voraussetzungen" ihrer Verwirklichung zu räsonnieren; Voraussetzungen, die in den Gegensatz von „objektiven" und „subjektiven" auseinanderfallen, weil dem abstrakten Denken die vermittelnde Vorstellung der Praxis fehlt.

Die „Reife" der objektiven Voraussetzungen kommunistischer Produktion ist ja zunächst mal nur eine subjektive Behauptung, Gegenstand meines Denkens; und sie bleibt eine Phrase, solange die *praktische* Bedeutung dieser Voraussetzungen unklar bleibt. Wenn sie aber auch nur ein bißchen Realitätsgehalt hat, dem Denken also „gegenständliche Wahrheit" zukommt, dann muß sich das in der Praxis erweisen, die natürlich vorerst nur eine vorstellbare oder vorgestellte Praxis sein kann, ideelle Vorwegnahme des praktisch Möglichen. Und der Nachweis ihrer „Realitätstüchtigkeit" kann nur darin bestehen, daß sie nachvollziehbar ist und auch tatsächlich von anderen nachvollzogen wird. Was umgekehrt bedeutet, daß es an der Unausgegorenheit oder auch Untauglichkeit der Vorstellung liegen muß, wenn es nicht gelingt, die Vorstellungskraft anderer zu erreichen und die Macht der herrschenden Vorstellungen über sie zu brechen.

Das Scheinproblem, wie die „Kluft" zwischen der vorhandenen Möglichkeit kommunistischer Produktion und dem „nichtvorhandenen" Bewußtsein der Lohnabhängigen zu überwinden sei, löst sich also auf in das einzig reale Problem, wie *wir selbst* eine nachvollziehbare praktische Vorstellung von ihr gewinnen. Alles Räsonnieren über das Auseinanderklaffen von objektiven und subjektiven, materiellen und geistigen Bedingungen kommunistischer Produktion, über die „Reife" der einen und die „Unreife" der anderen usw. ist müßig (wenn nicht Ablenkung von der Unreife des eigenen Bewußtseins), wenn man sie nicht im eigenen Kopf *vereinigen* kann. Auch der Blick zurück auf die Geschichte der bisherigen sozialistischen und kommunistischen Bewegung kann keine Klarheit darüber bringen, warum und woran sie gescheitert ist, wenn man nicht selbst wenigstens ansatzweise eine Vorstellung davon hat, was ihre ursprüngliche Zielsetzung heute *praktisch* bedeutet. Was mir vorschwebt, ist ein Bewußtsein von der Selbstorganisation der gesellschaftlichen Arbeit durch die assoziierten oder vereinten Produzenten, das geeignet sein sollte, zum praktischen Selbstbewußtsein einer emanzipatorischen Bewegung zu werden.

Das klingt wahrscheinlich missionarisch und anmaßend, und das widerstrebt mir selbst. Jochen hat denn auch zu Recht seine Skepsis angemeldet: „Doch sollten wir nicht vergessen, wer wir sind und wo wir sind, und uns nicht (erneut) wie Zwanzigjährige benehmen. Ich glaube, es dürfte eine Illusion sein, sich von unserer theoretischen Diskussion Entwürfe zu erhoffen, die 'endlich gefundene radikale Auswege' bringen, auf die bisher nur niemand gekommen ist." Diese Befürchtung ist mir nicht fremd. Und Jochen hätte sicher Recht, wenn es denn so wäre, daß *bisher nur niemand darauf gekommen* ist. Aber dem ist *nicht so*.

Die „genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit" (Gothaer Programm, 1875) „ohne Dazwischenkunft des vielberühmten 'Werts'" (Engels), also auch des Geldes, war einmal anerkanntes, wenn auch vielleicht nur abstrakt anerkanntes Ziel der revolutionären Sozialdemokratie. Sie war für Marx eine selbstverständliche, wahrscheinlich allzu selbstverständliche, lebendige Vorstellung, die z.B. seiner ätzenden Kritik am Gothaer Programm zugrunde liegt und die an hundert Stellen seiner Kritik der politischen Ökonomie deutlich wird – wenn man sie denn zu lesen versteht. Sie war praktische Vorstellung auch für Engels, ebenso für Lenin (jawohl) – wenn auch bei beiden deformiert durch ihre Verabsolutierung des Zentralismus (ein Thema für sich, das sich m.E. aus dem damaligen Entwicklungsstadium des Kapitalismus und aus der Rückständigkeit Rußlands verstehen läßt). Sielebte weiter in theoretischen Köpfen wie Luxem burg und Gramsci und in linkskommunistischen Strömungen wie den holländischen Rätekommunisten. Das Allerwichtigste aber ist, daß diese Vorstellung kommunistischer Produktion in der *Praxis* bewiesen hat, daß sie breiteste Arbeitermassen begeistern und mobilisieren konnte – auch wenn sie in den meisten proletarischen Bewegungen dank gütiger Mithilfe von Sozialdemokraten und Kommunisten verdunkelt war durch etatistische Illusionen und syndikalistische Denkschranken. Musterbeispiel für mich: die kommunistische Bewegung in Turin nach dem ersten Weltkrieg, auf die ich noch zurückkomme.

Daß diese Vorstellung dennoch in der Arbeiterbewegung nicht nachhaltig Fuß faßte und von den Stalinisten so fürchterlich pervertiert werden konnte, ist eine Entwicklung, die erklärt werden muß (und nicht nur einfach verurteilt werden kann). Aber diese Erklärung setzt voraus, daß man selbst eine lebendige praktische Vorstellung von kommunistischer Produktion *hat* – *und* ein Verständnis der *Methode*, wie diese Vorstellung zu erwerben bzw. zu wecken ist. In den „Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus" habe ich diese Methode zu entwickeln und zu begründen versucht. Kurz gesagt, läßt sie sich so zusammenfassen:

Die Theorie muß praktisch werden; das abstrakte Denken muß lernen, konkret zu werden; der „wissenschaftli-

che Sozialismus" ist nur dann wissenschaftlich, wenn er sich als Wissenschaft aufzuheben sucht.

Die Formulierungen sind bewußt paradox, weil die Wirklichkeit paradox ist. Ich möchte noch eine – hoffentlich provozierende – Variante hinzufügen: Es geht darum, die traditionelle *„Dualität von Theorie und Praxis"* (Lukács) aufzuheben. Was damit gemeint ist, will ich hier nur an einem Beispiel andeuten (ausführlicher wollte ich das Problem eigentlich in der Fortsetzung der *„Skizzen..."* behandeln). Bernds Antwort auf Harrys eingangs zitierte Frage vor einem Jahr war sinngemäß: Eine „Fachsprache" wie die marxistische sei unverzichtbar wegen der Kompliziertheit des „Stoffes". Ich behaupte umgekehrt: Solange die Theorie als Fachjargon daherkommt, sind die Leute, die ihn benutzen, in Wahrheit Stümper, die den „Stoff", um den es geht – die Beziehungen der Menschen in der gesellschaftlichen Reproduktion – nicht als solche begreifen, nicht in gesellschaftliche Praxis auflösen können. Soweit wir die Marxsche Theorie nötig haben, brauchen wir sie nur zur Denunziation und Dekonstruktion der herrschenden Praxis, nicht aber zur *Konstruktion* einer „Theorie des Kommunismus", eines Theoriengebäudes namens „kommunistisches System". Die kommunistische Produktionsweise bedarf keiner besonderen Theorie, sondern nur der klaren und einfachen Vorstellung als *selbstbewußte Praxis*.

II. Elemente einer praktischen Vorstellung von kommunistischer Produktion

Ich möchte Euch darstellen, wie sich meine Vorstellung von kommunistischer Produktion in den letzten vier, fünf Jahren schrittweise – z.T. über regelrechte Aha-Erlebnisse – entwickelt hat. Also kein fertiges Gedankengebäude (das habe ich nicht, und das kann es auch nicht geben), sondern sozusagen das Erkenntnis- und Vorstellungsmaterial, das sich mehr und mehr zu einer praktischen Vorstellung zusammenfügt. Dabei werde ich mehrfach zwischen der theoretischen und der empirischen Ebene wechseln. Denn wie die Erfahrung das theoretische Verständnis gefördert hat, das abstrakte Denken konkret(er) werden ließ, so hat umgekehrt die theoretische Einsicht die Empirie durchsichtiger gemacht. Ich hoffe, daß diese Darstellungsweise (die nicht immer streng chronologisch ist) das Verständnis erleichtert.

Vorweg noch eine grundsätzliche Anmerkung: Ohne empirische Kenntnisse über die heutige kapitalistische Wirtschaft braucht man gar nicht erst anzufangen, über eine kommunistische Art und Weise der Produktion (und Verteilung) zu reden. Man kann sich nicht ernsthaft über die Aufhebung der kapitalistischen Beziehungen in Produktion und Konsumtion unterhalten, wenn man keine Ahnung davon hat, wie diese Beziehungen heute konkret organisiert sind bzw. sich verändern. Welche Beziehungen meine ich? Die Beziehungen der Betriebe untereinander als Lieferanten und Bezieher von Produktionsmitteln, die Beziehungen der Betriebe in gleichen oder verwandten Produktionszweigen und die Beziehungen zwischen den Konsumtionsmittel (im weitesten) Sinne erzeugenden Betrieben und den sog. Endverbrauchern (heute durch den Handel vermittelt). Diese Beziehungen sind es im wesentlichen, in denen sich der Stoffwechselprozeß der gesellschaftlichen Arbeit vollzieht.

*

Bis vor einigen Jahren war meine eigene Vorstellung von kommunistischer Produktionsweise eine ziemlich abstrakte. Sie bestand aus theoretischen Ansichten, die praktisch nicht weiter konkretisierbar waren, etwa der, daß „die Gesellschaft ihre Ökonomie unter bewußte Herrschaft und Kontrolle bringen" muß, oder der, daß mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln auch der Austausch der Produkte und das Geld wegfallen müßten. Es waren abstrakte Negationen der kapitalistischen (und der „realsozialistischen") Praxis, die auch nur durch abstraktes Denken, in Kategorien der „politischen Ökonomie", vermittelbar und nachvollziehbar schienen, also ungeeignet für die „Praxis", wenn sie nicht sektiererisch sein sollte. Ich lebte mit einer Art Schizophrenie: auf der einen Seite ein abstrakt-kommunistisches Privatbewußtsein, kommunikationsfähig nur in kleinen Zirkeln, auf der anderen eine „öffentliche", vor allem betriebliche, „Praxis", verstanden als „Vertretung von Belegschaftsinteressen", die sich durch den Gegensatz zur sozialpartnerschaftlichen Betriebsrats- und Gewerkschaftsbürokratie definierte.

Dieser Widerspruch war durchaus nicht nur mein persönliches Problem. Er war ein Erbe der Geschichte, ein ungelöstes Dilemma der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Bewegung, das auch die nach 1968 entstandene „Neue Linke" nicht hatte überwinden können: der Widerspruch zwischen einer abstrakt-"revolutionären" Theorie und der konkret-"reformistischen" (gewerkschaftlichen, parlamentarischen usw.) Praxis, nur scheinbar aufgehoben in der sog. „Dialektik von Reform und Revolution". In der Sozialdemokratie wurde der Widerspruch „überwunden" durch die Anpassung der Marxschen Theorie an die reformistische Praxis und die schließliche Preisgabe der Theorie. In der kommunistischen Bewegung erstarrte die Theorie zum Dogma, dem die Praxis als instrumentelle (zwischen Reformismus und Abenteurertum schwankende) Taktiererei dienen sollte.

Meine eigene Bewußtseinsspaltung war mir ebenso bewußt wie ihr historischer Hintergrund; mir war auch klar, daß sie auf die Dauer nicht durchzuhalten war. Doch schien sie damals bis auf weiteres unüberwindbar. Und sie war es auch, solange das praktische Bewußtsein fixiert war auf die *betriebliche* Interessenvertretung und das theoretische Bewußtsein hinderte, praktisch zu werden. Die Praxis mußte erst fragwürdig werden, damit das Denken die eingefahrenen Bahnen verlassen konnte.

Bevor ich darauf eingehe, möchte ich einige Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis anführen, die für das weitere Verständnis wichtig sind und die zeigen, wie sich die Arbeiter selbst zu den Produktionsmitteln, zum Produktionsprozeß und zum gesellschaftlichen Zusammenhang ihrer Arbeit verhalten. Diese Erfahrungen werden natürlich von Betrieb zu Betrieb variieren, sie dürften aber für einen traditionellen Großbetrieb nicht untypisch sein. Man könnte ein ganzes Buch darüber schreiben, was ich hier nur andeuten kann.

Betriebliche Erfahrungen

Die Kollegen haben – das ist nichts umwerfend Neues – ein zwiespältiges Verhältnis zum *Produktionsprozeß*. So wie sie den Feierabend, das Wochenende, den Urlaub und im Alter den (Vor-)Ruhestand herbeisehnen, so willkommen ist ihnen auch jede Unterbrechung im Produktionsfluß, jeder Stillstand, der ihnen (mit Ausnahme der zuständigen Facharbeiter und Anlagenfahrer) eine Erholung von Streß und Monotonie beschert. Andererseits empfinden sie aber auch Genugtuung, wenn „der Laden läuft", vor allem auf der Nachtschicht, wenn die höheren „Führungskräfte" nicht da sind und selbst die Meister in ihren Buden hocken. Es ist das Bewußtsein, „eigentlich brauchen wir die gar nicht", das sie mit einem gewissen Stolz erfüllt und sogar zum Antrieb wird, den Betriebsablauf zu optimieren. Dieses Bewußtsein wird noch bestätigt, wenn bei jeder größeren Störung Abteilungs-, Betriebs- und Werksleiter herbeieilen, nur um nörgelnd und antreibend im Wege zu stehen. In diesem Zwiespalt ist der ganze Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und ihrer kapitalistischen Organisationsform im Keim enthalten und ebenso seine Lösung – die Aneignung der Produktionsmittel und die Selbstorganisation der Arbeit durch die (unmittelbaren und mittelbaren) Produzenten.

Ähnlich ist es mit dem Verhältnis zu den *Produktionsanlagen*. Die Maschinen- und die Facharbeiter kennen ihre Funktionstüchtigkeit und ihre Macken am besten. Sie haben ein doppeltes Interesse an einer vorbeugenden Wartung und Instandhaltung, zum einen, um sich den Streß von Betriebsstörungen zu ersparen, zum andern, weil sie sich für den Betriebsablauf und die Anlagen verantwortlich fühlen, obwohl sie ihnen nicht gehören. Doch vorbeugende Wartung kostet zusätzliche Arbeitszeit bzw. -kraft, erhöht nur die Kosten der Produktionsmittel (also des „konstanten Kapitals") und schmälert den Gewinn. So wird sie „von oben" auf das Allernotwendigste begrenzt, um nur die akutesten Störungsgefahren zu beseitigen; ähnlich wie Unfallverhütungsmaßnahmen dann als optimiert gelten, wenn sich ihre Kosten mit denen der statistisch zu erwartenden Unfälle die Waage halten.

Jeder Produktionsbetrieb hat irgendeine Art von *Qualitätskontrolle* und -sicherung, die die Einhaltung von technischen Standards und Kundenanforderungen überwacht. Sie ist (neben Verkauf und Versand) eine der Schnittstellen zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Lieferant und Bezieher(n). Bei uns im Werk, wo Stahlrohre unterschiedlicher Art und Abmessung hergestellt werden, ist das Qualitätsbewußtsein der Belegschaft oft ausgeprägter als das der „Führungskräfte". Die Kollegen wissen sehr gut, daß minderwertige Pipeline- und Ölfeldrohre eine Gefahr für die Umwelt darstellen (und natürlich auch „Aufträge gefährden"), und sie haben wie jeder normale Arbeiter ein persönliches Interesse an der Qualität ihrer Produkte. Das kollidiert nicht selten mit dem eher quantitativen Denken der „Führungskräfte", die auf hohe Tonnen- oder Stückzahlen und niedrige Ausschußquoten drängen, vor allem wenn die Kundenspezifikationen relativ simpel sind, wie bei den sog. „Russenrohren". Der Ausspruch eines Meisters, „die Rohre kommen doch sowieso alle unter die Erde", ist zum geflügelten Wort in der Belegschaft geworden. Es gibt aber auch andere Erfahrungen, dann nämlich, wenn ein Kunde, z.B. ein großer Ölkonzern, hohe Qualitätsansprüche stellt und zur Kontrolle eigene Abnehmer ins Werk schickt. Da sie die Macht haben, die ganze Produktion stillzusetzen, wenn etwas nicht vertragsgemäß läuft, ist das Verhältnis zu ihnen nicht gerade sehr kooperativ, wird ihre Tätigkeit eher als lästige Einmischung „von außen" empfunden.

Jeder Produktionsbetrieb muß auch irgendeine Form der *Materialwirtschaft* betreiben, die Hilfs- und Betriebsstoffe, Reserveteile und Vormaterial vorrätig hält. Hier laufen die stofflich-technischen Beziehungen zwischen den zahlreichen Lieferanten oder Zulieferern (bei Großbetrieben sind es Hunderte bis Tausende) und dem „eigenen" Betrieb zusammen. Art und Menge der zu bestellenden und abzurufenden bzw. der zu liefernden Materialien wird bestimmt durch den produktiven Konsumtionsbedarf der angeschlossenen Betriebe, natürlich nach vorheriger Auswahl von Lieferanten und Preisen durch den Einkauf. Im großen und ganzen aber handelt es sich um ein ziemlich stabiles System von Beziehungen zu Hunderten von Zulieferbetrieben. Die Vorstellung, daß sich diese Beziehungen auch ohne Vermittlung des Geldes, durch direkte Kommunikation organisieren ließen, liegt fast auf der Hand – wenn nicht das Tabu des Privateigentums im Wege stünde.

Beziehungen ähnlicher Art bestehen zu Betrieben, die dem „eigenen" Unternehmen nicht dingliche Waren verkaufen, sondern „Dienste" oder „Gewerke". Auch sie werden nicht als Glieder eines arbeitsteiligen Produktionsprozesses wahrgenommen, sondern als *„Fremdfirmen"*, also vom Standpunkt des Privateigentums am Unternehmen, dem man die eigene Arbeitskraft verkauft. Im Röhrenwerk, in dem ich gearbeitet habe, bestanden Mitte der 90er Jahre rund 800 Werk- und Dienstverträge mit etwa 150 „Fremdfirmen".

Der gesellschaftliche Zusammenhang der Arbeit ist im Betriebsalltag also ständig präsent. Doch die gesellschaftlichen Beziehungen, in denen die betriebliche Arbeit stattfindet, erscheinen als bloße Verhältnisse von und zu Sachen und als monetäre Kosten. Ansätze eines Interesses, sich der Produktionsmittel und des Produktionsprozesses zu bemächtigen, sind durchaus vorhanden. Aber sie bleiben im Horizont des „eigenen" Betriebs. Der *Betrieb* ist der spontane, quasi-natürliche Bezugsrahmen, dessen gesellschaftliche Voraussetzungen „außen vor" bleiben, der als Welt für sich erlebt wird und die Belegschaft vom „Rest" der Gesellschaft trennt, und zwar um so mehr, je größer er ist, je mehr er Schutz vor den Unbilden der Konkurrenz und der Konjunktur zu bieten scheint. Dabei sollte „eigentlich" die nicht marktförmig organisierte arbeitsteilige Produktion in der Fabrik den Blick öffnen für die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Anlaß geben zu der Überlegung, daß auch die gesellschaftliche Produktion ohne trennendes Privateigentum möglich sein sollte. Doch es ist umgekehrt: Gerade weil die betriebliche Arbeitsteilung ohne Waren- und Geldzirkulation auskommt, scheint ihre Organisationsweise nicht auf die Gesellschaft übertragbar. Und was diesen Schein verfestigt, ist eine „linke" Betriebsarbeit, die selbst nicht über den Horizont des Betriebs, des Privateigentums und des Geldes hinauskommt.

Die „Falle" der Betriebsborniertheit

Auch ich hatte bei meiner Tätigkeit als Vertrauensmann, später als Betriebsrat zunächst die Vorstellung, daß sich in der „konsequenten Vertretung von Belegschaftsinteressen" gegenüber dem Kapital und der „opportunistischen Arbeiterbürokratie" „Elemente" einer „anderen", „nicht-opportunistischen" Arbeiterbewegung entwickeln würden, in der auch wieder über eine „Alternative" zur kapitalistischen Wirtschaftsweise nachgedacht und diskutiert werden könnte. Dann, so hoffte ich, würde sich auch der eingangs beschriebene Widerspruch zwischen Theorie und Praxis überwinden lassen. Diese Hoffnung war auch der Grund meiner Mitarbeit an der Zeitschrift „Signale – Dokumentation selbständiger Aktionen und Aktivitäten in der Arbeiterklasse" (1983-86).

Ich habe einige Zeit gebraucht, um zu begreifen, daß es in Wirklichkeit umgekehrt ist: Eine Praxis, die sich auf die „Vertretung von Belegschaftsinteressen" beschränkt oder auch nur konzentriert, weckt nicht das Bedürfnis nach Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, sie *blockiert* es, weil auch sie gefangen bleibt im engen Horizont des Betriebs, also des Privateigentums, das die Betriebe als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit voneinander trennt. Auch eine „konsequente" Vertretung von *Belegschafts*interessen ist blind für den gesellschaftlichen Zusammenhang der Betriebe untereinander wie für das Verhältnis von Gesamtarbeit und Gesamtkapital, sieht nur die Beziehungen zwischen Belegschaft und Einzelkapital (des Betriebs, des Unternehmens, des Konzerns, evtl. noch der Branche). Sie reduziert die „Belegschaftsmitglieder" auf ihre Rolle als Lohnabhängige oder Arbeitskraftverkäufer und als betriebliche Produzenten, ohne sie als gesellschaftliche Produzenten zu begreifen, die dem widersinnigen Privateigentum unterworfen sind. Und sie kann auch gar nicht anders, weil ihre Organisationsform, der Betriebsrat, der Organisation des Privateigentums, des Kapitals, angepaßt ist, nicht aber dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit. Die an den Betriebshorizont gefesselte Interessenvertretung kann daher auch nicht das Bedürfnis wecken, ihn zu durchbrechen und eine gesellschaftliche Aneignungsperspektive zu entwickeln; sie kann ihn und damit auch das Lohnabhängigendasein immer nur reproduzieren. Die einzige „Perspektive", die sie hervorbringen bzw. bestätigen kann, ist die Verbesserung und Verteidigung der Bedingungen, unter denen die Lohnarbeit stattfindet. Das ist natürlich völlig legitim, jedenfalls für die Belegschaften, die eine andere Perspektive nicht erkennen können. Aber die Vorstellung, diese „Perspektive" könnte, wenn sie nur „konsequent" genug verfolgt wird, zumindest den „aktiven" Kollegen den Zugang zu einer „alternativen", sozialistischen Perspektive öffnen oder erleichtern, war eine Illusion, Produkt des eigenen Unvermögens, dieser „Alternative" einen *praktischen* Inhalt zu geben.

Was mir selbst geholfen hat, den bornierten Betriebshorizont zu überwinden, war denn auch nicht die „konsequente Vertretung von Belegschaftsinteressen", sondern umgekehrt deren fortschreitende Erosion. Die beanspruchte „Konsequenz" der Interessenvertretung wird zur Phrase, wenn ihre Voraussetzung, die Lohnabhängigkeit, selbst in Frage steht und die weitere Unterordnung unter das Kapital als *beherrschendes* Interesse sich mit anderen Interessen in den Haaren liegt; wenn sich die Interessenvertretung in Rückzugsgefechten und Schadensbegrenzung erschöpft, in bloßer Verteidigung des Status quo, der doch nicht zu halten ist; wenn die traditionellen Bezugsgrößen der Interessenvertretung, der Betrieb und die Belegschaft, durch Teilstillegungen, Ausgliederungen, „Fremdvergabe" und „Prekarisierung" der Arbeitsverhältnisse selbst erodieren oder gar komplett zur Disposition stehen. Und auch wenn der Kampf für „den Erhalt der Arbeitsplätze" zu militanten Aktionen führt, bleiben diese regelmäßig ohnmächtige Wut- und Verzweiflungsausbrüche, weil und solange sie an den Grenzen des Privateigentums Halt machen und sich auf den Kampf für den „eigenen" Betrieb beschränken. Dabei sind es gerade diese Kämpfe, die den Keim eines Anspruchs auf gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel enthalten (am deutlichsten spürbar war das in Rheinhausen). Aber er kann sich nicht entwikkeln, solange die Belegschaften nicht nur materiell, sondern auch geistig an den Betrieb gefesselt sind. Und der Betriebsrat ist die ungeeignetste Organisation, ihnen da

herauszuhelfen, weil die praktische Fixierung auf den Betrieb (oder das Unternehmen) auch sein Bewußtsein absorbiert und ihn vor lauter Bäumen (Betrieben) hindert, den Wald (ihren gesellschaftlichen Zusammenhang) zu sehen. Diese Verengung des Bewußtseins durch den Betriebsratsalltag war für mich überhaupt die ernüchterndste Erfahrung. Sie wurde um so unerträglicher, je mehr sich die „konsequente Vertretung von Belegschaftsinteressen" als Fiktion entpuppte. Aber erst der Abschied von der Betriebsratsarbeit selbst verschaffte mir den nötigen Abstand, um zu begreifen, was das Wesen der Betriebsborniertheit ausmacht: Es ist die ideologische Fesselung an das Privateigentum, das die Belegschaften voneinander trennt, und die Blindheit für das, was sie verbindet – ihre *gesellschaftliche Arbeit.*

Die „Prekarisierung" und Borniertheit der betrieblichen Interessenvertretung ist eine allgemeine Erfahrung der B&G-Linken. Wie jede Krise könnte sie eine heilsame Wirkung haben, nämlich die Abkehr von der Fiktion, man könne der Macht des Privateigentums Paroli bieten, indem man darauf verzichtet, es in Frage zu stellen. Doch wie u.a. die Diskussion auf und zwischen den TIE-Konferenzen, das unsägliche TIE-Papier „Gegen die Konkurrenz- und Standortlogik" oder die Adler/Riexinger-Thesen zeigen, ist die B&G-Linke bis auf wenige Ausnahmen zu einer radikalen Reflexion der eigenen Praxis weder fähig noch bereit. Sie klammert sich weiter an den Mythos „linker Betriebspolitik" und sucht ihn zu retten durch die Beschwörung einer „linken Gewerkschaftspolitik" (bzw. -strömung). Doch auch die Gewerkschaften sind Organisationen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln voraussetzen und die Lohnabhängigen nur als Lohnabhängige erfassen. Sie können ihre überbetriebliche Solidarität organisieren, aber nicht ihre Vereinigung zum gesellschaftlichen Gesamtarbeiter, und nur dadurch würden sie zur Klasse für sich.

An dieser Stelle möchte ich zwei Passagen aus einem Artikel von Antonio Gramsci mit dem Titel „Syndikalismus und Arbeiterrat" zitieren, der am 8.11.1919 in der Zeitschrift „Ordine Nuovo" erschien. Die Zitate sind dem Buch „Der französische Maulwurf. Eine politische Reise" von Maria Antonietta Macciocchi entnommen (Rotbuch Verlag 1979). Sie selbst hatte diese und weitere Passagen 1976 in einem Gespräch mit Lip-Arbeitern vorgelesen, die erstaunt feststellten, wie sehr der Artikel ihren eigenen Erfahrungen mit den Gewerkschaften entsprach. Er hat auch heute nichts von seiner Aktualität verloren:

> „Der Syndikalismus hat sich als bloße Form der kapitalistischen Gesellschaft entpuppt, nicht als eine mögliche Überwindung derselben. Er organisiert die Arbeiter nicht als Produzenten, sondern als Lohnempfänger, als Kreaturen des kapitalistischen Systems des Privateigentums, als Verkäufer der Ware Arbeitskraft. Der Syndikalismus vereint die Arbeiter nach Maßgabe des Werkzeugs oder des umzuwandelnden Materials, was heißt, daß der Syndikalismus die Arbeiter nach Maßgabe der Formen vereint, die das kapitalistische System, das System des ökonomischen Individualismus durchsetzt. Die Tatsache, sich eher des einen als des anderen Werkzeugs zu bedienen, eher den einen als den anderen Rohstoff umzuwandeln, hängt von der unterschiedlichen Befähigung und Möglichkeit ab, Leistung und Gewinn zu erbringen; der Arbeiter erstarrt ... in seiner eigenen Befähigung und begreift sie nicht als ein Moment der Produktion, sondern als bloßes Mittel, sein Leben zu fristen. Die Berufsgewerkschaft oder die Industriegewerkschaft, die ihn mit denjenigen Kollegen vereint, die im selben Beruf oder in derselben Industrie arbeiten, also mit denen, die dieselben Werkzeuge benutzen ..., trägt mit dazu bei, ihn immer unfähiger zu machen, sich als Produzent zu begreifen, und bringt ihn dazu, sich als eine 'Ware' zu betrachten, die auf dem nationalen und internationalen Markt angeboten wird, wo sich, durch das Spiel der Konkurrenz, deren Wert und Preis herausbildet."
>
> „Der Arbeiter kann sich nur dann selbst als Produzent begreifen, wenn er sich als ein untrennbarer Teil des gesamten Systems der Arbeit begreift, das in dem hergestellten Gegenstand verkörpert ist, und wenn er die *Einheit dieses industriellen Prozesses* lebendig in sich spürt, eines Prozesses, der die Zusammenarbeit des ungelernten Arbeiters, des Facharbeiters, des Verwaltungsangestellten, des Ingenieurs und des technischen Direktors erheischt. Der Arbeiter kann sich selbst nur dann als Produzent begreifen, wenn er sich psychologisch in den besonderen Produktionsprozeß einer bestimmten Fabrik eingliedert..., sich als notwendiges und für die Tätigkeit eines, Automobile produzierenden, sozialen Ganzen unabkömmliches Glied erfahren hat, damit er eine neue Etappe erreicht und sich der Gesamtheit der Tätigkeit bewußt wird... Von dieser Zelle ausgehend – der Fabrik als Einheit, als schöpferischer Akt eines bestimmten Produkts –, gelangt der Arbeiter zum Verständnis immer größerer Einheiten, bis hin zur Nation, die in ihrer Gesamtheit ein riesiger Produktionsapparat ist, gekennzeichnet durch ihre Exporte, die Summe der Reichtümer, die sie gegen eine Summe äquivalenter Reichtümer austauscht, welche aus allen Enden der Welt herbeiströmen und die aus all jenen anderen riesigen Produktionsapparaten kommen, aus denen die Welt sich zusammensetzt. Dann ist der Arbeiter wirklich ein Produzent, weil er sich seiner Funktion im Produktionsprozeß bewußt geworden ist, und zwar *auf allen Stufen, angefangen von der Fabrik bis hin zur Nation und zur Welt*... Und er wird *revolutionär, weil er den Kapitalisten, den Privateigentümer als Ballast begreift*, als ein Hindernis, das es zu beseitigen gilt." (Hervorhebung von mir)

„Die Wirklichkeit muß zum Gedanken drängen"

Die Reflexion der eigenen Betriebsarbeit ging einher mit einer erneuten Ratsuche bei Marx. Besonders zwei Fragen bedrängten mich: Warum ist der bisherige Marxismus so gründlich gescheitert und die einstige „Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung" so vollständig zerstört? Und wie – wenn überhaupt – können die Lohnabhängigen gegen die Macht der verdinglichten Verhältnisse und versachlichten Zwänge kommunistisches Bewußtsein entwickeln? Oder anders ausgedrückt: „Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß selbst zum Gedanken drängen." (Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie) Beide Fragen führten zunächst zur Beschäftigung mit der Geschichte.

Der Geburtsfehler der KPD

In den „Antithesen zur den Thesen der 'Übergänge zum Kommunismus' vom August 1998" habe ich das in meinen Augen entscheidende Dilemma der KPD zu beschreiben versucht, in dem ihr historischer Niedergang (einschließlich der Implosion der DDR) vorprogrammiert war. Ich kann mich deshalb hier kurz fassen.

Als revolutionäres Kind der Sozialdemokratie hatte sie von dieser den Geburtsfehler geerbt, daß sie von der sozialistischen Organisation der Produktion als „Endziel" der proletarischen Revolution nur eine abstrakte Vorstellung hatte und daher auch kein konkretes *praktisches* Programm seiner Realisierung besaß. Die Sozialdemokratie hatte das einstige Ziel der „genossenschaftlichen Regelung der Gesamtarbeit" längst fallengelassen zugunsten einer zentral geleiteten „Staatswirtschaft" (auf dem Boden des Parlamentarismus, also einer repräsentativen Demokratie), in der auch das Geld als „Wertmaßstab" und „Zirkulationsmittel" fortwirken sollte. Die Betriebe sollten einander also weiter als getrennte Marktsubjekte gegenüberstehen und von einer selbständigen Staatsmacht gelenkt werden – eine doppelte Fremdherrschaft über die gesellschaftliche Arbeit. Die Halbheit der Novemberrevolution war ihr logisches Ergebnis. Sie blieb bei der Losung der „Arbeiterkontrolle" über die Betriebe stehen und erwartete deren „Sozialisierung" von Parlament und Regierung. Die Arbeiterräte wußten mit ihrer Macht nichts anderes anzufangen, als sie wieder aus der Hand zu geben. Was von der Rätebewegung blieb, war die kastrierte Organisationsform des *Betriebs*rats.

Auch die KPD blieb – trotz Rosa Luxemburgs Gründungsprogramm – im wesentlichen der Vorstellung eines zentralistischen Staatssozialismus verhaftet. Was sie von der SPD unterschied, war das Rezept seiner Realisierung auf revolutionärem, diktatorischem Wege. Das Mittel – die politische Macht, die „proletarische Diktatur" – verselbständigte sich gegenüber seinem Zweck und wurde zudem gleichgültig gegen seine Form als *Räte*republik. Angetreten als Instrument der Arbeiterklasse im Dienste ihrer sozialen Befreiung, verwandelte sich die KPD innerhalb weniger Jahre zu einer Partei, die die Klasse zum Instrument ihrer Machtergreifung degradierte. Diese instrumentelle Logik war die Triebfeder ständig wechselnder „Taktiken", die sich bis zur primitiven „Hetze" (Ruth Fischer) verstiegen. Eine ihrer Tiefpunkte war die Begründung der „proletarischen Diktatur" und des „Sozialismus" mit der These, der Kapitalismus könne nicht einmal mehr die physische Existenz des Proletariats sichern. „Sozialismus" also als das geringere Übel, als letzter Ausweg, aufgezwungen aus schierer Not und Verzweiflung! „Wir würden ja gerne darauf verzichten, aber der Kapitalismus läßt uns keine andere Wahl." Ich kenne keine demoralisierendere Begründung, keine vernichtendere Karikatur der Idee sozialer Emanzipation.

Die kommunistische Bewegung in Turin

In völligem Gegensatz zur Taktiererei und Phrasendrescherei der KPD stand der klare Kurs der Turiner Kommunisten um die Wochenzeitung „Ordine Nuovo", die zur geistigen Führung einer organisierten Massenbewegung wurden, die im April 1920 in einen (vorzeitig provozierten) Generalstreik mündete – und die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Als Quelle liegt mir nur ein Bericht von Gramsci vor, der 1921 im Organ des Exekutivkomitees der KI, „Die Kommunistische Internationale" Nr. 14, erschien (der komplette Artikel ist am Schluß dieser Broschüre abgedruckt). Aber Gramsci, meine ich, kann man Glaubwürdigkeit unterstellen:

> „Zum ersten Mal unternahm das Proletariat in Turin den Kampf um die Kontrolle über die Produktion, *ohne durch Hunger und Arbeitslosigkeit unmittelbar dazu gezwungen zu sein*. Zudem war es nicht nur eine Minderheit, die als Vorhut der örtlichen Arbeiterschaft in den Kampf trat – nein, die gesamte Masse der Turiner Arbeiter nahm den Kampf auf und unterstützte ihn trotz härtester Entbehrungen und größter Opfer bis zum Ende, ohne zu wanken." (Hervorhebung von mir.)

Vorher schon hatte es in Turin bewaffnete Aufstände gegeben, im Mai 1915 gegen die Kriegsteilnahme Italiens und im August 1917 nach einem Besuch von Delegierten des Petrograder Sowjets. Was die Bewegung von 1920 auszeichnete, waren ihre Orientierung und ihre Organisationsform. Die Initiative dazu war von der „Ordine Nuovo" und ihren Anhängern in der Sozialistischen Partei ausgegangen (die italienische KP wurde erst 1921 gegründet), die gegen Syndikalismus und Anarchismus eintraten für

> „... die Verlegung des industriellen Kampfes aus der Sphäre des Kampfes für die Verbesserung der Lebensbedingungen, für Neueinführungen und Verbesserungen in der Industrie – in die Sphäre des revolutionären

Kampfes für die Kontrolle über die Produktion und für die Diktatur des Proletariats... für eine neue Ordnung in den Produktions- und sozialen Beziehungen."

Außerdem hatten sie gegen die bestehenden „von den Kapitalisten anerkannten Arbeiterausschüsse" „die Frage der Betriebsräte auf die Tagesordnung gesetzt". Trotz Namensgleichheit waren sie grundverschieden von den Betriebsräten deutscher Provenienz.

„Die Organisation der Betriebsräte beruht auf folgenden Grundsätzen: in jeder Fabrik, in jeder Werkstatt wird auf der Grundlage der Vertretung (und nicht auf der alten Grundlage des bürokratischen Systems [der Gewerkschaften]) ein Organ gewählt, das die Macht des Proletariats verwirklicht, gegen die kapitalistische Ordnung kämpft und die Kontrolle über die Produktion durchführt, wobei es die gesamte Arbeitermasse in den revolutionären Kampf für die Errichtung eines Arbeiterstaates hineinzieht. Der Betriebsrat muß auf dem Grundsatz des Industrialismus [im Gegensatz zu dem des Syndikalismus] aufgebaut sein; er muß für die Arbeiterklasse ein Prototyp der kommunistischen Gesellschaft sein, zu der sie durch die Diktatur des Proletariats gelangen wird; in dieser Gesellschaft wird es keine Einteilung in Klassen geben, sämtliche sozialen Beziehungen werden nur von den Bedürfnissen der Produktionstechnik und der hiermit verbundenen Organisation geregelt werden, nicht aber einer organisierten Staatsmacht sich unterordnen. Die Arbeiterschaft muß einsehen, wie hehr und schön das Ideal ist, für das sie kämpft und sich selbst opfert; sie muß einsehen, daß gewisse Etappen zur Erreichung dieses Ideals notwendig sind; sie muß die Notwendigkeit der revolutionären Disziplin und Diktatur anerkennen."

Die Propaganda für diese Art Betriebsräte stieß auf große Resonanz, und nach einigen Monaten hatten sie die alten Arbeiterausschüsse verdrängt. Die konkrete Organisationsform der Betriebsräte sah so aus:

„Jeder Betrieb ist in Zünfte eingeteilt; jede Zunft führt einen bestimmten Teil der Arbeit aus; die Arbeiter jeder Zunft wählen einen Delegierten mit imperativem und bedingtem Mandat. Die Versammlung der Delegierten des ganzen Betriebs bildet einen Rat, der aus seinem Bestande einen Vollzugsausschuß wählt. Die Versammlung der politischen Sekretäre der Vollzugsausschüsse bildet den Zentralbetriebsrat, der aus seinem Bestande ein Stadtkomitee wählt."

Die konkreten Aufgaben der Betriebsräte waren vielfältig, von der Organisation der disziplinarischen Kontrolle im Betrieb über die Propaganda bis hin zur Bildung militärischer Kräfte.

„Die Betriebsräte faßten rasch festen Fuß ... Obgleich weder die Industriellen noch auch die Gewerkschaftsbürokratie die Ausschüsse und Räte anerkennen wollten, erzielten sie doch bedeutende Erfolge; sie vertrieben die Geheimagenten und Spione der Kapitalisten aus den Fabriken; sie knüpften mit den Angestellten und dem technischen Personal Beziehungen an, um Auskünfte finanziellen und industriellen Charakters über die Angelegenheiten des Betriebes zu erlangen; sie konzentrierten die Disziplinargewalt in dem Betrieb tatsächlich in ihren Händen und zeigten den verstreuten, uneinigen Arbeitermassen, was die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Produktion bedeutet... Die technische Organisation der Räte und Ausschüsse, ihre Aktionsfähigkeit vervollkommnete sich dermaßen, daß es möglich wurde, eine 16tausendköpfige, über 42 Unternehmen der 'Fiat'-Zentralwerke verstreute Arbeitermasse in fünf Minuten zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen. Am 3. Dez. 1919 ... mobilisierten die Betriebe ohne jede vorherige Vorbereitung im Laufe einer einzigen Stunde 120.000 Arbeiter..."

Während die Sozialistische Partei über die Rolle der „Räte als solcher" *nach* Eroberung der politischen Macht theoretisierte, demonstrierte die Turiner Bewegung die praktische Vereinigung der Arbeiter zur organisierten Klasse „für sich", die ihre ökonomische und politische Befreiung gleichzeitig vorzubereiten begann. Es war eine Bewegung, die die traditionelle Teilung der Klasse in Partei, („Transmissionsriemen") Gewerkschaften und unorganisierte Masse überwunden hatte, in der die Kommunisten als Motor oder Ferment wirkten, aber nicht als selbständige Repräsentanten (bzw. Aspiranten) der politischen Macht. Die traditionelle Trennung von Politik und Ökonomie, die Existenz der Politik als einer von der (kapitalistischen) Ökonomie abgehobenen Sphäre (repräsentiert durch Parlament und/oder Bürokratie) war in ihr ebenso aufgehoben wie das zeitliche Nacheinander von erst politischer Machteroberung, dann ökonomischer Umwälzung. Die politische Machtfrage konnte nicht die Frage der ökonomischen Befreiung der Arbeit verdrängen, verdunkeln oder ersetzen, weil umgekehrt die politische Organisation der Arbeiter auf der Organisation der Produktion selbst fußte und ihr Zweck, die Kontrolle über die Produktion als Vorstufe kommunistischer Produktion, unmittelbar praktisch gegenwärtig war. Darin liegt m.E. die bleibende historische Bedeutung dieser Bewegung, auch wenn uns das revolutionäre Pathos von damals fremd geworden ist und wir die „Bedürfnisse der Produktionstechnik" heute sehr viel anders beurteilen als Gramsci vor 80 Jahren.

Das weitere Schicksal der kommunistischen Bewegung in Turin ist schnell erzählt. Bei der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialistischen Partei stieß sie auf „erbitterten Widerstand", der die Industriellen zum Gegenangriff mit Hilfe der Staatsmacht ermutigte. 20.000 bewaffnete Polizisten wurden um Turin in Stellung gebracht, die die Be-

wegung zum isolierten Kampf in einem Generalstreik provozierten, der das ganze Gebiet Piemont ergriff, „d.h. etwa eine halbe Million Arbeiter und Bauern", und zehn Tage dauerte („die Metallarbeiter streikten einen Monat lang").

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung

Szenenwechsel: Im Sozialismus-Brett des CL-Netzes (ein Mailboxsystem) läuft 1996/97 eine monatelange Diskussion über den Wert von Waren und Dienstleistungen, ausgelöst durch die Frage nach dem Wert beliebig kopierbarer Software. Die Diskussion spielt sich vor allem zwischen zwei konträren „Wert"-Auffassungen ab. Die eine versteht den Wert als im Tauschakt entstehende bloße Gedankenform (Kategorie) ohne reale Existenz; real seien allein die Preise. Die andere sieht im Wert eine „soziale Eigenschaft" von Produkten, die in der Produktion durch die aufgewandte (gesellschaftlich notwendige) Arbeitszeit konstituiert wird. Eine Verständigung kommt nicht zustande, weil beide Auffassungen am Problem der Wert*größe* kleben, ohne zum „Geheimnis" der Wert*form* selbst vorzudringen. Zur Tatsache nämlich, daß die Privatproduzenten im Austausch von x Ware A gegen y Ware B usw. ihre verschiedenen besonderen Arbeiten auf gleiche, allgemein menschliche Arbeit reduzieren und reduzieren müssen, um sie überhaupt quantitativ vergleichbar zu machen. Es ist die Form dieser Gleich(setz)ung, die ihnen verbirgt, was sie tun. Und diese Form wird noch mysteriöser, sobald eine besondere Ware als Geldware fungiert, die durch bloße Zeichen ersetzbar wird, denen nicht mehr anzusehen ist, daß sie bestimmte Mengen gesellschaftlicher Arbeitszeit repräsentieren.

Das Verständnis dieser Form ist aber zugleich das Verständnis ihrer „Negation", der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch eine kommunistische Produktion. Indem die verschiedenen Privatproduzenten ihre verschiedenen Arbeiten als abstraktmenschliche Arbeit gleichsetzen, betätigen und bestätigen sie sich als Glieder einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung oder – was nur ein anderer Ausdruck dafür ist – als Glieder einer *gesellschaftlichen Kombination von Teilarbeiten*, einer gesellschaftlichen *Gesamtarbeit*. Sie tun das aus reinem Privatinteresse, weil ihr Arbeitsvolumen begrenzt ist und sie bestrebt sind, für ihren Arbeitsaufwand mindestens ein Äquivalent zu erhalten. Aber sie entwickeln damit einen gesellschaftlichen Zusammenhang untereinander, der ihre Abhängigkeit voneinander in dem Maße verstärkt, wie sich die Arbeitsteilung und mit ihr die Warenproduktion, vulgo: die „Marktwirtschaft", entwickelt. Mit der kapitalistischen Produktionsweise wird diese Entwicklung auf eine neue Stufe gehoben, wird die Warenproduktion verallgemeinert und die Teilung resp. Kombination der gesellschaftliche Arbeit unaufhörlich vorangetrieben, vertieft und erweitert, so daß sie das Privateigentum nicht nur überflüssig, sondern zum „Ballast" der gesellschaftlichen Reproduktion macht. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die unter der Herrschaft des Privateigentums den Produkten ihre Wert- oder Warenform verleiht und das Geld hervorbringt, wird zum entscheidenden Hebel, das Privateigentum aufzuheben und mit ihm auch die Wertform der Produkte und das Geld.

An der Oberfläche des „Marktgeschehens" scheint der Zusammenhang der Betriebe untereinander durch Geld vermittelt und ohne Geld unmöglich. Ebenso gilt der Preis, der Geldausdruck des „Werts", unverzichtbar für eine rationelle „Allokation und Distribution der Ressourcen", für die Steuerung der Produktion durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Tatsächlich ist es umgekehrt. Es ist gerade das Geld, das das Zusammenwirken der Betriebe immer wieder stört und unterbricht, weil sich in ihm die Wert- bzw. Kapitalform realisieren muß, die der Austausch den Produkten der betrieblichen Teilarbeiten aufzwingt. Die Kapitalform der Produkte aber bedingt die Teilung der in ihnen verkörperten lebendigen Arbeit (und damit auch der gesellschaftlichen Gesamtarbeit) in bezahlte und unbezahlte, in notwendige Arbeit zur Reproduktion der Belegschaften und in Mehrarbeit zur Vermehrung des Privateigentums. Und diese im Preis verborgene Form bewirkt gerade das Gegenteil einer rationellen Steuerung der gesellschaftlichen Arbeit im Dienste der Nachfrage. Sie ist Ursache einer gigantischen irrationalen Fehlsteuerung und Verschwendung gesellschaftlicher Arbeit, weil sie Millionen Arbeitsfähige an nützlicher Produktion hindert, nur weil ihre Arbeit nicht genug Gratisarbeit abwirft; weil sie weitere Millionen nur damit beschäftigt, die diversen Form- und Eigentümerwechsel der Arbeit zu bewerkstelligen; weil sie den gesellschaftlichen Bedarf an die zahlungsfähige Nachfrage fesselt und diese selbst beschränkt.

Was den Zusammenhang der formal selbständigen Betriebe und Unternehmen wirklich vermittelt, ist der stofflich-technische Zusammenhang ihrer Teilarbeiten, die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die sie zu einem weitgehend festgelegten und in sich vielfach rückgekoppelten System oder Geflecht von Produktions- und Konsumtionsbeziehungen verbindet, das zugleich flexibel auf Veränderungen der individuellen und produktiven Konsumtion reagieren kann. In der Produktionsmittel erzeugenden „Abteilung I", die in Deutschland mehr als 60 Prozent der jährlichen Gesamtarbeit absorbiert, wird praktisch nur noch auf Bestellung für bekannte, oft langjährige Kunden produziert. Auch in der Konsumtionsmittel erzeugenden „Abteilung II" wird für einen weitgehend bekannten Bedarf produziert, dessen Entwicklungstrends zudem laufend „erforscht" (bzw. angeheizt) werden und dessen aktueller Stand dank moderner Informations- und Kommunikationstechnik (Barcodes, Computervernetzung usw.) von der Ladentheke bis zum Produktionsbetrieb jederzeit präsent ist. Eine dem gesellschaftlichen (privaten wie öffentlichen)

Konsumtionsbedarf dienende Produktion wäre in technischer Hinsicht, d.h. vom Stand der Arbeitsproduktivität und der Kommunikationsmittel, ohne weiteres möglich. Was sie verhindert, ist die dem Privateigentum entspringende Kapitalform der Produktions- und Konsumtionsmittel.

Paradoxerweise könnte die kapitalistische Produktionsweise selbst ohne Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhang der Arbeit gar nicht funktionieren. Jeder Betrieb ist Schnittpunkt zahlreicher Ströme von Gütern und Dienstleistungen, denen ebenso viele Käufe und Verkäufe entsprechen. Geliefert und bezogen wird aber auf Kredit, mit bestimmten Zahlungsfristen. Bei „normalem" Geschäftsverlauf reduzieren sich die Forderungen und Verbindlichkeiten zum größten Teil auf Buchungsvorgänge oder Wechsel, die sich gegenseitig saldieren oder „liquidieren". Das heißt, das Geld spielt als Zahlungsmittel im Austausch der Betriebe untereinander nur eine untergeordnete Rolle – obwohl es als Versilberung unbezahlter Arbeit Zweck der Produktion ist. Würde jeder Betrieb immer sofort auf barer Zahlung bestehen, wäre der ganze Reproduktionsprozeß längst zusammengebrochen. Das ist eine der Absurditäten der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie mit dem kommerziellen Kredit die Vergesellschaftung der Arbeit voraussetzt, die sie als System des Privateigentums negiert. Und werden die wechselseitigen Kreditbeziehungen mal irgendwo gestört oder unterbrochen, dann kann das aufgrund der Abhängigkeit aller von allen eine Lawine auslösen, die -zig, ja Hunderte Betriebe in Zahlungsschwierigkeiten bringt, wie im Fall Holzmann. Ursache ist dann natürlich nur „schlechte Zahlungsmoral" oder „Mißmanagement", nicht etwa die Herrschaft des Privateigentums, die Wert- bzw. Kapitalform der Produkte.

Hierzu noch ein Beispiel. Eine häufige Ursache für die Pleite mittelständischer Unternehmen ist nicht etwa Auftragsmangel, sondern – Auftragssteigerung, Wieso, beschreibt eine „Risikomanagerin" in der FAZ vom 26.7.99:

> „Dem mittelständischen Werkzeugbauunternehmen im Süden Deutschlands geht es nicht gut. Damit es wieder zu Kräften kommt, startet der Außendienst eine groß angelegte Verkaufsoffensive und steigert den Umsatz kurzfristig tatsächlich um 10 Prozent. Das bedeutet das Aus für die Firma. Denn für eine derart hohe und überraschende Umsatzsteigerung fehlt die Liquidität, um die Aufträge vorfinanzieren zu können. Die Banken geben keinen Kredit mehr. Sie verhalten sich schon seit geraumer Zeit zurückhaltend. Der Umsatz, der das Unternehmen retten sollte, reißt es mangels vernünftiger Planung in den Ruin.
>
> Diese Gefahr droht vielen mittelständischen Unternehmen... Sie erleben eine paradoxe Entwicklung. Je höher der Umsatz steigt, desto schlechter geht es dem Unternehmen. Dieses Paradoxon tritt immer dann auf, wenn Ziele kurzsichtig geplant und die Folgen ihrer Realisierung nicht bis zur letzten Konsequenz durchgerechnet werden: Wenn tatsächlich 10 Prozent mehr Aufträge aquiriert werden – was heißt das dann für den Cash-flow, die Kreditlinie, den Personaleinsatz in Einkauf, Fertigung, Auslieferung und Kundenbetreuung oder für die Ausschußquote?"

Für die „Risikomanagerin" ist es allein der Mangel an „vernünftiger Planung", der die Existenz des Unternehmens, die Fortführung der Produktion gefährdet. Was sie nicht sieht (und wahrscheinlich auch gar nicht begreifen könnte), ist, daß es die Warenform der zusätzlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte ist, die zum Hindernis für die Ausdehnung der Produktion wird, weil sie zusätzlichen Vorschuß von Geldkapital erfordert, das aber nicht vorhanden ist bzw. von seinen Besitzern, den Banken, nicht oder nur zu ruinösen Bedingungen zur Verfügung gestellt wird. Für die „Risikomanagerin" liegt der Ausweg daher allein in verbesserter Planung durch „Simulationsprogramme", die jederzeit die Folgen von Auftragsschwankungen für den Verwertungs- und den Fertigungsprozeß berechnen. Und der Form nach sind das tatsächlich Instrumente, Betriebsabläufe unmittelbar an Verbrauchsschwankungen anzupassen, die also – bereinigt um die Warenform von Produktionsmitteln und Arbeitskraft – auch einer kommunistischen Produktionsweise dienen könnten.

Wie hinter der Fassade der „Marktwirtschaft" die Vergesellschaftung der Arbeit sich entwickelt und gleichzeitig behindert wird, zeigen die Beziehungen der Betriebe untereinander, die längst weit über die Ebene des bloßen Kaufs und Verkaufs hinausgehen, besonders in der Autoindustrie. Das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung hat in 1329 Unternehmen der Investitionsgüter- und der Autoindustrie das Verhältnis von Herstellern und Zulieferern untersucht. Das Ergebnis in der Autoindustrie (Vergleichszahlen für die Investitionsgüterindustrie in Klammern):

- Austausch von CAD-Daten bei 61 (47) Prozent,
- Einbindung der Zulieferer in die Produktionssteuerung der Hersteller bei 54 (19) Prozent,
- Qualitätsaudit durch die Kunden bei 83 (46) Prozent,
- parallele Produktentwicklung („Simultaneous Engineering") bei 54 (43) Prozent und
- Just-in-time-Anlieferung bei 76 (31) Prozent der Unternehmen (FAZ vom 12.11.99).

Kommunistische Produktion wäre nichts anderes als der Ausbau und die Verallgemeinerung solcher Beziehungen und ihre Befreiung vom Privatinteresse des Einzelkapitals. Denn tatsächlich sind die Beziehungen heute ja nicht rein kooperativ, sondern immer auch Beziehungen der Herrschaft des größeren Kapitals über das kleinere mit entsprechender Aufteilung des Mehrwerts. Trotz überdurchschnittlicher Produktivität liegt die „Umsatzrendite" bei

den Autozulieferern um 20 Prozent unter der der Investitionsgüterindustrie. Und das Machtverhältnis prägt auch den Informationsfluß:

„Die Zulieferunternehmen der Automobilindustrie sind zu sehr auf die Pläne für die Produktions- und Verkaufszahlen, die sie von ihren Kunden bekommen, fixiert. Doch die Daten der Autohersteller stimmen kaum mit der Realität überein. Planzahlen für die Produktion sind nicht selten aus Imagegründen nach oben geschönt. Darüber hinaus lassen sich die Hersteller mit der Revision der 'politischen Zahlen' oft Zeit. Das kostet die Zulieferer Geld. Sie haben falsche Kapazitäten geplant und waren mit zu niedrigen Preisen, die aufgrund zu großer Mengenplanung zustande gekommen sind, in die Verhandlungen mit ihren Abnehmern gegangen. Die Erfahrung zeigt, daß die Hersteller später zwar die Produktionszahlen, nicht aber ihre Preise revidieren." (FAZ vom 16.8.99)

Auch dies ein Beispiel dafür, wie „der Markt", also das Privateigentum, technische Informationen und Entscheidungen gerade nicht optimiert, sondern ihre Optimierung verhindert. Und das ist ja überhaupt eine der schreiendsten Absurditäten der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie in den Beziehungen der Marktsubjekte (auch der arbeitenden) untereinander die kleinlichste Krämerhaftigkeit hervorbringt, während sie gleichzeitig eine ungeheure Verschwendung an gesellschaftlicher Arbeitskraft veranstaltet.

Die „genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit"

Die Blindheit für die gesellschaftliche Teilung und Kombination der Arbeit ist eine der hartnäckigsten Denkschranken der Linken. Bei *Robert Kurz* führt sie dazu, daß er mit dem „Wert" gleich auch die „abstrakte Arbeit" (wie er sie grundsätzlich nur bezeichnet) abschaffen, sozusagen das Kind mit dem Bade ausschütten möchte. Er begreift nicht, daß *alle* Arbeit immer doppelt bestimmt ist als qualitativ besondere Arbeit, die auf einen bestimmten Nutzeffekt gerichtet ist, und zugleich als quantitativ allgemeine Arbeit, weil sie Teil eines bestimmten, begrenzten Arbeitsvolumens ist. Daher begreift er auch nicht, daß gerade die im „Wert" verborgene Reduktion der verschiedenen besonderen Arbeiten auf „abstrakte" oder gleiche menschliche Arbeit den gesellschaftlichen Zusammenhang der arbeitsteiligen Privatproduzenten als Glieder einer übergreifenden Gesamtarbeit ausdrückt. Folgerichtig ist er mit seinem Feldzug gegen die „abstrakte Arbeit" schließlich auch bei der Ablehnung jeder Form gesellschaftlicher Arbeit gelandet, beim „Manifest gegen die Arbeit". Immerhin hat Kurz das Verdienst, die Wertform der Arbeitsprodukte gegen die sogenannte und angeblich von Marx stammende „Arbeitswerttheorie" und gegen die Verewigung der „alle Werte schaffenden Arbeiterklasse" überhaupt erst wieder zum Gegenstand der Kritik gemacht zu haben.

Zu ganz anderen Schlußfolgerungen als bei Kurz führt das Unverständnis für die gesellschaftliche Arbeitsteilung bei *Daniel Dockerill* und *Karl-Heinz Landwehr* von der Zeitschrift „Übergänge zum Kommunismus": zur Vorstellung einer Vorausplanung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit mit Hilfe einer „kommunistischen Arbeitszeitrechnung", die mit „gesellschaftlich notwendigen" (d.h. durchschnittlichen) Arbeitsmengen für die Herstellung der verschiedenen Gebrauchswerte operiert und aus einem (wie immer auch) „bestimmten Konsumtionsbedarf" den Umfang der Gesamtarbeit und ihre „Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige" ermittelt. Diese Vorstellung läuft hinaus auf die Installation einer monströsen, über der Gesellschaft thronenden, „allwissenden" und „allmächtigen" Planungsinstanz. Mit den Ideen der holländischen Rätekommunisten, an die die „Übergänger" anzuknüpfen meinen, hat das nichts mehr zu tun; denn die verstanden die „kommunistische Arbeitszeitrechnung" nur als Instrument einer „leistungsgerechten" Verteilung, nicht aber einer zentralen und damit zwangsläufig bürokratischen Produktionsplanung.

Die Gleichsetzung von kommunistischer oder sozialistischer Produktion mit zentraler Planwirtschaft hat allerdings eine lange Tradition, an der Engels nicht unschuldig war. Berühmt und folgenreich war seine Darstellung des „Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung", der sich darstellt als „Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft". Als Hebel zur Überwindung dieser Anarchie galt ihm die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Entstehung von Trusts und Monopolen, eine Entwicklung, die für ihn gleichbedeutend war mit der Zunahme und dem Wachstum industrieller Groß- und Riesenbetriebe. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung würdigte er (anders als z.B. Lenin!) mit keinem Wort. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals aber ist die Form, in der das *Privateigentum* seine Herrschaft *über* die gesellschaftliche Arbeit organisiert, während deren eigene Organisation sich als fortschreitende Spezialisierung der Teilarbeiten entwickelt, die längst einhergeht mit der Schrumpfung und Zerlegung der traditionellen Riesenbetriebe.

Unmittelbar gesellschaftliche Produktion ist mit zentraler Planung der *Gesamt*arbeit ebenso unvereinbar wie mit der Aufrechterhaltung von Markt- und Geldbeziehungen. Sie kann nur bestehen in der *Selbstorganisation der gesellschaftlichen Arbeit durch die „assoziierten Produzenten"* (die immer zugleich auch produktive und/oder individuelle Konsumenten sind), indem sie die Produktionsmittel in gemeinsamen Besitz und ihre wechselseitigen, bisher geld-

und konkurrenzvermittelten Beziehungen bewußt, plan- und verantwortungsvoll in die eigenen Hände nehmen und vollenden, was die kapitalistische Produktionsweise selbst schon begonnen bzw. vorbereitet hat – die Kooperation mit den „Zulieferern", den bisherigen Konkurrenten, den betrieblichen „Kunden" wie den privaten und öffentlichen „Verbrauchern".

Natürlich nicht, um die vom Kapitalismus überkommene Organisation der gesellschaftlichen Arbeit einfach nur fortzusetzen. Eine kommunistische Revolution würde – wenn sie denn einmal Realität werden sollte – sicher ein Aufstand nicht nur gegen die private Herrschaft über die gesellschaftliche Arbeit sein, sondern auch gegen die damit verbundene Verteilung, Zusammensetzung und Intensität der Arbeit. Und doch müßte sie vom gegebenen Zusammenhang der Arbeit ausgehen, um ihn überhaupt planvoll umgestalten zu können. Gegenstand der Planung wären dann aber „nur" *Veränderungen* des bisherigen Arbeitsvolumens, der Produktions- und Infrastruktur, der Produktionstechnik, der Energiebasis usw., nicht die Gesamtarbeit als solche. Und die Formen dieser Planung würden der Assoziationsform der Produzenten selbst entspringen (müssen), die verrückt wären, wenn sie ihre gerade gewonnene Freiheit wieder an eine zentrale Planungsbehörde abträten. Denn das wäre – ich zitiere aus der „Nachlese zur 48. Woche 1998" – „die 'Negation der Negation', die Auflösung des 'Vereins freier Menschen' in die Vereinzelung unfreier Menschen, ein Rückschritt noch hinter die Vergesellschaftungsform der Warenproduzenten, die immerhin aus eigenem Antrieb produzierende Individuen sind, aber keine bloß ausführenden Organe eines fremden Willens. Die Konzeption einer zentralen Planwirtschaft kann überhaupt nur aufkommen, wo und wenn die Menschen zu bewußter, plan- und verantwortungsvoller Kooperation nicht fähig oder nicht willens sind (oder für dazu unfähig und unwillens gehalten werden), unter Bedingungen also, die die Planwirtschaft entweder zum Scheitern verurteilen oder nur als despotisches Regime zulassen. Tatsächlich kann die gesellschaftliche Arbeit um so weniger *zentral* geplant werden, je entwickelter die Teilung oder Kombination der gesellschaftlichen Arbeit ist, je komplexer und intensiver die Beziehungen der Teilproduzenten untereinander sind, je höher die Qualifikation und Vielseitigkeit der gesellschaftlichen Individuen, je reicher und vielfältiger ihre Bedürfnisse usw. Andersrum gesagt: Wo die gesellschaftliche Gesamtarbeit zentral 'geplant' wird, muß ihre Entwicklung gehemmt werden und die zentrale 'Planung' ihr Gegenteil produzieren – dezentrale Planlosigkeit, Verantwortungslosigkeit, Passivität, Verschwendung, Ineffizienz und kompensatorische 'Schattenwirtschaft'..."

So wenig „assoziierte Produktion" (Marx) mit zentraler Planwirtschaft zu tun haben kann, so wenig auch mit „sozialistischer Marktwirtschaft". Denn wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist, kann es auch keinen „Markt" mehr geben, auf dem die Produkte durch Kauf und Verkauf ihre Eigentümer wechseln, also auch kein Geld und keine in Preisen ausgedrückten „Kosten". Der Aufwand an Arbeit, Material und Energie könnte in ihren natürlichen, physischen Einheiten gemessen und verbucht werden statt in der, wie Engels ausdrückte, „schielenden" Abstraktion des „Werts". Die Produkte könnten nicht getauscht, sondern nur geliefert und bezogen, d.h. an den Ort ihrer Konsumtion transportiert werden. Jedes Produkt wäre von vornherein Verkörperung eines Bruchteils der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Gleichartige Produkte von Teilproduzenten mit unterschiedlicher Arbeitsproduktivität könnten daher auch nicht als Verkörperung ungleicher Arbeitsmengen in Erscheinung treten und miteinander konkurrieren. Die An- oder Ausgleichung von Produktivitätsunterschieden wäre, wie die Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt, nicht auf das Wirken eines verselbständigten „Wertgesetzes" angewiesen, sondern durch Kooperation und öffentlichen Austausch von Informationen und Know-how zu regeln. Denn wenn es kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr gibt, werden auch Betriebsgeheimnisse, Patentrechte, Konkurrenzängste und sonstige private Vorbehalte gegenstandslos. Auch das gesellschaftliche „Mehrprodukt" zur Erweiterung und Rationalisierung der Produktion wäre unmittelbar Teil des Gesamtprodukts, ohne die Form eines monetären Betriebsgewinns annehmen zu können.

Auch die Mittel der individuellen Konsumtion müßten nicht getauscht werden, auch nicht gegen „Stundenzettel", die die geleistete Arbeitszeit bescheinigen. Eine derartige „Verteilung nach der Leistung" wäre ein Rückfall hinter die bürgerliche Sozialpolitik; schließlich wären auch die nicht arbeitsfähigen Gesellschaftsmitglieder zu berücksichtigen. Die Konsumtionsmittel könnten durchaus „unentgeltlich" zur individuellen Aneignung zur Verfügung stehen. Bei den Mitteln des öffentlichen Konsums, wie dem Bildungswesen und anderen „öffentlichen Diensten", liegt das auf der Hand. Aber auch der Zugang zu den Mitteln des privaten Verbrauchs könnte großenteils frei sein, weil es ökonomisch keinen Sinn macht, kurzlebige Produkte zu horten und langlebige Produkte täglich zu wechseln. Zugangsbeschränkungen oder Formen der Rationierung würden nur bei solchen Gütern und Dienstleistungen nötig sein, die tatsächlich (noch) knapp sind oder bewußt (z.B. aus ökologischen Gründen) knapp gehalten werden sollen. Welche Methoden dazu am zweckmäßigsten wären, muß uns heute aber nicht unbedingt Kopfzerbrechen bereiten. Wenn der Übergang zu einer kommunistischen Produktionsweise tatsächlich einmal zu einem Massenbedürfnis werden sollte, dann werden die „Massen" selbst auch die Art und Weise der Verteilung diskutieren und praktikable wie akzeptable Lösungen hervorbringen.

Die „Internet-Revolution"

Robert Schlosser hat die kommunistische Produktionsweise auch als „kommunikativen Prozeß der Selbstregulierung" umschrieben. Die technischen Mittel dazu werden derzeit perfektioniert durch die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik, vor allem des Internet. Die Kommerzialisierung des Internet ist dabei, auch den „Kommerz" selbst, d.h. die kapitalistische Produktionsweise, zu verändern. In welchem Umfang und mit welchen Konsequenzen, das ist bisher noch kaum abzusehen. Der globale, dezentrale und öffentliche Charakter des Internet macht es aber auf jeden Fall zu einem Kommunikationsmedium, das auch für eine unmittelbar gesellschaftliche Produktionsweise als „kommunikativem Prozeß der Selbstregulierung" geeignet wäre. Schon die kommerzielle Nutzung des Internet läßt ahnen, welche Möglichkeiten es bieten könnte.

Ein Beispiel ist die *Logistik*, die Organisation und Kontrolle von Güterströmen. Auch bisher schon ermöglichten Bar- oder Strichcodes (die z.T. bereits durch zweidimensionale Codes oder durch Chips ersetzt werden) die Erfassung individuell identifizierbarer Güter von der Produktion bis zur Ladenkasse. Das Internet eröffnet hier neue Dimensionen.

> „So richtig interessant werden die Strichcodes ... erst, wenn man sie in unternehmensweite Prozesse, globale Handelsstrukturen und Warenströme integriert. Mercedes-Benz verschafft sich den aktuellen Überblick seiner über die Weltmeere schippernden Warenwerte, der UPS-Kunde kann online übers Internet den aktuellen Standort seiner Paketsendung rund um den Kontinent nachvollziehen, und Airbus Industries sorgen mit Datenfunk- und Barcodegestützter Lagerhaltung dafür, daß die Airbusflieger möglichst lange in der Luft und nicht unnötig am Boden bleiben. Auch unter dem Blickwinkel der Produkthaftung kann sich die Investition in Barcode-Systeme lohnen. Die Wege von Gütern – man denke an die komplexe Nahrungsmittelkette – lassen sich besser nachvollziehen... Die Wirksamkeit der Rückrufaktionen etwa der Automobilhersteller ruht ganz wesentlich auf der Informationsquelle Barcode, die dort die Rückverfolgung fehlerhafter Chargen bis tief in die weltweiten Zuliefer- und Vertriebsnetze hinein ermöglicht." (FAZ vom 5.7.99)

Ein anderes Beispiel ist die *„kundenindividuelle Massenfertigung"*, die eine Entwicklung fortsetzt, welche gerade von der „Wertkritik" ignoriert wird, die nur die „Diktatur des Tauschwerts über den Gebrauchswert" (Kurz) sieht. Die kapitalistische Produktionsweise ist ja tatsächlich eine „Selbstzweckbewegung", Produktion um der Produktion willen, weil Produktion von Mehrwert. Doch während sie, wo immer möglich, die Bindung des Tauschwerts an den Gebrauchswert der Produkte zu überlisten oder zu vernachlässigen sucht (durch eingebauten Verschleiß, beschleunigte Produktinnovation, schlichten Schund oder einkalkulierte Gebrauchsrisiken), kann sie doch nicht verhindern, daß gleichzeitig die Bedeutung des Gebrauchswerts (Produktqualität, Service, Kundenberatung und -betreuung) für die Realisierung des Tauschwerts und damit auch des Mehrwerts zunimmt, bedingt durch die Entwicklung der Technik, des gesellschaftlichen Bewußtseins und – der Regreßrisiken. Durch das Internet wird dieser Trend noch verstärkt.

> „Die Beziehungen zwischen Kunden und Anbietern werden sich ... im kommenden Jahrhundert grundlegend ändern... Was produziert wird, entscheidet in Zukunft unmittelbar der Kunde. Konsumenten bestimmen zahlreiche Merkmale ihrer Produkte selbst. Die Produkte werden entsprechend den Kundenwünschen hergestellt, wie es zuvor nur im Handwerk möglich war... Die Massenproduktion für anonyme Käufergruppen wird so zu einer für den einzelnen Kunden maßgeschneiderten Massenfertigung. Möglich wird dies durch den Einsatz moderner Informationstechnologien in Vertrieb, Entwicklung und Herstellung. Der Kunde ... gestaltet etwa per Internet sein zukünftiges Auto: Verschiedene Modellvarianten und individuelle Ausführungen kann er 'durchklicken', sich das selbstgestaltete Auto dreidimensional anschauen und per Internet bestellen... Individuell konfigurierte Waschmaschinen sowie maßgenaue Armlängen maschinell hergestellter Strickpullover sind weitere Beispiele..." (FAZ vom 26.5.98)

> „BMW-Käufer können sich ihr Traumauto bereits im Internet zusammenstellen und dabei aus einer Million Gestaltungsoptionen aussuchen. Bestellen müssen die Käufer aber noch beim Händler – aus Rücksicht auf deren Gewinnmargen... Doch die Internet-Anwendung beschränkt sich nicht auf den Verkauf: In wenigen Jahren werden Autos erst nach einer Internet-Bestellung gebaut – ohne Lagerkosten, ohne Unsicherheit über den tatsächlichen Absatz und ohne teure Marktforschung. Diese kundenindividuelle Massenproduktion steckt noch in den Anfängen, aber alle Hersteller arbeiten in diese Richtung." (FAZ vom 12.11.99)

Man darf sich von der Euphorie über die „schöne neue Welt" des „E-Commerce" natürlich nicht blenden lassen. Was sich hier ändert, ist zunächst mal nur die Distributions*weise*; die Distributions*verhältnisse* bleiben weiterhin bestimmt durch die bornierten Produktionsverhältnisse. Und doch liegt in dieser Entwicklung ein subversives Potential, das sich gegen die Produktionsverhältnisse selbst richten (lassen) könnte. Die begriffliche Fassade des „Marktes", die eine grundsätzlich unbestimmte und unbestimmbare Nachfrage vorgaukelt, verliert hier ihren letzten Halt. Die „kundenindividuelle Massenproduktion" ohne „Absatzunsicherheit" und „Marktforschung" macht sichtbar, was

technisch sowieso längst möglich und im Bereich der Produktionsmittelindustrien (und der Luxusgüterindustrien!) auch realisiert ist: daß die Produktion unmittelbar den qualitativen und quantitativen Anforderungen des gesellschaftlichen Bedarfs folgen könnte, auch im Bereich der Konsumtionsmittel. Was hier die Produktion hemmt, stört und krisenanfällig macht, ist nicht die „unberechenbare" und „launische" Natur des „Marktes", sondern einzig und allein die Fesselung der Nachfrage an die Zahlungsfähigkeit, also an die Warenform der Arbeitskraft und an die Kapitalform der Produktions- und Lebensmittel.

Das Beispiel der „kundenindividuellen Massenproduktion" zeigt auch, daß sich die Bedeutung des Internet nicht in seiner Rolle als technisches Medium kommunikativer und kommerzieller Beziehungen erschöpft. Es verändert auch die Beziehungen selbst, nicht nur die zwischen Produzenten und individuellen Konsumenten, sondern auch die zwischen den Teilarbeiten in der Produktionssphäre selbst. Die fortschreitende Integration der Teilarbeiten zwecks Optimierung des Verwertungsprozesses bereitet dessen eigene Aufhebung vor, weil sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln immer absurder macht.

> „In der Fabrik der Zukunft verschwinden die Grenzen zwischen Zulieferern und Unternehmen. Die Extremform ist das virtuelle Unternehmen, das sich abhängig vom einzelnen Auftrag aus mehreren Unternehmen bildet und nach der Auftragserfüllung wieder zerfällt. Die Lieferanten verfügen mittels Kommunikationstechnologien über alle notwendigen Informationen eines Auftrags. Sie liefern ihre Produkte zeitgenau an und werden so zu einem integrierten Teil der Produktionsprozesse..." (FAZ vom 26.5.98)

Schließlich noch ein erstaunliches Beispiel dafür, wie das Internet Initiativen freisetzen und beflügeln kann, die die Autorität des Privateigentums und seine angebliche Unverzichtbarkeit und Effizienz regelrecht blamieren:

> „Es zählt zu den revolutionären Vorteilen des Internets, daß es die Bildung von weltweiten virtuellen Gemeinschaften ermöglicht. Jeder ist eingeladen, daran teilzunehmen und das Geschehen aktiv mitzugestalten. Ein Beispiel ist die Verbreitung sogenannter Open-Source-Software. Open Source bedeutet nicht nur freien Zugang zum Quellcode zusammen mit dem Recht, daß jeder diesen verändern kann, sondern auch die Pflicht, daß diese Veränderungen der Gemeinschaft wieder zur Verfügung gestellt werden. Linux, jenes erfolgreiche Open-Source-Betriebssystem, zeigt sehr deutlich, daß eine solche virtuelle Internet-Gemeinschaft mit viel Spaß an der Sache durchaus ernstzunehmennde Software entwickeln kann... Durch das Internet und das Open-Source-Konzept wurde es möglich, daß viele einzelne Entwickler im Rahmen einer virtuellen Gemeinschaft in rasantem Tempo Software weiterentwickeln – unabhängig voneinander und doch gemeinsam.
>
> Das Open-Source-Konzept führt zunächst zum Chaos. Doch gerade dadurch können Assoziation, Intuition und Kreativität ihre volle Kraft entfalten. Wie aber kann aus diesem Sammelsurium von Ideen, Vorschlägen und Änderungen ein Produkt reifen? Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt im offenen Wettbewerb zwischen diesen Ideen. Die virtuelle Gemeinschaft entscheidet über die Akzeptanz und damit den Erfolg einer Idee. Die künstliche Protektion von Irrtümern ist ausgeschlossen, das Beste setzt sich auf evolutionäre Weise durch." (FAZ vom 24.8.99)

Selbst die FAZ mußte einräumen, daß Open-Source-Produkte „proprietärer Software" deutlich überlegen sind...

Die Veränderungen der Arbeitsorganisation auf gesellschaftlicher Ebene sind nicht zu trennen von den Veränderungen der betrieblichen Arbeitsorganisation, die seit einem Jahrzehnt als Lean Management und Lean Production auf dem Vormarsch sind. Auch Gruppenarbeit, KVP, Qualitätsmanagement, Kundenorientierung, Just-in-time-Anlieferung usw. enthalten progressive Momente, die über den bornierten Zweck der Produktion hinausweisen, dem sie dienen sollen, die die Abschottung der betrieblichen Arbeit von ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen aufbrechen und die den Produzenten bisher unterdrückte Fähigkeiten und Kompetenzen abverlangen. Joachim Bischoff von den SOST ist so weit gegangen, von einer „neuen gesellschaftlichen Betriebsweise" zu sprechen. Ich halte das für eine beschönigende Übertreibung. Einer, der es wissen muß, sieht das ganz anders:

> „Wenn heutzutage in Automobilunternehmen den inneren Marktkräften mehr freier Lauf gelassen wird und Entscheidungsbefugnisse an operative Einheiten abgegeben werden, dann geschieht das ... in erster Linie (zu) dem Zweck, Gemeinkosten zu sparen und Abläufe zu beschleunigen. Durch die Verschärfung des internen Konkurrenz- und Erfolgsdrucks, durch kurzfristige Ergebniserwartungen und die Politik der kurzen Berichtswege wird darüber hinaus versucht, die operativen Einheiten wieder besser unter zentrale Kontrolle zu bringen, den Zentralismus also wirkungsvoller zu gestalten. Diese provokanten Thesen stammen von Roland Springer, dem Leiter der Arbeitsorganisation und des Verbesserungsmanagements der Daimler-Chrysler AG... Der neue Zentralismus ist nach Springers Aussagen mit der Gewährung von größeren Handlungs- und Entscheidungsspielräumen in operativen Einheiten durchaus kompatibel, solange sich diese mit ihren Entscheidungen im Korridor zentraler Erwartungen, beispielsweise den vorgegebenen Kapitalrenditen, bewegen. Die heute in den Automobilunternehmen praktizierte Dezentralisierung sei keine Alter-

native zum Zentralismus, sondern eine Methode seiner Erneuerung, seiner Modernisierung. Unmittelbar sichtbar werde das am Instrument der Zielvereinbarung, das heute in allen Automobilunternehmen in Deutschland eingesetzt werde." (FAZ vom 19.4.99)

Denn natürlich stehen alle Zielvereinbarungen unter dem Diktat der Kapitalverwertung und des Konkurrenzkampfes. Aber die fortschreitende und (wenn man denn sehen will) sichtbare Vergesellschaftung der Arbeit bis hinein in die Betriebsabläufe macht eben dieses verselbständigte Ziel mehr und mehr angreifbar, weil widersinnig. Dazu reicht es allerdings nicht, das Kapital bloß als Kapital zu bezeichnen und den Profit bloß als Profit. Das ist ohnmächtiges Kapitulieren vor der Erscheinungsform. Dazu muß man endlich wieder das beim Namen nennen und in Frage stellen, was das Kapitalverhältnis erst konstituiert: das Privateigentum an Produktionsmitteln, und imstande sein, die Möglichkeit unmittelbar gesellschaftlicher oder kommunistischer Produktion konkret aufzuzeigen.

Stefan Suberlak, Das tanzende Dorf, Litho, 1960

Daniel Dockerill

Brief an Ansgar Knolle-Grothusen

Kiel, 16.10.00

Hallo Ansgar,

Zusammen mit diesem Brief schicke ich Dir eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung meines im Frühjahr 1998, kurz vor dem zweiten Treffen zur „Programmdebatte" herumgeschickten Textes „By The Rivers Of Babylon", mit der Bitte, ihn zusammen mit diesen Vorbemerkungen in den nächsten Ausgabe der Kommunistischen Streitpunkte zu veröffentlichen.

Veranlaßt hat mich zu diesem Schritt Werner Imhofs an den „lieben Freund" Karl-Heinz Landwehr gerichtete „Auseinandersetzung mit einigen Vorstellungen über eine ‚Ökonomie der Zeit'". Nichts dagegen, daß in den Streitpunkten auch ältere, schon etwas in Vergessenheit geratene Texte der Debattenteilnehmer Gegenstand von Polemik werden. Aber ich denke, es sollte dabei weniger um sogenannte „Vorstellungen" gehen als um *Argumente*. Ich möchte jedenfalls gar nicht näher wissen, was „im Kopf" eines Werner Imhofs vielleicht herumspukt, das er lieber nicht offen ausspricht. Vielmehr würde mich immer noch interessieren, was er meinen ausführlichen kritischen Kommentierungen seiner **übergänge**-Kritik entgegenzusetzen hat.

Unser Streit um die „Ökonomie der Zeit" hat bekanntlich selbst schon eine kleine Geschichte, und wir dürfen getrost unterstellen, daß darin *alle* Beteiligten inzwischen auch etwas gelernt haben. Einen „Wert der Arbeit" wird Karl-Heinz Landwehr heute sicher genauso wenig noch einmal zu Papier bringen wie etwa Werner Imhof seine frühere Behauptung, der Wert einer Ware umfasse „lebendige *und* vergegenständlichte Arbeit". Um so mehr käme es darauf an, in der Fortführung unseres Streits, seinen bisherigen Verlauf und darin schon vorgetragene Argumente und Gegenargumente irgendwie zu berücksichtigen.

Namentlich Werners „Unterscheidung zwischen geplanter und planvoller Gesamtarbeit", in der für ihn „der gesamte Dissens zwischen uns enthalten", welcher wiederum nichts geringeres sei als „ein Grundsatzstreit", ist uns, wie Du Dich vielleicht erinnerst, überhaupt nicht neu. Er hat sie schon im Herbst 1997 in seinen kritischen Anmerkungen zu den **übergängen** Nr.3 und 4 (aus denen auch die oben zitierte Behauptung über den Wert stammt) geltend gemacht. Sie ist damals in meiner langen Entgegnung ausgiebig gewürdigt worden. Ich schlage darum vor, Werners damalige **übergänge**-Kritik zusammen mit meiner Erwiderung (eventuell jeweils gekürzt auf die besagten „Grundsatzstreit" betreffenden Passagen) in einer der nächsten Streitpunkte zu veröffentlichen – selbstverständlich nicht, ohne Werner Gelegenheit zu einer Replik darin zu geben.[1]

Auch auf Werners Kernargument gegen die „Ökonomie der Zeit" ist, wie der hier eingereichte ältere Text von mir beweist, von Seiten der Übergänger[2] längst kritisch eingegangen worden, ohne daß Werner in seinem neuerlichen Vortrag es für nötig hält, davon irgendwie Notiz zu nehmen. Neu ist mir allenfalls der Vorschlag, an die Stelle der „Zeit" das schon eine geraume Weile regierungsamtlich gewordene bürgerliche Modewort von der „Nachhaltigkeit" zu setzen. Daß Werner nun also einmal mehr seine „Natur" ins Spiel bringt, verweist aber auf ein offenbar ziemlich grundsätzliches Mißverständnis der Marxschen Rede von der „Ökonomie der Zeit", in die „sich schließlich alle Ökonomie" auflöse (s. den Anhang II zu meinem Text), das eine ergänzende Bemerkung angebracht erscheinen läßt. Das Mißverständnis beruht hauptsächlich auf der namentlich in den *deutschen* sogenannten „Wirtschaftswissenschaften" früh eingebürgerten und dann um so hartnäckiger beibehaltenen Verwechselung von Ökonomie und „Warenkunde" (MEW 23, S. 50). Daß an allem konkreten, gegenständlichen Reichtum immer Natur, unabhängig von jeglicher menschlichen Arbeit, beteiligt ist, darauf hat bekanntlich Marx selbst (MEW 19, S. 15) als erster programmatisch aufmerksam gemacht. Und wir dürfen sicher sein, daß er das bereits gewußt hat, als er jenen Gedanken von der „Ökonomie der Zeit" niederschrieb, an den die **übergänge** anknüpfen. Aber in der *Ökonomie*, von deren Auflösung Marx da spricht, kommt eben diese Natur gar nicht vor, auf der sie gleichwohl letztlich beruht. Im Wert, um dessen Subjektwerdung es sich in ihr handelt, ist „kein Atom Naturstoff" (MEW 23, S. 62) enthalten. Schlimmer noch: Die Ökonomie setzt sich selbst anstelle der Natur,

1 In seinem „Nachtrag" (KS Nr. 2) kündigt Werner für „demnächst" ein „Papier über die vom Kapital geschaffenen Bedingungen für die Verwirklichung einer kommunistischen Produktionsweise ..." an, das, wie er in Klammern hinzusetzt, „zugleich eine Antwort ... auf Daniel Dockerills E-mail vom 15.01.98" sein werde. Gehe ich recht in der Annahme, daß besagtes „Papier" in den letzten Streitpunkten unter dem Titel „Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus" das Licht der Welt erblickt hat?

2 Da Werner selbst beliebt, die vermeintlichen Auffassungen der die **übergänge** tragenden Genossen jedenfalls in diesem Punkt pauschal als eine Soße zu referieren und zu kritisieren (vgl. etwa seine Ausführungen in den „Materialien zur KW 48/1999", S. 35) wird er sich nicht beschweren können, wenn ich ihm nun ebenso pauschal „als Übergänger" entgegentrete und so frei bin, seine „Auseinandersetzungen" mit den **übergängen** etwas anders an diesen zu messen, als er sie pauschal sich zurechtgemacht hat.

wähnt sich selbst als die allernatürlichste Tatsache. Es geht uns daher allen Ernstes um die *Auflösung* dieser Ökonomie, von der dann halt nichts als „die banale Grundlage" (**übergänge**-Plattform) übrigbleibt, daß, wie das einzelne Individuum, so die Gesellschaft zur Sicherung der „Allseitigkeit ihrer Entwicklung ... ihre Zeit zweckmäßig einteilen" (Anhang II) muß.

In Bezug auf diese Banalität von einer „adäquate[n] ökonomische[n] Theorie" zu sprechen, wie es Karl-Heinz Landwehr in seinem alten Papier getan hat, scheint mir allerdings inadäquat. Ein wirkliches Problem, das theoretische – und dann natürlich vor allem praktische – Bearbeitung erfordert, daher *keine* Banalität stellt allein besagte „Auflösung" dar, mit der jede speziell „ökonomische" Theorie am Ende sich erledigt haben wird. Daß indes in der Rede von der „Ökonomie der Zeit" Rücksichtslosigkeit gegen die Naturgrundlagen allen gesellschaftlichen Daseins unterstellt sei, wird auch dadurch nicht wahrer, daß Werner es – ohne irgendeine Begründung – nun zum wiederholten Male behauptet. Das Gegenteil ist der Fall, wie ich im beiliegenden Text u.a. gezeigt habe.

Worauf Werners Unwille gegen die Ökonomie der Zeit hinausläuft, läßt schließlich seine wiederholte Verlautbarung erkennen, Gegenstand gesellschaftlicher Planung könnten „nur ... notwendige Änderungen" (KS 5, S.74) der Gesamtarbeit sein, nicht aber diese „überhaupt" (ebd. S. 75) oder „als solche" („Materialien ..., a.a.O.). Was an sich schon sein früherer Einwand erahnen ließ, daß die Gesamtarbeit genossenschaftlich nicht geplant werden könne, weil dazu das nötige Subjekt außerhalb der zu planenden Gesamtarbeit fehle, wird allmählich zur deprimierenden Gewißheit: In Werners eurokommunistischer Genossenschaft[3] bleibt die Menschheit (die zivilisiert europäische; der armselige Rest sowieso) auf ewig zu Arbeit und nichts als Arbeit verdammt, unter welcher Perspektive das Zitat (KS 5, S.77) der Marxschen Rede von der Arbeit, die dereinst „selbst das erste Lebensbedürfnis geworden" sein werde, unversehens einen eigenartig pastoralen Sinn erhält.[4] Daß Marx im selben Kontext u.a. vom Verschwinden der „knechtende[n] Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit" spricht, also davon, daß eben nicht mehr die Individuen als bloß individuelle Glieder der Gesamtarbeit, sondern diese Arbeit im ganzen wie im einzelnen als bloßes Moment, Teilaspekt des gesellschaftlichen Individuums gesetzt ist, hat Werner jedenfalls geflissentlich ignoriert. Seine Genossenschaft ist verurteilt, für immer „nur eine Gemeinschaft der *Arbeit*" (MEW 40, S. 535) zu bleiben.

Nun ist aber jene Gesamtarbeit, die „als solche" ihrem Willen und Bewußtsein zu unterwerfen, Werner der Menschheit ein für allemal verboten hat, nichtsdestoweniger leider keine Einbildung, sondern existiert wirklich, wie die berühmten Sachzwänge des Kapitalismus alltäglich beweisen.[5] Eine Masse von der Arbeit vollkommen absorbierter Individuen, menschlicher Arbeitstiere, erzwingt daher, wenn wir nicht unterstellen wollen, daß hier Gesellschaft überhaupt zu bloßer, unmenschlicher Natur[6] regrediert sei, unweigerlich als ihr Gegenstück eine gewisse Anzahl von der Arbeit freigestellter Kommandanten und Nutznießer der Arbeit. Dies also, Werners eigene dogmatisch enge Prämisse, ist die logische Quelle seiner uns hartnäckig unterschobenen „Instanz", der wir „die unmögliche Praxis einer bürokratisch und zentral geplanten Pro-

3 Werners ausgesprochene Vorliebe für den exklusiven „Übergang zu kommunistischer Produktionsweise in Europa" scheint mir im Kontext seiner Argumentation zwar durchaus naheliegend, ist aber wegen ihrer besonderen politischen Brisanz zugleich ein Thema für sich. Nicht nur, daß sie die theoretische Barbarei der Bucharin-Stalin, mit der seinerzeit die praktische Sabotage des revolutionären Internationalismus quasi-wissenschaftlich untermauert wurde, ohne irgendwelche Bedenken sozusagen „weiterentwikkelt" – sie paßt vor allem politisch höchst fatal in die Landschaft des neuen Antiimperialismus eines gegen das Dollarimperium sich formierenden Eurolands (s. dazu z.B. DD und MG: Ob mit oder ohne Nato, ob Angriff oder Verteidigung: Kein Friede mit Deutschmark und Euroland. In KS Nr. 4, S. 5ff). Dazu vielleicht ein andermal mehr.

4 „Ganz anders als seine philanthropischen Nachbeter begreift Marx die ‚Entfremdung' der Arbeit als einen gewaltigen Fortschritt. Als illusionslos kalkulierbares Mittel für transzendente Zwecke nämlich erst kann sie aus den Menschen heraus und in die Naturprozesse selbst hinein verlagert werden. Der Arbeiter, der seine Arbeit haßt, der sich vor ihr drückt, wo er nur kann, der sie als Mittel zum Zweck verachtet, ist daher die erste Errungenschaft des Kapitalverhältnisses. Nicht ‚Humanisierung' der Arbeit, deren Rückkehr zu handwerklichen Formen – was neuerdings idiotischerweise gefordert wird –, sondern deren maximale Einschränkung und tendenzielle Abschaffung stehen mit dem Kapitalverhältnis auf der Tagesordnung." (Wolfgang Pohrt: Theorie des Gebrauchswerts. Frankfurt a.M., 1976, S. 76, Neuausgabe bei Edition TIAMAT, Berlin, Herbst 1995, S.119)

5 Werner macht zwar diese Wirklichkeit einem Robert Kurz gegenüber geltend, wenn er ihm attestiert, er begreife „nicht, daß gerade die im ‚Wert' verborgene Reduktion der verschiedenen Arbeiten auf ‚abstrakte' oder gleiche menschliche Arbeit den gesellschaftlichen Zusammenhang der arbeitsteiligen Privatproduzenten als Glieder einer übergreifenden Gesamtarbeit ausdrückt." („Materialien ...", a.a.O.) Daß er aber selbst hier etwas *begriffen* hätte, darf getrost bezweifelt werden, wenn er etwa in seinen „Antithesen" (KS 1, S. 50) die „Zusammenfassung der privaten Betriebe und Wirtschaftszweige zu *einem* gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß" zur Aufgabe des Kommunismus erklärt, die das Kapital bloß „weitgehend vorbereitet" habe. Offensichtlich noch nicht so recht begriffen (obwohl er es in demselben Text vorher unter Punkt I einmal so ausspricht; eine Kunst, die Werner zu beherrschen scheint wie kaum ein Zweiter: das Richtige mit dem Falschen zur friedlichsten Koexistenz zu vereinen) hat Werner, daß das Kapital selbst eine solche Zusammenfassung bereits *ist*. Der Kommunismus hat nichts weiter zu tun als deren *gegensätzliche Form* (die Aufhebung des Privatcharakters der Produzenten und seine Beibehaltung in einem zu sein), nämlich ihren *Klassencharakter* zu beseitigen.

6 zu jener „ganz neuen Spezies technologisch versierter Termiten" etwa, von der Wolfgang Pohrt (a.a.O. S. 24, in der Neuausgabe weggelassen) spricht.

duktion" (KS 5, S. 70) zugedacht hätten. Weil er die bekannten und allerdings fatalen Macken des realsozialistischen Experiments allzu kurzschlüssig, aber darin mitten im Zeitgeist auf die angebliche Hybris zurückführt, das Ganze der gesellschaftlichen Produktion planmäßig zu erfassen und zu gestalten, entscheidet sich Werner *theoretisch* für die Regression und also *praktisch* dafür, die Dinge ihrem gehabten Selbstlauf zu überlassen.

Soviel zu diesem Thema.

Ich nutze die Gelegenheit für einen technischen Hinweis zum Abdruck meines Beitrages „Antikritisches (II)". Es ist dabei ein kleiner und dennoch etwas ärgerlicher Fehler (offenbar beim Umsetzen in ein anderes Dateiformat) passiert: Auf Seite 37 in der ersten Spalte erscheint der vorletzte Absatz („Der Klassengegensatz bestimmt also ...") in der Schriftart und Form, die ansonsten in dem Text für meine Kommentare reserviert ist, statt, wie es richtig gewesen wäre, in serifenloser Schrift und eingerückt, so daß der äußerliche Eindruck entsteht, als handelte es sich in dem Absatz bereits um meinen Kommentar und nicht um einen Teil dessen, was erst im folgenden Absatz von mir kommentiert wird.

Nun noch einige Anmerkungen zu Deinen „persönliche[n] Betrachtungen ...", die den Beiträgen in der Nummer Fünf der Streitpunkte vorangestellt sind, sowie zu einigen dieser Beiträge selbst, soweit Du Dich auf sie beziehst.

1. „Determinismus"

„persönliche Verletzung" war nicht wirklich mein Problem mit Deiner Diagnose einer „Tendenz zu idealistischem Geschichtsdeterminismus" bei mir, sondern nur, daß es sich darin um keinerlei Argument für oder gegen irgend etwas handelt. Letzteres erhellt schon daraus, daß es offensichtlich gar nicht näher darauf ankommt, wofür man sich die Diagnose einhandelt. Hatte sie sich in Deinen „kritischen Anmerkungen" zu meinen Thesen auf die Aussage bezogen, daß „in allen früheren, vorkapitalistischen Formen gesellschaftlichen Lebens ... die sie durchziehenden Klassengegensätze mehr oder weniger offen zutage gelegen und gerade dadurch ihren *sachlichen* Grund verborgen" hätten, so schreibst Du nun: „Ich halte meine Kritik aufrecht an Daniels Aussage ‚Daß der Kapitalist nicht arbeiten muß, ist der einzige noch allgemein bestimmbare Zweck der Arbeit des kapitalistischen Lohnarbeiters' und an ihrer Herleitung, die ich als ‚geschichtsdeterministisch' versucht habe zu charakterisieren."

Den von Dir seinerzeit monierten „sachlichen Grund" hatte ich damals unmittelbar anschließend näher ausgeführt (vgl. KS 1, S. 13) und dann in meiner Antikritik zu Deinen Anmerkungen eine Stelle aus Engels' „Antidühring" sowie schließlich noch eine aus dem von Dir zur einschlägigen Lektüre empfohlenen Abschnitt in den Marxschen „Grundrissen" zitiert, die in derselben Richtung argumentieren. Wie nun auch immer das dazu passende Etikett aussehen mag – für die von Dir angemahnte „richtige Form, in der wir die Debatte produktiv führen können", dürfte es unumgänglich sein, sich solchen *Argumenten* zu stellen, statt sie unter irgendwelchen gängigen Labels zu begraben.

Was überhaupt die Distanzierung vom „Determinismus" in Sachen menschlicher Geschichte angeht, so kommt es in der Tat sehr darauf an, was wir darunter verstehen. Ich habe, wie Du vielleicht erinnerst, aus gegebenem Anlaß im Editorial zur Nummer Vier der **übergänge**[7] ein paar Überlegungen dazu angestellt. Daß ich mit „dem reinen Determinismus, dessen eintönige Litanei lautet: es ist alles so gekommen, wie es kommen mußte", nichts am Hut habe, hast Du dort schriftlich. Ich hatte allerdings, als ich meine Antikritik niederschrieb, schon befürchtet, daß Dein „Determinismus"-Knüppel womöglich auf anderes zielt, und das habe ich nun leider auch schriftlich: „Es geht beim Kommunismus nicht darum, irgendeiner Entwicklungsrichtung in der Geschichte zum Durchbruch zu verhelfen", schreibst Du in Deinen „persönlichen Betrachtungen".[8]

Materialistische Kritik des sog. „Determinismus", der die Vorherbestimmtheit von allem und jedem behauptet, zielt am allerwenigsten darauf, jede Vorherbestimmtheit in der Natur wie der menschlichen Geschichte, also jeglichen notwendigen Zusammenhang abzustreiten. Es liegt vielmehr (wie Engels in einer Notiz seiner „Dialektik der Natur" sehr schön zeigt)[9] die immanente Unwahrheit dieses Determinismus darin, daß sozusagen unter seiner Determinierungswut alles Determinieren sinnlos wird. Wenn jeder Furz in der Weltgeschichte vorherbestimmt ist, dann ist diese Vorherbestimmtheit selbst offensichtlich ein solcher.

Daß der moderne Kommunismus, so wie er uns heute sich abzeichnet, von allem Anfang unserer Geschichte in ihr beschlossen lag, mag ja gerne bezweifelt werden. Aber wie steht es in dieser Hinsicht mit der Entwicklungstendenz des *Kapitalismus*? Meine oben angesprochenen diesbezüglichen Erwägungen beginnen mit einem Hinweis auf Wolfgang Pohrts „Theorie des Gebrauchswerts", worin in aller Ausführlichkeit gezeigt wird, wie und warum der kritische Begriff des Kapitals genau dies unabdingbar voraussetzt:

---

7 unter dem Titel: „‚Revolutionstheoretischer Impetus' oder Theorie der Revolution? Die Übergänge laden ein zur Debatte um ein neues kommunistisches Programm".

8 Die Fortsetzung dieses Satzes „ ... sondern darum, daß diese Art von Geschichte selbst beendet und zur Vorgeschichte wird", unterstellt übrigens, was Du zuvor kategorisch dementiert hast: daß es „dieses Art von Geschichte", in der sich die eine oder die andere „Entwicklungsrichtung" unabhängig vom Willen und Bewußtsein der geschichtlichen Akteure geltend macht, offensichtlich sehr wohl gegeben hat und bislang noch gibt, daß sie also weit entfernt davon ist, bloß „angedichtet" zu sein.

9 MEW 20, S. 487ff.

daß es an sich selbst bestimmt werden kann als die Vorbereitung des Kommunismus, der das Kapital aufhebt. In der Tat! Wie sollte das Kapital „als ganz bestimmtes historisches Produktionsverhältnis“[10] aufgefaßt werden können, wenn sein bestimmter historischer Ort unbestimmbar wäre? Und dieser bliebe nach einer wesentlichen Seite hin unbestimmt, wenn zwar vielleicht die geschichtlichen Voraussetzungen und das Werden des Kapitals aus ihnen angegeben werden könnte, nicht aber das, wofür es seinerseits die Voraussetzung ist und wohin es daher übergeht: wenn das Kapital nicht „nämlich als Vorstufe zum Verein freier Produzenten“[11] bestimmt werden kann. Näher besehen bliebe damit auch das historische Werden des Kapital ein unbestimmtes, weil niemand sagen könnte, *was* denn da geworden ist.

Es handelt sich also „bei Marx“, was „eine Entwicklungsrichtung“ des Kapitalismus und dessen inzwischen links allseits verpönten emanzipatorischen „Fortschritt“ angeht, keineswegs um irgendwelche „Formulierungen, die so interpretierbar sind“, bloß am Rande, die Du da „für falsch“ halten möchtest, sondern um einen systematischen Gesichtspunkt seiner Kritik der politischen Ökonomie.[12] Wolfgang Pohrt hielt ihn seinerzeit zwar für alles andere als einfach „falsch“, wohl aber für historisch erledigt. Wenn nämlich das Kapital selbst zwar den Kommunismus als seine eigene Negation ausbrütet, dann ist es gleichwohl eben darum seinerseits die *Negation* dieses Kommunismus: Es entwickelt die Mittel zur völligen Befreiung der Individuen vom Naturzwang über alle jeweils vorgefundenen Schranken hinaus, also rücksichtslos insbesondere gegen die empirischen Individuen selbst, daher um den Preis der völligen Enteignung der Individuen von diesen Mitteln, ihrer Degradation zu selber den Mitteln der Entwicklung ihrer eigenen emanzipatorischen Potenzen. Aber als so bestimmter Gegensatz gefaßt, handelt es sich im Kapital um keine bloß zufällig verkehrte Form menschlicher Emanzipation, für die es dann ebenso zufällig und also beliebig wäre, wo und wann sie aufgehoben und durch die richtige ersetzt würde. Vielmehr könnte hier von gar keiner bestimmten *Entwicklung* die Rede sein, wenn nicht darin die Überlegung eingeschlossen wäre, daß jener Gegensatz, wie Pohrt es ausdrückt, „nicht prinzipiell unendlich prolongierbar ist, sondern durchaus einmal“ seine *Entscheidung* so oder so „fällig wird“.[13] Und diese Entscheidung haben wir nach Pohrts keineswegs bloß aus der Luft gegriffenen Diagnose mittlerweile bereits hinter uns. Die für Marx noch „prima facie als bloßer Übergangspunkt zu neuer Produktionsweise“ sich darstellende „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst“[14], erweist sich für Pohrt, „als Regression des Kapitalverhältnisses durch seine Vollendung“[15], mit der nicht nur überhaupt „der Gebrauchswert praktisch vernichtet“[16], sondern insbesondere, wie es schon im Klappentext der alten Ausgabe seines Buches heißt, auch der „(politische) Gebrauchswert“ der Marxschen „Kritik des Kapitalismus … erledigt“ sei.

Pohrts jüngere Brüder im kritischen Geiste von der Freiburger ISF machen mittlerweile offenbar Ernst mit solchem erledigten Gebrauchswert, wenn sie nicht nur einmal mehr das von Hans Georg Backhaus seit 35 Jahren gestreute Gerücht nachbeten, daß Marx „mit dem einzigen, was bei ihm über die Philosophie der Arbeit und also die naturrechtlich begründete Denunziation des Privateigentums hinausweist, nämlich mit der Wertformanalyse, definitiv nicht zu Rande kam“,[17] sondern überhaupt bezweifeln, daß Marx „verstand …, was er schrieb, als er *Das Kapital* eine ‚Kritik‘ der politischen Ökonomie nannte“[18]. Was Pohrt noch ganz richtig als an sich notwendige Bedingung solcher Kritik begriff, das ist der ISF heute nur mehr Anlaß zu hämischer Nachrede: „unter dem Titel der ‚geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation‘ (MEW 23, 789ff)“ habe Marx es fertiggebracht „ein Traktat zu verfassen, das die Steilvorlage zum Erfurter Programm der SPD war“[19]. Nun·ja – was für Pohrt vor einem Vierteljahrhundert politisch schon „erledigt“ war, wird man doch nun wohl endlich nach Belieben theoretisch fleddern dürfen!

10 Pohrt, a.a.O. S. 52f, Neuausg. S. 92

11 ebd. – Marx spricht freilich in diesem Zusammenhang wohl mit Bedacht nicht von „Produzenten“, sondern von „Menschen“.

12 In dem Text „Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden“, in dem Du „ausführlicher diesen Punkt … ausgeführt“ haben willst, bringst Du es obendrein fertig, gegen einen „falschen geschichtsdeterministischen Zungenschlag“, der bei mir „leider ein durchgängiges Motiv“ sei (KS 3, S. 8), unter anderem ausgerechnet mit einem langen Zitat aus den Marxschen philosophisch-ökonomischen Manuskripten aufzufahren, worin schließlich von nichts geringerem die Rede ist als vom „aufgelöste[n] Rätsel der Geschichte“, das der Kommunismus sei. Darf ich womöglich hoffen, daß es Dir nicht nur der Orthographie nach, sondern im Ernst gegen einen „falschen“ um den richtigen „geschichtsdeterministischen Zungenschlag“ geht? Darüber ließe sich doch immerhin reden! Etwas in der Art vernehme ich jedenfalls auch in Deinen „persönliche[n] Betrachtungen …“, wenn Du dort ziemlich apodiktisch erklärst: „Erst die danach [nach dem Sieg des Kommunismus; DD] beginnende Geschichte *wird* zielgerichtet sein, aber gerichtet auf Ziele, die die Menschen untereinander abmachen.“ (Hvh. Von mir; DD)

13 Pohrt, a.a.O. S. 51, Neuausg. S. 91

14 MEW 25, S. 454.

15 a.a.O. S. 190f., Neuausg. S. 249

16 a.a.O. S. 17, Neuausg. S. 57 („praktisch erledigt“ heißt es da).

17 Initiative Sozialistisches Forum: Der Theoretiker ist der Wert. Eine ideologiekritische Skizze der Wert- und Krisentheorie der *Krisis*-Gruppe. ça ira-Verlag, Freiburg 2000, S. 26. Zur Marxschen Wertformanalyse und ihrer Interpretation durch H.G. Backhaus s. DD: Wertkritischer Exorzismus statt Wertformkritik. Zu Robert Kurz' „Abstrakte Arbeit und Sozialismus“. In: **übergänge** Nr. 2, S. 49ff.

18 ISF a.a.O.

19 ebd.

Wer gegen solchen kritischen Diskurs unbekümmert sich daran macht, „den Kommunismus als ‚wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt', auf der Höhe der Zeit zu rekonstruieren", wie es die Kommunistischen Streitpunkte zum Zweck ihres Daseins erklären, wird nun freilich seinerseits nicht umhinkommen, zuallererst den geschichtlichen *Bruch* sorgfältig zu reflektieren, der in der Rede von der *Rekonstruktion* besagter „Bewegung" vielleicht etwas sehr beiläufig konstatiert ist. Und diese Reflexion ist nicht zu haben als eine über Geschichte ganz im Allgemeinen, so als wären wir da heute nur ganz grundsätzlich etwas klüger, als „auch Marx und Engels" es noch sein konnten. Daß Du im Grundsatz immerhin um einiges klüger bist, als es nach Deinen Erläuterungen zum „Geschichtsdeterminismus" den Anschein hat, zeigt allerdings weiter unten in demselben Text Deine Bemerkung zu Ulrich Weiß, „die revolutionäre Praxis" sei „ja gerade das Abwerfen der bürgerlichen Form", dessen „Resultat nicht am Beginn des Prozesses stehen" könne. Völlig richtig.[20] Was aber heißt das anderes, als daß *in* „der bürgerlichen Form" ihr Jenseits bereits irgendwie *enthalten*, daß sie an sich selbst zur Auflösung treibender Widerspruch sein, die Tendenz zu ihrer eigenen Aufhebung mit sich führen muß?

Wenn Du übrigens ausgerechnet Ulrich Weiß attestierst, „das Nervenzentrum unserer Debatte" zu treffen, an dem wir zwei beide untereinander bislang offenbar vorbeigeredet haben, gibt das indes nicht nur Deiner Reklamation an meine Adresse nachträglich eine recht eigenartige Pointe, sondern macht es mir vor allem einigermaßen rätselhaft, wer denn da noch mit wem worüber überhaupt „debattiert". Kommt doch Ulrich Weiß' Beitrag als ein einziges Musterexemplar jenes äußerst flachen Determinismus daher, der alle Geschichte auf blanke „Notwendigkeit" herunterkürzt. Da darf dann nicht nur „in allen östlichen Staaten" der jüngeren Vergangenheit ausgerechnet „die Spaltung der ‚sozialistischen' Gesellschaft" in Herrschende und Beherrschte, ohne daß es jemand unangenehm auffällt, „mehrheitlich auch von den Subalternen" – aus einem tiefen Gefühl für historische Zwangslagen, wie es scheint – „als Bedingung ihrer Existenz und der Verbesserung des Lebensniveaus gewollt und unter Opfern verteidigt bzw. hingenommen" worden sein.[21] Es „führen" obendrein kraft einer geheimnisvoll zwingenden Logik „Warenfetischismus und andere ideologische Verkehrungen" über „Lenins *Was tun?*" direkt in den Stalinismus und lassen in solchem historischen Kurzschluß am Ende nicht allein historisch-faktisch, sondern auch kritisch-theoretisch neben Stalin natürlich auch „Bernstein und nicht Lenin mit seiner Hoffnung auf die Köchin … Recht" behalten. Und am Realsozialismus, dieser unheilbar mißgebildeten Frucht einer „zeitweilig bis ins Stalinsche Extrem" getriebenen Kapitulation vor den Widrigkeiten der Weltrevolution (kulminierend im Pakt mit den Nazis), war eigentlich alles in Ordnung, weil Konsequenz einer höheren historischen Gesetzlichkeit namens „widersprüchlich-zivilisatorischer Fortschritt", nur nicht, daß dieser „Fortschritt", der Geschichte ein wenig vorgreifend, sich mit dem Titel des in Wahrheit doch erst heute „möglichen Sozialismus" geschmückt hat. Hätte sich die Sowjetunion „Union der *bürgerlichen* Sowjetrepubliken" genannt, wären alle Einwände des Herrn Weiß sozusagen a priori erledigt gewesen. Wer wissen möchte, wie man aus einer Prise Kritik der politischen Ökonomie eine kritisch aufgemotzte Apologetik sämtlicher Highlights des arbeiterbewegten Opportunismus im zurückliegenden Jahrhundert des Grauens hervorzaubert, dem sei der „mögliche Sozialismus" des Ulrich Weiß wärmstens ans Herz gelegt.

Wie zudem zu befürchten war, beantwortet der auf diesen „möglichen Sozialismus" zusteuernde „widersprüchlich-zivilisatorische Fortschritt" natürlich zu guter Letzt, wenn zwar nicht ausdrücklich, so doch – das Schweigen ist in diesem Fall auch eine Antwort – durchaus implizit sogar die Frage, „warum mehrheitlich eine willige Unterordnung unter die Faschisten erfolgte". Und damit sind wir allerdings am „Nervenzentrum unserer Debatte", das indes Ulrich Weiß nicht erst in seiner verschwiegenen Antwort, sondern bereits in der doch einigermaßen merkwürdigen Formulierung der Frage gründlich verfehlt. Von dieser ziemlich entscheidenden Begriffsstutzigkeit zeugt schon die Beiläufigkeit, mit der die Frage in seinem Text ganz am Ende einer Reihe scheinbar ähnlich gelagerter Fragen auftaucht, um unter einem flüchtigen Hinweis auf „H. Marcuse und andere Vertreter der *kritischen Theorie*", die da zwar „wesentliche", aber offenbar keiner näheren Erwähnung werte „Antworten gegeben" hätten, sogleich wieder zu verschwinden. Es ist wohl genau diese ausgesuchte Ignoranz, die das Mal des Grauens und untilgbarer Schande vergessen machen will, das seit Auschwitz namentlich hierzulande allem geschichtlichen Fortschritt eingebrannt ist, weshalb das an sich unerträglich platt-deterministische Geschwafel von Leuten wie Robert Kurz und Co. oder

20 wenn wir einmal davon absehen, daß Deine (d.h. unsere) revolutionäre Praxis mit dem, was dem Herrn Weiß vorschwebt, ganz sicher gar nichts zu tun hat: Der neue, erstmals „mögliche Sozialismus" als Fortsetzung der „Bürgerbewegung der DDR mit ihren Runden Tischen (vor ihrer deutsch-nationalen Zersetzung)" (die doch nur das coming out der rebellierenden „klassenungebundenen" Bürger der DDR war), also die „Revolution" *als Fortsetzung* der östlichen *Konterrevolution* gegen „auch die jetzt global herrschenden westlichen Machtstrukturen", ist – wie ich doch hoffe – so ziemlich das Gegenteil jenes „revolutionären Programms", auf dessen nähere Bestimmung die Debatte in den Streitpunkten einmal abgezielt hat.

21 Daß diese „Subalternen" womöglich etwas ganz anderes dereinst „unter Opfern verteidigt" haben, daß jene anhaltende „Spaltung" ihre Verteidigungskraft vielmehr schließlich gänzlich erlahmen ließ und so nur den Triumph der Konterrevolution überhaupt möglich gemacht hat, kommt unserem aller Subalternität längst enteilten freien Geist selbstverständlich gar nicht erst in den Sinn.

hier halt Ulrich Weiß über eine sogenannte „Durchsetzungsgeschichte" des Kapitals[22] bzw. „*innerkapitalistischen* (Entwicklungs-)Revolutionen" bisweilen nicht auf Anhieb und rundum als schiere Peinlichkeit empfunden werden mag.

Was aber sonst, wenn nicht zuerst und zuletzt das trostlose Wissen von Auschwitz, macht jene Differenz aus, um die wir in der Tat heute klüger sind oder vielmehr sein *müssen* als „auch Marx und Engels"? An ihm allein wird jene kritische Bestimmung des Kapitals als bloßen Durchgangspunkt zur menschlichen Gesellschaft zutiefst zweifelhaft, die Marxens Kritik der politischen Ökonomie seinerzeit systematisch zugrunde lag[23] und also überhaupt erst möglich machte. Es ist dieses Wissen, das macht, daß die arglose Behauptung jener „geschichtliche[n] Tendenz der kapitalistischen Akkumulation", in der Marx am Ende von Kapital Band Eins seine Kritik erstmalig resümiert, uns heute im Halse steckenbleibt, und das sodann allzu gerne allzu eilfertig verdrängt wird unter scheinbar unverfänglichen Bekenntnissen zur Nichtdeterminiertheit von Geschichte an und für sich und überhaupt.

Verdrängung scheint freilich allenthalben hier vorzuherrschen. Es fällt auf, daß Wolfgang Pohrt bei aller Reflektiertheit seiner Argumentation an dem kritischen Punkt dessen, was das fortwährende Entsetzen über Auschwitz wesentlich ausmacht, sich in eine dunkle Abstraktion flüchtet, die nicht wenig Ähnlichkeit aufweist mit der von keinerlei Reflexion mehr irritierten Frage des Herrn Weiß, „warum mehrheitlich eine willige Unterordnung unter die Faschisten erfolgte." Zwar ist bei Pohrt immerhin der Gedanke nicht nur überhaupt präsent, sondern zentral, daß der deutsche Faschismus „gerade kein auf der Menschheit lastendes Verhängnis, kein unabwendbares Schicksal"[24] gewesen ist, daß also Auschwitz nicht hat passieren *müssen*, d.h. ein gänzlich anderer Verlauf unserer jüngeren Geschichte sehr wohl *möglich* gewesen ist. Aber zugleich bleibt dieser Gedanke, von dem er selbst sagt, daß daran „sich die Theorie die Zähne ausbeißen"[25] müsse, seinerseits ein rein theoretisches Diktum. Praktisch scheint es, was jener anderen Möglichkeit von Geschichte hätte auf die Beine helfen sollen und können, gar nicht gegeben zu haben: Die „proletarische Revolution" habe nicht „rechtzeitig stattgefunden"[26] – spricht's und schweigt fortan davon.

Nun mag ja ein Streit darüber, ob unsere ominöse „proletarische Revolution" gar nicht, nicht rechtzeitig oder zu spät (darauf kommt's dann halt auch nicht mehr an) „stattgefunden" habe oder sie nicht vielmehr am Ende grausam *gescheitert* sei, zunächst vom Ergebnis her als bloße Pedanterie erscheinen. Tatsache bleibt, daß das *revolutionäre Proletariat* von den Faschisten in Deutschland buchstäblich erst umgebracht werden mußte, ehe jene „willige Unterordnung" unter sie, von der Ulrich Weiß berichtet, hat „erfolgen" können. Es darf also schon ein wenig stutzig machen, wie die Rede von der proletarischen Revolution, die nicht stattgefunden habe, in der Anonymisierung des wirklichen *Subjekts* dieser Revolution zu deren bloßem Attribut mit seiner realer Vernichtung merkwürdig zwanglos im Nachhinein zur Deckung kommt. Zwar hütet sich Pohrt, so etwas ausdrücklich zur Theorie zu erheben, aber in der Tat findet das Proletariat über den von Ulrich Weiß ihm generell zugewiesenen Status des bloß „Subalternen" auch bei Pohrt nirgends hinaus. Das oben zitierte Urteil am Ende seines Buches, daß die Verbrechen der Nazis „gerade kein auf der Menschheit lastendes Verhängnis, kein unabwendbares Schicksal" gewesen seien, wird darüber – ohne einen bestimmten Adressaten – zum frommen Appell, daß es umgotteswillen so sich verhalten möge, für den die Behauptung des Gegenteils keinen irgendwie relevanten Unterschied macht.

Allerdings handelt es sich bei jener Anonymisierung nicht um irgendeine schriftstellerische Laune, die durch bloße Veränderung der Terminologie zu beheben wäre. Ihr korrespondiert ein realer historischer Vorgang, dem der Versuch einer Neubegründung des Kommunismus als der Selbstbefreiung der eigentumslosen Klasse unerbittlich Tribut zollen muß. Ein solches Unternehmen wird – jedenfalls hier im Herzen Europas – sich seiner unabdingbaren *Prämisse*, der *Wirklichkeit* des revolutionären Subjekts, vor allem andern radikal *negativ* zu versichern haben: in der Anstrengung, Auschwitz als das Datum *seines* definitiven *Versagens* festzuhalten. Jeden positiven Verweis auf heutige „revolutionäre Möglichkeiten", der dies nicht zu seiner Grundlage hat, trifft dagegen vollkommen zu Recht das Verdikt unserer kritischen Genossen auf den Bahamas, „vorab Müll", weil „nichts als Affirmation und ausgebuffter Seelentrost" zu sein.[27]

22 dem in Wahrheit eben nur *als* sich durchsetzendes oder, wie Pohrt (a.a.O. S. 189, Neuausg. S. 247)) schreibt, „als Entwicklungsprinzip" jene Vernunft innewohnt, die es Gegenstand von Kritik sein läßt, wogegen seine vollendete Durch*setzung die* restlose Aufzehrung dieser *Vernunft* notwendig in sich einschließt.

23 „Gerade in ihren besten Repräsentanten, A. Smith und Ricardo, behandelt sie [die klassische politische Ökonomie; Anm. DD] die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches. Der Grund ist nicht allein, daß die Analyse der Wertgröße ihre Aufmerksamkeit ganz absorbiert. Er liegt tiefer. Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, der Kapitalform usw." (MEW 23, S. 95, Fn.)

24 Pohrt, a.a.O. S. 204, Neuausg. S. 264

25 ebd.

26 ebd. S. 17. In der Neuausgabe (vgl. S. 56f) weggelassen

27 Clemens Nachtmann: Adornos Orthodoxie. Das Fortbestehen der Revolutionstheorie nach ihrem Ende. In: Bahamas. Nr. 22 (Frühj. 1997).

Von diesem m.E. historisch zwingenden Kontext unserer Debatte, der im Editorial der **übergänge** Nummer Vier, das zu ihr einlud, und später in meinen „Thesen" etc. sicher noch sehr ungenügend umrissen ist, findet sich in ihr derzeit kaum noch eine Ahnung. Leider auch bei Dir. Das in Deinem – von Dir zur Therapie meines „Determinismus" empfohlenen – Text zitierte „Beispiel der KPD"[28], an dem Werner Imhof[29] zeige, wie eine „‚instrumentelle Logik' sich umdreht", ist eben keines. Nicht allein, daß das Argument, aus irgendeiner „Vorstellung von der Kommunistischen Partei als *Instrument* des ... Proletariats" sei schließlich die Partei als dessen bloße *Repräsentanz* entsprungen, dem avisierten Subjekt, das da seine Selbstbefreiung ins Werk zu setzen hat, ein ziemlich armseliges Zeugnis ausstellt – trotz „aller Entschiedenheit", mit der anschließend das Gegenteil „betont werden" mag. Vor allem ist es völlig unangemessen, Theorie und Praxis der KPD als ein Beispiel zu nehmen, was mit dem Kommunismus so alles schief gehen kann, wenn man sich die Dinge nicht gut genug überlegt. Die Annahme, wir könnten aus Fehlern der KPD lernen, wie wir es in Zukunft besser machen, verkennt die Unwiederbringlichkeit der Bedingungen, unter denen jene Fehler begangen wurden, und vielmehr noch die fatale Unabänderlichkeit ihrer Folgen. Wir haben nun einmal das ebenso unverdiente wie zweifelhafte Glück, garantiert nicht mehr Gefahr zu laufen, einer Partei zu unterliegen, die in der Folge schließlich das einmalige Verbrechen begeht, die systematische Ausrottung von sechs Millionen Juden in Europa zu organisieren. Mit seiner „Frage, warum sich ein anderer als der gescheiterte Kommunismus nicht entwickelt hat", landet denn auch Werner – der übrigens die Geschichte der KPD keineswegs als „Beispiel" abhandelt, sondern daran dem „Niedergang der kommunistischen Bewegung (in Deutschland)", so die Überschrift seiner IV. Antithese, auf die Spur kommen will – schließlich bei der inzwischen wenig originellen Vermutung „daß die objektiven[30] Voraussetzungen des Kommunismus" zu Zeiten der Weimarer KPD „noch gar nicht ausgereift waren", womit wir glücklich wieder bei Ulrich Weiß und seinem heute erstmals „möglichen Sozialismus" angekommen wären.

2. „zentriert"

Einen Streit darüber, „ob ‚zentriert' ein falsches Bild ist", finde ich genauso „unproduktiv" wie Du und habe so etwas in meiner Antikritik weder vorschlagen, noch gar anfangen wollen – schon weil ich von Bildern leider nichts verstehe. Ich habe vielmehr darauf aufmerksam machen wollen, daß die von Dir gerügte Konzentration des Blicks auf Deutschland für einen bestimmten historischen Augenblick von mir *begründet* worden ist, und darum gebeten, sich doch mit dieser Begründung auseinanderzusetzen, statt bloß Zensuren zu verteilen.

3. „begrifflichen Annäherung"

Deinen „Versuch einer begrifflichen Annäherung an einen Sachverhalt", nämlich den Zusammenhang abstrakter Arbeit mit Ware, Wert, Wert- bzw. Geldform, Kapital usw., habe ich weder überhaupt, noch gar „mit Hinweisen auf" diverse Koryphäen der einschlägigen Marx-Kritik „abgewehrt". Vielmehr habe ich zunächst ganz sachlich auf eine nötige Korrektur des Kurses dieser Annäherung aufmerksam gemacht, die sonst ihr Ziel verfehlt, und dann darauf hingewiesen, daß der Fehler, den Wert ohne weiteres für die Inkarnation (was halt etwas anderes ist als jene „gespenstige Gegenständlichkeit", als welche Marx den Wert zunächst festhält, nämlich eine bestimmte faßbare *Gestalt* oder *Form* dieser Gegenständlichkeit einschließt) der abstrakten Arbeit zu halten, vor geraumer Zeit bereits Robert Kurz auf eine unglückliche Irrfahrt geschickt hat. Mit diesem Hinweis war natürlich die heimliche Hoffnung verbunden, Du möchtest Dir meine ausführliche Kritik dieser – für mich seinerzeit ziemlich lehrreichen – falschen Weichenstellung im Ausgangspunkt der Kurzen Wertkritik, daraufhin vielleicht einmal – gerne auch kritisch – näher ansehen. Von Herrn Dühring oder Hermann Kirsch war in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

4. „Herrschaft des Produkts"

An unserer Plattform habe Dich „persönlich ... etwas enttäuscht ..., daß das kritische Echo, das Daniels Thesen in der Debatte der Kommunistischen Streitpunkte gefunden hat, seinerseits bisher kaum einen Widerhall bei den Übergängern findet", und präzisierst dann besagtes „Echo" als den Gedanken, „daß der Übergang zum Kommunismus eine doppelte Aufgabenstellung enthält, nämlich sowohl die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, als auch die Aufhebung der Herrschaft des Produkts über die Produzenten, und daß das erste Ziel ohne das vernachlässigte zweite nicht zu haben sein wird". Dieser Gedanke, so Dein Befund, „findet in der Plattform der ‚Übergänge zum Kommunismus' leider noch keinen Niederschlag".

Von der Herrschaft des Produkts über den Produzenten ist in der Plattform der **übergänge** an zwei Stellen die Rede. Im zweiten „Eckpunkt" geht es um die „Abschaffung der Lohnarbeit selbst, nämlich des die gesellschaftliche Arbeit in ihr Gegenteil verkehrenden Zwangs, daß sie sich verwerten muß, daß ihr gesellschaftlich erzeugtes Produkt, weil in den Händen der Privaten monopolisiert, die kooperative Arbeit zum Mittel seiner endlosen Selbstvermehrung

28 Ansgar Knolle-Grothusen: Die historischen Beschränktheit des Kommunismus erkennen und überwinden – ein Versuch zur Sichtung und Diskussion der bisherigen Debattenbeiträge. In: KS Nr. 3, S. 11.

29 in seinen „Antithesen"; KS 1, S. 46ff.

30 im „Nachtrag" (KS 2) korrigiert zu „materiellen".

degradiert." Und im dritten Eckpunkt heißt es: „Die im Geld ihren allgemeinsten, geläufigsten Ausdruck findende Ökonomie, in der die Produkte der Arbeit ihren Produzenten enteignet sind und über sie herrschen, löst sich auf in die banale Grundlage aller Ökonomie, die ‚Ökonomie der Zeit' ..."

Der zweite, aus unserem dritten „Eckpunkt" stammende Satz ist von meinen „Thesen" (mit der für unsere Frage nicht relevanten Abänderung der dortigen „rationellen Grundlage" in eine „banale") wortwörtlich übernommen. Von einer Kritik daran war mir bis dato nichts bekannt, aber ich lerne gerne dazu.

Offenbar steckt die Kritik in dem „sowohl ... als auch". Die Plattform der **übergänge** bringt zwar die Herrschaft des Produkts über den Produzenten sehr wohl zur Sprache, *relativiert* sie aber sogleich, insofern sie eine *Bedingung* dafür angibt, die ihrerseits weder im Produkt, noch in den sachlichen Komponenten seiner Produktion selbst liegt, sondern in dem sozialen Verhältnis unter dem letztere sich abspielt. Dagegen will die Kritik anscheinend die Herrschaft der Sachen als eine *selbständige* Komponente der kapitalistischen Misere festgehalten wissen, was mit Sicherheit nicht gut gehen kann.

In dem Text, in dem Du (gegen Herrn Pletnikow) „Zu diesem Thema" etwas ausführlicher argumentierst,[31] führst Du eine Stelle aus dem „Antidühring" an, in der Engels allerdings von „tierischen Daseinsbedingungen" der Menschen spricht, vom „Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte", von „objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten". Aber in solchen Charakterisierungen handelt es sich, soweit überhaupt um die kapitalistische Warenproduktion, nicht um sie im besonderen, sondern um das, was sie mit allen früheren gesellschaftlichen Formationen verbindet; nicht um den Unterschied, sondern um die Gemeinsamkeit zwischen kapitalistischen und vorkapitalistischen Verhältnissen. Insofern das Kapital *immer noch* Herrschaftsverhältnis ist, bestimmt es sich als das Erbe einer Zeit, in der die Menschen der Übermacht der unmenschlichen Sachen, der Übermacht der sie „umgebenden Lebensbedingungen", deren sie Herr zu werden suchten, ihren Tribut zahlen mußten. In der Herrschaft des Menschen über den Menschen drückt sich die je nur erst partiell gelungene, daher immer auch in Frage stehende Überwindung ihrer Beherrschung durch die Natur, der sie entstammen, aus – dies ist der Gedanke, der den zitierten Engelsschen Bestimmungen aller bisherigen menschlichen Geschichte zugrunde liegt.

Nun eignet sich freilich die Natur, die außer allem Menschlichen sich begründende Sache, an sich kaum zum Gegenstand von Kritik. Sie bliebe jedenfalls vollkommen taub dagegen. So auch ihre Herrschaft über die Menschen. Sie ist durch die systematische Ausforschung ihrer immanenten Gesetze allenfalls zu überlisten, und Kritik kann sich hier nur auf diese Forschung selbst, also eine bestimmte menschliche Tätigkeit beziehen. Wäre daher die für die kapitalistische Warenproduktion charakteristische Herrschaft der Sachen nur die *Fortsetzung* jener Herrschaft der „objektiven, fremden Mächte", von der Engels spricht, oder gar deren Potenzierung, dann dürften wir getrost alle Hoffnung fahren lassen, daran – zumal durch eine soziale Revolution – etwas entscheidendes ändern zu können. Glücklicherweise ist sie es nicht – oder vielmehr, hoffentlich, *noch* nicht. Dies ist jedenfalls zwingende Voraussetzung, wenn wir einmal annehmen, daß unsere unverdrossenen Bemühungen um die Kritik der politischen Ökonomie immer noch einen wirklichen Gegenstand besitzt und nicht bloß die an sich beliebige Beschäftigung hoffnungsloser Weltverbesserer mit den Produkten ihrer eigenen durchgeknallten Phantasie ist.

Angreifbar, d.h. letztlich abschaffbar, ist die das Kapital kennzeichnende Herrschaft des Produkts über den Produzenten nur, insofern sie etwas *anderes* ist, als sie zu sein scheint, insofern hier die Sachen, nämlich die von Dir angeführten, „einzelnen Gebrauchsgegenstände"[32], statt aus eigener Herrlichkeit zu herrschen, vielmehr ein *außer ihnen* liegendes Herrschaftsverhältnis vertreten, d.h. eines das nur noch in sich selbst begründet ist. Und in der Tat ist die „Sache", die hier wirklich herrscht, nicht irgendein materielles Ding, enthält sie eben „kein Atom Naturstoff" (Marx, s.o.), bezeichnet also nicht, „auch", wie Du schreibst, sondern *nichts anderes* als „die Gesellschaftsorganisation selbst": das von allen empirischen menschlichen Individuum unabhängig werdende und insofern sich versachlichende Produktionsverhältnis. Es ist nicht mehr die außermenschliche Natur, wessen sich die Menschen jetzt vor allem anderen zu bemächtigen haben, sondern ihr eigenes gesellschaftliches Verhältnis zueinander, das in dem gleichen Maße, wie es zur mächtigsten, unerschöpflichen Kraftquelle ihrer Herrschaft über die sie „umgebenden Lebensbedingungen" geworden ist, sich selbst seiner Beherrschung durch die Menschen entzogen hat. Genau diesen in sich bestimmten Zusammenhang macht Engels auf, wenn er sagt, mit dem Übergang zum Kommunismus würden die Menschen „wirkliche Herren der Natur, *weil* und *indem* sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden."[33]

Es läßt sich allerdings – jedenfalls theoretisch – ein Punkt angeben, an dem die Rede von einer Herrschaft der „einzelnen Gebrauchsgegenstände" über die Menschen unwahr wird nicht mehr, weil sie den Schein der Dinge mit ihrem

31 Ansgar Knolle-Grothusen: Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft? Kritische Anmerkungen zum Beitrag von Juri Pletnikow in der UZ vom 20.11.98. In: KS 5.

32 ebd., S. 51.

33 zitiert nach KS 5, S. 50, Hervh. von mir; DD

Sein identifiziert, sondern weil im Gegenteil dieses beides an ihnen tatsächlich identisch geworden ist. Unwahr bleibt sie dann gleichwohl, weil die derart umstandslos herrschende Sache aufhört, Gebrauchsgegenstand zu sein, denn in dieser Bestimmung wäre der Gegenstand nun einmal subsummiert unter ein frei seine Zwecke setzendes menschliches Subjekt. Das Kapitalverhältnis ganz abstrakt betrachtet, abstrahiert also von seiner wirklichen Geschichte, von den Klassenkämpfen, die es bewegen, namentlich denen der vergangen anderthalb Jahrhunderte, läge jener Punkt mit der Ablösung der Manufaktur durch die Fabrik im wesentlichen lange hinter uns. Das einzelne lohnarbeitende Individuum ist danach ohne jeden Zweifel in der Regel nicht mehr Herr sondern Sklave des Gegenstands, der früher einmal sein Arbeitsmittel war: der Maschinerie als dem Inbegriff des fixen Kapitals. Das ist in aller schonungslosen Ausführlichkeit von Marx im ersten Band des Kapitals längst festgehalten worden. Stefan Breuer hat denn auch gegen den Revolutionstheoretiker Marx nicht zuletzt diese Passagen in seiner ungefähr zur selben Zeit wie Pohrts „Theorie des Gebrauchswert" geschriebenen Dissertation über die „Krise der Revolutionstheorie" in Anschlag gebracht.[34] Und Wolfgang Pohrt läßt „von ca. 1871 an ... in Europa" eine durch die technologischen Fortschritte angetriebene und in der Entwicklung des Aktienkapitals zur vorherrschenden Kapitalform sich manifestierende „Ablösung des Wertgesetzes durch das Gesetz des Stärkeren"[35] einsetzen.

Hätte die offenbar spätestens zu diesem Zeitpunkt fällige Revolution wirklich einfach nicht „stattgefunden" und damit die revolutionäre Klasse des Proletariats als letztlich leider nur ein Hirngespinst der Kapitalismuskritik sich erwiesen – dann wäre allerdings der Schluß wohl zwingend, daß in der Maschinerie als der adäquaten Gestalt des Kapitals als Gebrauchswert das Kapital schließlich überhaupt aufgehört hat, wesentlich gesellschaftliches Verhältnis zu sein; daß es seither statt dessen buchstäblich als bloßes Produkt, Subjekt gewordenes ordinäres Ding, das „auch ohne Kapitalisten" auskommt,[36] über die amorphe Masse seiner je vereinzelten Produzenten herrscht. Mit einem „sowohl ... als auch" würde diese Frage allzu sehr verharmlost. Zwar ist das Kapital an und für sich ebensowohl ein unter Sachen verborgenes gesellschaftliches Verhältnis, wie es auch als ein solches mit Gewißheit endlich ist, aber ein Kommunismus, der einmal mehr den hier und jetzt gegeben Zustand aufzuheben sich anschickt, wird sich schon entscheiden müssen, ob er es darin immer noch mit dem Kapital als bestimmtem Produktionsverhältnis zu tun hat oder mit dessen „endlosem Ende"[37].

5. „Humbug"

Daß ich Deine Kritik sowohl meiner Ausführungen zur Spezifik des Kapitalverhältnisses, als auch „an der von Daniel vorgenommenen Auflösung von konkreter und abstrakter Arbeit" mit meiner Antikritik nicht habe auflösen können, akzeptiere ich erst einmal und bin gespannt auf das von Dir angekündigte Papier „zum ganzen ‚Arbeit sans phrase'-Humbug". Natürlich halte auch ich das von Dir Kritisierte bis auf weiteres aufrecht – aber was heißt das schon? Ebenso mein „Antikritisches", von dem ich gleichwohl zugebe, daß es gerade, was diese letztgenannten Streitpunkte betrifft, – nomen war hier wohl in der Tat ein etwas unglückliches omen – vieles, wahrscheinlich allzu vieles offen gelassen hat. Ich hatte mich seinerzeit halt auch „ziemlich geärgert" über Deinen „Notizzettel", und Ärger ist zwar oft sehr brauchbar als Stachel, immer wieder einmal von Neuem sich des Standes und also auch der Grenzen seiner Reflexion zu versichern, aber zur nötigen Sorgfalt darin braucht es eine andere Atmosphäre als die des bloßen Ärgers und dann auch entsprechende Zeit. Jedenfalls habe ich bei der neuerlichen Durchsicht Deiner „Fragen und kritischen Anmerkungen" zu meinen Thesen gefunden, daß insbesondere in der heiklen Frage, als was denn schließlich des Kapitals Charaktermaske, der „moderne Bürger", die Mehrarbeit der Proleten sich aneignet, von meiner Seite noch eine ganze Menge weiterer – durchaus auch selbstaufklärende – „Wortklauberei" not täte, die dann vielleicht endlich uns beiden etwas weiterhelfen würde. Mal sehen, wann ich die Zeit dazu finde.

Ansonsten möchte ich Dir einmal herzlich danken für die zweifellos ganz erhebliche Mühe, die Du mit der Herausgabe der Streitpunkte Dir aufgehalst und damit all den anderen „Teilnehmer[n] an der Debatte", die sich darin – in wie bescheidenem Rahmen auch immer – öffentlich streiten dürfen, bis auf weiteres abgenommen hast.

D.

---

34 Stefan Breuer: Die Krise der Revolutionstheorie. Frankfurt a.M., 1976

35 Pohrt, a.a.O. S. 193, Neuausg. S. 251f

36 „Nur als von den Sozialcharakteren, die es produziert, *auch* Verschiedenes ist das Kapital gesellschaftliches, durch Sachen vermitteltes Verhältnis von Personen. Hat es aber diese seine Existenzbedingungen aufgezehrt, sind die Subjekte mit ihm identisch geworden, und kommt es, wie heute, auch ohne Kapitalisten aus, so ist es auch kein Verhältnis mehr. Der Schein ist wirklich geworden, das Kapital ist Sache." (ebd. S. 79, Neuausg. S. 122)

37 „So existiert kein Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur mehr, welches selbständig Gebrauchswert setzt, so, wie es das Kapitalverhältnis tat. Den Menschen bleibt angesichts des endlosen Endes vom Kapitalverhältnis keine Alternative als die, entweder gemeinsam die gegenständliche Welt als ihren Gebrauchswert zu setzen oder von ‚sachlichen Mächten, ja übermächtigen Sachen' (RO/545) erschlagen oder auch geduldet zu werden – von Sachen, an denen selbst die Machthaber als bloße Anhängsel erscheinen." (ebd. S. 206; Neuausg. S. 266f, „(RO/545)" = Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie

Daniel Dockerill

By The Rivers Of Babylon

Eine (inhaltliche) Kritik unserer Debattenkultur

„Jeder an der Debatte Beteiligte weiß, daß es bei kaum einer Sache so sehr auf Klarheit ankommt, wie an dieser Stelle."
(Karl-Heinz Landwehr)
„Anscheinend reden wir aneinander vorbei."
(Werner Imhof)

Karl-Heinz Landwehrs Vorstoß zur Konzentration der Debatte um die sogenannten Basiskategorien der Kritik der politischen Ökonomie auf den *Inhalt* des Werts und die Frage seiner historischen Reichweite hat einen recht eigenartigen Disput ausgelöst. In den Erläuterungen seines Vorstoßes, die den größten Unmut erregen, hat Karl-Heinz Landwehr (KHL) eigentlich nichts Überraschendes verkündet oder eingeklagt, sondern nur die Quintessenz dessen vorgetragen, was die Auseinandersetzung der Übergänge mit der *Wertkritik* bislang erbracht hat, und damit übrigens, ohne Aufhebens davon zu machen, einer Forderung entsprochen, die während des ersten Treffens verschiedentlich an die Übergänger erhoben worden war. Diese hatten außerdem bereits in ihrer Einladung zum ersten Treffen mehr als einmal und ohne auf Widerspruch zu stoßen, der Debatte, zu der sie einluden, als erstes Material die in den Übergängen drei und vier versammelten Texte zugrunde gelegt (und zu dessen Ergänzung oder Revision aufgefordert). Darin wird in zweifacher Abgrenzung, gegen den traditionellen wie den neueren, wertkritischen Revisionismus der keineswegs bloß theoretische, sondern dezidiert *programmatische* Charakter aller gegenwärtigen Diskussion jenes Gegenstandes herausgearbeitet, um den die Debatte auf unserem kommenden Treffen gehen soll. Eine bestimmte „politisch-programmatische Ausrichtung" haben wir mit der initiierten Debatte natürlich nicht erst „jetzt", sondern erklärtermaßen von vornherein bezweckt und nie einen Hehl daraus gemacht, daß dieser Zweck sie nach unserer Auffassung von allem Anfang an bestimmen sollte.

KHLs Vorstoß zielt mit der möglichst präzisen Definition des Inhalts der Debatte auf ihre *zweckmäßige Form*. An den Zurückweisungen jener inhaltlichen Präzisierung fällt gerade umgekehrt auf, daß sie sich um den Aspekt der *Form* ihres Widersprechens zu wenig kümmern und darüber dann auch jede Bestimmtheit des Inhalts verloren geht. Das, wogegen widersprochen wird, ist augenscheinlich höchst unzureichend zur Kenntnis genommen worden. Hier wird – aus dem Gedächtnis oder sonst woher – falsch zitiert, dort – aus Angst vor Vereinnahmung oder warum auch immer – mutwillig mißverstanden und so die Möglichkeit verbaut, die offenkundig vorhandene *Übereinstimmung* in einem entscheidenden Punkt klar zu definieren.

I. KHL hat den „jetzige[n] Arbeitsschritt" qualifiziert als „die Weichenstellung der programmatischen Debatte". An anderer Stelle spricht er von der „Knotenpunktstellung der Waren- und Wertformanalyse", die wir nicht „verkennen" dürften. Wenn KHL anmahnt, daß wir „zügig da durchkommen" müßten, dann nicht etwa, weil er durch die Auseinandersetzung mit den sogenannten „Basiskategorien" im allgemeinen und Fiete Krumm im besonderen „die Programmdebatte verzögert" sähe, sondern, weil er sie im Gegenteil, ihrer zentralen Wichtigkeit entsprechend, *ergebnisorientiert* geführt wissen will.

Zur Begründung, weshalb „die inhaltliche Erfassung der Basiskategorien der K.d.p.Ö. [Kritik der politischen Ökonomie; DD]" nicht bloß das „Instrumentarium" der Programmdebatte zu sichern habe, sondern selbst bereits einen ersten, weichenstellenden Schritt darin darstelle, schreibt KHL unter anderem:

> „Drittens enthüllt die Waren- und Wertformanalyse den naturgesetzlichen Charakter des Inhalts des Werts; enthüllt zugleich unspektakulär (s. z.B. MEW 23, 92f) die Aufhebung seiner Form als einer durch die assoziierten Produzenten geplanten gesellschaftlichen Produktion."

Eine Genossin hat daraufhin die Frage gestellt, „warum der Inhalt des Werts einen naturgesetzlichen Charakter hat und keinen gesellschaftlichen". Aber weder KHL noch sonst jemand hat behauptet, was die Genossin hier begründet haben möchte, vielmehr unterstellt die Frage etwas, das selbst zunächst begründet werden müßte: daß naturgesetzlicher Charakter einer Sache ihren gesellschaftlichen Charakter ausschließe. Die Differenz von Natur und Gesellschaft ist schließlich keine absolute, sondern eine höchst bedingte und jedesmal konkret zu reflektierende.

Hat also niemand in Zweifel gezogen, daß der Inhalt, oder, wie Marx im „Kapital" sagt, der „Gehalt" des Werts gesellschaftlicher Natur sei, sind wir damit doch nicht die

Frage nach Art und Bedeutung dieses gesellschaftlichen Inhalts des Werts los. Ist jene *Gleichheit* sämtlicher konkreten Arbeiten vor dem Wert, die darauf abzielt, daß bei aller Verschiedenheit des wirklichen gegenständlichen Tuns jedesmal *dieselbe*, spezifisch *menschliche* Physiologie zweckmäßig sich betätigt, bloß eine durch die besondere gesellschaftliche Form selbst, also durch die Warenproduktion erzeugte Phantasmagorie? Oder bringt umgekehrt der Wert dieses *wirklich* allgemeine Moment jeder besonderen Arbeit vielmehr in phantasmagorischer *Form* zum Vorschein? Liegt das Spezifische des Werts in seinem (gesellschaftlichen) Inhalt, ist seine Form also entweder damit ununterscheidbar identisch oder bloßes Beiwerk („sekundär", wie Robert Kurz zu sagen pflegte, als er sich noch um Werttheorie gekümmert hat)? Oder liegt es vielmehr in jener eigenartigen Form, worin, wie Marx an Kugelmann schreibt[1], das „Vernünftige und Naturnotwendige" als Gesetz des Werts der Waren sich durchsetzt? Stellt die Behandlung der nur als Summe „aus zahllosen individuellen Arbeitskräften" existierenden gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft „als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft" (MEW 23, S.53), die dem Wert zugrunde liegt, schon an sich eine Vergewaltigung der menschlichen Individualität dar? Oder ist der Wert vielmehr nur der allgemeinste Ausdruck dafür, daß die Individuen diese Behandlung sich gegenseitig antun und äußerlich erleiden, ohne zu wissen, was sie tun und wie ihnen geschieht, statt (eingedenk dessen, daß nur in der Gesellschaft sie sich vereinzeln können) sich als individuelle Glieder einer einzigen gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft selbstbewußt zu organisieren?

So steht – nicht erst seit unserem Entschluß zu einem Repetitorium der Marxschen Werttheorie – die Frage, die KHL in seiner an Marx angelehnten, herausfordernden Rede vom „naturgesetzlichen Charakter des Inhalts des Werts" klärend zuzuspitzen sucht.

Sodann „interessiert" jene Genossin noch

> „hierbei doch, wie die Aufhebung der Wertform vonstatten geht – und das auch noch ‚unspektakulär'".

Macht das Spezifikum des Werts die spezifische *Form* aus, die ein naturnotwendiger, insofern historisch unspezifischer, allgemeiner Inhalt menschlicher Verhältnisse durch ihn erhält, so ergibt sich aus dieser Erkenntnis ohne weiteres („unspektakulär"), daß derselbe Inhalt (wohlgemerkt: der *abstrakte*, für sich festgehaltene, *formlose* Inhalt) ebensogut *andere* Form annehmen, die *Form* also, nicht aber jener Inhalt, *aufgehoben* werden kann. Die Aufhebung einer Form, worin der fragliche Inhalt „nur als blindwirkender Durchschnitt" (Marx an K.), das Notwendige unter lauter Verstößen dagegen unerkannt und darum gewaltsam sich durchsetzt, kann aber nur eine solche andere Form sein, die gerade die Blindheit der Wirkung ihres Inhalts aufhebt, indem sie diesen offenlegt, für jede Frau und jedermann jederzeit einsichtig macht und so als deren gemeinsamen Plan deren Herrschaft unterwirft. – Dies ist der nicht sehr geheimnisvolle, wahrhaftig wenig spektakuläre Sinn von KHLs Bemerkung, daß die Marxsche Bestimmung des Wertinhalts „zugleich unspektakulär" die Aufhebung der Form des Werts (lies: *Möglichkeit, Notwendigkeit* ihrer Aufhebung) „enthüllt", d.h. als Schlußfolgerung nahelege. Daß da „auch noch ‚unspektakulär'" irgend etwas „vonstatten geht", hat also einmal mehr niemand gesagt.

Wenn die Genossin sich dann zunächst beschwert, daß „Auch das angegebene Zitat" (MEW 23, S. 92f) ihr „hierbei", nämlich in der sie beschäftigenden Frage, wie denn wohl die Aufhebung der Wertform „vonstatten geht", nicht weiterhelfe, gleich darauf aber wissen möchte, „warum die Form – und nicht der Inhalt – gesprengt werden soll", fragt sich vollends, wer hier wohl dazu neigt, einer möglichen „gemeinsamen Entwicklung" allzu hastig vorauszueilen.

Fast so, als wollte sie das Knäuel an Fragen entschuldigen, mit denen sie uns bestürmt, schreibt die Genossin, sie müsse „die ‚Waren- und Wertformanalyse' schon genau kennen, um etwas aus dem besagten Abschnitt (MEW 23, S. 92f) herauszulesen." Da liegt vielleicht das Problem. Der „besagte Abschnitt" bzw. das „angegebene Zitat" handelt vom berühmten „Verein freier Menschen", bei dem sich alle Bestimmungen der individuellen Arbeit Robinsons, die Marx zwei Seiten vorher untersucht, als Bestimmungen gesellschaftlicher Arbeit wiederholen. In Robinsons einfachen und durchsichtigen Beziehungen zwischen sich und „den Dingen, die seinen selbstgeschaffnen Reichtum bilden", hatte Marx bereits „alle wesentlichen Bestimmungen des Werts enthalten" (MEW 23, S. 91) gefunden: Alle Verrichtungen, die zur Produktion seiner Gebrauchsgegenstände nötig sind, obgleich sehr verschiedener Art, werden durch „eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft" (MEW 23, S. 53) ausgeführt, und Robinsons Buchführung liegt diejenige Arbeitszeit zugrunde, „die ihm bestimmte Quanta dieser Produkte im Durchschnitt kosten." (MEW 23, S. 91) Dieselben Bestimmungen, die Marx als den „Gehalt" des Werts analysiert hat, machen sich hier in vollkommen veränderter Form geltend. Beim „Verein freier Menschen", mit dem Marx einen ersten, kleinen Ausblick auf die von uns diskutierte „Aufhebung der Wertform" gibt, genauer: auf ihr Resultat, den Kommunismus, regelt statt Robinsons planmäßiger Einteilung seiner individuellen Arbeit die „gesellschaftlich planmäßige Verteilung" der Arbeitszeit „die richtige Proportion der verschiednen Arbeitsfunktionen zu den verschiednen Be-dürfnissen." (MEW 23, S. 93). Damit aber die Arbeitszeit „gesellschaftlich planmäßig" verteilt werden kann, muß alle in der Gesellschaft verfügbare Arbeitskraft als *ein Ganzes*, als „eine und dieselbe", aus

1 s. Anhang I.

vielen individuellen Gliedern zusammengesetzte Arbeitskraft behandelt werden. Auch hier kehrt also der Inhalt des Werts (welcher letztere indes keineswegs *identisch* ist mit seinem, wohlgemerkt, abstrakt, für sich betrachteten Inhalt) in ganz und gar veränderter Form wieder.

Wie wir sehen, ist, was die Genossin aus „dem besagten Abschnitt" glaubt „herauslesen" zu sollen (die Antwort auf die Frage „wie die Aufhebung der Wertform vonstatten geht") auch bei genauester Kenntnis darin nicht zu finden, weil es darin nicht gar nicht das Thema ist. Dagegen finden wir eine ziemlich klare Antwort auf die Frage, die offenbar nicht an die Waren- und Wertformanalyse, sondern nur so in den Raum gestellt wurde: „warum die Form – und nicht der Inhalt – gesprengt werden soll".

II. Werner Imhofs Begründung seines Unwillens, sich mit Fietes „Kursunterlagen" näher zu beschäftigen, sticht nicht, das ist wahr. Daß Fiete Krumms Text sehr wohl „eine bestimmte politisch oder/und theoretisch einflußreiche Lesart" der Kritik der politischen Ökonomie repräsentiert, zeigt freilich erst die Reflexion des wirklichen politisch-theoretischen Kontextes, in den jegliche Rezeption derselben (also auch unsere) sich unvermeidlich gestellt sieht. Es zeigt sich dann z.B., daß Fiete Krumms scheinbar rein theoretische Erörterungen vermeintlicher Argumentationsschwächen der Marxschen Kritik des Warenfetischs nicht nur überhaupt einen *vortheoretischen* Zweck verfolgt, sondern bei der Verfolgung ihres Zweck sich in derselben werttheoretischen Konfusion verheddern wie derzeit der gesamte linksradikale Mainstream (soweit sich da jemand irgend werttheoretisch äußert). Und es zeigt sich dann auch, daß die unter uns aufgekommenen Fragen, „warum der Inhalt des Werts einen naturgesetzlichen Charakter hat und keinen gesellschaftlichen" und „warum die Form – und nicht der Inhalt – gesprengt werden soll", nicht nur jenes Zentrum aller linksradikalen Schwierigkeiten mit der Werttheorie bilden, als welches sie zu behandeln KHL vorschlägt, sondern daß wir mit ihnen, ob wir wollen oder nicht, uns immer schon mitten in einem *politischen Streit* befinden, der jedes echt *theoretische* Interesse natürlich um so mehr kontaminiert, je weniger er von uns in Rechnung gestellt wird.

Dies ist denn auch der Grund, warum es Sinn macht, wenn wir uns das nötige gemeinsame Verständnis des theoretischen Fundaments der Kritik der politischen Ökonomie nicht einfach „auf direktem Weg, anhand der Marxschen Texte" (W.I.) zu sichern suchen. Zuallererst nämlich haben wir uns doch wohl darüber genau zu verständigen, für *welche bestimmten Aspekte* der Marxschen Theorie es *inwiefern* denn, wie Werner schreibt, „sicher angebracht" sei, „mögliche Unklarheiten und Widersprüche im Verständnis ... aufzudecken und zu beseitigen". Da wir uns eine Programmdebatte und kein Schulungsseminar vorgenommen haben, kann es sich dabei ja kaum um die bloß zufälligen, subjektiven Defizite der an der Debatte gerade Beteiligten handeln. Diese müssen vielmehr ihrerseits im Kontext jener Auseinandersetzung um Stellenwert und Verständnis der Kritik der politischen Ökonomie diskutiert werden, die die derzeitige Umgruppierung und Neuorientierung verschiedener Strömungen der politischen Linken begleitet. Die „direkte" Interpretation der Marxschen Werttheorie, wenn sie nicht genauestens reflektiert, wo in jener Auseinandersetzung sie selber steht, wäre bloß eine Illusion, die eine Parteinahme darin durchaus vergeblich vermeidet.

Wenn die Beschäftigung mit Fiete Krumms „Kursunterlagen" sogar den Gutwilligsten in unserer Runde offenbar so viel Schwierigkeiten gemacht hat, daß sie schließlich entnervt das Handtuch warfen, so liegt das wahrscheinlich am wenigsten an der „Verschrobenheit" (W.I.) der darin ausgebreiteten „Denkweise", oder richtiger: Handelte es sich allein um die besondere „Verschrobenheit" des *Fiete Krumm*, dann wäre damit sicher leicht fertig zu werden. Wie nun aber schon der bescheidene Anfang unserer Debatte zeigt, *teilt* sie mit Fiete zumindest die eine, sehr entscheidende Schwierigkeit im Verständnis der Warenanalyse, Identität und Unterschied von Form und Inhalt des Werts richtig zu bestimmen. Aus dieser Unschärfe in der Bestimmung des kategorialen Ausgangspunkts erklären sich die meisten jener „gedanklichen Winkel- und Klimmzüge", die Werner an Fietes Darbietungen zurecht so verärgert haben. Am ärgerlichsten daran ist freilich, daß wir über solchen unbestimmten Ärger hinaus offenbar noch kaum zu einem wohlbegründeten *Urteil* in der Lage sind, das die Angelegenheit für uns und damit für andere nachvollziehbar wirklich *erledigte*. Erst ein solches Urteil befreite uns aus der schlechten Alternative, Fietes Übungen mit unsicheren Erfolgsaussichten „in allen Einzelheiten" nachzuturnen oder uns mit ein paar abwertenden Etikettierungen mehr oder weniger elegant aus der Affäre zu ziehen.

Wenn nichts anderes, so wiese zumindest dieser doch ziemlich hilflose Umgang mit den „Kursunterlagen" auf eine noch nicht näher bestimmte *Affinität* zu der darin dargebotenen Auffassung von Ware, Wert und Wertform etc. hin, die, unbewältigt, deren Kritik allzu enge Grenzen zieht. Aber diese die Kritiker entnervende, ihr abgeklärtes Urteil störende, schlecht abgegrenzte unmittelbare Nachbarschaft zu Fietes Auffassungen ist auch ansonsten eigentlich kein Geheimnis und oben schon benannt. Was die oben zitierte Genossin fragend zurückweist und Werner als den „Knackpunkt" seiner „Differenzen" mit KHL bezeichnet: daß dieser einen von der *Form* des Werts unterschiedenen, also unter *Absehung* von seiner Form qualitativ wie quantitativ zu bestimmenden *Inhalt* des Werts festhält, eben das hat Fiete als „Schwäche von Marx *Darstellung*" in jenem Fetischabschnitt ausgemacht, in dem Marx seine Analyse der Ware abschließend zusammenfaßt.

Auch Fiete Krumm ist unzufrieden mit der

> „ ... Eingrenzung, die Marx ... vornimmt, daß dies Geheimnis [des Fetischcharakters der Ware; DD] nicht aus dem Inhalt der Wertbestimmung, sondern aus der Warenform entspringe".

Sie sei „ein schlechter Ansatzpunkt", findet er. Zwar sei die „Aussage ... nicht falsch, aber die Analyse zäumt die Sache verkehrtrum auf." Seine Begründung dieser Kritik erledigt dann allerdings mit der angeblich „verkehrtrum" aufgezäumten „Analyse" auch die „Aussage" selbst, wenn er gegen Marx u.a. argumentiert:

> „Als ‚von der Qualität der Arbeit sogar sinnfällig' unterscheidbare Quantität ist die Arbeitszeit *außerhalb* der Warenproduktion überdies nur Quantität der *konkreten* Arbeit, nicht einer ‚abstrakt gesellschaftlichen Arbeit'."

Der Ausdruck „abstrakt gesellschaftliche Arbeit" ist eine krumme Kreation, mit deren Hilfe Fiete die geschichtliche *Besonderheit* von Warenproduktion, daß die *abstrakte* Arbeit, wie Marx sagt, das „gesellschaftliche Band" aller individuellen Arbeiten darstellt, also die *besondere Rolle*, die jenes allgemeine, allen wirklichen Arbeiten gemeinsame Moment in der Warenproduktion spielt, zur gewissermaßen historisch unvergleichlichen, zusammenhanglosen, bloßen Singularität *konfundiert*. Nur so wird aus der Sache jener „Widersinn", auf den Fiete erklärtermaßen hinauswill. Wenn „*außerhalb* der Warenproduktion" gar nicht existierte, was innerhalb derselben die Wertgröße bestimmt, dann wäre es überhaupt unmöglich, irgend etwas Bestimmtes darüber zu sagen, wodurch denn die Wertgröße bestimmt sei. Sagte ich, es sei die Menge abstrakter Arbeit, die die Wertgröße festlege, wäre das eine Tautologie, weil ich über diese abstrakte Arbeit wiederum nichts weiter sagen könnte, als daß sie den Wert bzw. seine Größe bestimme.

Wir befinden uns hier mitten Zentrum von Fietes Begründung seiner „krausen Vorstellungen von ‚gewaltvermittelter' Warenproduktion" (W.I.), und es ist wirklich schade, daß Werner sich „die Beschäftigung" damit nicht mehr hat „antun" mögen. Sie hätte Gelegenheit geboten, einige Mißverständnisse unter uns schon im Vorfeld unseres Treffens aufzuklären.

Den schon erwähnten „Knackpunkt" erläuternd schreibt Werner in seiner Antwort auf KHLs Vorstoß:

> „Ich kenne keinen ‚Inhalt' des Werts, der sich von dem unterschiede, was Marx die Wertsubstanz nannte. Ich kann schon gar keine Naturgesetzlichkeit darin erkennen. Der Wert ist eine bestimmte historische Manier, die auf ein Ding verwandte gesellschaftliche Arbeit durch Privateigentum an den Produktionsmitteln getrennter (individueller oder kollektiver) Produzenten als Eigenschaft dieses Dings auszudrücken."

Sehen wir einmal ab von der Frage der „Naturgesetzlichkeit", auf die ich gleich noch zurückkommen werde, dann besteht hier keinerlei Dissens. Wenn Werner den Wert als „eine bestimmte historische Manier" bezeichnet, etwas „auszudrücken", dann hat er selbst die *Form* oder „Manier ... auszudrücken", die bestimmte Ausdrucksweise, klar *unterschieden* von ihrem *Inhalt*: dem, *was* darin ausgedrückt wird. Eine „bestimmte historische" ist jene „Manier" ja nur, insofern sie von anderen solchen „Manieren", die *dasselbe anders* ausdrücken, unterschieden werden kann. Nur dann stellt sich die fragliche „Manier", es auszudrücken, als eine *besondere*, als „historisch bestimmte" Ausdrucksweise dar. Ohne Identität gibt es keinen begründbaren Unterschied. Dieses Etwas, das je nach den Umständen sehr verschiedene Ausdrucksweisen, Erscheinungsformen annehmen kann, bezeichnet Marx als *Substanz* des Werts, und Werner scheint ihm soweit zu folgen.

> „Seine Größe", fährt er nun fort, „ist bestimmt durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Fällt das Privateigentum, entfällt auch die Wertform des Produkts und mit ihr seine Wertgröße."

Auch hier gibt es keinen Dissens, aber doch Anlaß zur Nachfrage. Der Wert ist die *Einheit* seiner Form mit deren Inhalt oder seines Inhalts mit dessen Form. Verschwindet also die Wertform (nicht des Produkts, sondern des gesellschaftlichen Charakters der darauf verwendeten Arbeit; die besondere Form des Produkts ist die der *Ware*), dann ist der Inhalt, den sie ausgedrückt hatte, natürlich nicht mehr der Inhalt *des Werts*. Das Charakteristikum, das die besondere Form des Werts ihrer Substanz aufprägt, verschwindet an dieser, sobald jene Form wegfällt. Ist die Substanz nicht mehr Substanz des *Werts*, dann ist sie natürlich als bestimmte *Größe* auch nicht mehr *Wert*größe. Da aber nicht selten die Wertgröße als Bestimmung seiner *Form*, statt seines Inhalts oder „Gehalts" unterstellt wird,[2] gibt es Anlaß nachzufragen, was es damit auf sich hat, daß Werner im vorher zitierten, ersten Satz die Wert*substanz* mit dem Inhalt des Werts unmittelbar identifiziert, die Wert*größe* dagegen erst im nächsten Satz im Zusammenhang mit der Wert*form* erwähnt. Festzuhalten ist hier jedenfalls, daß bei Marx auch die Wert*größe* nicht nur *vor* der Analyse der Wert*form* bestimmt wird, sondern ausdrücklich *unter Absehung von der Wertform*.

„Was bleibt?", fragt Werner weiter, und hebt schon mit dieser Frage an sich ganz richtig ab auf etwas *Substanzielles*, das dem Wert als dessen Bestimmung ebenso angehört, wie es ihn überdauert. Werner antwortet selbst:

---

2 Z.B.: „Zur Plausibilisierung der notwendigen Arbeitszeit hatten wir schon mit der Preisform argumentiert. Wir haben es hier aber noch nicht mit Formen zu tun, sondern erst mit der Substanz. Das heißt auch: es geht hier noch nicht um Quantitäten, um Wertgrößen." (Fiete Krumm: Kursunterlagen ... S. 3)

„Daß es [das Produkt; DD] Verkörperung eines Bruchteils der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist. Die Größe dieses Bruchteils hat aber nichts mehr mit irgendeinem Wert zu tun, und sie ist auch nicht naturgesetzlich, sondern gesellschaftlich bestimmt."

Richtig: Wenn der Umstand, daß das Produkt einen bestimmten Bruchteil der gesamten in der Gesellschaft verausgabten Arbeit verkörpert, nicht mehr in der „schielenden" (Engels), nachträglichen Form eines *Wertes* des fertigen *Produkts* ausgedrückt werden muß, weil er nämlich immer schon bei seiner *Produktion* als bestimmter Aspekt der darin wirklich verausgabten Arbeit *planmäßig* berücksichtigt ist, wenn also jener Wert überflüssig geworden ist und daher wegfällt, dann hat auch die Bestimmtheit jenes Bruchteils, seine Größe, mit solch einem gar nicht mehr vorhandenen Wert „nichts mehr ... zu tun". Wer von den Übergängern hätte jemals etwas anderes behauptet, Werner? Wir haben nur behauptet, was du selbst hier auch sagst: daß *etwas* von dem, was bei Warenproduktion den Wert des Produkts ausmacht, „bleibt" – nämlich eben jener Umstand selbst, der halt nur in verschiedener Weise zur Geltung kommen, nicht etwa aus der Welt geschafft werden kann.

Es ist dieser substanzielle Aspekt des Werts, daß in ihm in historisch besonderer Weise etwas zum Ausdruck kommt, was unabhängig davon, in *jeder* historisch bestimmten Produktionsweise irgendwie Berücksichtigung finden muß, den Marx im Auge hat, wenn er von einem dem Wert zugrunde liegenden *Naturgesetz* spricht, das „überhaupt nicht aufgehoben werden" könne; und auch KHLs Rede vom „naturgesetzlichen Charakter des Inhalts des Werts" meint nichts anderes. Daß Werner sich damit nicht einverstanden erklärt, verwundert um so mehr, als er selbst der Reduktion der Arbeit ausdrücklich auch im Kommunismus eine *Naturschranke* gesetzt sieht. In seiner ersten Stellungnahme zu Robert Schlossers „Voraussetzungen des Kommunismus" schrieb er:

„ ... die Einsparung menschlicher Arbeit, ‚die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum' (Marx), hat ihre Grenzen in den verfügbaren stofflichen und energetischen Naturressourcen bzw. in deren nachhaltiger Nutzung. Eine kommunistische Ökonomie wird sich also *nicht* auf eine Ökonomie der Zeit reduzieren (lassen), sondern eine Zeitökonomie *im Rahmen* einer Ökonomie des zulässigen, d.h. global und dauerhaft verallgemeinerbaren, Naturverbrauchs sein müssen (andernfalls wäre sie nicht kommunistisch, sondern parasitär)."

Und in seiner Kritik meines Kommentars zu Hermann Kirschs „politischer Ökonomie des Sozialismus" in den Übergängen heißt es:

Es werde „ ... gesellschaftliche Produktion immer menschliche Arbeit nötig haben, andernfalls wäre sie keine gesellschaftliche Produktion, sondern ein monströser Automatismus (aus physikalischen und ökologischen Gründen sowieso ein Unding)."

Wenn also ein Minimum an gesellschaftlicher Arbeit „aus physikalischen und ökologischen Gründen" nicht unterschreitbar ist, womit haben wir es dann zu tun, wenn nicht mit einem *Natur*gesetz, das jegliche gesellschaftliche Regulierung der Arbeitszeit determiniert?

III. Die Rede vom „Naturverbrauch" halte ich für unglücklich, unter anderem, weil in ihr „Natur" als Abstraktum „dem Menschen" oder „der Gesellschaft" bloß entgegen- und vorausgesetzt erscheint, während sie, konkret betrachtet, in jenem „Verbrauch" selbst auch gesellschaftlich *produziert* wird. Ich sehe auch nicht, wie die Annahme einer *Grenze*, die der Verringerung der Arbeit gezogen sei, heiße sie nun „zulässiger Naturverbrauch" oder anders, *gegen* die Reduktion aller Ökonomie auf eine Ökonomie der Zeit sprechen soll. Denn diese bezeichnet hier ja weiter nichts als ein solches Haushalten mit der von der Gesellschaft für das Notwendige aufzubringenden Zeit, daß sie nicht dessen Maß übersteige, also den eigentlichen Reichtum der assoziierten Individuen, die zu ihrer freien Verfügung stehende Zeit, über dieses Maß des Notwendigen hinaus nicht beschränke. Wo dagegen jegliche solche Grenze entfiele, weil die Zeit für das Notwendige, „das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist" (MEW 25, S. 828) zu Null reduziert wäre, wo also Werners „monströser Automatismus" *alle* Zeit zur Disposition jedes einzelnen Individuums gestellt hätte, da wäre jegliche gesellschaftliche Ökonomie dieser Zeit natürlich schlechthin gegenstandslos. Solche Einwände unterstreichen aber nur unsere vollständige *Übereinstimmung* in dem Punkt, auf den Werners Argumentation abzielt. Gemeinsam gehen wir davon aus, daß nach Aufhebung der Warenproduktion zwar mit den Waren selbstverständlich auch deren Wert verschwinde, keineswegs aber die *Arbeit*, deren gesellschaftliche Verteilung auf die „verschiednen Arbeitsfunktionen" (Marx) darin spontan und gewaltsam durch das Wertgesetz reguliert wird.

Offenbar verkennt Werner aber, wenn er die gesellschaftliche Regelung der Gesamtarbeit ohne Wert und Wertgesetz als „*die* Grundfrage des Kommunismus" bezeichnet den *politischen Stellenwert* einer solchen Aussage. Sie steht nämlich quer zu so ziemlich sämtlichen derzeit unter Kommunisten, Sozialisten und sonstigen Linksradikalen angesagten Diskursen. Halten wertkritische und andere an Marx geschulte Anhänger eines demokratischen Sozialismus mittlerweile das Wertgesetz für ein unersetzliches Zivilisationsmittel und diskutieren die poststalinistischen Schriftgelehrten wieder unverdrossen „die Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus", wollen Fundamentalisten, Postmoderne und andere Undogmaten unter den Kritikern von Wert und Kapital entweder von der Gesamtarbeit (Fiete und Co.) oder überhaupt von Arbeit (Krisis, Bahamas, Jacob etc.) im Kommunismus nichts mehr wissen. Unfä-

hig an der Grundkategorie der politischen Ökonomie Form und Inhalt, d.h. überhaupt etwas zu unterscheiden und so erst sie zu *bestimmen*, halten sich die Einen bezüglich des Werts an das darin spezifisch zum Ausdruck kommende „Vernünftige und Naturnotwendige", um mit diesem seine spezifische Ausdrucksweise für ebenso vernünftig und naturnotwendig zu erklären, während die Anderen aus einer unbestimmten Ahnung von der Fragwürdigkeit jener Ausdrucksweise auf die schiere Unvernunft des Ganzen schließen, die sie dann in immer neuen Wendungen in allen ihren Facetten zu denunzieren verstehen, für die sie aber unmöglich noch einen *bestimmten Grund* angeben können. Verwandeln die Einen das Programm der wirklichen kommunistischen Umwälzung, der revolutionären *Befreiung* des vernünftigen Inhalts von seiner unvernünftig gewordenen Form, in einen irrealen Katalog listiger Vorschläge zur Verbesserung, d.h. *Konservierung* jener Form, so verwandeln die Anderen umgekehrt ihre unbegründete Sehnsucht nach der vernünftig eingerichteten Welt in den Realismus ihrer pessimistischen Kritik, die alle Vernunft in ein exklusiv von ihnen verwaltetes Jenseits verbannt.

Wir werden auf dem kommenden Treffen jede bzw. jeder für sich zu entscheiden und uns darüber zu verständigen haben, ob wir uns weiterhin den Luxus leisten wollen, dieser allgemeinen Entleerung aller revolutionären Ansprüche von jeder substanziellen Bestimmtheit *indifferent* gegenüberzustehen und doch in unseren kleinen und feinen eigenen exklusiven Zirkeln seelenruhig hocken zu bleiben. Eine Diskussion, wie sie sich mit den Reaktionen auf KHLs Aufforderung zur Verständigung über den thematischen Schwerpunkt des kommenden Treffens abzeichnet, wäre wohl auch im Rahmen der in der DKP und ihrem Umfeld laufenden Debatte um die „Sozialismusvorstellungen" dieser Partei oder bei den turnusgemäß Pfingsten stattfindenden Rosa-Luxemburg-Tagen des Linksruck-Netzwerkes in Frankfurt/M. ganz gut aufgehoben und besäße dort immerhin den Vorteil, eventuell tatsächlich etwas zu *bewegen*. Wenn die von den Übergängen initiierte Debatte um das Programm des Kommunismus in derartigen Veranstaltungen nicht aufgeht und ihre selbständige Organisierung nötig hat, so ganz sicher nicht deshalb, weil wir der bunten Palette redseliger Ratlosigkeit unbedingt noch einen weiteren Farbtupfer hinzufügen müßten. Die diversen Redeverbote sind allerorten längst gefallen, weil eh' selten jemand etwas zu sagen hat, was nicht alle anderen schon wissen und doch niemals recht verstehen. Für die selbständige Form unserer Debatte gibt es nur den einzigen vernünftigen Grund, daß wir allen Ernstes die Absicht verfolgen, das babylonische Palaver der sich neuorientierenden politischen Linken darin *insgesamt aufzuheben*, ihm gerade jenes Licht anzuzünden, in dem sich klärt, wer auf welcher Seite steht in den gegenwärtigen und künftigen Klassenauseinandersetzungen, in denen es mehr denn je nur noch ums Ganze gehen kann: um nicht weniger als entweder den *bewußt herbeigeführten* „Übergang zum Kommunismus", also „sein revolutionäres Programm", oder die Katastrophe seiner *Fortsetzung in der jetzigen, blind-kapitalistischen Form*, zu der dann eine nur noch delierende Linke (samt diversen „Ex"en) die kritische Begleitmusik liefert. Es geht um eine *wegweisende* Intervention, an der sich die politische Linke im Ganzen *polarisiert*.

So etwas nimmt man sich natürlich besser nicht vor, wenn man selbst noch gar nicht weiß, wo's lang geht. Wohin der Weg zu weisen hat und woran die Polarisierung auszurichten ist, darüber darf und muß selbstverständlich jederzeit gestritten werden. Aber es kann schließlich nichts aus einer Sache herauskommen, was nicht an sich von vornherein in ihr gesteckt hat. Aneignung revolutionärer Theorie als *gemeinsames* Unternehmen, also in „bewußte[r] Kooperation" (KHL), geht nur, wenn für jeden darin unternommenen Schritt, d.h. von allem Anfang an das angestrebte Resultat des *Ganzen* in der seinem Entwicklungsgrad jeweils entsprechenden Konkretheit (resp. Abstraktheit) als sein bestimmender *Zweck* für alle Beteiligten verbindlich formuliert wird. Voraussetzung für die Initiative der Übergänge zu einer Debatte um das Programm des Kommunismus war deshalb eine zwar noch ganz abstrakte, aber gerade darin genau bestimmte Idee von diesem Programm, und der erste Schritt in unserer Debatte kann nur darin bestehen, daß wir uns über diese erste, abstrakte Formulierung ihres allgemeinen Zweckes ins Einvernehmen setzen. Genau das intendiert KHLs Vorstoß. Ihn mit der Begründung abzulehnen, er versuche im Voraus festzulegen, was höchstens Ergebnis der Diskussion sein könne, geht demnach ebenso an der Sache vorbei, wie die Behauptung, er sei „nicht inhaltlich begründet".

Die Begründung jener noch ganz abstrakten Idee zur Reformulierung der kommunistischen Programmatik kann „inhaltlich" kaum ergiebiger sein als das, was sie begründet. Sie ist naturgemäß ebenso abstrakt, d.h. bescheiden an Inhalt wie die Idee selbst. Andererseits bietet sie keinen geringeren Inhalt als denjenigen, den Marx in seinem Resümee der Formanalyse der Ware an deren Ende im „Kapital" formuliert. Daß es einen „direkten Weg von der ‚Kategorie des Werts' zum ‚Planungsprinzip des Kommunismus' gibt" (W.I.), hat indes KHL genauso wenig behauptet,[3] wie dergleichen Marxens Skizzierung eines kommunistisch produzierenden „Vereins freier Mensch" zugrun-

3 KHL hatte vielmehr angefragt: „Vielleicht seid Ihr, Werner und Daniel, ja zeitlich in der Lage, *das von Euch unterschiedlich dargelegte* PLANUNGSPRINZIP AUS DEN KATEGORIEN WERT UND ARBEIT KÜRZEST ZU ENTWICKELN." (kursive Hervh. Von mir, DD) Namentlich Werner hat aber in dem Text, auf den KHL sich hier bezieht, anhand der Kategorien Arbeit, Gesamtarbeit, Ware, Wert und Wertgesetz seine Überlegungen zu gesellschaftlicher Planung entwickelt, nicht aber beispielsweise anhand der das Kapital spezifizierenden Kategorien des *Mehrwerts* und der *Mehrarbeit*

de liegt. Das hindert aber uns so wenig, wie es Marx gehindert hat, aus der Analyse der Ware als der Elementarform kapitalistisch produzierten Reichtums auf einige „allgemeine Bestimmungen kommunistischer Produktion und Verteilung" (KHL) zu schließen und sie als „erste programmatische Aussage" (ders.) festzuhalten.

Niemand hat im übrigen die Absicht signalisiert, bei diesen ersten, abstrakten Festlegungen stehen zu bleiben. Und selbstverständlich müssen wir „die reale Welt der durch das Kapital vergesellschafteten Arbeit durchqueren" (W.I.), um zu inhaltsreicheren, konkreteren Aussagen über Möglichkeit und Notwendigkeit des Übergangs zu gesellschaftlicher Planmäßigkeit der Produktion zu kommen. Mit diesem Gedanken aber gegen die von KHL vorgeschlagene „Weichenstellung" zu argumentieren, macht ihn zur Ausflucht, sich lieber gar nicht erst auf die Reise zu begeben. Ein ernst zu nehmender Einwand würde Werners Argument nur, wenn er zeigen könnte, daß nicht diese, sondern eine andere „Weichenstellung" unseren „Zug" auf jenes „Gleis" setzt, das ihn „die reale Welt der durch das Kapital vergesellschafteten Arbeit durchqueren" läßt. Freilich sind da die Alternativen einigermaßen begrenzt und bereits recht gut ausgetestet. Bis jetzt ist jedenfalls noch niemand, dem schon die reale, naturgesetzliche Grundlage des gesellschaftlichen Charakters warenproduzierender Arbeit nicht einleuchten wollte, in irgendeiner „realen Welt" und gar der des Kapitals angekommen.

DD, Kiel am 24.3.98
(für die Kommunistischen Streitpunkte gekürzt und leicht verändert im August 2000)

Anhang I

»Was das „Centralblatt" angeht, so macht der Mann die größtmögliche Konzession, indem er zugibt, daß, wenn man unter Wert sich überhaupt etwas denkt, man meine Schlußfolgerungen zugeben muß. Der Unglückliche sieht nicht, daß, wenn in meinem Buch gar kein Kapitel über den „Wert" stünde, die Analyse der realen Verhältnisse, die ich gebe, den Beweis und den Nachweis des wirklichen Wertverhältnisses enthalten würde. Das Geschwatz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständiger Unwissenheit, sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft. Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind. Ebenso weiß es, daß die den verschiednen Bedürfnissen entsprechenden Massen von Produkten verschiedne und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erheischen. Daß diese *Notwendigkeit* der *Verteilung* der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte Form* der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur *ihre Erscheinungsweise* ändern kann, ist self-evident. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiednen Zuständen ändern kann, ist nur die *Form*, worin sich diese proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als *Privataustausch* der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der *Tauschwert* dieser Produkte.

Die Wissenschaft besteht eben darin, zu entwickeln, *wie* das Wertgesetz sich durchsetzt. Wollte man also von vornherein alle dem Gesetz widersprechenden Phänomene „erklären", so müßte man die Wissenschaft *vor* der Wissenschaft liefern. Es ist grade der Fehler Ricardos, daß er in seinem ersten Kapitel über den Wert alle möglichen Kategorien, die erst entwickelt werden sollen, *als gegeben* voraussetzt, um ihr Adäquatsein mit dem Wertgesetz nachzuweisen.

Allerdings beweist andrerseits, wie Sie richtig unterstellt haben, die *Geschichte der Theorie*, daß die Auffassung des Wertverhältnisses *stets dieselbe* war, klarer oder unklarer, mit Illusionen verbrämter oder wissenschaftlich bestimmter. Da der Denkprozeß selbst aus den Verhältnissen herauswächst, selbst ein *Naturprozeß* ist, so kann das wirklich begreifende Denken immer nur dasselbe sein, und nur graduell, nach der Reife der Entwicklung, also auch des Organs, womit gedacht wird, sich unterscheiden. Alles andere ist Faselei.

Der Vulgärökonom hat nicht die geringste Ahnung davon, daß die wirklichen, täglichen Austauschverhältnisse und die Wertgrößen *nicht unmittelbar identisch* sein können. Der Witz der bürgerlichen Gesellschaft besteht ja eben darin, daß a priori keine bewußte gesellschaftliche Regelung der Produktion stattfindet. Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch. Und dann glaubt der Vulgäre eine große Entdekkung zu machen, wenn er der Enthüllung des inneren Zusammenhangs gegenüber darauf pocht, daß die Sachen in der Erscheinung anders aussehen. In der Tat pocht er darauf, daß er an dem Schein festhält und ihn als Letztes nimmt. Wozu dann überhaupt eine Wissenschaft?

Aber die Sache hat hier noch einen andren Hintergrund. Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände. Es ist also hier absolutes Interesse der herrschenden Klassen, die gedankenlose Konfusion zu verewigen. Und wozu anders werden die sykophantischen Schwätzer bezahlt, die keinen andern wissenschaftlichen Trumpf auszuspielen wissen, als daß man in der politischen Ökonomie überhaupt nicht denken darf.

Jedoch satis superque. Jedenfalls zeigt es, wie sehr diese Pfaffen der Bourgeoisie verkommen sind, daß Arbeiter und selbst Fabrikanten und Kaufleute mein Buch verstanden

und sich darin zurechtgefunden haben, während diese „*Schriftgelehrten (!)*" klagen, daß ich ihrem Verstand gar Ungebührliches zumute.«

(Karl Marx, Brief an Ludwig Kugelmann vom 11. Juli 1868)

Anhang II

»Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu andrer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiednen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz. ...«

(Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, S. 105)

Ansgar Knolle-Grothusen

Die Streitpunkte-Debatte: Im Hamsterrad babylonischer Sprachverwirrung gefangen?

Das Wort wird zur Vokabel,
Um sinnlos zu verhallen.
Es wird der Turm zu Babel
Im Sturz zu nichts zerfallen.
aus: Johannes R. Becher, Turm von Babel

Von den Monologen zum Dialog

Allgemein wird von den Teilnehmern an unserer Debatte die Erwartung geäußert, daß wir von den Monologen zum Dialog übergehen, daß im Widerstreit der Argumente sich Positionen klären, Übereinstimmungen und Widersprüche deutlicher sichtbar werden, und sich so erweisen kann, ob es uns möglich sein wird, gemeinsame Grundlagen für eine emanzipatorische, gesellschafts-verändernde Praxis zu formulieren - bei andauernden Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen, bei weiterhin unterschiedlichen Akzent- und Schwerpunktsetzungen. Soll diese Debatte nicht die Form von unproduktiven Glaubenskriegen annehmen, ist ernsthafte sachliche Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Argumenten erforderlich. Doch dabei stoßen wir auf erhebliche Probleme. Grundlage einer sachlichen Auseinandersetzung ist erst einmal das Verstehen der Argumente des jeweils anderen. Und schon da hapert es. Die ersten argumentativen Schlagabtausche wimmeln geradezu von babylonischen Mißverständnissen.

In der biblischen Geschichte vom Turmbau zu Babel hatten die Leute eine gemeinsame Sprache und wollten einen Turm bis in den Himmel bauen, um - wie es heißt - sich einen Namen zu machen und nicht zerstreut zu werden in alle Länder. Und als 'der Herr' sah, daß ihnen das gelingen würde, ist er herabgefahren und hat ihre Sprache verwirrt. Dieses Bild, durch Daniels „By The Rivers Of Babylon" auf die Streitpunkte-Debatte übertragen, ist aufschlußreich. So kann man die Streitpunkte-Debatte durchaus mit dem Turmbauprojekt vergleichen, bzw. als Bausteinherstellung für so ein Turmbauprojekt sehen, und auch die Motivation - ein Zeichen setzen, damit wir nicht zerstreut werden - ist durchaus übersetzbar in: den kommunistischen Pol kenntlich und handlungsfähig zu machen. Nur an einem Punkt ist das Bild verkehrt: Der Gott oder die Konterrevolution braucht nicht erst niederzufahren, unsere Sprache zu verwirren und uns in alle Länder zu zerstreuen, sondern Sprachverwirrung und Zerstreuung sind der Ausgangspunkt. Ein Gutteil der Vorarbeiten an unsrem Turm besteht eben darin, eine gemeinsame Sprache zu schaffen und die Zerstreuung zu überwinden. Doch worin besteht unse-

re Sprachverwirrung? Noch ist das Projekt doch so begrenzt, daß wir mit deutsch als Verkehrssprache auskommen. Nur müssen wir feststellen, daß mit den gleichen Vokabeln sich sehr verschiedene Vorstellungen und Konotationen verbinden. Wer materialistisch an die Sache herangeht, den wird nicht wundern, daß es ebenso viele verschiedene Akzentuierungen im Verständnis ein- und desselben Begriffs gibt, wie unterschiedliche Biographien.

So wird jemand, der durch die Umstände gezwungen ist, sein Leben einer rigorosen Zeitplanung zu unterwerfen, in der Debatte über die Ökonomie der Zeit in einer kommunistischen Produktionsweise sicher andre Akzente setzen, als jemand, der leichter in der Lage ist, bei Bedarf seine Zeitplanung spontan umzuschmeißen.

Doch was ich bei uns an Sprachverwirrung registriere, geht darüber noch hinaus.

Verletzungen und schlechte Erfahrungen, die sich biografisch mit bestimmten Begriffen verknüpft haben, spielen eine Rolle.

Wer hat nicht schon einmal erleben müssen, wie Begriffe instrumentalisiert wurden, von umkämpften Begriffen zu Kampfbegriffen wurden, zu Dogmen erstarrten, dazu herhalten mußten, eine Praxis zu rechtfertigen, die im Nachhinein betrachtet, sich zumindest partiell als untauglich erwiesen hat, emanzipatorisch gesellschaftsverändernd zu wirken? - Ist es verwunderlich, daß dadurch bestimmte Begriffe für manche zu Reizworten geworden sind, die, sowie sie erklingen, unmittelbar das Bild einer als fehlerhaft erkannten Praxis hervorrufen, daß derjenige, der diesen Begriff verwendet, unversehens mit dieser Praxis identifiziert wird, in eine entsprechende Schublade gesteckt wird und überhaupt nicht mehr überprüft wird, ob der Gesprächspartner mit diesem Begriff nicht möglicherweise ganz andere Vorstellungen verbindet?

Jemand, der beispielsweise erlebt hat, zu welch problematischer Praxis eine bestimmte Politik- und Parteikonzeption führen konnte, wird - bei aller Einsicht in die Notwendigkeit organisierten Handelns - Handlungs- und Organisationsvorschlägen, die diesen Erfahrungen keine Rechnung zu tragen scheinen, zumindest skeptisch gegenüberstehen. Wenn dies dann von der anderen Seite mißverstanden wird als grundsätzliche Absage an gemeinsames gesellschaftsveränderndes Handeln, beginnt ein Teufelskreis, in dem ein Mißverständnis das nächste nach sich zieht.

Um uns nicht in derartige Mechanismen zu verstricken, plädiere ich dafür, in der Debatte immer auch die Bedingungen unserer Verständigung zu reflektieren, genau hinzuhören, sorgfältig zu lesen, durchaus auch mit einem Schuß Empathie; und wenn man nicht weiß, wie man etwas auffassen soll, nachzufragen.

Im weiteren werde ich versuchen, einige Punkte in unserer Debatte, an denen ich babylonische Mißverständnisse zu erkennen glaube, zu benennen und zu ihrer Aufklärung beizutragen.

Babylonisches I: Ulrich Weiß

Ich beginne mit der Entwicklung meines eigenen Verständnisses des Textes „Marx und der mögliche Sozialismus“[1] von Ulrich Weiß, das ich nach der mündlichen Debatte in Kassel erheblich revidieren mußte.

Trotz genauer Durcharbeitung hatte ich zunächst ein sehr ambivalentes Verhältnis zu diesem Text entwickelt.

Einerseits setzt Ulrich Weiß an den Ausgangspunkt seiner Argumentation die Marxschen Thesen ad Feuerbach und macht die Aufhebung der Sondierung der Gesellschaft in zwei Teile, von denen der eine über ihr erhaben ist, zum Kriterium kommunistischer Revolution, an dem gemessen die bisherigen praktischen Versuche sich als **noch** bürgerliche Projekte erweisen. Damit stößt Ulrich Weiß in der Tat an ein Nervenzentrum unserer Debatte vor, das in andrer Weise bereits von andren thematisiert wurde - vergleiche etwa den Abschnitt IV in Werner Imhofs Antithesen[2], Zwi Schrittkopchers Argumentation zur Vorstellung der Partei als Repräsentation des Proletariats, bzw. des Staats als Repräsentation der Gesellschaft in „Wider den erschlichenen 'Kommunismus'“[3], meinen Beitrag „Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden“[4], oder auch den in diesem Heft dokumentierten Vortrag von Ute Osterkamp[5].

Andrerseits finden wir in Ulrich Weiß' Aufsatz Wendungen, die bei mir und auch anderen Debattenteilnehmern mit ganz speziellen Konotationen belegt sind und daher leicht von vornherein in bestimmte Schubladen gesteckt werden.

Abschied vom Proletariat?

Am auffallendsten und für mich - wie für andre Leser, wie die Reaktionen von Klaus Herrmann und Daniel Dockerill zeigen - am Abwehr provozierensten ist der Umgang mit den Attributen bürgerlich und proletarisch:

> „... Die Erwartung dagegen, das Proletariat sei auch das Subjekt der allgemeinmenschlichen Emanzipation

1 Ulrich Weiß, Marx und der mögliche Sozialismus, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 19ff

2 Werner Imhof, Antithesen, in Kommunistische Streitpunkte 1, S. 48f

3 Zwi Schrittkopcher, Wider dern erschlichenen Kommunismus, in Kommunistische Streitpunkte 2, S. 13ff

4 Ansgar Knolle Grothusen, Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden, in Kommunistische Streitpunkte 3, dort besonders S. 17

5 Ute Osterkamp, Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt - oder sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?, in diesem Heft, S. 94

und werde die sozialistische Gesellschaft begründen, ist eine unbestätigte Theorie geblieben. ... Mit dem Aufstieg und Fall des Real-'Sozialismus' sind sowohl die Leistungskraft als auch die historische Begrenztheit der proletarischen Bewegungen deutlich geworden. ... Die tatsächliche geschichtliche Funktion der proletarisch-kommunistischen Bewegung lag bisher nicht im Aufheben des Privateigentums durch Begründung des gesellschaftlichen Eigentums. ... Die nachmarxsche revolutionäre und reformistische Arbeiterbewegung hat innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung, also faktisch für und nicht gegen sie eine große zivilisierende Potenz entfaltet. ... Die großen historischen Leistungen des Proletariats waren bürgerliche Projekte. ... Das verstehend muß heute die Frage neu diskutiert werden, ob die Arbeiterbewegung überhaupt das Subjekt eines sozialistisch-kommunistischen Übergangs sein kann. Wenn nicht, welche Subjekte können es dann sein?"[6]

Diese Argumentationskette kommt uns bekannt vor und wird sogleich unter der Rubrik „Abschied vom Proletariat" eingeordnet, einer in der Westlinken der letzten 20 Jahre verbreiteten Massenerscheinung. In Auseinandersetzung mit dieser Massenerscheinung haben wir festgestellt, daß diesem „Abschied" meistens ein völlig verkürzter Proletariatsbegriff und eine das Wesen der Sache nicht erfassende Begründung seines revolutionären Potentials zugrundeliegt.

Zur Veranschaulichung hier ein kurzer Ausschnitt aus meiner Auswertung einer Veranstaltungsreihe in Hamburg zum Thema „150 Jahre Kommunistisches Manifest":

... Nehmen wir Wolfgang Gehrke. Er sagt: „... der staatlich organisierte Befreiungsversuch der Arbeiterklasse landete wieder beim Kapitalismus. Dieses vorläufige Ergebnis hat auch etwas mit dem Manifest zu tun. Es kam zu früh. ... Marx und Engels gingen im 'Manifest' davon aus, daß sich die 'Klassengegensätze vereinfacht' hätten, in 'zwei große einander gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat'. Innerhalb des Proletariats ... glichen sich die Interessen, die Lebenslagen 'immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleiches niedriges Niveau herabdrückt.' Das sei, so Marx und Engels weiter, die Voraussetzung dafür, daß sich die Arbeiterklasse als 'selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl' formiere.

Diese Annahmen, die die historische Mission der Arbeiterklasse begründen, haben sich nicht erfüllt, weil sich die Form der kapitalistischen Produktion und Vergesellschaftung völlig gewandelt hat. Neben der großen Spaltung der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Nichtbeschäftigte wirken weitere Spaltungen, etwa zwischen denen, die in prekären Arbeitsverhältnissen unterkommen, zwischen hochqualifizierten und nichtqualifizierten, zwischen Männern und Frauen im Erwerbsleben etc. Die Differenziertheit der Interessen und der Lebenslage der abhängig Beschäftigten ist heute größer denn je, national und international. Der Formierungsprozeß zur Klasse, zum politisch einheitlich handelnden Subjekt hat nicht stattgefunden ..."[7]

Die Richtigkeit der Feststellung im Manifest, daß sich die Klassengegensätze vereinfacht haben und die Gesellschaft sich mehr und mehr in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen aufspaltet, wurde auch von vielen anderen Referenten der Veranstaltungsreihe rundweg bestritten. Bei den Haugs z.B. mit Hinweis auf die Abnahme der Arbeitsplätze in der Industrie. Doch wie wird das Proletariat im Kommunistischen Manifest bestimmt? Zum Proletariat gehören alle diejenigen, die nichts zu verkaufen haben, als ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ihre Arbeitskraft. Dieses Proletariat hat einen harten Kern, das ist der produktive Arbeiter, womit bei Marx der kapitalproduktive Arbeiter, der seine Arbeitskraft gegen variables Kapital tauscht, gemeint ist - und nicht etwa allein der „Industrie"-arbeiter im verkürzten Sinn, in dem im bürgerlichen Sprachgebrauch von Industrie gesprochen wird.
So verstanden ist das Proletariat heute die mit Abstand zahlenmäßig grösste und weiter wachsende Klasse.

Aber wieso ist sie das revolutionäre Subjekt?

Wolfgang Gehrke legt Marx und Engels in den Mund, das sei so, „weil sich die Interessen und Lebenslagen innerhalb des Proletariats immer mehr ausglichen, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleiches niedriges Niveau herabdrückt." Andere fügen das Zitat hinzu: „Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert." Diese beiden Zitate stehen im Manifest aber in einem völlig anderen Zusammenhang. Hiermit werden nur zusätzliche fördernde Randbedingungen für den Prozeß der Bildung des Proletariats zur Klasse beschrieben, Randbedingungen, die nicht aufgrund allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus entstehen, sondern als Folge der Produktivkraftentwicklung in der ersten industriellen Revolution und die daher heute auch nicht mehr in dieser Form wirksam sind. Den eigentlichen Grund für die Rolle der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt leiten Marx und Engels aber aus allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus ab: Im Mani-

6 Ulrich Weiß, Marx und der mögliche Sozialismus, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 20f

7 Wolfgang Gehrcke: Gespenster, Visionen, Veränderungen, in: PDS-Pressedienst 10/98, S. 6

fest heißt es: „Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d.h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen."[8] und: „Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden."[9] Ein Satz, dem von den ganzen modernen Marxologen und Ex-Marxisten aufs entschiedenste widersprochen wird, obwohl doch die heutige Massenarbeitslosigkeit hierfür genügend Illustrationsmaterial liefert.

Weiter im Manifest: „Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet."[10]

Was hier deutlich wird ist zum einen: Im Kampf gegen die Bourgeoisie ist das Proletariat unbesiegbar, weil es ohne produktive Arbeiter keinen Kapitalismus gibt. Und zum anderen, dies richtig deutlich erst zwanzig Jahre später im Kapital herausgearbeitet: „Die Vereinigung der Arbeiter durch die Assoziation" beruht auf einem dem ökonomischen Grundgesetz des Kapitalismus, der Produktion des Mehrwerts, innewohnenden Widerspruch, der rein ökonomisch nicht lösbar ist: Die Größe des Mehrwerts und die Ausbeutungsrate hängt ab von der Länge des Arbeitstages und seiner Aufteilung in notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit. Diese Faktoren werden aber im Rahmen der durch Natur und Produktivkraftentwicklung gesetzten Grenzen rein außerökonomisch, allein durch den Klassenkampf bestimmt. Insofern ist die Organisation der Arbeiterklasse zunächst eine innere Notwendigkeit für den Kapitalismus, ohne sie hätte sich tatsächlich bereits zu Marxens Zeiten der Arbeiter zum Pauper entwickelt, hätte die Bourgeoisie mit dem Proletariat ihre eigenen Existenzbedingungen zerstört.

Nun geht es bei Ulrich Weiß jedoch um anderes - was mir jedoch erst in der mündlichen Debatte klar wurde. Ulrich Weiß geht es nicht darum, ein neues „revolutionäres Subjekt" zu erfinden, sondern darum, die Bedingungen zu benennen, unter denen die Arbeiterklasse fähig wird, die kommunistische Revolution zu vollziehen[11]: Sie muß sich selbst als Klasse von Lohnarbeitern aufheben. Erst wenn die Arbeiterklasse sich organisiert, nicht mehr nur zum Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft, sondern um die Aufhebung der Lohnarbeit, wenn sie selbst es übernimmt, die gesellschaftliche Reproduktion zu organisieren als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, wird sie erfolgreich sein können. Dieser Gedanke erscheint bei Ulrich Weiß in der Form der Selbstaufhebung des Proletariats (bei ihm = Arbeiterklasse), das durch das Kapitalverhältnis als Klasse der Lohnarbeitenden bestimmt und beschränkt ist. Derselbe Gedanke wird in unserem bisherigen Diskurs als Bildung des Proletariats zur „Klasse-für-sich" beschrieben und hat zu einer begrifflichen Unterscheidung zwischen Arbeiterklasse und Proletariat geführt. Zwi Schrittkopcher bringt das auf die Formel: „Das Proletariat ist revolutionär, oder es ist nicht."

Werner Imhof schreibt in einer Anmerkung zu seinen „Antithesen":

> Ich spreche bewußt von lohnarbeitenden Klassen im Plural, weil die gemeinsame Stellung als LohnarbeiterInnen oder Lohnabhängige noch kein gemeinsames Klasseninteresse konstituieren kann. Solange sich die Lohnabhängigen nur als Lohnabhängige begreifen, bleiben sie Gefangene der Lohnarbeit und damit auch der Funktion und der Einkommensquelle, die ihnen die herrschende Struktur der gesellschaftlichen Arbeit im Dienste des Kapitals zuweist - als LohnarbeiterInnen des industriellen, des kommerziellen oder des Geldkapitals, der öffentlichen Dienste oder der privaten

8 Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 476

9 Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 473

10 Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 473-474.

11 Einige Formulierungen in dem neuen Text: „Kapitalismus - Sintflut ohne Arche? Anmerkungen von Ulrich Weiß zum Schwarzbuch des Kapitalismus von Robert Kurz" wecken allerdings bei mir erneut Zweifel, ob nicht doch bei Uli Weiß das Motiv des „Abschieds vom Proletariat" ganz massiv mitschwingt; zumindest ist seine Argumentation hier sehr ambivalent. Der Text von Uli Weiß ist zu finden im Internet unter http://www.members.partisan.net/forum/forum1/texte/archiv/WeissSintflut.html

Haushalte. Zu einer Klasse mit gemeinsamen Interessen können sie nur werden durch ihren positiven Bezug auf den materiellen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft in seiner Gesamtheit, d.h. indem sie ihn ihrer gemeinsamen Herrschaft unterwerfen und an ihm teilnehmen wollen.[12]

Und Daniel Dockerill in „Im Westen nichts Neues?" (ähnliche Formulierung auch in den Thesen und der übergänge-Plattform):

Abschaffung der kapitalistischen Lohnarbeit selbst, die Befreiung der *gesellschaftlichen* Arbeit von dem Zwang, sich als ihr Gegenteil, als die fortwährend wachsende Macht *über* die Arbeit in der Hand *privater*, gegen deren gesellschaftlichen Charakter daher ganz gleichgültiger Nichtarbeiter zu *verwerten*. Also die *Aufhebung* dieser Macht in der vollendeten *Selbst*-organisation der Arbeit auf der Höhe ihres jetzigen Vergesellschaftungsgrades. Niemand braucht da mehr irgend etwas auszutüfteln, denn alle nötigen sachlichen Mittel, alle technischen und organisatorischen Kenntnisse und Fähigkeiten, alle entsprechende Erfahrung liegen längst massenhaft vor und werden von den unter dem Diktat der Kapitalverwertung kooperierenden Individuen alltäglich neu gewonnen und vermehrt; diese müssen daher "nur" jenes Diktat abschütteln, müssen das private Korsett aufsprengen das ihre gesellschaftliche Kooperation einschnürt und verunstaltet, damit ihre Selbstorganisation Wirklichkeit werde."[13]

Ansätze zu einer solchen - über den bloßen Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft hinausgehenden, auf die Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion entlang den Bedürfnissen der Menschen gerichtete - Praxis glauben Werner Imhof und Ulrich Weiß in manchen Zügen der Arbeit der französischen SUD-Gewerkschaften entdecken zu können. Wir hoffen, hierüber einen Bericht für die nächsten Streitpunkte zu erhalten.

Wir sind tatsächlich in Babylon angelangt.

Was bei Ulrich Weiß als Aufhebung des Proletariats daherkommt, finden wir bei Zwi als Bildung des Proletariats.

Modeworte

Es gibt weitere Punkte, die bei manchem Leser schon bei der ersten Annäherung an den Text Ablehnung und Mißtrauen hervorrufen. Das ist die Verwendung bestimmter Modeworte wie „die Subalternen" oder der „Fordismus-Taylorismus", die wir bewußt nicht anwenden, weil sie Sachverhalte eher verschleiern, als sie adäquat zu beschreiben. Klaus Hermann hat dazu in seinen „Anmerkungen zur Debatte" - wie ich finde sehr treffend geschrieben:

„Sozialstaat und Klassenkompromiß sind ideologische Begriffe, die sich selbst einer bestimmten, affirmativen Interpretation des Kapitalismus danken. Ähnliches gilt für andere verbale Emanationen des Zeitgeistes: Akkumulationszyklus und Regulation, Fordismus, Modell und Projekt. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß man sich solcher Begriffe aus dem Zeitsprech, gewissermaßen als Abkürzungen zum Zweck schnellerer kommunikativer Verständigung, unbeschadet bedienen kann. Wozu sich solche Sprachfloskeln eignen, ist, über Untiefen hinwegzugleiten, Probleme unterzupflügen, argumentative Risse und Brüche zu verkleben."[14]

Entstaatlichung und Emanzipation

Ein zweiter Punkt, wo Ulrich Weiß scheinbar nicht verstanden wird, ist, wenn er die Privatisierung bisher staatlicher Funktionen - was 'Marx eine propagandistische (zivilisierende) Tendenz' des Kapitals nenne - als Indizien für jetzt erst herangereifte Möglichkeiten des Übergangs zum Kommunismus sieht:

In dieser Sicht sind die Entstaatlichungen Indizien dafür, daß emanzipatorische soziale Bewegungen nunmehr die kapitalistische Form der Produktion tatsächlich nachhaltig aufheben können. Wieso? Weil sie nicht wieder notwendig in antiemanzipatorische Entfremdung, in bürgerliche Herrschaftsstrukturen, in die Errichtung neuer Staatlichkeit wie die der sogenannten Diktatur des Proletariats zurückfallen müssen. Warum existiert dieser Zwang nicht mehr, der unter anderem dem Osten die sozialistische Perspektive verstellte? Wenn die zivilisationssichernden allgemeinen Aufgaben tatsächlich dem (bürgerlichen) Staat entrissen und von Einzelkapitalen selbst erfüllt werden oder werden können (was auf kapitalistisch die Verrottung der nicht zahlungsfähigen Träger entsprechender Nachfrage z. B. nach Bildung und Medizin einschließt), dann existieren erstmalig in der Geschichte auch die materiellen Voraussetzungen dafür, daß assoziierte Individuen bisherige Staatsaufgaben direkt unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen können. Dann wird für die Bewahrung von Gesellschaftlichkeit der Staat, der Ausdruck der bisherigen Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Teile, überhaupt funktionslos. Der Staat, die „übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft", einst in den Klassengesellschaften eine Bedingung zivilisatorischen Fortschritts, wird aufhebbar. Dann und erst dann ist die Aufhebung der sich im Kapital wie im Staat ausdrükkenden Entfremdung, die Überwindung der knechtenden Arbeitsteilung und des (kapitalistischen) Privateigentums, dann ist also Sozialismus-Kommunismus möglich. Das ist dann aber auch dringend geboten.[15]

12 Werner Imhof, Antithesen, in Kommunistische Streitpunkte 1, S. 52

13 Daniel Dockerill, Im Westen nichts neues?, in Kommunistische Streitpunkte 1, S. 30

14 Klaus Herrmann, Anmerkungen zur Debatte, in Kommunistische Streitpunkte 2, S. 5

15 Ulrich Weiß, Marx und der mögliche Sozialismus, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 27

Wenn Klaus Herrmann zu dieser Argumentation schreibt:

> „Marx zum Advokaten oder Apologeten der Verhökerung öffentlichen Eigentums zu machen - ein „dicker Hund",

dann kritisiert er etwas, was Ulrich Weiß nie gesagt hat. Die Kritik müßte vielmehr an folgender Frage ansetzen: War es denn je so, daß „zivilisationssichernde allgemeine Aufgaben" ausschließlich „vom Staat" wahrgenommen wurden? War es nicht vielmehr so, daß die bürgerlichen Staaten zeitweise eine Reihe von Aufgaben übernommen haben, die für die Aufrechterhaltung der Verwertungsbedingungen des Kapitals notwendig waren, die jedoch zum Zeitpunkt ihrer Übernahme durch den Staat noch nicht kapitalproduktiv organisiert werden konnten? Wieso zeigt die Übernahme derartiger Funktionen durch Einzelkapitale an, daß sie auch von den assoziierten Individuen übernommen werden können? Gerade das Verständnis dafür, wie Beziehungen, die heute über das Wertgesetz vermittelt sind, unmittelbar gesellschaftlich gestaltet werden können, ist doch viel unentwickelter, als die Ahnung davon, wie ein heute staatliches Gesundheitswesen sich durch die Assoziation der Gesellschaftsmitglieder organisieren ließe.

Proletariat und Bürgerbewegungen

Wenn Ulrich Weiß die Frage stellt:

> ... Sind in diesem Sinne die antiautoritären Bewegungen von 1967/68, die nachfolgenden klassenungebundenen sogenannten neuen sozialen Bewegungen sowie die Bürgerbewegungen der DDR mit ihren Runden Tischen (vor ihrer deutsch-nationalen Zersetzung) die Vorboten einer in den realen Auseinandersetzungen unserer Zeit anstehenden Entdeckung?[16]

und Daniel Dockerill an mich gewandt hierzu bemerkt:

> Wenn wir einmal davon absehen, daß Deine (d.h. unsere) revolutionäre Praxis mit dem, was dem Herrn Weiß vorschwebt, ganz sicher gar nichts zu tun hat: Der neue, erstmals „mögliche Sozialismus" als Fortsetzung der „Bürgerbewegung der DDR mit ihren Runden Tischen (vor ihrer deutsch-nationalen Zersetzung)" (die doch nur das coming out der rebellierenden „klassenungebundenen" Bürger der DDR war), also die „Revolution" als Fortsetzung der östlichen Konterrevolution gegen „auch die jetzt global herrschenden westlichen Machtstrukturen", ist - wie ich doch hoffe - so ziemlich das Gegenteil jenes „revolutionären Programms", auf dessen nähere Bestimmung die Debatte in den Streitpunkten einmal abgezielt hat.[17]

so haben wir einen weiteren Fall babylonischen Falschverstehens oder falsch-verstehen-wollens. Unabhängig davon, wie man die runden Tische (vor ihrer deutsch-nationalen Zersetzung) bewertet, was Uli Weiß angeblich vorschwebt, hat Daniel sich aus seinen eignen Fingern und nicht aus Ulis Text gesogen. Wenn das falsch Verstehen - wie in diesem Fall bei Daniel - so weit geht, daß Freund und Feind verwechselt werden (Der Herr Weiß, dem die Fortsetzung der östlichen Konterrevolution vorschwebt), dann sind wir allerdings ohne gemeinsame Sprache zerstreut in alle Winde.

Eine Debatte hat zur ersten Voraussetzung, daß man sich bemüht zu verstehen, was der jeweils andre ausdrücken will. Nur auf dieser Grundlage und nicht auf Grundlage von Unterstellungen und Projektionen läßt sich der inhaltliche Streit argumentativ führen. Wenn dann in der inhaltlichen Debatte bleibende Differenzen auftreten, hat man eine sachliche Grundlage um die Tragfähigkeit der Gemeinsamkeiten zu bestimmen und gegebenenfalls notwendige Abgrenzungen durchzuführen, aber erst dann.

Neue Übergangsformen zum Kommunismus?

Wo ich tatsächlich inhaltliche Differenzen sehe, ist die Frage, wie denn die Bildung des Proletariats zur Klasse, oder die Selbstaufhebung der Arbeiterklasse, wie immer man will, sich vollziehen kann. Wenn ich Ulrich Weiß und einige weitere Debattenteilnehmer richtig verstanden habe, halten sie die traditionelle Konzeption der proletarischen Revolution - erst politische, dann soziale Revolution - nicht mehr für tragfähig und vermuten, daß der Übergang zu kommunistischer Produktionsweise heute als paralleles Aufheben aller Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen sich vollziehen kann. Grundlage dafür seien die inzwischen gegebenen materiellen Voraussetzungen für die Aufhebung der reellen Subsumtion unter das Kapital, die sich innerhalb des Kapitalismus entwickeln würden. Dieser Gedanke, den Ulrich Weiß in „Marx und der mögliche Sozialismus" erst vorsichtig andeutet, wird von ihm weiter ausgeführt in seinen Notizen zu Robert Kurz' Schwarzbuch des Kapitalismus, entstanden im November 2000 unter dem Titel „Kapitalismus - Sintflut ohne Arche?". Dort heißt es u.a.:

> Das zwischenzeitlich angenommene und im Sinne eines (bürgerlich-)widersprüchlichen Fortschritts einst auch sinnvolle Nacheinander von Erobern der politischen Macht und der nachfolgenden Umwälzung der materiellen Basis mittels staatlicher (diktatorischer oder auch bürgerlich-demokratischer) Machtmittel ist heute gegenstandslos geworden. ... Heute geht es um einen untrennbaren Prozess menschlicher Emanzipation, um das parallele Aufheben aller Formen von Herrschaft von Menschen über Menschen, der staatlichen ebenso wie der zwischen den Geschlechtern. Die Herrschaft der Gesellschaft über die Produktion, statt deren Unterwerfung unter diese in Form des (Staats-)Kapitals, ist endlich zur erfüllbaren Aufgabe geworden. Die ent-

16 Ulrich Weiß, Marx und der mögliche Sozialismus, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 28

17 Daniel Dockerill, Brief an Ansgar Knolle-Grothusen, in diesem Heft, S. 61

scheidende materielle Grundlage hierfür, die Möglichkeit des tatsächlichen Heraustretens der unmittelbaren Produzenten aus knechtender Arbeitsteilung, ihre reale Chance, sich zu Dirigenten und Kontrolleuren des Fertigungsprozesses zu erheben, ist in noch falscher kapitalistischer Form im Entstehen. Was zu suchen und zu erkämpfen ist, das sind die Formen des unmittelbaren Ringens um die Verfügung assoziierter Individuen über die Produktionsmittel, das sind die sozialen Räume, in der sich die hierfür erforderlichen Fähigkeiten und Mentalitäten entwickeln.[18]

Wenn das stimmen würde, wenn sich tatsächlich eine materielle Basis kommunistischer Produktionsweise innerhalb der vom Kapital beherrschten Gesellschaft entwickeln ließe, ähnlich wie sich die ökonomische Basis der Bourgeoisie innerhalb der feudalen Gesellschaft entwickelt hat, wären unsere Aufgaben plötzlich um ein vielfaches einfacher. Allein die Vernetzung von Nischenproduktionen und „sozialen Räumen" jenseits des Kapitalverhältnisses sind Schwalben, die noch keinen Sommer machen, sondern mit schrecklicher Regelmäßigkeit erfrieren oder sich dem Winter anpassen. Wahrscheinlich können solche „Freiräume" von Bedeutung sein, um Kooperationsformen und Fähigkeiten zu entwickeln, die für eine kommunistische Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Bedeutung sind. Doch ich befürchte, die Unverträglichkeit des kapitalistischen Privateigentums mit den auf seiner Grundlage hervorgebrachten Produktivkräften, die Wolf Göhring am Beispiel der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien plastisch herausarbeitet[19], führt in erster Linie nicht unmittelbar zu neuen Vergesellschaftungsformen, sondern hat seine wesentliche Wirkung darin, daß der Anachronismus der kapitalistischen Produktionsweise, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und Privateigentum, immer offensichtlicher wird. Der Hauptgrund meiner Skepsis gegenüber Vorstellungen, die von einem organischen Zusammenwachsen der Kapitalverwertung entzogener sozialer Räume, von ihrer Ausweitung und einem Hinüberwachsen in eine kommunistische Produktionsweise ausgehen, ist folgender: Kommunistische Produktionsweise bedeutet Reproduktion der gesellschaftlichen Lebensgrundlagen auf der Basis des unter der Herrschaft des Kapitals hergestellten weltweiten Produktionszusammenhangs, ohne die naturwüchsige Vermittlung dieses Zusammenhangs durch die Warenform der Produkte, sondern vermittelt durch die bewußte und geplante Kooperation der assoziierten Mitglieder der menschlichen Gesellschaft. Dieses Moment der Planung, des bewußten Schrittes, muß auch schon für den Übergang charakteristisch sein. Der Übergang zur kommunistischen Produktionsweise kann sich im Gegensatz zu allen vorausgegangenen Revolutionen nicht naturwüchsig vollziehen, sondern ist nur als bewußter Akt der handelnden Menschen möglich.

Wenn Ulrich Weiß über die von ihm entdeckten „Keimformen alternativer Reproduktion" schreibt:

> Sie können aber auch Ausgangspunkte für die Eroberung eines Stücks Unabhängigkeit von der „abstrakten Arbeit" und einer die gesamte Reproduktion erfassenden Aufhebungsbewegung sein ...[20],

dann gerät er auf ein falsches Gleis, weil er die verdrehte Kurzsche Vorstellung von „abstrakter Arbeit" begriffslos übernimmt. Gerade darin, daß die kapitalistische Produktionsweise der „abstrakten Arbeit" - d.h. der Arbeit als gleicher menschlicher Arbeit - Wirklichkeit verleiht, daß die konkreten Arbeiten, sei's des Campesinos in Nicaragua, sei's des Software-Entwicklers in Hamburg, nur noch als verschiedene Formen der Verausgabung der einen, gleichen menschlichen Arbeitskraft gelten, gerade darin ist das progressive Moment des Kapitalismus auf den Punkt gebracht, gerade das ist sein historisches Verdienst, nur auf dieser Grundlage wird eine kommunistische Produktionsweise möglich. Das Kapitalverhältnis emanzipiert die Individuen von ihrer Gebundenheit an bestimmte konkrete Tätigkeiten und deren sachliche Voraussetzungen. Es schafft mit der allseitigen Herausbildung der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit die Voraussetzungen für die Aufhebung der knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit.

Die Losung „Unabhängigkeit von der abstrakten Arbeit" deutet einen Weg zurück vom weltweiten Zusammenhang der Menschen an in eine Subsistenzwirtschaft kleiner Assoziationen. Die eigentliche Aufgabe besteht aber gerade darin - auf Basis des im Kapitalismus erreichten Vergesellschaftungsgrades der Produktion - die in der Kategorie der gleichen menschlichen Arbeit zum Ausdruck kommende Vergesellschaftung, die eben nur nicht offen zutage tritt, sondern versteckt als eigentliche Substanz dem Warenwert zugrunde liegt, daher auch nicht Gegenstand bewußten Handelns ist, sondern ihre Wirklichkeit erhält durch die Austauschverhältnisse der Waren auf dem Markt, von dieser verkehrten und verkehrenden Form der Vermittlung zu befreien, als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit gemeinschaftlich zu planen und durchzuführen.

Babylonisches II: Werner Imhof und die „übergänge"

In „Das Ferne liegt so nah ..."[21] unterstellt Werner Imhof den „übergängern"

> Anbetung „des Kommunismus" als Mythos und Fetisch

18 Ulrich Weiß, Kapitalismus - Sintflut ohne Arche?, S. 38f

19 Wolf Göhring, Mittels I+K-Technologie die Warenproduktion dialektisch aufheben?, in diesem Heft S. 33

20 Ulrich Weiß, Kapitalismus - Sintflut ohne Arche?, S. 26

21 Werner Imhof, Das Ferne liegt so nah ..., in diesem Heft, S. 40

und belegt das damit, daß KHL in den Kommunistischen Streitpunkten Nr.3, S. 20f

> die „grausam gründliche Selbstkritik des Kommunismus“ beschwört.

Tatsächlich schreibt KHL:

> Die grausam gründliche Selbstkritik des Kommunismus ist Voraussetzung seiner substanziellen strategischen Neupositionierung.[22]

Da wird überhaupt nichts beschworen, schon gar nicht ein mythisches Ersatzsubjekt namens „der Kommunismus“. Aus dem Zusammenhang ist unschwer zu entnehmen, daß die „grausam gründliche Selbstkritik des Kommunismus“, die KHL als notwendig erachtet, sich hier pars pro toto auf die Debatte der Kommunistischen Streitpunkte bezieht, und „der Kommunismus“ recht konkret verstanden wird als „wirkliche (d.h. wirkende) Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“, als „weltgeschichtliche Aktion des Proletariats“[23], von der KHL auf der Plusseite mit Bezug auf die Streitpunkte-Debatte vermerkt,

> daß sich unterschiedliche bis gegensätzliche historisch herausgebildete Strömungen des Kommunismus beginnen aneinander theoretisch abzureiben.[24]

- Babylon!

Werner Imhof: Für die 'übergänger' stehe fest,

> daß sie 'das Programm der Kommunisten' (Matthias Grewe) auf die Beine stellen müssen.“[25]

Das stimmt einfach nicht, weder das nicht ausgewiesene Zitat, noch die Aussage, die daraus geschustert wird. Im Gegenteil, im ersten Satz seines Beitrags in den Kommunistischen Streitpunkten 3 verwahrt sich KHL geradezu namens der übergänge gegen derartige Unterstellungen.[26]
- Babylon!

Kommunistische Regelung der Gesamtarbeit

Weiter unterstellt Werner Imhof in „Das Ferne liegt so nah ...“[27] und in „Zur möglichen Praxis kommunistischer Produktion“[28] Karl-Heinz Landwehr und Daniel Dockerill die

> Vorstellung einer Vorausplanung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit mit Hilfe einer "kommunistischen Arbeitszeitrechnung", die mit "gesellschaftlich notwendigen" (d.h. durchschnittlichen) Arbeitsmengen für die Herstellung der verschiedenen Gebrauchswerte operiert und aus einem (wie immer auch) "bestimmten Konsumtionsbedarf" den Umfang der Gesamtarbeit und ihre "Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige" ermittelt.

Diese Vorstellung laufe hinaus

> auf die Installation einer monströsen, über der Gesellschaft thronenden, "allwissenden" und "allmächtigen" Planungsinstanz.

Auch hier haben wir es meines Erachtens mit einem babylonischen Fehlverständnis zu tun, allerdings ist die Ursache dieses Fehlverständnisses etwas schwieriger herauszufinden. Zur Genese dieses Fehlverständnisses müssen wir auf einen älteren Briefwechsel zwischen Werner Imhof und Daniel Dockerill zurückgreifen. Daniel hat in seinen „Vorbemerkungen zu 'By The Rivers Of Babylon'“[29] angeregt, diesen Briefwechsel in der nächsten Ausgabe der Kommunistischen Streitpunkte zu veröffentlichen. Ich möchte diesen Vorschlag - Werners Einverständnis vorausgesetzt - aufgreifen und unterstützen, denn in diesem Briefwechsel wird - weitgehend frei von rhetorischen Tricks und Verdrehungen, die den andern nur ins Unrecht setzen wollen - auf einem Niveau über das Thema kommunistischer Regelung der Gesamtarbeit gestritten, daß wir in der nachfolgenden Debatte leider noch nicht wieder erreicht haben. Gerade dieser Briefwechsel hatte mich seinerzeit dazu ermutigt, mit aller Kraft auf die Debatte der „Streitpunkte“ zu setzen. Insofern kann hier nur angerissen werden, was nach Veröffentlichung dieses Briefwechsels ausführlicher zu bewerten wäre.

Daniel betont die der gemeinschaftlichen Produktion vorausgehende gemeinschaftliche Planung.

Werner wittert die staatlichen Plankommissionen des vergangenen Anlaufs und führt ins Feld, Planung sei immer Teil der gesellschaftlichen Arbeit und setzt der geplanten Arbeit - die für ihn fremden Orts geplante ist - die planvolle Arbeit entgegen. Zwei Hauptmotive sehe ich bei Werner für diese andere Akzentsetzung:

1. Ist es ihm wichtig, in die Darstellungung der Entwicklung des Verhältnisses von Planung und Ausführung der gesellschaftlichen Arbeit die Aufhebung der Arbeitsteilung in Planende und Ausführende einzubringen, die zweifellos ein entscheidendes Moment der Aufhebung knechtender Arbeitsteilung ist;
2. sieht er die gesellschaftliche Arbeit als kontinuierlichen Prozeß, wodurch sich ihm die zeitliche Vorgängigkeit der Planung vor der Ausführung in eine Gleichzeitigkeit von Planung und Ausführung verwandelt.

In meinen Augen werden hier nur unterschiedliche Akzentsetzungen verabsolutiert. Keiner von beiden bestreitet, daß die Planung bestimmter Arbeitsschritte ihrer Ausführung vorausgehen muß, ebenso wie keiner von beiden behaup-

22 Karl-Heinz Landwehr, Zu unterschiedlichen Vorstellungen der aktuellen Aufgabenstellung des Thoerie-Praxis-Verhältnis, in Kommunistische Streitpunkte 3, S. 20

23 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S.35f

24 Karl-Heinz Landwehr, a.a.O.

25 Werner Imhof, a.a.O.

26 Karl-Heinz Landwehr, a.a.O.

27 Werner Imhof, a.a.O.

28 Werner Imhof, Zur möglichen Praxis einer kommunistischen Produktion, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 69ff

29 Daniel Dockerill, Brief an Ansgar Knolle-Grothusen, in diesem Heft S. 57

tet, daß die gesellschaftliche Gesamtarbeit erst gemeinsam durchgeplant werden müsse, bevor mit ihrer Ausführung begonnen werden könne.

Wenn Werner Imhof dem Dockerillschen Plan die

> Erfahrung des Gesamtarbeiters aus dem realen gesellschaftlichen Zusammenhang seiner Teilarbeiten

in vergangener Produktion entgegenstellt und Daniel Dockerill sagt:

> Den bestimmten, selbstbewußten Ausdruck dieses „Erfahrungszusammenhangs" nenne ich den der gemeinsamen Arbeit zugrundeliegenden Plan,

worauf reduzieren sich hier dann die Unterschiede? - Unterschiedliche Auffassungen zwischen Werner und Daniel gibt es noch genug, - aber nicht an der Stelle an der Werner sie hier verortet - Babylon.

Weiter. Welchen Ausdruck bekommt dieser gemeinsame Erfahrungszusammenhang? - Beide gehen aus vom Marxschen „board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führt", doch während Daniel allgemein folgert, der kommunistische Gesamtarbeiter müsse sich eine Instanz schaffen, wo dieses board geführt wird, neben entsprechenden Einrichtungen auf lokaler, regionaler etc. Ebene auch eine zentrale Instanz, meint Werner Imhof, diese Instanz schon gefunden zu haben in der „Öffentlichkeit im weitesten Sinne".

Hier gehen allerdings zwei unterschiedliche Vorstellungen von „Planung" durcheinander. Während Daniel sein Hauptaugenmerk auf die Erhebung der Planungsvoraussetzungen richtet, zielt Werner auf die Planung selbst, nämlich auf die Festlegung, was sich in der künftigen Produktion im Verhältnis zur vorangegangenen verändern soll.

Da jedes einzelne Individuum in der Regel nur für die in seinem unmittelbaren Gesichtskreis vonstatten gehenden Teilarbeiten weiß, wieviel Arbeitszeit die Herstellung bestimmter Gebrauchsgegenstände erfordert, benötigt die „Öffentlichkeit im weitesten Sinne", um den Diskurs sinnvoll führen zu können darüber, wieviel Arbeit künftig geleistet werden muß, und welche Anteile dieser Gesamtarbeit auf welche konkreten Tätigkeiten entfallen müssen, eine zusammenfassende Kenntnis davon, wieviel Arbeitszeit sie für welche gesellschaftlichen Teilarbeiten aufwendet, wie die Abhängigkeiten dieser Teilarbeiten voneinander sind, und wie sich die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Individuen ändern, speziell, welche Bedürfnisse durch vorangegangene Produktion noch nicht befriedigt werden konnten. Die natürlichen Experten dafür sind die jeweiligen Teilarbeiter, die die entsprechenden Teilkenntnisse haben. Die Notwendigkeit der Zusammenfassung dieser Teilkenntnisse auf besagtem „board" bestreitet -falls ich ihn nicht babylonisch falsch verstanden habe - auch Werner nicht. Streitpunkt bleibt: Wer führt dieses board, wo und wie wird es geführt? Das ist meines Erachtens eine rein technische Frage - in ihrer konkreten Beantwortung abhängig von der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und kein Thema für einen Grundsatzstreit - wobei aber deutlich bleiben muß, daß dieses board die Voraussetzungen für Abmachungen darüber liefert, wer wo wieviel von was produziert, aber keineswegs diese Absprachen selbst ersetzt.

Weiter. Werner polemisiert gegen die

> „kommunistische Arbeitszeitrechnung", die mit „gesellschaftlich notwendiger" (d.h. durchschnittlicher) Arbeitszeit

operiere. Doch er operiert selbst damit:

> Der Gesamtarbeiter weiß, wieviel Teile seines Arbeitstages ... auf die unmittelbare Produktion von Mitteln des individuellen Konsums entfallen ...

- wenn er das weiß, muß er sie wohl zusammengezählt und auf seinem board unter der Rubrik „Für Mittel das individuellen Konsums" verzeichnet haben. Auch die Durchschnittsbildung betreibt er selbst:

> Jedes einzelne Produkt verkörpert also einen bekannten Bruchteil der Gesamtarbeit ungeachtet (!) möglicher Produktivitätsunterschiede in den einzelnen Produktionsstätten.

Woher also die Polemik gegen das operieren mit Arbeitszeit? Mir scheint, er versteht Daniels „vorherbestimmte Durchschnittsgrößen" babylonisch falsch. Während es sich bei Daniel um aus vergangener Arbeit ermittelte Erfahrungswerte handelt, wittert Werner von irgendwelcher Bürokratie fremdbestimmte Arbeitszeitdeputate. - Noch eins: In seinem Brief an KHL [30] nimmt Werner einen Text von KHL auseinander, als würde es sich dabei um einen detaillierten Maßnahmenkatalog zur Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses durch die Assoziation der Produzenten handeln. Wenn es sich darum handeln würde, wäre sicher einiges an seiner Kritik berechtigt. Ich verstehe KHLs Anliegen jedoch anders: Als gedankliche Annäherung an Formen gesellschaftlicher Reproduktion jenseits von Ware, Wert, Kapital und Lohnarbeit. Gedankliche Annäherung bedeutet Abstraktion, Zergliederung von dynamischen Prozessen in ihre einzelnen Momente, die erst mal für sich, d.h. statisch betrachtet werden. Ich breche hier ab, denn sonst komme ich vom Aufzeigen von Punkten, wo aneinander vorbeigeredet wird, in die inhaltliche Kritik der geäußerten Auffassungen, die jedoch besser in der kommenden Ausgabe zu führen ist, wenn die Texte, auf die ich mich beziehe, den Lesern auch zugänglich sind.

30 Werner Imhof, Zur möglichen Praxis einer kommunistischen Produktion, in Kommunistische Streitpunkte 5, S. 69ff

Babylonisches III: Die „übergänge" und Werner Imhof

Nochmal: Kommunistische Regelung der Gesamtarbeit

Babylonisches Unverständnis auch auf der anderen Seite. Daniel:

> Worauf Werners Unwille gegen die Ökonomie der Zeit hinausläuft, läßt schließlich seine wiederholte Verlautbarung erkennen, Gegenstand gesellschaftlicher Planung könnten „nur ... notwendige Änderungen" (KS 5, S.74) der Gesamtarbeit sein, nicht aber diese „überhaupt" (ebd. S. 75) oder „als solche" („Materialien ..., a.a.O.). Was an sich schon sein früherer Einwand erahnen ließ, daß die Gesamtarbeit genossenschaftlich nicht geplant werden könne, weil dazu das nötige Subjekt außerhalb der zu planenden Gesamtarbeit fehle, wird allmählich zur deprimierenden Gewißheit: In Werners eurokommunistischer Genossenschaft bleibt die Menschheit (die zivilisiert europäische; der armselige Rest sowieso) auf ewig zu Arbeit und nichts als Arbeit verdammt, unter welcher Perspektive das Zitat (KS 5, S.77) der Marxschen Rede von der Arbeit, die dereinst „selbst das erste Lebensbedürfnis geworden" sein werde, unversehens einen eigenartig pastoralen Sinn erhält. Daß Marx im selben Kontext u.a. vom Verschwinden der „knechtende[n] Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit" spricht, ... hat Werner jedenfalls geflissentlich ignoriert. Seine Genossenschaft ist verurteilt, für immer „nur eine Gemeinschaft der Arbeit" (MEW 40, S. 535) zu bleiben.[31]

Über die billige Schubladenpolemik (z.B. eurokommunistisch) sehe ich mal hinweg, obwohl hier babylonische Sprachverwirrung geradezu gezüchtet wird und gehe gleich in medias res.

Erstens: Wenn Werner die Planung auf Änderungen der Gesamtarbeit bezieht, während Daniel sie auf die Gesamtarbeit selbst bezieht, dann sehe ich darin überhaupt keinen inhaltlichen Gegensatz. Die Gesamtarbeit als Ausdruck des gesellschaftlich und bewußt organisierten Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur ist Ausdruck vorangegangener Planung. Wo in der kommenden Arbeit gegenüber der vorangegangenen keine Veränderung für nötig erachtet wird, bedarf es auch keiner veränderten Planung. Insofern wird sich jede konkrete Planung unter dem Blickwinkel der „Ökonomie der Zeit auch in der Planung" in der Praxis immer auf Veränderung vorangegangener Planung reduzieren.

Zweitens: Werner das Ignorieren der Aufhebung der knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit vorzuwerfen, stellt die Dinge auf den Kopf. Gerade in Werners Anregungen zur genossenschaftlichen Regelung der Gesamtarbeit sehe ich dieses Moment stärker betont (s.o.), als in den bisherigen Anregungen der Übergänger, bei denen dieses Moment noch auf der Ebene einer allgemeinen Zielvorstellung bleibt.

Ökonomie der Zeit oder Ökonomie der Zeit und der Ressourcen?

Sich auf ein Marxzitat berufend betonen die Übergänger, beim Übergang zu einer kommunistischen Produktionsweise würde sich alle Ökonomie auflösen in Ökonomie der Zeit. Werner Imhof wendet dagegen ein, die Funktion der Allokation der Ressourcen, die im Kapitalismus eine Funktion des Wertgesetzes ist, könne von einer reinen Ökonomie der Zeit nicht übernommen werden. Ich möchte versuchen, an dieser Frage herauszuarbeiten, was hier Mißverständnis ist und wo unterschiedliche Auffassungen vorliegen. Daniel schreibt:

> Daß Werner nun also einmal mehr seine „Natur" ins Spiel bringt, verweist aber auf ein offenbar ziemlich grundsätzliches Mißverständnis der Marxschen Rede von der „Ökonomie der Zeit", in die „sich schließlich alle Ökonomie" auflöse ..., das eine ergänzende Bemerkung angebracht erscheinen läßt. ... Daß an allem konkreten, gegenständlichen Reichtum immer Natur, unabhängig von jeglicher menschlichen Arbeit, beteiligt ist, darauf hat bekanntlich Marx selbst ... als erster programmatisch aufmerksam gemacht. ... Aber in der Ökonomie, von deren Auflösung Marx da spricht, kommt eben diese Natur gar nicht vor, auf der sie gleichwohl letztlich beruht. Im Wert, um dessen Subjektwerdung es sich in ihr handelt, ist „kein Atom Naturstoff" (MEW 23, S. 62) enthalten. Schlimmer noch: Die Ökonomie setzt sich selbst anstelle der Natur, wähnt sich selbst als die allernatürlichste Tatsache. Es geht uns daher allen Ernstes um die Auflösung dieser Ökonomie, von der dann halt nichts als „die banale Grundlage" ... übrigbleibt, daß, wie das einzelne Individuum, so die Gesellschaft zur Sicherung der „Allseitigkeit ihrer Entwicklung ... ihre Zeit zweckmäßig einteilen" muß.
>
> Daß indes in der Rede von der „Ökonomie der Zeit" Rücksichtslosigkeit gegen die Naturgrundlagen allen gesellschaftlichen Daseins unterstellt sei, wird auch dadurch nicht wahrer, daß Werner es – ohne irgendeine Begründung – nun zum wiederholten Male behauptet. Das Gegenteil ist der Fall, wie ich im beiliegenden Text u.a. gezeigt habe.[32]

Ich glaube, Daniel unterläuft hier ein Denkfehler.

Einerseits ist völlig richtig, daß vom Wertgesetz in einer Kommunistischen Gesellschaft nichts übrigbleibt als die Wertsubstanz, die Verausgabung gleicher menschlicher

31 Daniel Dockerill, Brief an Ansgar Knolle-Grothusen, in diesem Heft, S. 58

32 ebenda

Arbeitskraft gemessen in Zeit, und daß diese Verausgabung in der Zeit mit dem Verschwinden des Warencharakters der Produkte, damit des Werts, auch nicht mehr als substantielle Bestimmung einer Wertgröße zu fassen ist, also nicht mehr in Austauschverhältnissen ihre das Wesen verschleiernde Erscheinungsform findet, sondern zum unmittelbaren Maßstab der Effizienz der gesellschaftlichen Reproduktion wird.

Andererseits ist es eine unzulässige Verkürzung der politischen Ökonomie auf seine abstrakteste Grundlage, das Wertgesetz, wenn Daniel behauptet, in ihr komme die Natur gar nicht vor. Was sich in der zweckmäßigen Verausgabung gleicher menschlicher Arbeitskraft, und damit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in den Warenwerten spiegelt, ist der Stoffwechselprozeß der Menschen mit der sie umgebenden Natur. Das Wertgesetz in seiner modifizierten Erscheinungsform der Profitrate bestimmt beispielsweise, ob Automobile mit fossilen Brennstoffen oder mit regenerativen Energieträgern betrieben werden. Abstrakt betrachtet, rein theoretisch, ließe sich eine solche Entscheidung von einem Verein freier Menschen nach dem Kriterium der Ökonomie der Zeit fällen: Welche Methode ist weniger arbeitsintensiv? Doch praktisch wird sich diese Frage auch in einer kommunistischen Gesellschaft so nicht lösen lassen, denn dazu müßte man beispielsweise die Frage beantworten können, wieviel zusätzlich erforderliche Arbeitszeit wir kommenden Generationen aufhalsen, wenn wir jetzt alle Erdölreserven verbrauchen. Da man weiter noch erfassen müßte, wieviel Arbeitszeit zur Bewältigung der Folgen der durch eine solche Entscheidung ausgelösten Klimaveränderungen erforderlich ist, sieht man, daß das ganze noch wesentlich komplexer ist und mit der Reduzierung sämtlicher Ökonomie auf Ökonomie der Zeit nicht zu beantworten, denn wir wissen weder etwas darüber, welche Bedürfnisse künftige Generationen entwickeln werden, noch darüber, wie sich die Produktivkraft der Arbeit über lange Zeiträume entwickeln wird. Insofern wird sich **praktisch** alle Ökonomie auflösen in Ökonomie der Zeit **und** der Ressourcen. Auch wenn das Modewort von nachhaltiger Produktion, das übrigens Marx schon zitiert[33], bei manchem Stirnrunzeln auslöst, weil natürlich klar ist, daß nachhaltige Produktion - da mit kapitalistischer Ökonomie schwer verträglich[34] - unter den gegenwärtigen Verhältnissen über moralische Appelle und die Hobbyaktivitäten einiger Freizeitweltverbesserer hinaus nur über staatlichen Zwang durchsetzbar ist: Kommunistische Produktion wird nachhaltige Produktion sein.

Werner stellt jedoch in seiner Argumentation[35] Mensch und Natur gegeneinander. Daher geraten bei ihm Ökonomie der Zeit und Ökonomie der Ressourcen in einen Dualismus; die Ökonomie der Zeit findet ihre Begründung in den Bedürfnissen der Menschen, die Ökonomie der Ressourcen in „Bedürfnissen" der Natur, während ich - wie oben gezeigt - meine, daß Ökonomie der Zeit und Ökonomie der Ressourcen letztlich das Gleiche sind, daß beide ihre Bestimmung aus den Bedürfnissen der Menschen herleiten, und die Differenzierung nur eine praktische ist.

Vielleicht wird der Unterschied deutlich an folgendem: Die von Werner Imhof gebrachte Kritik an der Engelsschen Formulierung, daß die Menschen sich zum Herren der Natur aufschwingen, die Natur beherrschen etc.[36], trifft m.E. nicht die Intentionen der Engelsschen Formulierungen. Diese Kritik an Engels ist in ökologisch oder feministisch angehauchten Kreisen in den letzten 15 Jahren sehr en vogue. Sie geht jedoch an der Engelsschen Intention vorbei. Herr, Herrschaft, Beherrschung wird von den Kritikern nur im Sinne von Willkür und Zwang verstanden, während Engels gerade auf das andere Moment von Herrschaft abhebt, etwa in dem Sinne, in dem wir von Körperbeherrschung reden.[37] Werners Konsequenz:

> Herr(inn)en ihrer eigenen Vergesellschaftung können die Menschen nur (noch) werden, wenn und soweit sie sich den begrenzten Naturverhältnissen irdischer Zivilisation unterordnen.

halte ich für falsch, oder zumindest für mißverständlich. Umgekehrt: Nur wenn wir Menschen unsere eigene Vergesellschaftung beherrschen, können wir uns auch rational zur Natur verhalten - und das bedeutet nicht Unterordnung, sondern Anpassung der Natur an die Bedürfnisse der menschlichen Gattung. In der Natur gibt es keinen Zweck, außer dem, den der Mensch ihr gibt. Die sogenannte Zerstörung der Natur, die in Wirklichkeit keine Zerstörung, sondern eine Umwandlung der Natur in eine lebensfeindliche Form ist, ist daher ein Verbrechen am Menschen und nicht an der Natur.

Babylonisches IV: Ansgar und Daniel

Der „Vorwurf" Geschichtsdeterminismus

Daniel, du klammerst Dich an das Wort Geschichtsdeterminismus, statt dich mit den in diesem Zusammenhang von mir vorgetragenen Argumenten auseinanderzusetzen, die m.E. deutlich machen, was ich mit jenem Wort meine und warum ich das gemeinte für falsch halte.

33 Karl Marx, Das Kapital II, MEW 24, S. 246

34 siehe dazu auch meinen Aufsatz „Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation", in diesem Heft, S.

35 Werner Imhof, Zur möglichen Praxis einer kommunistischen Produktion, in Kommunistische Streitpunkte 5, S.73 und 75

36 ebenda

37 So schreibt Engels beispielsweise: „... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft nur darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können." MEW 20, S. 452ff

Meine „Diagnose", wie du sagst, hast du dir erstmalig durch eine ganz bestimmte Argumentation eingehandelt, die in den Kommunistischen Streitpunkten Nr. 1 auf S. 13 f nachzulesen ist. Darin machst du als sachlichen Grund der Klassengegensätze in allen vorkapitalistischen Gesellschaften aus, daß die Produktivkräfte nur ausreichten um einen bestimmten Teil der Gesellschaftsmitglieder von der Arbeit für das alltäglich notwendige freizustellen zur Ausübung übergreifender, den gesellschaftlichen Organismus im ganzen zusammenhaltender Funktionen. Im Kapitalismus dagegen habe sich die Ausbeutung von so einem sachlichen Grund emanzipiert und diene nur noch dem einzigen Zweck, daß der Kapitalist nicht arbeiten muß. Diese Argumentation teile ich nicht und denke, sie geht zumindest windschief am eigentlichen Kern der Sache vorbei. Ich habe diese Argumentation doppelt kritisiert, einmal immanent, indem ich mich auf die deterministische Form dieser Argumentation mit „Grund" und „Zweck" eingelassen habe, zum anderen aber - und hier liegt mein „Determinismus-Vorwurf", indem ich kritisiert habe, wie sich bei Dir ein „Grund" (der m.E. eher Hintergrund als Grund ist) zum „Zweck" verdreht, wobei dieser „Zweck" nicht anders verstanden werden kann, als gesetzt vom Abstraktum „Geschichte". Also, ich kritisiere bei Dir weder einen Determinismus im Sinne der Theorie einer Vorbestimmtheit von allem und jedem[38], noch geht es mir darum, jeglichen notwendigen Zusammenhang abzustreiten. Meine Kritik richtet sich nicht gegen die Konstatierung der Bestimmtheit historischer Vorgänge, sondern gegen die Art ihrer Bestimmung, die bei Dir nicht als „Vor"bestimmung aus der inneren Entwicklung der Wirklichkeit heraus, als Möglichkeit und/oder Notwendigkeit dargestellt wird, sondern als eine „Nach"bestimmung die von außen, vom Zweck oder Ziel her, in die Geschichte hineinprojiziert wird. Als Vergleich fallen mir diese abstrusen Tierfilme ein, mit denen das Fernsehpublikum von Zeit zu Zeit beglückt wird, wo es dann z.B. heißt, der Kamelbulle kämpft mit seinen Rivalen „weil er seine Gene weitergeben will", oder „die Evolution" habe die Frösche grün gemacht, „damit" sie sich besser tarnen können, - bitte entschuldige den Vergleich, etwa so kommt bei dir der Kapitalismus daher, „damit" der Komunismus entstehen kann.

Ich habe zugespitzt formuliert:

> Es geht beim Kommunismus nicht darum, irgendeiner Entwicklungsrichtung der Geschichte zum Durchbruch zu verhelfen, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß diese Art von Geschichte selbst beendet und zur Vorgeschichte wird.[39]

Du reißt den ersten Halbsatz dieser Zuspitzung aus ihrem Zusammenhang. Isoliert betrachtet ist dieser Halbsatz natürlich falsch, er erhält seinen Sinn erst in seinem Zusammenhang. In einer Anmerkung schreibst Du dann:

> Die Fortsetzung dieses Satzes „sondern darum, daß diese Art von Geschichte selbst beendet und zur Vorgeschichte wird", unterstellt übrigens, was Du zuvor kategorisch dementiert hast: daß es „diese Art von Geschichte", in der sich die eine oder die andere „Entwicklungsrichtung" unabhängig vom Willen und Bewußtsein der geschichtlichen Akteure geltend macht, offensichtlich sehr wohl gegeben hat und bislang noch gibt, daß sie also weit entfernt davon ist, bloß „angedichtet" zu sein.[40]

Ich frage Dich: Wann und wo sollte ich das dementiert haben, und auch noch kategorisch?" - Babylon. - In der Anmerkung 12 Deines Briefes[41] behauptest Du, ich würde gegen den Dir unterstellten „Geschichtsfetischismus" ausgerechnet ein Zitat aus den Marxschen philosophisch-ökonomischen Manuskripten auffahren, in dem der Kommunismus als das aufgelöste Rätsel der Geschichte bestimmt wird. Schon wieder ein fundamentales Mißverständnis. Diesen Text „fahre ich auf gegen" einen kommunistischen Purismus, gegen einen Kommunismus der reinen Lehre, der vor den Verstrickungen in die wirkliche Geschichte bewahrt werden soll. Im Kontext meines Beitrages richtet sich das in erster Linie gegen Zwis Forderung nach „radikaler Diskontinuität", in zweiter Linie gegen fast alle übrigen, die sich mündlich oder schriftlich in unsere Debatte eingemischt haben, so etwa gegen Werner I., Ulrich W., Willi H., die sämtlich das (berechtigte) Moment der Diskontinuität in der Geschichte des Kommunismus und der Notwendigkeit des Bruchs mit der Vergangenheit verabsolutieren. Daß Du, Daniel, dies nicht tust, habe ich gerade als positives Moment Deiner Argumentation hervorgehoben. Du triffst Dich zwar mit den Genannten in der abstrakten Forderung nach einem puristischen Kommunismus, aber Du gelangst dazu von einer andren Seite, nämlich über den - wie Du sagst - „kläglich-grotesken Ausklang der ersten Arbeiterrevolution in Deutschland" 1923, bzw. das „definitive Versagen" des Kommunismus, daß in Auschwitz sein festzuhaltendes Datum gefunden habe.

Gegenüber dem, was Du bei Ulrich Weiß als „äußerst flachen Determinismus" ausmachst, der „alle Geschichte auf blanke 'Notwendigkeit'" herunterkürze, siehst Du die Möglichkeit kommunistischer Produktionsweise allein mit den sogenannten „objektiven Momenten, d.h. seinen materiellen Voraussetzungen gegeben (im Kapitalismus Fortfall jedes besonderen sachlichen Grundes für die Klassenspaltung), und das Nicht-nutzen dieser Möglichkeit gerät Dir zum Versagen des Subjekts vor seiner historischen

38 um dies überhaupt in Erwägung zu ziehen, hättest Du wirklich außer „der Tendenz zu idealistischem Geschichtsdeterminismus" kein weiteres Wort meiner „Fragen und kritischen Anmerkungen" lesen dürfen

39 Ansgar Knolle-Grothusen, editorial zu Kommunistische Streitpunkte 5, S. 3

40 Daniel Dockerill, Brief an Ansgar Knolle-Grothusen, in diesem Heft, S. 59

41 ebenda, S. 60

Mission, Auschwitz zur Zufälligkeit, deren einzig bestimmbarer Grund eben in jenem Versagen des revolutionären Proletariats liegt, in Halbheiten, subjektiven Fehlern, Verrat, und Konterrevolution.

Demgegenüber hat der „äußerst flache Determinismus" des Ulrich Weiß immerhin eine Ahnung davon, daß diesem „subjektiven Versagen" objektive Ursachen zugrunde liegen müssen und er begibt sich auf die Suche nach diesen Ursachen - ob und inwieweit diese Suche bereits erfolgreich war, sei hier einmal dahingestellt.

Mein „Vorwurf" einer Tendenz zum Geschichtsdeterminismus richtet sich nicht nur gegen Daniels Argumentationsweise, sondern auch gegen meine eigene im Aufsatz „Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation"[42]. Ausgehend von der Marxschen Zusammenfassung des allgemeinen Resultats seiner ökonomischen Studien[43], wonach eine „Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse" nie an deren Stelle treten, „bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind", habe ich dort versucht, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem der Übergang zu kommunistischer Produktionsweise möglich und notwendig wird.

Diese Frage geistert mehr oder weniger explizit durch unsere gesamte Debatte. Die Positionen dazu sind vielfältig. Unter einem bestimmten Gesichtspunkt betrachtet teilen sich die Positionen in zwei große Lager: Diejenigen, die (mit den verschiedensten Begründungen) behaupten, zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution seien die Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus noch nicht gegeben gewesen, diese würden sich erst heute herausbilden (R. Schlosser, W.Imhof, U.Weiß), und diejenigen, die behaupten, die Spatzen würden es von den Dächern pfeifen, „daß die Zeit reif ist für einen Umbau des Ganzen der menschlichen Verhältnisse von Grund auf, ja daß es vielleicht schon oder sehr bald dafür zu spät sein könnte"[44] (Daniel Dockerill, Zwi Schrittkopcher).

Ich meine heute, daß die Frage als Frage nach einem Zeitpunkt falsch gestellt ist, denn sie vernachlässigt den wirklichen Zusammenhang von objektiven und subjektiven Voraussetzungen und damit den Unterschied von formeller und realer Möglichkeit.

Wenn wir im Dasein als der sinnlich wahrnehmbaren Realität (= dem gewordenen) verschiedene Daseinsformen ausmachen können, nämlich die Wirklichkeit (= das Wirkende, neue Realität schaffende), die Möglichkeit (als noch nicht gewordenes Gegenbegriff zu Realität), die Notwendigkeit (= das nicht-anders-sein-können) und die Zufälligkeit (= das auch-anders-sein-können), dann ist die kommunistische Gesellschaft mit der Entwicklung des Kapitalismus Möglichkeit geworden, reale Möglichkeit - und nicht Notwendigkeit. (Auch wenn Hegel zeigt, daß die reale Möglichkeit mit der relativen Notwendigkeit identisch ist, gilt es hier zunächst das Moment des Möglichen zu betonen.)

Wieso? - Das Kapitalverhältnis emanzipiert die menschlichen Arbeiten von ihrer historischen Gebundenheit an bestimmte Personen und bestimmte sachliche Voraussetzungen und macht sie zu menschlicher Arbeit überhaupt, gleicher menschlicher Arbeit, oder andersherum ausgedrückt: es emanzipiert die Individuen von ihrer Gebundenheit an bestimmte konkrete Tätigkeiten und deren sachliche Voraussetzungen. Es schafft mit der allseitigen Herausbildung der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit die Voraussetzungen für die Aufhebung der knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit.

Die Wirklichkeit des Kapitalverhältnisses ist der Weltmarkt. Er erst verleiht der Kategorie der gleichen menschlichen Arbeit Wirklichkeit, macht alle Arbeit, die es sich unterwirft, zu wirklich gesellschaftlicher Arbeit.[45]

Das ist die Grundvoraussetzung für den Übergang zu kommunistischer Produktionsweise; hierdurch wird eine kommunistische Produktionsweise zur Möglichkeit, allerdings erstmal nur zu einer formellen Möglichkeit, die in der Wirklichkeit des Weltmarktes ihr Anderes hat und daher ebensogut Unmöglichkeit ist. Insofern sie jedoch auch den Kommunismus als wirkliche Bewegung aus sich hervorbringt, wird die kommunistische Produktionsweise zur realen Möglichkeit und damit zur relativen Notwendigkeit.

Von dieser Seite her ist die Möglichkeit kommunistischer Produktionsweise also einerseits abhängig von dem Grad, in dem alle Arbeit in wirklich gesellschaftliche verwandelt wird, andererseits von dem Grad, in dem die Möglichkeit und Notwendigkeit kommunistischer Produktionsweise durch die Fetischformen kapitalistischer Produktion hindurchscheint, bewußt wird und durch den Kommunismus als wirkliche Bewegung eigenständige Form gewinnt.

Nochmal zu Daniel. Daniel, Du gibst als theoretischen Zeitpunkt, an dem die Revolution „spätestens fällig" gewesen wäre, den Übergang von der Manufaktur zur Fabrik an. Diese Formulierung verursacht bei mir wieder das Unbehagen, daß mich zur Benutzung des Wortes „Geschichtsdeterminismus" getrieben hat. Hier aber bleibt mir auch Deine Begründung völlig unverständlich. Schein und Sein würden an ihnen (den einzelnen Gebrauchsgegenstän-

42 Ansgar Knolle-Grothusen, Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation, in diesem Heft, S. 11

43 im Vorwort der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie", MEW 13, S. 8f

44 Daniel Dockerill, „Anmerkungen zu Robert Schlossers 'Voraussetzungen des Kommunismus', in übergänge 4, S. 45

45 allerdings noch nicht zu unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit, der gesellschaftliche Charakter der einzelnen Teilarbeiten als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bleibt vermittelt über die Warenform des Produkts.

den, die ihre Produzenten beherrschen) identisch und sie würden aufhören Gebrauchsgegenstand zu sein - tut mir leid, da komme ich nicht mit. Die Retourkutsche „welch dialektisches Gemuddel" verkneife ich mir, obwohl sie mir auf der Zunge liegt. Vielleicht könntest Du einfach noch mal etwas verständlicher erklären was Du meinst, wieso „die Revolution" zu einem wie bestimmten Zeitpunkt „offenbar" „spätestens" „fällig" wurde und inwiefern sie tatsächlich bereits zum größten Teil hinter uns liege und wieso, falls sie nicht stattgefunden hätte, der Schluß „wohl zwingend" wäre, „daß in der Maschinerie als der adäquaten Gestalt des Kapitals als Gebrauchswert das Kapital schließlich überhaupt aufgehört hat, wesentlich gesellschaftliches Verhältnis zu sein".

Umgekehrt, wenn das Kapital aufgehört hätte, wesentlich gesellschaftliches Verhältnis zu sein, würde auch die notwendige gegenständliche Erscheinungsform eines Teils des Kapitals als Maschinerie nicht mehr die Eigenschaft haben, ihre Produzenten zu beherrschen, wäre die Maschinerie eben nicht mehr Kapital. Ebenso beherrschen ja „die einzelnen Gebrauchsgegenstände" nicht an sich als Gebrauchsgegenstände, sondern erst als Waren, wenn sie Warenform annehmen und daher sachlicher Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses werden ihre Produzenten. Und das ist kein bloßer oder falscher Schein, der erst zu einem bestimmten Zeitpunkt mit seinem Sein identisch wird, sondern von vornherein wirklicher Schein, seiender Schein, eben Erscheinungsform eines gesellschaftlichen Verhältnisses.

begriffliche Annäherung

Daniel, Du schreibst:

> Deinen „Versuch einer begrifflichen Annäherung an einen Sachverhalt", nämlich den Zusammenhang abstrakter Arbeit mit Ware, Wert, Wert- bzw. Geldform, Kapital usw., habe ich weder überhaupt, noch gar mit Hinweisen auf diverse Koryphäen der einschlägigen Marx-Kritik „abgewehrt"

Schon wieder ein babylonisches Mißverständnis. Ich habe überhaupt keine begriffliche Annäherung an den Zusammenhang von abstrakter Arbeit mit Ware, Wert usw. versucht. Dieser Zusammenhang ist so einfach und klar von Marx auf den Begriff gebracht, daß es da überhaupt nicht nötig ist, sich „begrifflich anzunähern". Der Ausdruck „gedankliche Annäherung an einen Sachverhalt" bezog sich auf die modifizierten Formen und Inhalte, die Ware, Wert und Geld in den Arbeiterstaaten des 20.Jahrhunderts annahmen.

Zum Wert als Inkarnation der abstrakten Arbeit: Hier habe ich nur Deiner begrifflichen Annäherung in den Streitpunkten Nr.1, in denen du sagst, die Inkarnation der Arbeit sans phrase sei eben das Geld, etwas auf die Sprünge helfen wollen, indem ich versucht habe, dem von Dir verwandten Ausdruck aus der Nebelwelt der Religion einen materiellen Gehalt abzuringen:

- Inkarnation der konkreten Arbeit: Gebrauchswert
- Inkarnation der abstrakten Arbeit: Wert
- Inkarnation der warenproduzierenden Arbeit als Einheit von abstrakter und konkreter Arbeit: Ware
- Äußere Ausdrucksform der Inkarnation der abstrakten Arbeit ist der Tauschwert, auch Wertform genannt, und als entwickelste Wertform die Geldform
- Inkarnation der Mehrarbeit: Mehrprodukt
- Inkarnation der Lohnarbeit: Kapital

Dagegen wendest Du ein:

> Der Wert ist an sich, nämlich seiner Substanz nach, körperlos. ... Einen Körper, eine spezifisch gegenständliche Form erhält der Wert der einzelnen Ware nur in deren betätigter Beziehung auf die übrige Warenwelt, letztlich also, da im Wert das allen Waren Gemeinsame bestimmt ist, in der Zirkulation der Waren oder eben im Geld, als deren Inbegriff.

Damit widersprichst Du nicht nur der Marxschen Analyse, sondern fällst auch hinter Deinen eigenen Erkenntnisstand zurück, wie er etwa in „Übergänge 3", S.72f dokumentiert ist. Dort hast Du sehr treffend geschrieben:

> Daß der Wert wesentlich historisch besondere **Form**bestimmung ist, als solche aber einen **allgemeinen**, ihre historische Besonderheit übersteigenden **Inhalt** - woran erst die Form sich als besondere erweist - zwingend voraussetzt ...

Marx schreibt:

> Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist.[45]

Wenn ich dies, unter Verwendung des von Dir ins Spiel gebrachten Begriffs übersetze mit

Der Wert ist die Inkarnation der abstrakten Arbeit,

dann sagt das nicht mehr und nicht weniger aus, daß die Ware einen Wert hat, weil ein bestimmtes Quantum an Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft zu ihrer Herstellung erforderlich ist. Wie Du auf die Schnapsidee kommst, ich wollte damit den Wert - unabhängig von seiner Form - als Form bestimmen, ist mir völlig schleierhaft. Also zu Deiner Beruhigung: Es gibt keine Form des Werts, außer der Wertform, der Erscheinungsform des Werts, dem Geld. Wenn Du jedoch als Inkarnation der Wertsubstanz die Wertform und nicht den Wert selber ausmachst, dann verursachst Du einen Kurzschluß. Die Differenzierung zwischen Wert und Wertform ist u.a. erforderlich, weil sich in der Wertform nicht nur der Wert, sondern auch eine Abweichung vom Wert ausdrücken kann, ja die Wertform sogar aufhören kann, Wertausdruck zu sein.[46]

46 Karl Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 53

47 siehe Marx, Das Kapital, MEW 23, S. 117

Herrschaft des Produkts über den Produzenten

Zugegeben, in der „Plattform der übergänge" ist implizit auch von Momenten der Aufhebung der Herrschaft des Produktes über den Produzenten die Rede, insofern sind meine Formulierungen im editorial der Streitpunkte 5 zumindest überspitzt.

Daniel, Du behauptest, in den Engelsschen Charakterisierungen über das

> Heraustreten des Menschen aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche

würde es sich

> soweit überhaupt um die kapitalistische Warenproduktion, nicht um sie im besonderen, sondern um das, was sie mit allen früheren gesellschaftlichen Formationen verbindet

handeln.

Ich lese das etwas anders. Warum wohl bindet Engels diese Charakterisierung an die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft und an die Beseitigung der Warenproduktion? Die Herrschaft des Produkts über den Produzenten ist eben nicht mehr ohne weiteres gleichzusetzen mit Herrschaft der Natur über den Menschen. Es verweist darauf, daß wir uns zwar schon von der Beherrschung durch die uns umgebende Natur emanzipiert und gelernt haben, sie zu beherrschen, daß wir unsere eigene Natur als gesellschaftliche Wesen aber noch keineswegs ebenso beherrschen. Die Form der Herrschaft des Produkts über den Produzenten ist eben nicht die Form vorkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Während vorkapitalistische Herrschaftsverhältnisse als gottgegeben dargestellt wurden, erscheinen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse als naturgegeben. Daß das, was hier in der Form der Herrschaft des Produkts über den Produzenten als naturgegeben erscheint, keineswegs ein Naturverhältnis ist, sondern ein Gesellschaftsverhältnis - wenn auch eines, das sich naturwüchsig entwickelt hat, eben Resultat und Durchgangspunkt jener Art von Geschichte ist, in der die eigene Gesellschaftlichkeit den Menschen als objektive, fremde Macht beherrscht - kann dem Leser meiner Beiträge in den Streitpunkten eigentlich nicht entgangen sein. Wogegen richtet sich dann aber Deine Feststellung, Naturverhältnisse könnten kein Gegenstand der Kritik sein? - Babylon.

Daniel, Deine Mutmaßung,

> die Kritik wolle die Herrschaft des Produktes über den Produzenten als eine *selbständige* Komponente der kapitalistischen Misere festgehalten wissen

macht eine Verständigung darüber erforderlich, was wir unter selbständig verstehen. Daß „die Kritik" nicht von einer absoluten Selbständigkeit dieser Komponente ausgeht, macht schon der von Dir zitierte Satz der Kritik deutlich,

> daß der Übergang zum Kommunismus eine doppelte Aufgabenstellung enthält, nämlich sowohl die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, als auch die Aufhebung der Herrschaft des Produkts über die Produzenten, **und daß das erste Ziel ohne das vernachlässigte zweite nicht zu haben sein wird.**

Darüber hinaus billigt „die Kritik" dieser Komponente durchaus eine *relative* Selbständigkeit zu. Schon Engels weist im Anti-Dühring darauf hin, daß diese Komponente nicht unmittelbar an die kapitalistische, sondern an jede Form von Warenproduktion geknüpft ist:

> ... **jede** auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft hat das Eigentümliche, daß in ihr die Produzenten die Herrschaft über ihre eignen gesellschaftlichen Beziehungen verloren haben."[48]

Die Geschichte der „sozialistischen Staaten" im 20.Jahrhundert und ihr letztendliches Scheitern zeigt gerade sowohl die Selbständigkeit dieser „Komponente" als auch die Relativität dieser Selbständigkeit, davon handelt mein Beitrag „Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft" in den Streitpunkten 5. Werner Imhof weist in den Streitpunkten 5 ebenfalls darauf hin:

> Selbst wenn alle Betriebe 'in Arbeiterhand' wären, das Privateigentum an Produktionsmitteln also in *einer* Richtung - als Trennung in Besitzende und Besitzlose - aufgehoben wäre, bliebe mit der Wertform der Produkte auch ihre Kapitalform erhalten, ... solange das Privateigentum nicht auch in der *anderen* Richtung - als Trennung der Produzenten ... voneinander - aufgehoben wäre, solange die Markt- und Geldbeziehungen nicht durch andere Beziehungen ersetzt würden.[49]

Die Kritik an der „Plattform der übergänge" präzisiert sich also dahingehend, daß dieser relativen Selbständigkeit der 2 Seiten, Komponenten oder Richtungen der Aufhebungsbewegung des Kapitalverhältnisses nicht genügend Rechnung getragen wird.

Aus dieser zweiten Seite ergeben sich ganz spezifische Anforderungen an eine kommunistische Gesellschaft: Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander werden nicht mehr durch hinter dem Rücken der Menschen sich vollziehende ökonomische Gesetze geregelt, sondern durch die bewußte und planmäßige Gestaltung der Beziehungen durch die Menschen selbst. Dies wird zwar von den Übergängern nicht bestritten, soweit ich sie verstanden habe, aber die Konsequenzen daraus für den Übergang selbst werden unzureichend gezogen. Hier sind wir wieder bei dem „möglichen Kommunismus". Daniel zitiert zustimmend meine Kritik an dem Text von Ulrich Weiß,

> daß die revolutionäre Praxis eben das Abwerfen der bürgerlichen Form ist, und das Resultat nicht am Beginn des Prozesses stehen kann.

und fügt hinzu:

48 Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S.253

49 Werner Imhof, Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus, Kommunistische Streitpunkte 5, S.14

> Aber was heißt das anderes, als daß in der bürgerlichen Form ihr Jenseits bereits irgendwie *enthalten*, daß sie an sich selbst zur Auflösung treibender Widerspruch sein, die Tendenz zu ihrer eigenen Aufhebung mit sich führen muß?

- Völlig richtig, zumindest die erste Hälfte des Satzes. Mit der zweiten Satzhälfte bin ich nur einverstanden, wenn man sie nicht im Sinne einer Selbstauflösung der bürgerlichen Form interpretiert - das wäre tatsächlich das „endlose Ende" der bürgerlichen Form -, sondern im Sinne von Möglichkeit und Notwendigkeit, die Aufhebung der bürgerlichen Form praktisch zu vollziehen. Wenn aber unser Handeln mit dem Ziel der Überwindung der bürgerlichen Formen sich zwangsläufig noch in diesen bürgerlichen Formen vollzieht, also eine Aufsprengung von innen sein muß, dann gilt es vorrangig, die Momente der konkreten Negation der bürgerlichen Form in den bürgerlichen Formen aufzuspüren und zum bestimmenden Moment zu machen und die Momente der Selbstreproduktion der bürgerlichen Form in unserer eigenen politischen Praxis so weit als möglich unwirksam zu machen. Daniel und die Übergänge bestimmen das „enthaltene Moment des Jenseits" der bürgerlichen Form auf der allgemeinen Ebene der politischen Ökonomie zwar zutreffend als die gesellschaftliche Produktion, die Arbeit als gesellschaftliche Gesamtarbeit, und das „irgendwie" ihres Enthaltenseins in der Warenform als Substanz und Größe des Werts; aber auch auf allen besonderen Ebenen muß diese Bestimmung des „Jenseits der bürgerlichen Form" an der bürgerlichen Form geleistet werden. Das gilt besonders auch für die politischen Formen des Übergangs, Kommunistische Partei, Diktatur des Proletariats usw., in denen die „Momente des Jenseits" zu den bestimmenden gemacht und ihre Selbstreproduktion als auch noch bürgerliche Form verhindert werden muß. An der Unterbelichtung dieser Frage machte sich fast alle in den Streitpunkten geäußerte Kritik an Daniels Thesen fest, und dahingehend möchte ich auch meine Kritik an der Plattform der Übergänge präzisieren. Daß ein Teil der Kritik über das Ziel hinausschießt, indem er Kommunistische Partei, Diktatur des Proletariats usw. mit deren bisheriger Praxis identifiziert und das noch-bürgerliche Moment verabsolutiert, daher das Kind mit dem Bade ausschüttet, macht die Erkenntnis, daß das Bad ausgeschüttet werden muß, nicht grundsätzlich falsch. Wenn sich die Bedingungen des Kommunismus als „*wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" ergeben „aus der jetzt bestehenden Voraussetzung"[50], dann gilt es die jetzt bestehende Voraussetzung konkret zu erfassen, um die historischen Beschränktheiten des Kommunismus zu überwinden. Ich verstehe die Beiträge von Zwi, Werner Imhof, Ulrich Weiß und mir in den Streitpunkten als Ansätze dazu. Die Voraussetzung des Kommunismus ist heute nicht mehr dieselbe, wie zur Zeit des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik, sie hat sich weiterentwickelt. Damit muß der Kommunismus als wirkliche Aufhebungsbewegung der bestehenden Verhältnisse heute auch ein anderer sein.

Er kann nur als bewußter und planmäßiger Selbstaufhebungsprozeß des Proletariats gelingen.[51]

50 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 35

51 siehe hierzu: Ansgar Knolle Grothusen, Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden, in Kommunistische Streitpunkte 3, S. 16f

---

Hans-Jürgen Ohr

Anmerkungen zur „Plattform" der 'Übergänge zum Kommunismus'

Die Zeitschrift 'Übergänge' versteht sich - innerhalb einer in der „neuen Unübersichtlichkeit" dissoziierten Linken - einer strengen Marxphilologie verpflichtet. Eine wesentliche Ursache von Revisionismus resp. Reformismus, Kulturalismus, Moralismus etc. sehen ihre Autoren in einer zunehmenden Entfernung, wenn nicht Substitution vorherrschender linker Strömungen und Parteien von den bzw. der Marxschen Kategorien der 'Kritik der politischen Ökonomie'. In diesem Verständnis erscheint eine Sozialkritik, welche den von Marx als grundlegend erkannten Antagonismus von Kapital und Arbeit ignoriert, als absurd und wirkungslos. Schließlich vollzieht sich der Übergang von der kapitalistischen Produktionsweise hin zu einer kommunistischen Gesellschaft nicht naturwüchsig, ohne Willen und Bewußtsein der „vereinzelten Einzelnen"; vielmehr ist er Prozeß und Resultat von vielfältigen alltäglichen Formen des Klassenkampfes. Indem das bürgerliche Individuum sein Selbst außerhalb der Kategorien von Kapital und Arbeit begreift, rationalisiert es sein Leben, Erfolge wie Mißerfolge, Glück und Leid als dem persönlichen Vermögen oder dem Zufall geschuldet. Die Marxschen Kategorien sind in sofern die unabdingbare Voraussetzung zum Verständnis des Einzelnen ob der Mechanismen und Prozesse, die ihn vergesellschaften. Arbeit ist für Marx die „Fundamentalkategorie" der Vergesellschaftung schlechthin; in den Bänden des 'Kapital' rekonstruiert er die soziale Logik und Eigendynamik, den Formwandel, welcher der Produktion und Reproduktion menschlichen Lebens durch Arbeit entspringt. Welche kognitive Hilfestellung vermögen die Marxschen Kate-

gorien als „objektive Gegenstände" der Darstellung der ökonomischen Prozesse den verschiedenen Einzelnen zur Erklärung der sozialen Wirklichkeit heute zu geben? Gelingt es mittels dieser Begriffe den sich einander Verschließenden eine Verbindung zwischen ihrem Leben und den gesellschaftlichen Verhältnissen herzustellen?

1. Der Marxismus als Kritik der bürgerlichen Gesellschaft

Marx erhebt den Anspruch in seiner 'Kritik der politischen Ökonomie' die grundsätzliche Ursache der sozialen Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft entdeckt bzw. wissenschaftlich auf den Begriff gebracht zu haben.

Jede ihm voraufgehende Sozialkritik insbesondere der Frühsozialisten resp. Anarchisten - blieb im Idealismus und Voluntarismus stecken, wie sie den gesellschaftskonstitutiven Gegensatz von Kapital und Arbeit ignorierte. Indem Marx die Mehrwertproduktion, d.h. den ungleichen Tausch, zwischen den Produzenten einerseits und dem Besitzer von Produktionsmitteln andererseits, als den materiellen Grund des Herrschaftsverhältnisses zwischen Proletariat und Bourgeoisie entdeckte, entmystifizierte und entmoralisierte er zugleich die Sozialkritik. Nicht aus reiner Willkür und bloßem Herrschaftsdünkel tat das sich von der politischen Bevormundung des Adels befreite Bürgertum gut daran, die Freiheit auf ihre Klasse zu beschränken. Durch die Aneignung fremder Arbeit und der ausschließlichen Bezahlung der kreatürlichen Unterhaltskosten des Arbeiters sicherte es sich einen nicht unerheblichen quantitativen Überschuß, von Marx als Mehrwert bezeichnet. Die Funktionsweise dieses asymmetrischen sozialen Verhältnisses ist folglich an die einander antagonistisch gegenüberstehenden Klassen Bourgeoisie und Proletariat gebunden. Der Gegensatz von Produktionsmitteleignern und auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft Zurückgeworfenen wird differenziert durch eine dritte Kategorie sozialen Daseins, das Kleinbürgertum. Diese Spezies stellt im eigentlichen, ökonomiekritischen Sinne keine Klasse dar, fehlen ihr doch die Produktionsmittel, um als „kaufende Gewalt" der Arbeit des Proletariats sich zu bemächtigen. Soziologisch umfaßt der Begriff des Kleinbürgers im wesentlichen Selbständige (Freiberufler wie Ärzte, Rechtsanwälte etc.), kleine Kaufleute, aber auch Lehrer, Journalisten und verschiedene andere Dienstleister. Obwohl es im Machtgefüge der beiden bestimmenden Klassen scheinbar eine subalterne Position einnimmt, ist die Funktion des Kleinbürgertums im Klassenkampf keinesfalls von zu vernachlässigender Bedeutung.

Gegenüber den voraufgehenden Gesellschaften klassifiziert Marx die bürgerliche als eine von sozialer Dynamik bestimmte, getrieben von einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen den Produktivkräften bzw. dem technologischen Entwicklungsstand des menschlichen Arbeitsvermögens einerseits und den Produktionsverhältnissen, also den Eigentums- resp. institutionalisierten Herrschaftsverhältnissen andererseits. Diese soziale Kraft, innerhalb der jeder mit jedem im ökonomischen Konkurrenzkampf steht, läßt die Klassen und Zwischenschichten weder qualitativ noch quantitativ zur Ruhe kommen: ein depossedierter Bourgeois findet sich neben einem proletarischen Parvenü zwischen den Fronten wieder. Seit die bürgerliche Gesellschaft Gegenstand der Marxschen Analyse war, hat sie sich - nicht in grundsätzlichem Widerspruch zu seinen Prognosen - qualitativ verändert. Dieser Formwandel der kapitalistischen Produktionsweise, von der „formellen" zur „reellen" Subsumtion, verschärft das Leben jedes Einzelnen dadurch, wie das Kapital als „automatisches Subjekt" wie „selbstverwertender Wert" sukzessive alle menschlichen Bereiche sich einverleibt und unterordnet. War die Bourgeoisie in den Gründerzeiten noch Subjekt ihrer gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen, so büßt sie dieses Vorrecht durch das wachsende Eigenleben von geronnener, „verdinglichter" menschlicher Arbeit, Kapital, ein. Obgleich das Bürgertum seine führende soziale Stellung nicht verliert, höhlt sich doch seine Kultur dadurch aus, wie sie dem kapitalistischen Imperativ der „Plusmacherei" folgt und in einer Weise durch die Organisation und Vernutzung fremder Arbeit beansprucht wird, daß ihm Kontemplation und Muße als die rekreativen Momente bürgerlichen Lebens schlechthin, zusehends abhanden kommen. Die wachsende Kapitalkonzentration hat zur Folge, daß die Verfügungsgewalt von Produktionsmitteleignern durch Aktiengesellschaften und angestellte Manager eingeschränkt wird. Ein Abtreten der Entscheidungsbefugnis über Inhalt und Form der Produktion an bezahlte Spezialisten führt nicht zu einer Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und der ihr komplementären Herrschaftsform. Allerdings ändert sich dadurch die Klassensoziologie des Kapitalismus. Allein aus quantitativen Gründen ist das Wirtschaftsbürgertum (aktuell repräsentiert es weit weniger als ein Zehntel der Bevölkerung) gezwungen, nennenswerte Teile des Kleinbürgertums mit der Verwaltung seiner Geschäfte zu betrauen; obwohl jene formal, als Produktionsmittellose, dem Proletariat zuzuordnen sind, agiert diese „Funktionselite" im Sinne des Kapitals. Damit ist nicht die Marxsche Klassenbestimmung obsolet, eine aktualisierte Sozialkritik hat sich nun auf die zunehmende Heterogenität des Kleinbürgertums zu konzentrieren.

2. Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus

Die kapitalistische Produktionsweise ist geprägt von einer eigentümlichen Verdoppelung und Entzweiung der gesellschaftlichen Kräfte. Diese Verdoppelung zeigt sich nicht nur im dialektischen Materialismus, als Spannungsverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

resp. Ökonomie und Politik, sie teilt selbst die Produktivkräfte in 'objektive' und 'subjektive' Faktoren. Unter dem Begriff des subjektiven Faktors faßt sich die lebendige menschliche Arbeit, mit ihren sozialen und psychischen Implikationen; hinter dem objektiven Faktor verbirgt sich das Kapital, dessen Artefakt hinter der geschichtlichen und gesellschaftlichen Verdinglichung verschwindet. Bedingen sich Kapital und Arbeit als gleichsam genuine Momente des mehrwertbestimmten Produktionsprozesses, so entspringt ihre analytische Trennung, innerhalb einer an Marx orientierten Sozialkritik, primär einer Krise der Revolution. Indem das Proletariat der von Marx erhofften historischen Praxis, der Beendigung der bürgerlichen Klassenherrschaft, als der politischen Voraussetzung zur Verwirklichung der sozialen Revolution einer kommunistischen Gesellschaft, nicht nachgekommen war, konzentrierte sich zuvorderst die die philosophischen Gehalte Marx' wiederbelebende Strömung des „westlichen Marxismus" (Lukács, die Kritische Theorie, etc.) auf die subjektive Seite der ökonomischen Totalität. Es ging - in den zwanziger und dreißiger Jahren wie heute - um die Kardinalfrage, weshalb die von der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum geschurigelte Klasse in Grunde nur reaktiv agierte. Allein der Sozialpaternalismus der Sozialdemokratie als „einer Vereinigung zum Verbrauch revolutionärer Energie" (Karl Kraus), welcher aus Arbeitern „gleichberechtigte Staatsbürger" formen wollte, war keine hinreichende Erklärung.

Schließlich, nach der sprichwörtlichen Überrumpelung und Vereinnahmung der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus, wurde die bereits in den zwanziger Jahren aufgestellte Forschungsprämisse der Kritischen Theorie, zur Erhellung des gesellschaftlichen Irrationalismus psychologische Theoreme hinzuzuziehen, aufs fatalste bestätigt. Ensprechend äußert sich Max Horkheimer in seinem Aufsatz „Geschichte und Psychologie":

> **„Je mehr das geschichtliche Handeln von Menschen und Menschengruppen durch Erkenntnis motiviert ist, um so weniger braucht der Historiker auf psychologische Erklärungen zurückzugreifen (...). Je weniger das Handeln aber der Einsicht in die Wirklichkeit entspringt, ja, dieser Einsicht widerspricht, desto notwendiger ist es, die irrationalen zwangsmäßig bestimmten Mächte als psychologische aufzudecken".**

Wenn das Proletariat aus psychischen Gründen handlungsunfähig ist, durch die „geistige Aktion" (Karl Korsch), das historisch aufgehäufte Elend der Menschheit zu beenden, welche gesellschaftlichen Kräfte sollten ihm zur Seite stehen? Hier weist bereits der junge Marx durch ein prägnantes Diktum den Weg: **„Das Herz der Revolution ist das Proletariat, ihr Kopf die Philosophie."** Brecht hat diese soziale Vorgabe prosaischer formuliert: **„Für was brauchen die Arbeiter die Intellektuellen? - Zur Ideologiezertrümmerung"**. Repräsentiert der Typus des „proletarischen Intellektuellen" aus sozialen Gründen eine Marginalie, bleibt nur das Bündnis des Proletariats mit dem Kleinbürgertum. Diese überaus schillernde Sozialkategorie, welche „mit Verspätung den Weg der Bourgeoisie zurücklegt" (Roland Barthes), besteht zum geringsten Teil aus über den „zweiten Bildungsweg" intellektualisierten Arbeitern, sie ist gleichsam ein Zerfallsprodukt des 19. Jahrhunderts, bedingt durch die Trennung von Besitz und Bildung innerhalb des Bürgertums, während der Dynamik der wirtschaftlichen „Gründerzeit" (der sozialen Genealogie zufolge war Marx ein Kleinbürger par excellence). Innerhalb der Kulturgeschichte stellt der Marxismus, als 'Kritik der politischen Ökonomie', die intellektuell avancierte Form des Klassenverrats dar. Als Teil der bürgerlichen Kultur ist die Marxsche Theorie Quintessenz und radikale Kritik, im Sinne ihrer Aufhebung, zugleich. Die Frage nach der politischen wie sozialen Handlungsfähigkeit der gegenwärtigen Linken, im Sinne einer - notwendig - intellektuellen Zerstörung sämtlicher ideologischer Fetisch- bzw. Verschleierungsformen des gesellschaftsübergreifenden Kapitalverhältnisses verweist auf die Sozialpsychologie des Kleinbürgertums.

2.1 Zur Sozialpsychologie des Kleinbürgertums

War allein sein Terminus in politischen Debatten der 68er Verdikt zur Denunziation, ist es der sozialen Euphorie wie der intellektuellen Anstrengung jener „Nichtklasse" zu verdanken, daß im, Umfeld jener Generation den Schriften insbesondere von Marx und anderen radikalen Kritikern resp. Häretikern des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes überhaupt Aufmerksamkeit, über marginale akademische Lesezirkel hinaus, zuteil wurde. Der damalige soziale Überschwang angehender Akademiker schien es zunächst nahezulegen, daß es zu mehr als einem politischen „Strohfeuer" zwischen Intellektuellen und Arbeitern kommen konnte.

Im Zeitraffer der Geschichte erscheinen die seitdem vergangenen drei Jahrzehnte zunehmend als von theoretischer Zersetzung, gesellschaftlicher Regression und psychischem Defätismus bestimmt. Konnten einige der im Zuge der Studentenbewegung Politisierten sich mit Marx und Freud als Forschungsvorgabe akademisch etablieren, so wurde die den Klassenkampf fundierende 'Kritik der politischen Ökonomie' bereits Ende der 70er Jahre zu einem Teil des wissenschaftlichen Pluralismus. Der 1968ff. unter dem Begriff „Neue Linke" organisierte Versuch, an die vom Faschismus zerschlagene Arbeiterbewegung in kritischer Revision anzuknüpfen, hatte sich innerhalb nur eines Jahrzehnts erschöpft. Im „Marsch durch die Institutionen", der Bemächtigung bürgerlicher Strukturen zu deren proklamierter Auflösung bzw. sozialistischer Transformation,

konnte der kleinbürgerliche Charakter auf seine sozialisierten Tugenden der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit sowie eines ausgeprägten Sendungsbewußtseins mit Gewinn zurückgreifen. Weil die politisierten Protagonisten auch im Staatsdienst nicht von ihrer Gesinnung lassen wollten (mit Ausnahme von Parteimitgliedschaften es auch nicht mußten), zerstreute sich die bundesrepublikanische Linke in ein „weites Feld", das Marxsche Theoreme der 'Kritik der politischen Ökonomie' nur noch in Spurenelementen enthielt. Als pluralistisch veranlagter deutscher Linker konnte man sich - inspiriert und animiert durch die französische Avantgarde der „Meisterdenker" des Antikommunismus - mit Foucault, Derrida oder Lyotard ebenso einlassen wie auf Adorno und Horkheimer berufen. Der kleinbürgerliche Kulturmensch hatte nicht nur begriffen, daß der Marxismus einen Teil der bürgerlichen Kultur vorstellt, in seiner kulturellen Rezeption war er außerdem ohne soziales Risiko und von hohem geistigen Unterhaltungswert, wenn er nicht gar Geld einbrachte. So konnte es - nicht zuletzt aus Gründen des Selbstschutzes - nicht ausbleiben, daß der Antagonismus von Kapital und Arbeit durch vielerlei „Nebenwidersprüche" relativiert wurde (einige Beispiele: Mann-Frau, „Erste Welt"- „Dritte Welt", unbezahlte Hausarbeit-Lohnarbeit). Diese „neue Unübersichtlichkeit" schärfte weniger den Blick für das Elend der Welt; sie erfüllte ein Verlangen des kleinbürgerlichen Sentiments: sie machte die Welt in ihrer Heterogenität „spannend". Das Proletariat war inzwischen „aus den Augen und aus dem Sinn", wenn man nicht professionell, als Lehrer oder Sozialarbeiter, mit seinem sozialen Elend zu tun hatte.

2.2 Das Elend des Proletariats

Trennt man von der Masse der abhängig Beschäftigten die Kleinbürger, verbleibt der „proletarische Rest". Die beschleunigte technologische Entwicklung der „Wissensgesellschaft" und die ihr komplementäre Soziologie suggeriert einen Begriff von gesellschaftlicher Arbeit, bei dem die unmittelbar körperliche wie repetitive Tätigkeit bald der Vergangenheit angehört und durch Computer bzw. Robotern ersetzt wird. Aus produktionstechnischen Gründen würde die Basis der klassischen industriellen Arbeit, die Rohstoffgewinnung und Verarbeitung, zu einem subalternen Sektor der gesellschaftlicher Arbeit (welche Konsequenzen daraus für die Mehrwertproduktion folgen, soll hier unerörtert bleiben). Jenseits der quantitativen Bestimmung des gesamtgesellschaftlichen Produktionsquerschnitts nach industrieller und handwerklicher Arbeit sowie der unterschiedlichen Sektoren der Dienstleistungen, läßt sich die „abstrakte Arbeit" (Marx) nach ausführender und planerische scheiden; subalterne Tätigkeit bleibt unter den dienstleistenden Gehaltsempfängern keine Ausnahme.

Bestimmt, in einem emphatischen Verständnis, Entfremdung jede Form von Arbeit unter dem Kapitalverhältnis, als kognitive Reduktion wie psychische Dissoziation (Lukács hat diesen Aspekt in seiner klassenspezifischen Differenz treffend herausgearbeitet), so kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die dem Kommando des Planers untergeordnete proletarische Arbeit in einem besonderen Maße Entmenschlichung hervorbringt, die Georg Lukács in **„Geschichte und Klassenbewußtsein"** entsprechend beschreibt:

> **„Die Quantifizierung der Gegenstände, ihr Bestimmtsein von abstrakten Reflexionskategorien kommt im Leben des Arbeiters unmittelbar als ein Abstraktionsprozeß zum Vorschein, der an ihm selbst vollzogen wird, der seine Arbeitskraft von ihm abtrennt und ihn dazu nötigt, diese als eine ihm gehörige Ware zu verkaufen."**

Lukács' Hoffnung, daß aus der Selbsterkenntnis des Arbeiters in seiner Entmenschlichung zur Ware die Erkenntnis der Notwendigkeit der Revolution zur Rettung der individuellen und der kollektiven psychischen wie sozialen Integrität reife, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Die respektvolle sozialpsychologische Betrachtung der ökonomisch gepreßten Kategorie Proletariat hat sich seit Lukács nachgerade ins Gegenteil verkehrt. Wenn nicht der Zwang der Reproduktion es erfordert, meidet die kleinbürgerliche Linke (von marginalen Fraktionen des Parteikommunismus abgesehen), den unmittelbaren Kontakt mit den sozial Deklassierten.

2.3 Zur aktuellen Lage der Linken

Zwischen dem unverbindlichen Postulat nach „sozialer Gerechtigkeit" und „revolutionärer Ungeduld" bewegt sich die Verfassung der deutschen linken Parteien, Strömungen und theoretischen Zirkel. Hingegen bleiben jene Menschen, welche am stärksten unter der allgemeinen Feindseligkeit der bürgerlichen Gesellschaft leiden, das ausgebeutete Proletariat wie die wachsende „industrielle Reservearmee", apathisch, stumm und defätistisch. Diese soziale Erstarrung resp. Objektivierung folgt nicht nur der soziologischen Erkenntnis, daß es in einer bürgerlichen Gesellschaft keine proletarische Öffentlichkeit geben könne. Die Öffentichkeit, in welcher die Sache der subalternen Klasse verhandelt wird, ist notgedrungen durch bürgerliche Kultur und Ideologeme vermittelt. Bewegen sich die überwiegend akademisch sozialisierten Linken „wie ein Fisch im Wasser" in den Medien der öffentlichen Darstellung und Propaganda (deren Teil sie repräsentieren), hält sich hartnäckig das „Problem der Vermittlung" gegenüber der aufzuklärenden und zu aktivierenden Klientel. In der Tat ist eine Klasse, die durch ihre soziale Genese und Reproduktionsbedingungen sich zwischen - vor allem im Arbeitsprozeß abverlangerter - Fügsamkeit und Feindse-

ligkeit bewegt, in der unmittelbaren Konfrontation wenig „kooperativ", wie es im Herrschaftsdeutsch der Bourgeoisie euphemistisch heißt.

Konnte man in der „spätkapitalistischen Industriegesellschaft" noch nie von einer verbreiteten Herzlichkeit zwischen Proletariat und klassenverräterischem Kleinbürgertum sprechen, so hat sich dieses Verhältnis, seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, weiter verschlechtert. Mit Ausnahme von benebelnden Lippenbekenntnissen etablierter Parteien, welche die „vereinzelten Einzelnen" als bloßes Stimmvieh zur Aggregation und Legitimation der Staatsgewalt betrachten, sind die von Dissoziation und Verzweifelung bestimmten Handlungen der sozial Subalternen (Rassismus, Faschismus, Gewaltdelikte) vermehrt Gegenstand einer Sozialpathologie gegenarbeitenden Ideologiekritik (die Frage, inwiefern gesamtdeutscher Rassismus und Faschismus pervertierte Formen des Klassenkampfes indizieren, will ich hier ausklammern). Durch die verschärfte internationale Konkurrenz des kapitalistischen Warenverkehrs (im Jargon der bürgerlichen Ideologie „Globalisierung" genannt), ist der Pegel der die bürgerliche Gesellschaft durchziehenden allgemeinen Menschenfeindlichkeit weiter angestiegen.

Wie erbärmlich und ratlos „der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" selbst sozialpaternalistisch gesonnene Poltiker vorführt, zeigt das Beispiel eines ausgewiesenen Linken der SPD: auf die Frage, was er unter sozialer Gerechtigkeit verstehe, antwortete der Abgeordnete von Larcher, daß jeder sich einen Kühlschrank und eine Waschmaschine leisten könne. Es drängt sich schließlich eine Revision der Frage: Weshalb ist das Proletariat weder willens noch in der Lage zur Abschaffung des Kapitalismus - dahingehend auf, ob die Linke, in ihrer Heterogenität wie Desorientierung, mehr als nützlicher Idiot wie „Juniorpartner" der Bourgeoisie fungiert, denn als intellektueller Sekundant im alltäglichen Klassenkampf resp. „Waffe der Kritik".

Mit Ausnahme von versprengten Resten theoretisierender Grùppen erscheint der öffentliche Diskurs auf einem geistigen Niveau, welches Georg Lukács im Sinn gehabt haben muß in dem Diktum: in Zeiten einfacher Totalität platzt die Kruste vor innerer Leere. Beschäftigt in entfremdungsarmen Nischen des Dienstleistungssektors und wohlbehütet durch eine „mentale Verfassung", welche den Namen „innere Leere" verdient, beteiligen sich wachsende Teile einer ehemals von Marx berührten Linken an einem in Mode gekommenen Phänomen der Kulturalisierung und Psychologisierung von Gesellschaftskritik. Diese Individuen haben sich kommod in den Verhältnissen eingerichtet bzw. etabliert, daß sie Marxsche Theoreme als Versatzstücke zur Anreicherung der ständig gelangweilten bürgerlichen Kultur mißbrauchen (prominentes Beispiel ist der PDS Politiker Gregor Gysi, der als Pausenclown der Bourgeoisie auftritt). Die Trivialisierung, um nicht zu sagen soziale Verkommenheit dieser pseudokritischen Öffentlichkeit läßt sich exemplarisch an der Diskussion des Arbeitsbegriffs vorführen.

2.4 Arbeit und Herrschaft

Daß Arbeit konstitutives Element jeder Gesellschaft ist - welche sich von der unmittelbaren Naturverfallenheit gelöst hat -, bedarf keines wissenschaftlichen Arguments (deshalb ist die Zeitgeistschöpfung von der „Arbeitsgesellschaft" blanker Unsinn). Marx' Sozialkritik richtet sich denn auch hauptsächlich gegen die sozial depravierte Form der Arbeit, die Lohnarbeit. Ist Arbeit Substanz und Notwendigkeit menschlichen Lebens, erlangt sie gesellschaftliche Dominanz erst mit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise. Wohl hat die Bourgeoisie die Arbeit nicht erfunden, sie aber in ihrer kulturentwickelnden und profitmaximierenden Art und Weise zum Lebenselexier erklärt. Der wissenschaftliche Nachweis der sozialen Asymmetrie von Kapital und Arbeit durch Mehrwertaneignung der Kapitalisten intendiert bei Marx zunächst weder eine grundsätzliche Kritik von Arbeit als Anthropozentrik gegenüber der Natur, noch läßt sich daraus der Standpunkt ableiten, daß das Bürgertum nicht arbeitet. Umfang und philologische Feinheiten wie Mehrdeutigkeiten des Marxschen Oeuvres führen, neben politischer Instrumentalisierung, in Gegenwart und Geschichte des Marxismus immer wieder zu unterschiedlichen Akzentuierungen und Interpretationen des Begriffs Arbeit.

Die Kritische Theorie, besonders Adorno, markiert durch ihre politische Reserviertheit wie durch ihre Distanz zum Praktizismus des „Arbeiterbewegungsmarxismus" gewissermaßen einen Strukturbruch in der Geschichte des Marxismus. Was revolutionär Ungeduldige am „Adornismus" abstößt, der scheinbare Attentismus, wird oft vorschnell als das „Einerseits-Andererseits" des sozial indolenten Kleinbürgers denunziert. Als Abkömmling jener im Umfeld der Bourgeoisie sich behauptenden Zwischenklasse hat Adorno hingegen sehr genau die selbstherrlichen Momente, welche sich hinter der gesellschaftlichen „Fundamentalkategorie" Arbeit (Lukács) verbergen, erkannt.

In der **„Dialektik der Aufklärung"** unterziehen Adorno und Horkheimer den Produktivkraftoptimismus und -fetischismus einer nicht nur politischen Revision:

> **„Die wiederkehrenden, ewig gleichen Naturprozesse werden den Unterworfenen (...) als Rhythmus der Arbeit nach dem Takt von Keule und Prügelstock eingebläut. (...) Noch die deduktive Form der Wissenschaft spiegelt Hierarchie und Zwang. Wie die ersten Kategorien den organisierten Stamm und seine Macht über den Einzelnen repräsentierten, gründet die gesamte logische Ordnung, Abhängigkeit, Verkettung, Umgreifen und Zusammenschluß der Begriffe in den entsprechenden Verhältnissen der so-**

zialen Wirklichkeit, der Arbeitsteilung. (...) Die Arbeitsteilung, zu der sich die Herrschaft gesellschaftlich entfaltet, dient dem beherrschten Ganzen zur Selbsterhaltung. (...) Die Herrschaft tritt dem Einzelnen als das Allgemeine gegenüber, als die Vernunft in der Wirklichkeit."

Die Kritik der Kritischen Theorie avanciert folgerichtig zur Selbstkritik auch einer der kapitalistischen Produktionsweise entgegenstehenden Bewegung, wie diese - notgedrungen - Teil der bürgerlichen Gesellschaft ist und sich zudem affirmativ auf die bürgerlichen Fetischformen der umfassenden Naturbeherrschung, Technik und Wissenschaft, die dem Kapital untergeordneten Funktionen, bezieht. Vor der Zukunft der rasanten Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses (Robotik, Nanotechnologie, Gentechnologie) gewinnt der von Alfred Sohn-Rethel gemachte Einwand, daß das in der unmittelbaren Produktion beschäftigte Proletariat aufgrund der wissenschaftlichen Komplexität der industriellen Fertigung ohne die „wissenschaftliche Intelligenz" nicht in der Lage wäre, zu produzieren, an Gewicht. Dieser Einspruch soll nicht dafür herhalten, daß die in der Produktion Beschäftigten vor der planerischen Leistung der „erstklassigen Köpfe" noch mehr zu Kreuze kriechen. Er zielt auf das Postulat:

„Bloßlegung des bürgerlichen Privilegs zu arbeitsloser Existenz, das den wirklichen Zwang zur Arbeit in ein scheinbar zufällig-individuelles Schicksal verkehrt. Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft, d. h. Abschaffung jenes Privilegs des Besitzes."[1]

Wenn die historisch geronnene Inhumanität der bürgerlichen Gesellschaft dadurch sich überwinden ließe, daß man ein paar faule Bourgeois (schließlich ist der Anteil der Produktionsmitteleigner ein gesellschaftlich geringer Prozentsatz) aus ihrem Lotterbett und von ihren ewigen Ferieninseln in die Fabrik triebe, wäre der Klassenkampf mehr eine sportive Angelegenheit. Mit dem Aufruf nach allgemeinen Arbeitszwang enthüllt sich nicht der ideologische Schleier der bürgerlichen Verkehrsverhältnisse, stattdessen werden bei den sozial Niedergehaltenen wie den zu kurz gekommenen Kleinbürgern jene Ressentiments geweckt, die sich gegenwärtig die Bevölkerung immer weniger veranlaßt sieht zu unterdrücken.

In sozialer Konsequenz provoziert dieser Appell an die „arbeitende Klasse" das Auf- wie Ausleben des antisemitischen Ressentiments des Einkommens ohne Arbeit der zur Masse Degradierten, welche für jede Simplifizierung ihres Elends - durch die im Geschichtsprozeß verschleierten und ideologisierten Kategorien des kapitalistischen Produktionsprozesses - empfänglich sind (die konstitutiven Voraussetzungen wie die kognitive Not dieser Flucht der „vereinzelten Einzelnen" in die soziale Katastrophe hat Moishe Postone aufgezeigt). Nicht nur vor dem Hintergrund der sozialen Verrohung bzw. staatlichen Zerfallsprozesse im ehemaligen Jugoslawien, der untergegangenen Sowjetunion und anderen Teilen des ehemaligen „Ostblocks" ist dieser „Eckpunkt" ein Spiel mit dem Feuer. Wenn man das Proletariat und die ihm benachbarten Unterklassen nicht nur mit der sozialpathalogischen Brille (Rassismus, Faschismus) betrachten bzw. es auf das revolutionäre Abstellgleis manövrieren will, gibt es besseres als ihr Verlangen nach sozialer Denunziation zu wecken. Die Gemeinsamkeit im Ressentiment mag zeitweise eine Gruppe, vielleicht auch eine Klasse zusammenhalten, letztendlich vergiftet sie das soziale Leben, ohne die durch tiefsitzende Angst um ihren Verstand Gebrachten und durch Herrschaftsallüren auf Rache Versessenen hochzubringen. Die humane „Pädagogik" des Proletariats, kein anmaßender Sozialpaternalismus eitler Intellektueller, fordert im ganzen Maß die Tugenden des Revolutionärs, „Geduld und Ironie". Oskar Negt hat ernsthafte Versuche dazu bereits in den 60er Jahren unter der Leitlinie der Vermittlung von „soziologischem Denken" für die Arbeiterklasse angedacht; vielleicht läßt sich daran anknüpfen (hat der untergegangene Staatssozialismus doch in aller Traurigkeit und Tragik vorgeführt, wenn die kommunistische Partei die politische Macht erlangt, ohne sie sozial transformieren zu können).

Gehen die affektiven wie intellektuellen Entäußerungen der Linken am überwiegenden Teil des Proletariats vorbei, wäre es andererseits eine ideologiekritische Übung wie eine politische Notwendigkeit, sich jener kulturalistischen Linken anzunehmen, welche Arbeit nicht unter dem Gesichtspunkt von Entfremdung bzw. psychischer Dissoziation zur Kenntnis nimmt - geschweige denn einen Begriff von Zwang und Elend der Lohnarbeit hat, sondern, in bürgerlich positivistischer Manier von quantitativ variablen „Arbeitsmodellen" (frei nach der faschistischen KZ-Losung: „Jedem das Seine") schwadroniert. Dabei lohnte sich der Frage nachzugehen, inwieweit einzelne Linke beispielsweise eine intellektuelle wie moralische Patenschaft gegenüber ausbeutungsdysfunktionalen Proletariern eingehen, als gleichsam funktionale Transmissionsriemen des „Staats des Kapitals", speziell in Beschäftigungsgesellschaften des „zweiten Arbeitsmarktes".

Für Arbeitswillige hat der bürgerliche Staat, bei aller scheinbaren Finanznot, immer Gratifikationen bereit.

Etablieren sich innerhalb der Linken „Elemente der Dekomposition", kommen sie überwiegend aus einer „randständigen" Position der Gesellschaft, nicht völlig vereinnahmt von der geist- und nervtötenden Lohnarbeit. Sie leben deshalb, wie kein Mensch, nicht außerhalb dieser Verhältnisse, allerdings fern der materiellen Privilegien und sozialen Dünkel des modernisierten Kleinbürgertums, der „Neuen Mitte".

1 Anmerkung der Redaktion: Aus „Plattform der Übergänge zum Kommunismus"

dokumentiert: *Ute Osterkamp*

Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?

aus: Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 20

In den laufenden Diskussionen darüber, warum der reale Sozialismus zusammengebrochen sei, wird in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder die Frage gestellt, ob im Marxismus nicht die „Natur des Menschen" auf eine grundsätzliche Weise verkannt werde und ob nicht der Sozialismus schon deswegen notwendig scheitern müsse, weil die Menschen für das, was ihnen hier abverlangt werde, nicht geschaffen seien. Ich möchte in diesem Beitrag zu derartigen Problematisierungen einige grundsätzliche Klärungen beisteuern. Ehe ich jedoch versuchen kann, verschiedene in diesem Diskussionszusammenhang vorgebrachte Argumente kritisch zu analysieren und von da aus eine Antwort auf die dem zugrundeliegende Fragestellung zu geben, muß ich bestimmte allgemeine Voraussetzungen, auf denen meine spätere Argumentation aufbaut, wenigstens kurz verdeutlichen.

I.

Die Spezifik menschlicher Existenz besteht nach marxistischer Auffassung darin, daß sich die Menschen - im Gegensatz zu allen Tierarten - nicht nur den jeweils gegebenen Lebensbedingungen anpassen, sondern sich auf der Grundlage erkannter Handlungsmöglichkeiten prinzipiell zu diesen „verhalten", d.h. diese gemäß den eigenen Erkenntnissen und Bedürfnissen verändern können. Eine wesentliche Voraussetzung, hierfür ist die menschliche Fähigkeit, über das bewußte Zusammenschließen der Kräfte den Rahmen bloß individueller Potenzen zu überschreiten. Was bereits für die Entwicklung höchster Tierarten gilt, nämlich daß sich der einzelne Organismus nur innerhalb und mit Unterstützung der Sozietät entwickeln kann, gilt für menschliche Existenz auf neuem Niveau: Die Individuen können ihre Artspezifik, die bewußte Einflußnahme auf die relevanten Lebensbedingungen, nur über die gesellschaftliche Kooperation und Integration realisieren.

Der qualitative Sprung von der tierischen zur menschlichen = gesellschaftlichen Existenz besteht somit in der neuen Qualität der Beziehungen von innerer und äußerer Natur: Während selbst die höchstentwickelten Tierarten nur zur individuellen Anpassung an die vorgegebenen Lebensbedingungen gelangen, verändern die Menschen die äußere Natur in einem selbständigen, gesellschaftlich-historischen Prozeß und schaffen damit die Bedingungen ihrer eigenen Entwicklung. Menschliche Existenz bedeutet somit weit mehr als das Bemühen um das individuelle Überleben unter den jeweils gegebenen Bedingungen; sie ist identisch mit der Überwindung von Abhängigkeit und Ausgeliefertheit zur Verbesserung allgemeiner Lebensmöglichkeiten. In diesem Prozeß der vorausschauenden Veränderung der relevanten Lebensbedingungen entwikkeln sich zugleich die menschlichen Fähigkeiten, Erkenntnisse, Bedürfnisse und Beziehungen zueinander.

Das bewußte Verhalten zu den äußeren Bedingungen bedeutet potentiell auch ein bewußtes Verhalten zur eigenen Bedürftigkeit. Die Menschen werden - jedenfalls unter ihnen gemäßen Bedingungen - im Gegensatz zu den Tieren nicht unter dem Druck ihrer unmittelbaren Bedürftigkeit aktiv, sondern schaffen im Wissen um ihre Bedürfnisse vorsorgend die Bedingungen ihrer Befriedigung. Ein ungeheuerer Entwicklungsschritt in der menschlichen Geschichte bestand z.B. darin, daß unsere frühen Vorfahren das Korn, wenn sie es fanden, nicht sofort verzehrten, sondern erneut aussäten. Damit war eine wesentlich höhere Absicherung der Bedürfriisbefriedigung für die Zukunft erreicht. Die Aussaat des Getreides war jedoch nur unter der Voraussetzung möglich, daß der aktuelle Hunger nicht zu groß war. War nicht einmal die gegenwärtige Bedürfnisbefriedigung gesichert, blieb den Menschen nichts weiter übrig, als das Korn sofort zu essen - wobei jedoch im Unterschied zu den Tieren, die nur in der Gegenwart leben, das Wissen, damit gegen die langfristigen eigenen Interessen zu verstoßen, die aktuelle Befriedigung überschattete.

Das Dilemma, um der kurzfristigen Interessen, nämlich der unmittelbaren Absicherung der Existenz willen, gegen die langfristigen Interessen der Überwindung der Abhängigkeit und Ausgeliefertheit verstoßen zu müssen, ist das zentrale Konfliktpotential menschlicher Existenz. In Klassengesellschaften erscheint dieser Konflikt als Nötigung, sich um der unmittelbaren Existenzsicherung bzw. Anerkennung willen der Macht jener zu unterstellen und diese damit zu festigen, die über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung verfügen.

Die zentrale Kritik von Marx und Engels an der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung als einer Bewegung in Klassengegensätzen bezieht sich somit im wesentlichen darauf, daß die Einflußnahme auf die gesellschaftlichen Lebensbedingungen und damit die Entwicklung individueller Handlungs- und Erlebnismöglichkeiten für die Mehrheit der Bevölkerung massiv behindert ist. Mit anderen Worten: die Koordination individueller Kräfte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse geschieht i.d.R. nicht als selbstbewußte Tat im Interesse aller Beteiligten, sondern

ist den Angehörigen der abhängigen Klassen gemäß den bornierten Interessen der jeweils Herrschenden aufgezwungen. Unter kapitalistischen Klassenverhältnissen verbirgt sich diese Abhängigkeit hinter dem Schein der Freiwilligkeit, indem die Menschen nicht mit direkter Gewalt, sondern auf Grund ihrer eigenen Bedürftigkeit gezwungen sind, sich „freiwillig" den Interessen jener zu unterstellen, die über die Mittel der Produktion und damit der Bedürfnisbefriedigung verfügen. Niemand zwingt die Lohnarbeiter, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sondern ganz im Gegenteil: Angesichts der Alternative drohender Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen erhöhten Ausgeliefertheit, Isolation und Ohnmacht müssen diese für ihre eigene Ausbeutung noch dankbar sein.

Die gesellschaftliche Qualität menschlicher Existenz bedeutet immer auch, daß - so Marx - die Bedürfnisse relativ sind: Sie entwickeln sich mit dem Stand der Mittel ihrer Befriedigung: „Hunger ist Hunger, aber Hunger, der sich durch gekochtes, mit Gabel und Messer gegessenes Fleisch befriedigt, ist ein anderer Hunger, als der, der rohes Fleisch mit Hilfe von Hand, Nagel und Zahn verschlingt. Nicht nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion wird daher durch die Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv. Die Produktion schafft also den Konsumenten." (MEW 15, 624) Zugleich sagen der Grad und die Art der Bedürfnisbefriedigung stets auch etwas über die gesellschaftliche Position und damit über die Sicherheit der individuellen Existenz aus. Man leidet - jedenfalls bis zu einem bestimmten Grad des Mangels - nicht primär an diesem, sondern vielmehr daran, daß man in einer Situation ist, in der einem gesellschaftliche Lebensmöglichkeiten, die anderen ohne weiteres zur Verfügung stehen, vorenthalten sind. Marx und Engels bringen dies folgendermaßen zum Ausdruck: „Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, und das kleine Haus schrumpft zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nun, daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat; und es mag im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar in höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückter in seinen vier Pfählen finden. Ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohns setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. Das rasche Wachsen des produktiven Kapitals ruft ebenso rasches Wachstum des Reichtums, des Luxus, der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Genüsse, hervor. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt. Unsre Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur." (MEW 6, 411f)

Menschliche Bedürfnisse sind also keine „natürlichen" Letztheiten, sondern immer gesellschaftlich vermittelt; sie sind Quelle des Erlebnisreichtums und Glücks, sofern ihre Befriedigung gesichert, und sie sind Quelle des Leidens, sofern dies nicht der Fall ist. Die mangelnde Verfügung über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung bildet darüber hinaus die materielle Grundlage des Selbstverrats, d.h. der eigenen Manipulierbarkeit gemäß den Interessen jener, die über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung verfügen. Unter Bedingungen allgemeiner Frerndbestimmtheit, der mangelnden Verfügung über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung, wird der Mensch, so Marx, zum Sklaven seiner eigenen Bedürfnisse (MEW 26,3, 93): Diese nehmen Triebcharakter an, d.h. gewinnen unmittelbar verhaltensbestimmende Macht. Wenn ich Hunger leide, wird mein Denken vorrangig ums Essen kreisen; wenn ich um meine Existenz fürchten muß, werde ich auf Sicherheit setzen und versuchen, durch Demonstration besonderen Wohlverhaltens mir die Zuwendungen jener, von denen ich mich abhängig sehe, zu erhalten. Auch die Bemühungen um die Bestimmung der eigenen Lebensbedingungen können 'Triebcharakter" annehmen: indem ich quasi zwanghaft meine Ausgeliefertheit an die gesellschaftliche Entwicklung etwa dadurch zu kompensieren trachte, daß ich von diesen isoliert und damit noch ohnmächtiger und ausgelieferter werde.

II.

Mit der Herausbildung der Klassenantagonismen sind auch die gesellschaftlichen Denkformen nicht mehr klassenneutral, sondern repräsentieren jeweils verschiedene Klassenstandpunkte, und zwar den Gegensatz der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen vom Standpunkt der unterdrückten Klasse einerseits und der herrschenden Klassen andererseits. Eine uralte Technik der Herrschaftssicherung besteht darin, die Klassenspaltung als Folge der unterschiedlichen Fähigkeit der Menschen zu erklären, ihre Triebe zu beherrschen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Theoriengeschichte die These von der Triebbestimmtheit der Massen, die, sich selbst überlassen, zum Feind der Kultur bzw. Gesellschaft würden und darum im Interesse aller der äußeren Lenkung und Kontrolle bedürften. Diese Kontrolle sei von solchen Menschen auszuüben, die - anders als die Mehrheit der Bevölkerung - eben nicht Sklave, sondern Herr ihrer eigenen Triebe und damit auch geeignet seien, über diejenigen zu herrschen, die zu einer solchen Selbstdisziplin unfähig seien. Solche Auffassungen werden bis in die jüngste Zeit hinein offen vertreten, so

etwa in den sog. Massenpsychologien von le Bon und Ortega y'Gasset.

Freud zeigt sich in dieser Frage eher gebrochen. Einerseits hält er es - indem er auf die sozialistische Theorie Bezug nimmt - durchaus für möglich, daß die 'Triebhaftigkeit" und „Kulturfeindschaft" der Massen nicht Ursache, sondern Folge der Unterdrückung ist. So heißt es bei ihm: „Wenn aber eine Kultur es nicht darüber hinaus gebracht hat, daß die Befriedigung einer Anzahl von Teilnehmern die Unterdrückung einer anderen, vielleicht der Mehrzahl, zur Voraussetzung hat, und dies ist bei allen gegenwärtigen Kulturen der Fall, so ist es begreiflich, daß diese Unterdrückten eine intensive Feindseligkeit gegen die Kultur entwickeln, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen, an deren Gütern sie aber einen zu geringen Anteil haben. Eine Verinnerlichung der Kulturverbote darf man dann bei den Unterdrückten nicht erwarten, dieselben sind vielmehr nicht bereit, diese Verbote anzuerkennen, bestrebt, die Kultur selbst zu zerstören, eventuell selbst ihre Voraussetzungen aufzuheben ... Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine Kultur, welche eine so große Zahl von Teilnehmern unbefriedigt läßt und zur Auflehnung treibt, weder Aussicht hat, sich dauernd zu erhalten, noch es verdient" (GW XIV, 333). Diese Erkenntnis setzt er jedoch wieder seine alte „Triebtheorie" entgegen, wenn er sagt: „Es ist ein Stück der angeborenen und nicht zu beseitigenden Ungleichheit der Menschen, daß sie in Führer und Abhängige zerfallen. Die letzteren sind die übergroße Mehrheit, sie bedürfen einer Autorität, welche für sie Entscheidungen fällt, denen sie sich meist bedingungslos unterwerfen." (GW XVI, 24)

Theorien, die zumindest der Masse der Menschen Triebhaftigkeit unterstellen, bedeuten also nichts anderes, als daß die Folgen der Unterdrückung zu deren Ursachen erklärt werden und man diese zugleich durch Verschärfung der Disziplinierung zu kurieren sucht. Dem ist entgegenzusetzen, daß Bedürfnisse nur unter den Bedingungen ihrer mangelnden Befriedigung „Triebcharakter" annehmen, wobei die mangelnde Befriedigung stets auf die allgemeine Ausgeliefertheit verweist.

Das bewußte Verhalten zu den eigenen Bedürfnissen setzt somit immer die Verfügung über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung voraus, die nur über die entsprechende Einflußnahme auf den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß gewährleistet ist. Das heißt: der Mensch hat nicht nur eine Vielzahl von Bedürfnissen, sondern zugleich immer auch das übergeordnete Bedürfnis, von denen die Befriedigungsqualität aller Bedürfnisse abhängt.

III.

In heute gängigen psychologischen Auffassungen spricht man häufig weniger von der menschlichen Triebhaftigkeit und der Notwendigkeit ihrer Unterdrückung, sondern propagiert eher die Selbstverwirklichung, die unabhängig von den konkreten Verhältnissen möglich sein, nur die Besinnung auf die inneren Wesenskräfte erfordern soll. Das Leiden an der mangelnden Befriedigung der Bedürfnisse bekämpft man demzufolge dadurch, daß man sich diese Bedürfnisse einfach abschminkt. Wenn man nicht so sicherheitsfixiert, sondern risikofreudiger wäre, würde einem die allgemeine Unsicherheit und Perspektivlosigkeit nichts ausmachen; wenn man zu seiner wahren Identität gefunden hätte, wäre man weniger von äußerer Anerkennung und von Statussymbolen abhängig. Auch in solchen Theorien der Selbstverwirklichung geraten die Bedürfnisse statt die Behinderungen ihrer Befriedigung, d.h. die Folgen statt die Ursachen der Unterdrückung, in das Blickfeld der Kritik.

Die These von der Irrationalität, der zufolge sich die Menschen aus individueller Unvernunft nicht gemäß den gesellschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten verhalten, schlägt sich auch in der - mehr oder weniger zu einer unhinterfragten Selbstverständlichkeit gewordenen - Vorstellung vom „autoritären Charakter" nieder. Dabei werden - gerade auch von linker Seite - großen Teilen der Bevölkerung autoritäre Charakterstrukturen zugeschrieben und zur Ursache ihres irgendwie gestörten bzw. störenden Verhaltens deklariert. Dies geschieht zur Zeit insbesondere in Bezug auf die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR. So vertritt z.B. Wolfgang Engler die Auffassung, die mangelnde zivile Entwicklung in den realsozialistischen Ländern habe sich zu einer „fremdzwangsdominierten Verhaltenszivilisierung" (1991, 89) verfestigt, d.h. autoritäre „Dispositionssysteme" bzw. Charakterstrukturen zur Folge gehabt. Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften hätten diese oktroyierten „Selbstzwangsapparate" ihr „strukturelles Rückgrat" verloren; sie seien quasi funktionslos und zur Behinderung der Anpassung an die nunmehr gegebenen marktwirtschaftlichen Produktionsbedingungen geworden (ebd., 83); oder aber sie hätten mit dem Verlust des äußeren Rückhalts ihren Dienst versagt, wodurch zerstörerische Energien freigesetzt worden seien, die sich u.a. in rassistischen Ausschreitungen äußern würden (ebd., 89). Solche autoritären Dispositionen oder Charakterstrukturen würden sich u.a. als „starkes Bedürfnis nach eindeutigen Verhaltensvorgaben und Wegweisern", als „Unsicherheiten und Unlustgefühle in Bezug auf Veränderungen und Entscheidungen" äußern. Viele Menschen würde es so z.B. schwerfallen, sich mit den für die kapitalistische Gesellschaft gängigen „zivil und offen, aber in der Sache hart geführten Rang- und Ausscheidungsprozessen" (ebd., 87) abzufinden.

Auch Engler kritisiert hier den Wunsch nach Orientierung, Perspektive und einer gesicherten Existenz, nicht aber die reale Orientierungs- und Perspektivlosigkeit sowie existentielle Verunsicherung, die solche Tendenzen vordergründig werden lassen. Nicht die gesellschaftlichen Selektionsprozesse, sondern die individuellen Ängste, sich diesen zu

stellen, behindern seiner Auffassung nach den zivilen Fortschritt. Menschliche Entwicklungsfähigkeit erweist sich solchen Vorstellungen gemäß offensichtlich in der Eilfertigkeit, mit der man sich den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen bereit und fähig ist. Die Möglichkeit, daß die Verhältnisse nicht den Interessen und Bedürfnissen der Menschen entsprechen und die Anpassung an die jeweiligen Anforderungen einen massiven Selbstverrat bedeuten, gerät gar nicht erst in den Blick. Die Kritik beschränkt sich auf die Individuen, die als Produkte überwundener gesellschaftlicher Strukturen diese überlebt haben und in den nunmehr neuen Verhältnissen durch ihre mangelnde Umstellungsfähigkeit den gesellschaftlichen Fortschritt behindern. So sind nach Auffassung Englers wahrscheinlich mehrere Generationswechsel erforderlich, um die Schere zwischen Objektivem und Subjektivem, Handlungsstrukturen und Praxisformen, zu schließen (ebd., 90), d.h. bis „neue Menschen" nachgewachsen sind, die sich den nunmehr gegebenen Bedingungen ohne Reibungsverluste einfügen. Eine solche Sichtweise ist zweifellos die der Herrschenden: Statt die Lebensbedingungen gemäß den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten, haben sich die Menschen den herrschenden Verhältnissen anzupassen, und alle, die sich dagegen verwahren, werden sich gefallen lassen müssen, als Ballast oder Behinderung gehandelt zu werden. Die herrschende Kahlschlagpolitik gegenüber den Ländern der ehemaligen DDR findet damit eine erneute wissenschaftliche Rechtfertigung.

Die „Zivilisierung" der Gesellschaft und der Individuen erscheint bei Engler - in Anlehnung an psychoanalytische Auffassungen und davon beeinflußte Positionen, wie Elias' Zivilisationstheorie - als Verinnerlichung der Unterdrückung: durch vorauseilenden Gehorsam der Individuen können die staatlichen Unterdrückungsmechanismen und -institutionen in den Hintergrund treten bzw. „zivile" Formen annehmen. Damit wird von Engler das „Zwangs"-Konzept auf eine verwaschene Weise universalisiert und auf diesem Wege eine differenzierende kritische Analyse von Zwangsverhältnissen unmöglich gemacht. So erscheint jede Form von Einordnung oder Rücksicht auf andere - unabhängig davon, ob diese gegen die eigenen Erkenntnisse und Interessen oder in gezielter Erweiterung allgemeiner Handlungs- und Lebensmöglichkeiten erfolgt - als „Zwang": „Der Übergang von der fremdzwang- zur selbststeuerungsdominierten Verhaltensdisziplinierung führt von der stets präsenten Gewalt und Disziplinierung zu vergleichsweise sanften und schwachen Fremdzwängen; zum Zwang, mit anderen zu kooperieren... zum Zwang, Probleme auszudiskutieren, sich in die Perspektive des/der anderen hineinzuversetzen, zum Zwang, sich seine Freunde und Partner selbst auszuwählen, oder zu dem Zwang, sich unablässig Wissen anzueignen, um im Wettlauf mit anderen Wettbewerbern beruflich bestehen zu können" (ebd., 88). Diesen Vorstellungen liegt die psychoanalytische Auffassung vom genuin ungesellschaftlichen, spannungsflüchtigen Individuum zugrunde, das zur Berücksichtigung der Interessen anderer, selbst wenn sie dem eigenen Lebensinteresse entsprechen, durch gesellschaftlichen Druck gezwungen werden muß. Eine solche Haltung, von der aus jede gesellschaftliche Aktivität als Zwangsverhältnisse interpretiert wird, mag manchen also besonders realistisch oder gar radikal erscheinen. Genau besehen handelt es sich hier jedoch wohl eher um eine Pseudoradikalität, die letztlich zu nichts anderem führt als zur Rechtfertigung jeder Form von Unterdrückung und zur Empfehlung der Anpassung an ihre jeweiligen Erscheinungsformen als Ausweis flexibler Lebenstüchtigkeit und vernünftiger Lebensführung.

IV.

Die abstrakte Gegenüberstellung der bedürftigen = defizitären Menschen einerseits und der Gesellschaft andererseits geht immer mit der ideologischen Trennung und Dichotomisierung von Gefühl und Vernunft einher. Die „Gesellschaft" repräsentiert danach die Vernunft, die Individuen verkörpern hingegen die Gefühle und Leidenschaften, die sich in ihrer mangelnden Bereitschaft erweist, sich den herrschenden Interessen = der „allgemeinen Vernunft" zu beugen.

Gefühl und Vernunft geraten jedoch nur unter Bedingungen der Fremdbestimmtheit in Gegensatz zueinander, wenn sich nämlich „Vernunft" auf Anpassung beschränkt, die darin besteht, alle unbotmäßigen Erkenntnisse und Impulse zu verdrängen: „Vernünftig" wäre demzufolge, das zu tun, was man tun soll, „unvernünftig" bzw. „irrational", dagegen zu opponieren und sich auf diese Weise entsprechende Sanktionen einzuhandeln. Sofern man jedoch von der subjektiven Notwendigkeit der Einflußnahme auf die Verhältnisse ausgeht, wird klar, daß die Gefühle keineswegs als solche im Gegensatz zur Vernunft stehen, sondern selbst eine Form der Erkenntnis darstellen: sie sind die spontane Bewertung der jeweiligen Realität am Maßstab der individuellen Besinnlichkeit bzw. am Maßstab der subjektiven Handlungsmöglichkeiten dieser Realität gegenüber. Gefühle haben orientierende und handlungsanleitende Funktion. Die Funktion der „Vernunft" im engeren Sinne besteht dann darin die spontanen Stellungnahmen zu den jeweiligen Ereignissen, die sich in den Emotionen ausdrükken, zu konkretisieren: d.h. sie auf ihre realen Ursachen zurückzuführen, um entsprechend aktiv werden zu können. Dies würde z.B. im Falle der Angst bedeuten, deren reale Ursachen auszumachen und mit diesen auch die Angst zu überwinden.

Gefühle sind also keineswegs von sich aus irrational, sondern die Irrationalität ergibt sich erst aus der gesellschaftlichen Behinderung ihres Ausdrucks: bestimmte „kritische" Gefühle - wie etwa Angst und Aggression -, die auf die

Ungesichertheit individueller Existenz sowie die mangelnde Befriedigung zentraler Lebensansprüche verweisen und damit eine Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen implizieren, werden in ihrem Ausdruck mehr oder weniger direkt eingeschränkt. Dies geschieht nicht zuletzt gerade auch dadurch, daß man ihren Bezug zur aktuellen Realität abstreitet und sie in die Irrealität = Irrationalität drängt oder sie, was letztlich auf das gleiche hinausläuft, als bloß privates Problem behandelt: Angst verweist demzufolge nicht auf reale Bedrohungen, sondern auf die eigene „Überängstlichkeit" oder Feigheit, die man, um nicht die allgemeine Anerkennung zu riskieren, im Zweifelsfall lieber verbirgt oder auf Kindheitserlebnisse zurückführt und therapeutisch in den Griff zu bekommen sucht. So nennt z.B. Erich Fromm die „Angst vor der Freiheit" als zentrale Ursache menschlicher Entwicklungsbehinderung, nicht aber die Sanktionen, die jene treffen würden, die, unabhängig von ihrer realen Abhängigkeit, sich die Freiheit nähmen zu sagen und zu tun, was sie denken und fühlen. Die Irrationalisierung der Gefühle bedeutet somit nichts anderes, als die Kritik an den Verhältnissen gegen die Individuen zu kehren, die sie üben. Die Irrationalität, d.h. Realitätsabgehobenheit der Gefühle ist ein Produkt der Unterdrückung, an deren Verschleierung und Festigung man ungewollt mitwirkt, wenn man Gefühle von vornherein in Gegensatz zur Vernunft setzt.

Der Umstand, daß wenn man der gängigen Auseinanderreißung von Vernunft und Gefühl erst einmal aufsitzt, man - ob man dies nun will und bemerkt oder nicht - zwangsläufig die Position der Herrschenden einnimmt und die Naturalisierung der gegebenen Machtverhältnisse betreibt, zeigt, sich auch an den Ausführungen von Hans-Dieter Schmidt im ND (1990). Dieser unterstellt den unterschiedlichen Auslegungen des Marxismus und letztlich diesem selbst ein „realitätsfernes Wunschbild": Demgemäß sei der Mensch ein vernunftgeleitetes Lernwesen, das durch äußere (vor allem ökonomische) Umstände hochgradig formbar sei; er beherrsche die Natur und sich selbst, weil er intelligent, leistungs- und arbeitswillig sei; als Kollektivwesen sei er gesittet und diszipliniert einordnungs- und verzichtswillig, wobei diese Eigenschaften in der sozialistischen Gesellschaft voll zum Tragen kämen. Dieses Zerrbild, das kaum an der Perspektive der Befreiung als vielmehr an den Zielvorstellungen der Verfestigung von Unterdrückung orientiert ist, wird von Schmidt nicht als solches, sondern nur hinsichtlich seiner Realisierbarkeit in Frage gestellt. Dabei bezieht er sich auf „Befunde und Einsichten von Psychologen, Verhaltensbiologen und Medizinern", denen zufolge sich die Entwicklung des Menschen im wesentlichen im Bereich geistiger Fähigkeiten vollzogen habe, während sich seine Gefühle kaum aus den „Fesseln seiner biotischen Naturausstattung" befreit hätten. Es bestünde vielmehr ein tiefer Widerspruch zwischen ökonomisch-technologischer Rationalität bzw. den Bedingungen der gesellschaftlichen Lebenssicherung, die auf Vernunft- und vereinbarten Rechts- und Moralnormen basierten, und der urtümlichen Verhaltensausstattung, d.h. der immer noch mächtigen irrationalen Trieb- und Gefühlsstruktur der Menschen. Die - vorgesellschaftliche - Bedrohung des Überlebens durch zahlreiche artgleiche und -fremde Konkurrenten habe dabei ein egoistisches Verhalten begünstigt, das sich quasi zur biologischen Disposition verfestigt habe und auch das heutige Verhalten der Menschen dominiere. Zu den ursprünglichen Antrieben zählt Schmidt „Haß und Eifersucht, unbeherrschte Sexualität, Raub und Korruption im Dienste des Besitzstrebens, rücksichtsloses Machtstreben, blinde Aggression mit Tötungsabsicht", aber auch „das Bedürfnis nach Geborgenheit und Schutz, Liebeslust und Partnerbindung, Entäußerung von Gefühlen und Einfluß". Diese Antriebe und Gefühle seien zu „erziehen", d.h. im Sinne der Wahrung des Gemeinwohls konsensfähig zu machen, so daß niemand geschädigt oder benachteiligt wird. Dabei könne der individuelle Egoismus „als Initiative, Gestaltungswillen und Kreativität zum persönlichen Nutzen und zum Vorteil vieler produktiv" gemacht werden, was jedoch voraussetzt, ihn „durch soziale und gesellschaftliche Kontrollmechanismen so zu mäßigen und zu begrenzen", daß „Hilfe, Solidarität, Güte und Barmherzigkeit ihren Platz im Wertgefüge des Gemeinschaftslebens behalten" und die „rationalen" Eigenschaften zum Tragen kommen könnten.

Schmidts Überlegungen münden hier - aufgrund seiner allgemeinen anthropologischen Vorannahmen in zwangsläufiger Weise, quasi hinter seinem Rücken - in genau jenes Denken ein, das es im Befreiungsinteresse aller zu überwinden gilt: nämlich die Gegenüberstellung von gesellschaftlicher Vernunft = Vernunft der Herrschenden und der Unvernunft der Massen, die durch die Herrschenden in rechte Bahnen gelenkt und im Notfall unterdrückt werden müssen. Mit solchen Erziehungsvorstellungen, denen zufolge die Menschen in ihrer Triebhaftigkeit gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen einzuschränken sind, zerfällt, wie schon Marx festgestellt hat (s.u.), die Gesellschaft zwangsläufig in zwei Teile, von denen der eine quasi über dem anderen steht und auf Grund dieser Überlegenheit die Aufgabe zu übernehmen hat, den anderen Teil der Menschheit, der den Verhältnissen und seiner Natur verhaftet bleibt, im „allgemeinen Interesse" zu disziplinieren. Dabei wird dem Sozialismus nur angelastet, daß hier von den „Erziehern" der „zu erziehenden" Bevölkerung zu viel abverlangt, deren Natur nicht berücksichtigt wurde. Man kommt nicht auf den Gedanken, daß es eben die hier als selbstverständlich gesetzte Spaltung zwischen „Erziehungsberechtigten" = Herrschenden und „Erziehungsbedürftigen" = Beherrschten ist, die als mit dem Marxismus unvereinbar dazu beigetragen haben könnte, daß der Realsozialismus die Bevölkerung nicht gewinnen konnte

und unter anderem auch deswegen letztlich scheitern mußte.

Wenn man in der marxistischen Theorie kaum für die Psychologie bzw. das menschliche Verhalten relevante Erkenntnisse finden zu können meint, dann stimmt dies mit Sicherheit aus der Perspektive derer, die Anleitungen zur Zivilisierung bzw. Disziplinierung der Menschen suchen. Wenn man jedoch an der Psychologie nicht vom Herrschaftsstandpunkt, sondern vorn Standpunkt der Befreiung interessiert ist, tut sich eine Fülle an Erkenntnissen auf, die allerdings durchaus im Widerspruch zur „Vernunft" der herrschenden Verhältnisse stehen und somit von deren Sicht aus höchst unerwünscht und irrational sind.

Die Naturalisierung der Klassenverhältnisse, die sich in der Entgegensetzung von Individuum und Gesellschaft, Gefühl und Vernunft spiegelt, unterliegt auch der verbreiteten Aufteilung der Bedürfnisse in „primäre" und „sekundäre", elementare und geistige, materielle und ideelle etc. Jede Form der Kategorisierung und Hierarchisierung der Bedürfnisse geschieht vom Standpunkt der Herrschenden, d.h. derer, die die aktzeptierbaren und nichtakzeptierbaren, d.h. über die zugestandenen Lebensräume hinausgehenden Ansprüche sondieren. Vom Subjektstandpunkt hingegen ist die Befriedigung aller Bedürfnisse wichtig. Dies bedeutet keineswegs, daß auch immer alle Bedürfnisse befriedigt werden können. Es ist jedoch ein zentraler Unterschied, ob bestimmte Bedürfnisse aktuell und aus angebbaren Gründen unbefriedigt bleiben müssen oder ob die Bedürfnisse selbst zensiert, d.h. in ihrer Berechtigung hinterfragt werden, was bei ihrer Hierarchisierung letztlich immer der Fall ist.

V.

Gegen die allgemeine Verkehrung von Ursache und Wirkung der Unterdrückung als wesentlichem Inhalt bürgerlicher Ideologie haben Marx und Engels in vielfältigen Zusammenhängen polemisiert. So stellt z.B. Engels in seiner Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" fest, daß sich die englische Bourgeoisie immer wieder über die „Zügellosigkeit der Genußsucht", den „Mangel an Vorhersicht und an Fügsamkeit in die soziale Ordnung" (MEW 2, 355) der Arbeitenden empörte und in deren Unmoral die Ursachen für ihre katastrophalen Lebensverhältnisse sah. Ein ständiger Vorwurf habe z.B. gelautet, daß die Arbeiter auch „während der Zeit, da der Lohn hoch ist, ihr Geld verprassen, statt für die Zukunft vorzusorgen. Dem hält Engels entgegen, daß es nicht nur verständlich, sondern auch vernünftig ist, wenn die Arbeitenden statt Schätze zu sammeln, die ihnen nichts nützen, da auch kein noch so intensives Sparen sie aus der Situation der Ausgeliefertheit und Fremdbestimmtheit befreien würde. Obwohl aber ein solches Verhalten verständlich und vernünftig sei, sei es dennoch - so Engels - „demoralisierend wie kein anderes." (MEW 2, 345)

Engels leugnet die demoralisierenden Auswirkungen von Ausbeutung und Unterdrückung also nicht, lastet sie aber im Gegensatz zur Bourgeoisie nicht den Arbeitern an, sondern verweist auf ihre gesellschaftlichen Ursachen. „Unter den jetzigen sozialen Verhältnissen ist es ganz klar, daß der Arme gezwungen wird, Egoist zu sein, und wenn er die Wahl hat und gleich gut lebt, lieber nichts tut als arbeitet. Daraus folgt aber nur, daß die jetzigen sozialen Verhältnisse nichts taugen." (MEW 2, 495) „Noch viel demoralisierender als die Armut" sei aber, so Engels „die Unsicherheit der Lebensstellung, die Notwendigkeit, vom Lohn aus der Hand in den Mund zu leben, kurz das, was sie (die Arbeiter/U.O.) *zu Proletariern* macht." (MEW 2,344)

Die „Zügellosigkeit" und „Genußsucht", die den Arbeitern der frühindustriellen Zeit vorgehalten wurden, haben sich heutzutage weitgehend verbürgerlicht: Dementsprechend wirft man den „Massen" weniger - wie zu Zeiten Engels -, ihre Trunksucht und sexuelle Unzucht, als vielmehr ihre mangelnde Flexibilität und Kreativität, ihre Fixiertheit auf Sicherheit und Konsum vor. Der verbreitete Vorwurf der Konsumorientierung bedeutet jedoch nichts anderes, als die Forderungen der Menschen nach gleichen Lebensmöglichkeiten als Ausdruck charakterlicher Schwäche oder Defekte zu werten. Statt „haben" zu wollen - so etwa die humanistische Psychologie -, sollten die Menschen lieber „sein", d.h. sich auf ihre inneren Werte besinnen und sich mit dem zufrieden geben, was ihnen gegeben ist. Solche „humanistischen" Appelle haben immer die Funktion, die Besitzstände derer, die Anspruch auf die Lebensmöglichkeiten der Herrschenden und Privilegierten erheben, zu wahren. Die Tatsache, daß man, da man alles hat, nicht mehr haben will, wird demzufolge als moralische Überlegenheit gegenüber jenen, die haben wollen, weil sie nicht haben, gewertet. Die Kritik an der Konsumorientierung kommt nicht nur von bürgerlicher, sondern von sozialistischer Seite: „Ebensoviel oder mehr haben zu wollen als die anderen" (1978, 78), ist z.B. nach Auffassung des sowjetischen Sozialwissenschaftlers Diligenski eine wesentliche Ursache für die Verarmung der Persönlichkeit und die Verkümmerung der sozialen Beziehungen. Statt sich auf den „Erwerb von irgend etwas (Gut, Status)" zu konzentrieren, sollte es vielmehr dem einzelnen möglich sein, „seine 'Wesenskräfte', seine angeborenen und erworbenen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, sie in den Beziehungen zu anderen Menschen zu äußern und ihn mit seiner gesamten Individualität in die Tätigkeit der Gesellschaft einzubeziehen". (ebd., 77) Diligenski geht hier von vornherein davon aus, daß die Konsumorientierung die Menschen an der produktiven Tätigkeit hindert, ohne auch nur ansatzweise zu reflektieren, unter welchen Bedingungen „Konsum" und „produktive Tätigkeit" überhaupt in Gegensatz zueinander geraten. Wenn man die „Erweiterung der Wesenskräfte", „der angeborenen und erworbenen Fähigkeiten" etc. gegen die Konsumorientierung stellt

und diese Trennung als natürlich akzeptiert, wie dies Diligenski offensichtlich tut, propagiert man nicht sozialistische, sondern kapitalistische Ethik, wie sie bereits Max Weber auf den Begriff gebracht hat. Einer solchen Orientierung entspricht auch das psychologische Konzept der intrinsischen Motivation, die als Bestreben definiert ist, „die eigene Tüchtiüeit in allen jenen Tätigkeiten zu steigern oder möglichst hoch zu halten, in denen man einen Gütemaßstab für verbindlich hält und deren Ausführung deshalb gelingen und mißlingen kann". (Heckhausen, 1965, 604) Wer die Frage stellt, für wessen Nutzen und Interesse man diese Art von Anstrengung auf sich nehmen soll, ist dieser Theorie nach von vornherein als materiell orientiert und damit moralisch-geistig unterentwickelt disqualifiziert.

Statt über die Konsumorientierung und das Überwiegen „egoistisch-materieller" gegenüber „allgemein-geistigen" Interessen zu klagen, wäre vielmehr von marxistischer Seite deutlich zu machen, daß auch der persönliche Konsum letztlich nur über die Einflußnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung gesichert werden kann, was immer entsprechende intellektuelle Anstrengungen erfordert, und daß die Behauptung, die „geistigen" Interessen stünden im Gegensatz zu den materiellen, genau besehen, die Funktion hat, die materiellen Besitzstände der Herrschenden zu sichern.

Auch Gabriele Simon (1992) setzt sich kritisch mit der allgemeinen Konsumkritik auseinander, die von der realen Ausgeliefertheit und existentiellen Verunsicherung, die man mit der - mehr oder weniger aufgezwungenen - Konsumorientierung zu kompensieren sucht, absieht. Solche Kritik suggeriere unter der Hand eine unmittelbare Übereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft, indem sie die herrschenden Konsumzwänge als Erfüllung menschlicher Bedürfnisse erscheinen lasse. Zugleich transportiere eine solche Konsumkritik jedoch auch die letztlich nationalistische Botschaft: „Uns geht es gut, nur leider auf Kosten anderer." Und je mehr diese „anderen" dabei als Arme vorgeführt würden, die genau das entbehren, was wir haben, umso sicherer würden wir uns unserer scheinbaren Überlegenheit ihnen gegenüber werden.

Der „Egoismus" oder die Asozialität, die zum Anlaß genommen werden, die Menschen ins Unrecht zu setzen und weiterhin einzuschränken, sind darüber hinaus keineswegs nur Folge existentieller Verunsicherung oder über die Notwendigkeit aufgezwungen, den Konkurrenzkampf zu bestehen. Vielmehr werden sie durch die öffentliche Politik in vielfältiger Weise gezielt gefördert, indem soziales Verhalten nicht belohnt, sondern bestraft wird: Jüngstes Beispiel hierfür ist etwa die Anweisung des Bundesinnenministeriums, daß alle, die, da die öffentlichen Unterbringungsmöglichkeiten angeblich nicht ausreichen, sich bereit erklärt haben, Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina privat aufzunehmen, nicht nur für deren Unterkunft und Verpflegung, sondern auch für alle eventuell entstehenden Krankheitskosten aufkommen sollen. Aber auch die Bereitschaft der sog. alten Bundesbürger, einen „Solidarbeitrag" für die Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR zu leisten, wäre mit Sicherheit wesentlich höher, wenn sie Einfluß auf die Verwendung ihrer „Verzichtsleistungen" nehmen und sicher sein könnten, daß diese wirklich für die Verbesserung allgemeiner Arbeits- und Lebensmöglichkeiten statt für die Restauration herrschender Besitzverhältnisse genutzt würden. Mit anderen Worten: Man wäre durchaus zu Einschränkungen des Konsums bereit, wenn man Einfluß darauf nehmen könnte, daß dies zum allgemeinen Nutzen wäre; wenn dem aber so wäre, würde es sich dabei jedoch keineswegs mehr um Verzicht, sondern ganz im Gegenteil um die Erweiterung individueller Lebensmöglichkeit handeln.

Engels hat diese Zusammenhänge schon 1845 in einem seiner Elberfelder Briefe auf den Begriff gebracht: Es ginge nicht um die Schmälerung der eigenen Lebensmöglichkeiten, indem man diese mit anderen teilt, sondern vielmehr darum, „eine solche Lebenslage für *alle Menschen* zu schaffen, daß ein jeder seine menschliche Natur frei entwickeln, mit seinen Nächsten in einem menschlichem Verhältnis leben kann und vor keinen gewaltsamen Erschütterungen seiner Lebenslage sich zu fürchten braucht". Dabei sei zu berücksichtigen, „daß dasjenige, was einzelne aufopfern sollen, nicht ihr wahrhaft menschlicher Lebensgenuß, sondern nur der durch unsere schlechten Zustände erzeugte Schein des Lebensgenusses ist, etwas, was wider die eigne Vernunft und das eigne Herz derer geht, die sich jetzt dieser scheinbaren Vorzüge erfreuen." (MEW 2, 556)

VI.

Auch die Umsetzung solcher Erkenntnisse von Marx und Engels über die menschlichen Bedürfnisse in die politische Praxis wird u.a. dadurch behindert, daß selbst Marxisten immer wieder herrschenden Denkweisen darüber aufsitzen. Dies geschieht nicht zuletzt dadurch, daß auch sie die Bedürfnisse statt deren mangelnde Befriedigung zu bekämpfen suchen und sich berechtigt fühlen, die Unterordnung der Menschen unter die von ihnen vertretenen sozialistischen Ziele zu fordern.

Auf die Gefahr, daß auch Kommunisten unter Sozialismus nicht die Bestimmung der Verhältnisse durch die von ihnen betroffenen Menschen, sondern vielmehr deren Unterordnung unter ein vorgegebenes sozialistisches Ziel verstehen, verweist z.B. Alexander Zipko (1992) in seinem Artikel „Der Egoismus der Träumer". Er spricht in diesem Zusammenhang von einer elitären Erhebung über die Alltagssorgen der Menschen und einer Antikonsumenthaltung revolutionärer Schöngeister, der zufolge viele der bolschewistischen Kämpfer die abstrakte sozialistische Idee mitunter höher als die Interessen der Volksmassen gesetzt hätten. Noch im Hungerjahr 1919 wären z.B. manche von ihnen mehr darum besorgt gewesen, daß alle kollektiv ar-

beiten und essen, als daß überhaupt genügend zum Essen produziert wurde. Die Berechtigung, von anderen die Aufopferung für die sozialistischen Ziele zu fordern, hätten sie wiederum aus der These der eigenen Selbstaufopferung abgeleitet, wie sie etwa auch im „revolutionären Katechismus" von Bakunin und Tkatschew gefeiert worden sei. Die Selbstdisziplinierung, die angebliche Mißachtung eigener Bedürfnisse, diente also auch hier zur Begründung der Herrschaftsansprüche über jene, die die sozialistische Idee scheinbar dadurch verrieten, daß sie sich für diese nicht aufzuopfern bereit waren, sondern sich im Gegenteil vom Sozialismus eine konkrete Verbesserung ihrer Situation erhofften.

Diese These von der notwendigen Selbstaufopferung ist bei genauerem Hinsehen immer falsch: auf sich selbst bezogen sind Verzichtsleistungen jeder Art, sofern sie freiwillig geschehen, keine Selbstaufopferung; und auf andere bezogen bedeutet sie nichts weiter als deren Aufopferung für etwas zu fordern, was man selbst für wichtig und richtig hält, den anderen jedoch nicht einsichtig machen kann. Wenn die vorgeblich allgemeinen Ziele wirklich im Interesse aller sind, sind die jeweils individuellen Interessen schon logischerweise in ihnen aufgehoben; wie weit dies jedoch konkret der Fall ist, muß durch die einzelnen Individuen jederzeit überprüfbar sein, damit sie die allgemeinen Interessen bewußt mittragen können. Die auch von manchen Sozialisten vertretene These von dem „lumpigen Selbst", das hinter den Interessen der „Menschheit" zurückzustehen habe, nennen Marx und Engels einen „infamen und ekelhaften Servilismus", eine „Wollust der Kriecherei und Selbstverachtung". (MEW 4, 15)

Auch in der DDR verstand man, wie Eva Kellner und Angelika Soldan in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie darlegen (1991), unter Sozialismus offensichtlich weniger die bewußte Gestaltung der Lebensbedingungen durch die betroffenen Menschen, sondern setzte ihn eher als Maßstab, an dem sich die Menschen zu bewähren hatten. Damit hat man aber - wie Kellner und Soldan überzeugend aufweisen - das zentrale sozialistische Ziel, die Verwirklichung der Menschen als gesellschaftliche Individuen, massiv behindert. Die Folgen dieser realen Behinderung, eine weitgehend gleichgültige oder gar oppositionelle Haltung gegenüber den vorgegebenen Zielen in der Bevölkerung, sind - so Kellner und Soldan - in den offiziellen Verlautbarungen zunächst verdrängt, später partiell zur Kenntnis genommen worden; das zeigte sich u.a. darin, daß man nicht mehr von der sozialistischen Moral, sondern vielmehr von der Moral im Sozialismus sprach. Zu keiner Zeit habe jedoch die DDR-Führung die verbreiteten Vorbehalte gegen ihre Politik zum Anlaß genommen, diese zu überdenken. Vielmehr habe man das fehlende Engagement großer Teile der Bevölkerung für die sozialistischen Ziele auf subjektive Erkenntnisdefizite, die individuelle Unfähigkeit zurückgeführt, den wahren sozialistischen Kern hinter den im schlimmsten Fall „noch" bestehenden gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten zu erfassen. Auf diese Weise hat, wie Kellner und Soldan zusammenfassend feststellen, die Wirklichkeit nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern bestenfalls erkenntnisfreundlicher gestaltet werden müssen: Zum eigentlichen Mängelwesen ist das Subjekt geworden, an dem man in verkehrender Weise die unvollkommene Realität festgemacht und pädagogisch zu bearbeiten suchte.

Eine solche pädagogische Haltung hat, so Kellner und Soldan, die Gesellschaft in Erziehende und solche, die erzogen werden müssen, gespalten und ist mit einer ständigen Bewertung individueller Lebensäußerungen einhergegangen. Die der pädagogisierenden Haltung zugrundeliegende abstrakte Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft habe sich in der Wissenschaft als Gegensatz von „individuellen" und „gesellschaftlichen", „materiellen" und „ideellen" Interessen niedergeschlagen und verfestigt. Auf diese Weise sei die reale Entmündigung großer Teile der Bevölkerung theoretisch abgesegnet und bewirkt worden, daß die an sich richtige These von der Dominanz der gesellschaftlichen Interessen - als Grundlage und Voraussetzung individueller Interessenbefriedigung - von vornherein nur als eine Interssenshierarchie, d.h. als die prinzipielle Unterordnung des Individuellen unter das Gesellschaftliche gedacht werden konnte, die durch Aufklärung über die „wahren" Interessen und Erziehung zu vermitteln sei. „Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt", wie schon Marx gegen Feuerbach einwandte, „daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist - sondieren." (MEW 3, 5f.)

Die verbreitete Tendenz, die Schwierigkeiten bei der Realisierung ihres Programms, zumindest in der Öffentlichkeit, weitgehend zu leugnen, mögen den sozialistischen Ländern durch die vielfältigen Bedrohung, denen sie von Beginn ihrer Existenz an ausgesetzt waren, größtenteils mehr oder weniger direkt aufgezwungen worden sein - nicht zuletzt auch dadurch, daß diese Schwächen und Probleme des realen Sozialismus von bürgerlicher Seite nicht im Zusammenhang mit den massiven Behinderungen seiner Entwicklung reflektiert, sondern zum Anlaß genommen wurden, ihn zu diskreditieren und damit weiterhin zu schwächen. Wenn man jedoch daraus die Konsequenz zieht, daß deswegen die Schwächen und Schwierigkeiten nicht öffentlich diskutiert werden dürfen, geht man zwangsläufig in die einem von der Gegenseite gestellte Falle. Der Verrat an den eigenen Zielen und Ansprüchen beginnt nicht da, wo man diese unter dem Druck der Situation ermäßigt, sondern da, wo man zur Abwehr von Kritik solches Zurückfallen hinter die eigenen Erkenntnisse verschleiert oder gar als wahre Lehre darzustellen versucht. Solche „Schutz-

maßnahmen" sind, so nachvollziehbar sie auch sein mögen, letzten Endes immer selbstzerstörerisch: Wenn man die Problematik des eigenen Verhaltens leugnet bzw. diese sogar in ihr Gegenteil umzuinterpretieren sucht, verwischt man für sich und andere die Grenze zwischen (Selbst-)täuschung und Realität, entzieht sich die Orientierungsgrundlage und beraubt sich damit der Möglichkeit, die realen Ursachen der Behinderung konkret aufzuzeigen und offensiv anzugehen. Sichtbar bleibt dann nur die eigene Unglaubwürdigkeit, die sich mit allen Versuchen, sie zu bemänteln, immer weiter verstärkt.

Es stellt sich darüber hinaus jedoch die weitergehende Frage, inwieweit eine solche Kritikabwehr auch kommunistischem Selbstverständnis im Allgemeinen immanent sein könnte: Gerade weil Kommunisten gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen, liegt es offenbar nahe, sich von vornherein auf der Seite des Rechts zu dünken und demzufolge Kritik an der eigenen Politik nicht als konstruktiven Entwicklungsbeitrag, sondern nur als konterrevolutionären Angriff zu erleben. So wäre - wenn die kommunistische Partei sich als „Avantgarde" begreift - damit nicht nur die Aufgabe gemeint, im Kampf um die Erweiterung allgemeiner Handlungs- und Lebensmöglichkeiten auch die nichtsozialistische Arbeiterschaft von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der marxistischen Theorie und Methode zu überzeugen, sondern eine allgemeine Vorbildhaftigkeit der Partei und ihrer Mitglieder beansprucht, die der Kontrolle und Korrektur entzogen ist, und an der sich andere ohne Widerrede zu messen haben. Die ideologische Fassung dieser Selbsteinschätzung wäre dann u.U. eben jenes „Hineintragen des sozialistischen Bewußtseins", dessen Problematik Ekkehard Sauermann in seinem Beitrag (in diesem Band) kritisch herausgearbeitet hat.

VI.

Um die Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage, die im bisherigen Text nur implizit enthalten ist, nämlich inwieweit die marxistische Theorie die Menschen überfordert bzw. inwieweit diese für den Sozialismus geschaffen sind, abschließend auf den Punkt zu bringen: Diese Frage ist, wie aus meinen Ausführungen hoffentlich hervorgegangen ist, prinzipiell falsch gestellt, indem sie von verkehrten Prämissen, nämlich einem Verständnis von Sozialismus ausgeht, demzufolge dieser der Bevölkerung von der Partei oder anderen Instanzen anerzogen bis aufgedrückt werden muß. Da die Bevölkerung bei der Entwicklung des Sozialismus, wie Marx und Engels sie verstehen, in immer höherem Maße ihre Lebensbedingungen den eigenen Bedürfnissen gemäß verändern kann, ist die Frage danach, wieweit sie von solchen selbst geschaffenen und der eigenen Verfügung unterliegenden sozialistischen Verhältnissen überfordert wird, von vornherein widersinnig.

Statt also die Menschen ob ihrer Zurückgebliebenheit hinter irgendwelchen humanistischen oder sozialistischen Idealen zu diffamieren und sie mehr oder weniger gewaltsam verbessern zu wollen oder aber diese Zurückgebliebenheit einfach zu ihrer Natur zu erklären und damit zugleich die bestehenden Unterdrückungsverhältnisse zu rechtfertigen, gilt es vielmehr - diese Zukunftsaufgabe ist aufgrund der Pervertierung und Selbstauflösung einer bestimmten Form von Realsozialismus eher noch dringlicher geworden - die Fremdbestimmtheit individueller Existenz in ihren Ursachen und Auswirkungen sowie die vielfältigen Mechanismen ihrer Verschleierung so präzis wie möglich auf den Begriff zu bringen, um sie umfassend und gemeinsam angehen zu können, auf diese Weise die Bedingungen wirklich menschlicher Existenz zu schaffen. „Der Kommunismus ist", so Marx und Engels, „nicht ein *Zustand,* der hergestellt werden soll, ein *Ideal,* wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche Bewegung,* welche den jetzigen Zustand aufhebt." (MEW 3,35)

Literatur

Diligenski, G.G., 1978: Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus. Frankfurt a.M.

Engels, Friedrich, 1969 (1845): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Ouellen. MEW 2, 325-506

Engels, Friedrich, 1969 (1845): Zwei Reden in Elberfeld, MEW 2, 536-557

Engler, Wolfgang: Die träge Masse des Habitus. In: Brie, M. und D. Klein (Hg): Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge, 83-91

Freud, Sigmund, 1968: Die Zukunft einer Illusion, Gesammelte Werke Bd. IV, Frankfurt a.M., 323-380

Heckhausen, Heinz, 1965: Leistungsmotivation. In: Thomae, H. (Hrsg) Handbuch der Psychologie, Bd 2, Göttingen, 603-702

Kellner, Eva und Soldan, Angelika, 1991: Die Reduktion des Individuums. - Versuch einer Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Ethik. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 39. Jahrgang, Heft 4, 431-446

Marx, Karl, 1969 (1857): Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, 615-642

Marx, Karl, 1962 (1845): Thesen über Feuerbach. MEW 3, 5-7

Marx, Karl, 1968: Auflösung der Ricardoschen Schule. MEW 26/3, 64-233

Marx, Karl und Engels, Friedrich, 1962 (1845/46): Lohnarbeit und Kapital. MEW 6, 397-423

Marx, Karl und Engels, Friedrich, 1969 (1846): Zirkular gegen Kriege. MEW 4, 1-17

Schmidt, Hans-Dieter, 1990: Natürlich müssen wir eine Zukunftsethik durchsetzen. In: Neues Deutschland 15-/16. Dezember

Simon, Gabriele, 1992: Mehr Genuß! Mehr Faulheit! Mehr Schlendrian. In: Die Zeit 42, 9. Oktober

Zipko, Alexander, 1989: Der Egoismus der Träumer. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10 und 11, 1256-1263 und 1378-1383

Inhalt der bisher erschienenen Ausgaben

Nr. 1 — 16.09.1998

- **Die Polemik organisieren!**
  Unautorisierte Vorbemerkung zum Einstand
  von Daniel Dockerill
- **Vorweg zu den Thesen etc.**
  Eine Aufforderung zum Einstieg in die Debatte zur Erneuerung kommunistischer Programmatik
  von 5 Übergängern
- **150 Jahre Kommunistische Partei –**
  Thesen
  von Daniel Dockerill
- **Im Westen nichts Neues?**
  150 Jahre Kommunistische Partei - Überlegungen zu einer Bilanz
  von Daniel Dockerill
- **Die Lebenden müssen sich von der Last der Toten befreien**
  Die Herstellung der Einheit der revolutionären Linken durch Offene Kommunistische Foren
  von Matthias Grewe und Ansgar Knolle-Grothusen
- **Fragen und kritische Anmerkungen**
  zu Daniels Thesen
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Die Marxsche Methode der Kritik der politischen Ökonomie und die Bedeutung von Abstraktionen** im allgemeinen und konkretisiert am Marxschen Arbeitsbegriff und den Kategorien von konkreter und abstrakter Arbeit
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Antithesen**
  zu den Thesen der „Übergänge zum Kommunismus" vom August 1998
  von Werner Imhof
- **Revolutionäre Organisierung - ... oder doch nur linker Debattierclub?**
  Stellungnahme der Gruppe „Arbeitermacht"
  zu „150 Jahre Kommunistische Partei - Thesen"

Nr. 2 — 12.01.1999

- **Nachtrag zu den „Antithesen ..." vom 11.09.98**
  (in KOMMUNISTISCHE STREITPUNKTE Nr.1)
  von Werner Imhof
- **Anmerkungen zur Debatte**
  von Klaus Herrmann
- **Wider den erschlichenen > Kommunismus <**
  zu den 12 Thesen von Daniel Dockerill „150 Jahre KP"
  Erste spontane Vorüberlegungen zu einer Entgegnung
  von Zwi Schrittkopcher

Nr. 3 — 16.06.1999

- editorial:
  Der Krieg und der Kommunismus
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Die historischen Beschränktheiten des Kommunismus erkennen und überwinden -**
  ein Versuch zur Sichtung und Diskussion der vorliegenden Debattenbeiträge
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Zu unterschiedlichen Vorstellungen der aktuellen Aufgabenstellung des Theorie-Praxis-Verhältnis**
  ein1. Zugang zur Organisationsfrage
  von Karl-Heinz Landwehr

Nr. 4 — 16.09.1999

Sonderheft "Der Krieg und der Kommunismus", enthält u.a.:

- **Kein Friede mit Deutschmark und Euroland**
  Gruppe „übergange zum kommunismus", 26. April 1999
- **Wer treibt und wer wird getrieben im NATO-Krieg gegen Jugoslawien?**
  Einleitungsbeitrag auf einer DKP-Veranstaltung
  von Ansgar Knolle-Grothusen , 10. Mai 1999
- **Das vierte Reich: zurück zum Balkan**
  Nach The Internationalist, Nr. 7, April/May 1999
  eingereicht von Marc R.
- **5 Antikriegsthesen - Entwurf**
  zur Diskussion in Antikriegs-Initiativen, Juni 1999
  von Daniel Dockerill und Matthias Grewe
- **Ein Protektorat - und weiter ...**
  Beitrag für kalaschnikow
  von Manfred Sohn, abgeschlossen am 17. Juni 1999
- **Kontinuität und Bruch**
  Reflexionen aus der Ohnmacht
  von Zwi Schrittkopcher, Anfang Juni 1999
- **Zum Krieg -**
  aus einem Brief an Zwi Schrittkopcher
  von Fritz Güde, 13. Juni 1999
- **Der Kommunismus und das Selbstbestimmungsrecht der Völker -**
  von Ansgar Knolle-Grothusen, 10. Juli 1999
- **Der völkische Wahn**
  Eine Untersuchung und ein Plädoyer für radikalen Humanismus
  von Heribert Sommer, September 1999
- **Der Krieg um Jugoslawien und seine Lehren**
  aus: Aufsätze zur Diskussion, Nr. 68
  von Alfred Schröder, August 1999

Fortsetzung nächste Seite

Die KOMMUNISTISCHEN STREITPUNKTE dokumentieren den schriftlichen Teil einer Debatte um den Übergang zum Kommunismus und sein revolutionäres Programm. Zur Einmischung in diese Debatte, zu ihrer Fortführung und Verbreitung ist ausdrücklich jede Person, Gruppe oder Organisation eingeladen, der es darum zu tun ist, den Kommunismus als "wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" auf der Höhe der Zeit zu rekonstruieren.

Inhalt der bisher erschienenen Ausgaben

(Fortsetzung)

Nr. 5 — 17.05.2000

editorial:

- **persönliche Betrachtungen zu den Beiträgen in diesem Heft**
  von Ansgar Knolle-Grothusen

Programmatische Texte:

- **Gemeinsame Erklärung**
  des ersten bundesweiten Treffens der Offenen Kommunistischen Foren
- **Plattform**
  der „übergänge zum Kommunismus"

Programmatische Debatte:

- **Skizzen eines emanzipatorischen Kommunismus**
  von Werner Imhof
- **Marx und der mögliche Sozialismus**
  von Ulrich Weiß
- **Elemente eines emanzipierten Sozialismus**
  von Wal Buchenberg
- **Antikritisches I:**
  Zu Ansgars Thesen-Kritik (in Kommunistische Streitpunkte Nr.1, S. 36ff)
  von Daniel Dockerill
- **Antikritisches II:**
  Zur Stellungnahme der Gruppe „Arbeitermacht" (in Kommunistische Streitpunkte Nr.1, S. 53ff)
  von Daniel Dockerill
- **Gesellschaft und Programm-**
  Bemerkungen zu einer Programmdebatte
  von Heiner Karuscheit

Kommunistische Produktion:

- **Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft? -**
  kritische Anmerkungen zu einem Beitrag von Juri Pletnikow in der UZ
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Warenproduktion und Markt in einer sozialistischen Gesellschaft? -**
  aber nur ohne Marx und Engels!
  von Vollrat Neumann
- **Zur möglichen Praxis kommunistischer Produktion -**
  eine Auseinandersetzung mit einigen Vorstellungen über eine „Ökonomie der Zeit"
  von Werner Imhof
- Notizen zur Kategorie
  Allgemeine, gesellschaftliche Arbeitszeit
  von Karl-Heinz Landwehr

Nr. 6 — 20.03.2001

- editorial:
  Zu den Kommunistischen Streitpunkten Nr. 6
  von Katja Peters
- **Imperialismus und Weltordnung**
  vorläufige Fassung
  von Klaus Braunwarth
- **Produktivkraftentwicklung und Gesellschaftsformation -**
  einige Gedanken zur Frage der objektiven Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Zur Kritik und Theorie des Realsozialismus**
  1990 - 1998
  von Klaus Herrmann
- Mittels Informations- und Kommunikationstechnik **die Warenproduktion dialektisch aufheben?**
  von Wolf Göhring
- **Das Ferne liegt so nah ...**
  über kommunistische Produktion als praktische Möglichkeit oder mögliche Praxis
  von Werner Imhof
- **Brief an Ansgar Knolle-Grothusen**
  mit Vorbemerkungen zu „By The Rivers Of Babylon"
  von Daniel Dockerill
- **By The Rivers of Babylon**
  eine (inhaltliche) Kritik unserer Debattenkultur
  von Daniel Dockerill
- **Die Streitpunkte-Debatte :**
  im Hamsterrad babylonischer Sprachverwirrung gefangen?
  von Ansgar Knolle-Grothusen
- **Anmerkungen zur Plattform der 'übergänge zum Kommunismus'**
  (in Kommunistische Streitpunkte 5)
  von Hans-Jürgen Ohr
- Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder:
  Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?
  von Ute Osterkamp